Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

1. Oktober 1979
Jg. 7 Nr. 40

Ausgabe für die Bezirke Flensburg-Westküste, Holstein, Hamburg-Unterelbe. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)
Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt

Wochenzeitung 70 Pfg.
D 21060 C

Widersprüchliche Interessen auf der Antarktis-Konferenz

z.zik. Seit dem 18.9. verhandelt in Washington der „Antarktisclub“ über einen neuen Antarktisvertrag. Unter den 13 Mitgliedern sind die Supermächte, imperialistische und kapitalistische Länder (nicht die BRD) und zwei Länder der Dritten Welt, Chile und Argentinien. Vor allem die Supermächte haben den Kontinent, gestützt auf den Vertrag von 1959, der für die 30-jährige Vertragsdauer *keine* territorialen Ansprüche anerkennt, mit einem Netz von Stützpunkten überzogen. Sie jagen nach Belieben in den fischreichen Gewässern (allein ca. 50000 t Krill/Jahr) und bereiten intensiv die Ausbeutung der reichen Mineralöl- und -erzvorkommen vor. Chile und Argentinien fordern im neuen Vertrag die Respektierung der territorialen Souveränität über die von ihnen beanspruchten Gebiete und eine 200-Meilen-Wirtschaftszone.

Sozialimperialisten bauen Präsenz auf Svalbard aus

z.coi. Auf ca. 2500 Kolonisten hat die SU ihre Präsenz auf der norwegischen Inselgruppe Svalbard (Spitzbergen) inzwischen erhöht. Hatte die revolutionäre Sowjetmacht in den 20er Jahren Norwegens Oberhoheit über das Archipel anerkannt, so treten die Sozialimperialisten heute unter Berufung auf den Versailler Vertrag, in dem sich 1920 die Imperialisten das Recht auf „wirtschaftliche Tätigkeit“ auf Svalbard festgeschrieben haben, Norwegens Souveränität mit Füßen. Außer 400000 t Kohle jährlich rauben sie Svalbards Fischbestände. Mit der Errichtung eines Hubschrauberflugplatzes mit einer weitreichenden Radaranlage und der Stationierung von bislang fünf Hubschraubern haben sie erste Schritte unternommen, die Inseln als militärischen Vorposten auf dem Weg zum Nordatlantik auszubauen.

USA setzen Kohlebenzin nach Test in Südafrika ein

z.rül. Die US-Imperialisten wollen in den nächsten Jahren im großen Stil Kohlehydrierverfahren, die Umwandlung von Kohle in Treibstoff, einsetzen, die sie zuvor in Südafrika (wegen der Hungerlöhne der Bergarbeiter und dementsprechend billiger Kohle) getestet hatten. Eine US-Industriebaufirma, die bereits am Bau und Betrieb der Hydrierwerke in Südafrika beteiligt war, schloß mit dem staatlichen südafrikanischen Ölmonopol SASOL einen entsprechenden Lizenzvertrag. Ab 1990 wollen die US-Imperialisten täglich eine Million Barrel Treibstoff aus Kohle herstellen lassen. Auch die westdeutschen Imperialisten sind an den südafrikanischen Verfahren beteiligt. Die letzten beiden Projekte – SASOL II und SASOL III mit einem Kostenaufwand von 12 Mrd. DM – finanzierten sie seit 1976 mit Krediten von etwa 116 Mio. Dollar.

Lomé II: EG setzt Ausweitung des „Investitionsschutzes“ durch

z.scc. Am 31.10. soll das Lomé II-Abkommen zwischen der EG und 57 AKP-Staaten (Afrika, Karibik, Pazifik) unterzeichnet werden. Die AKP-Staaten haben ihre zuletzt offenen Forderungen, u.a. nach Aufstockung der Finanzleistungen auf 27 statt auf 14 Mrd. DM, nicht durchsetzen können. Zwar kam die EG nicht damit durch, die Erfüllung des Abkommens über Finanzleistungen, Maßnahmen zur Stabilisierung von Rohstoffpreisen und Zugang zum EG-Markt mithilfe einer „Menschenrechtsklausel“ in ihr Belieben zu stellen. In Sachen „Investitionsschutz“ aber gelang ihr ein Vorstoß: Obwohl nicht, wie verlangt, automatisch und rückwirkend, sondern per Briefwechsel zwischen den Regierungen, sollen zukünftig Verträge über „Investitionsschutz“ zwischen AKP-Staaten und *einem* EG-Mitglied auf *alle* EG-Mitglieder ausgeweitet werden.

Souveränität über die von ihnen beanspruchten Gebiete und eine 200-Meilen-Wirtschaftszone.

Sozialimperialisten bauen Präsenz auf Svalbard aus

z.coi. Auf ca. 2500 Kolonisten hat die SU ihre Präsenz auf der norwegischen Inselgruppe Svalbard (Spitzbergen) inzwischen erhöht. Hatte die revolutionäre Sowjetmacht in den 20er Jahren Norwegens Oberhoheit über das Archipel anerkannt, so treten die Sozialimperialisten heute unter Berufung auf den Versailler Vertrag, in dem sich 1920 die Imperialisten das Recht auf „wirtschaftliche Tätigkeit“ auf Svalbard festgeschrieben haben, Norwegens Souveränität mit Füßen. Außer 400000 t Kohle jährlich rauben sie Svalbards Fischbestände. Mit der Errichtung eines Hubschrauberflugplatzes mit einer weitreichenden Radaranlage und der Stationierung von bislang fünf Hubschraubern haben sie erste Schritte unternommen, die Inseln als militärischen Vorposten auf dem Weg zum Nordatlantik auszubauen.

USA setzen Kohlebenzin nach Test in Südafrika ein

z.rül. Die US-Imperialisten wollen in den nächsten Jahren im großen Stil Kohlehydrierverfahren, die Umwandlung von Kohle in Treibstoff, einsetzen, die sie zuvor in Südafrika (wegen

USA müssen Souveränität Panamas anerkennen

Neuer Panamakanalvertrag von erneuten Kriegsdrohungen begleitet / Panamesisches Volk hält am Kampf fest

z.pel. Man müsse sich langsam des Gedankens entwöhnen, die Panama-Kanalzone sei ein tropischer Vorort der USA, schrieb das US-amerikanische Magazin „US News and World Report“ vor zwei Wochen etwas bitter. Ab 1.10. wird der US-Imperialismus mit dem Beginn des Rückzuges seiner Truppen aus der Kanalzone die in den Mitte 1978 ratifizierten Verträgen ausgesprochene Anerkennung der Souveränität Panamas über sein gesamtes Territorium in die Tat umsetzen müssen. Das 28 km lange und 15 km breite Gebiet um den Panamakanal, der den Pazifik mit dem Atlantischen Ozean verbindet, soll bis Ende 1999 vollständig an die Republik Panama übergeben sein.

Mit einer bewaffneten Intervention hatten die US-Imperialisten 1903 die Abtrennung Panamas von Kolumbien erzwungen und sich von der eingesetzten Marionettenregierung „die ewige Verfügung“ und „alle Rechte und Befugnisse zur Erhaltung und Verteidigung des Kanals“ (Art. 2 und 3 des Vertrages vom 18.11.1903) garantieren lassen. Der Kanal wurde dann unter Verschleiß der Lebenskraft Zehntausender panamesischer Bauern bis 1914 fertiggestellt. Er ermöglichte den US-Imperialisten, im 1. Weltkrieg durch die Verkürzung des Seeweges ihrer Kriegs- und Versorgungsschiffe nach Europa um 16000 km, 1,5 Mrd. DM an Kriegskosten einzusparen. Seitdem dient er als entscheidende Kriegsbastion zur Beherrschung Südamerikas.

Schon wenige Jahre nach Fertigstellung des Kanals verlangten die Bauern der angrenzenden Provinz Chiriqui in großen Streiks gegen die Ausbeutung durch die amerikanischen Nahrungsmittelkonzerne und für Agrarreform die sofortige Übergabe der Kanalzone an Panama und die Verteilung des umliegenden Landes an die Bauern. Nach dem 2. Weltkrieg konnten die Volksmassen die US-Imperialisten aus mehreren Provinzen Panamas, wo sie sich während des Krieges festgesetzt hatten, vertreiben. Schüler und Studenten dringen mehrfach in die Kanalzone ein. Aber erst der Sturz der Kompradorenbourgeoisie durch die Nationalgarde, gestützt durch die Bauern und Teile der nationalen Bourgeoisie, und die Bildung einer einheitlichen Front gegen den US-Imperialismus zwingen die US-Imperialisten zu Verhandlungen.

Mit dem Vertrag Ende 1977 haben die US-Imperialisten der mächtigen Strömung der Völker nach Unabhängigkeit und Revolution und der eignen Schwächung Rechnung tragen müssen, doch gleichzeitig versucht, sich eine Plattform für erneute Expansion zu schaffen; die Führung der panamesischen Volksbewegung durch die nationale Bourgeoisie hat ihnen den dazu notwendigen Raum verschafft. Die Verträge legen im einzelnen fest: Die US-Imperialisten übergeben zum 1.10.79 53% der von ihnen besetzt gehaltenen Kanalzone, alle darin befindlichen Militärstützpunkte werden aufgelöst. Das unmittelbare Kanalgebiet wird bis 1999 übergeben, bis dahin wird der Schutz des Kanals von US-amerikanischer Armee und Nationalgarde Panamas gewährleistet. Panama erhält anstelle von bisher 2,5 Mio. $ jährlich 80 Mio. $ aus den Einnahmen. Die Regierung Panamas verpflichtet sich, ab 1999 die „Neutralität“ des Kanals zu bewahren, das heißt, ihn auch im Kriegsfall benutzbar zu halten und allen US-Kriegsschiffen bevorzugtes Durchfahrtsrecht zu garantieren.

Frech hat der Pfaffe Carter die Einfallstore des Vertrages nutzen wollen und in seinem Schreiben zur Ratifizierung des Vertrages im April '78 in einseitigen Zusätzen proklamiert, daß die Erhaltung der „Neutralität“ des Kanals die „Verantwortlichkeit der Vereinigten Staaten von Amerika, den Kanal zu schützen und zu verteidigen, bedinge“.

Massendemonstrationen von Hunderttausenden in Panama, Angriffe auf die Kanalzone und Aufziehen der Flagge Panamas, massive Unterstützung des kämpfenden Volkes von Nicaragua waren die Antworten auf die unverhüllte Interventionsdrohung. Carter sprach von „Mißverständnissen“ und trat scheinbar den Rückzug an. Nur um die erneute Aggression vorzubereiten: Am 20.9. lehnte das US-Repräsentantenhaus die Folgeverträge, die die Verwaltung des Kanals bis 1999 regeln, ab und beharrte „auf der direkten militärischen Kontrolle des Kanals in Kriegszeiten durch den Kongreß“.

Der Abgeordnete Hansen erklärte: „Sowjetische, kubanische und panamesische Truppen stehen gegenwärtig zwischen uns und 75% unserer Ölimporte.“

Entscheidendes Mittel ihrer Herrschaft über den südamerikanischen Kontinent, hilft der Kanal zudem der US-Finanzbourgeoisie, den Transport des in Alaska geraubten Erdöls wie des in Kanada erbeuteten Urans und Erdgases an die Ostküste zu verbilligen, und wird wichtiger Pfeiler des Carterschen Energieprogramms. Mehr noch hat er die Operationsbasis für die Schlacht mit der anderen Supermacht im Pazifik und Südostasien erheblich verbreitert. 40 Kriegsschiffe haben den Kanal pro Tag während der entscheidenden Phase des Vietnamkrieges passiert, heute liegen in der Kanalzone die Logistikzentrale der „Armeeführung Süd“, ein Nukleararsenal, das einzige Depot für Schiffsdiesel und Flugzeugbenzin südlich des Rio Grande, der einzige Luftwaffenstützpunkt im Umkreis von 1600 km. Die Sozialimperialisten haben sich in direkter Reichweite auf Kuba massiv eingenistet. Jetzt haben sie Argentinien Militärzusammenarbeit angeboten. Der US-Imperialismus wird den Kanal nicht freiwillig und kampflos aufgeben. Der Beschluß des Repräsentantenhauses ist Kriegsgerassel. Die Ankündigung des panamesischen Generals Torrijos, den Kanal notfalls am 1. Oktober zu besetzen und sich die Rechte zu nehmen, zwang die US-Imperialisten zur Revision des Beschlusses, können sie doch keinen blockierten Kanal gebrauchen, wo Maßnahmen gegen die Sowjetunion fällig sind. Panama wird den Kanal übernehmen und sich auf einen noch härteren Kampf einrichten müssen.

hatten die US-Imperialisten 1903 die Abtrennung Panamas von Kolumbien erzwungen und sich von der eingesetzten Marionettenregierung „die ewige Verfügung“ und „alle Rechte und Befugnisse zur Erhaltung und Verteidigung des Kanals“ (Art. 2 und 3 des Vertrages vom 18.11.1903) garantieren lassen. Der Kanal wurde dann unter Verschleiß der Lebenskraft Zehntausender panamesischer Bauern bis 1914 fertiggestellt. Er ermöglichte den US-Imperialisten, im 1. Weltkrieg durch die Verkürzung des Seeweges ihrer Kriegs- und Versorgungsschiffe nach Europa um 16000 km, 1,5 Mrd. DM an Kriegskosten einzusparen. Seitdem dient er als entscheidende Kriegsbastion zur Beherrschung Südamerikas.

Schon wenige Jahre nach Fertigstellung des Kanals verlangten die Bauern der angrenzenden Provinz Chiriqui in großen Streiks gegen die Ausbeutung durch die amerikanischen Nahrungsmittelkonzerne und für Agrarreform die sofortige Übergabe der Kanalzone an Panama und die Verteilung des umliegenden Landes an die Bauern. Nach dem 2. Weltkrieg konnten die Volksmassen die US-Imperialisten aus mehreren Provinzen Panamas, wo sie sich während des Krieges festgesetzt hatten, vertreiben. Schüler und Studenten dringen mehrfach in die Kanalzone ein. Aber erst der Sturz der Kompradorenbourgeoisie durch die Nationalgarde, gestützt durch die Bauern und

wird der Schutz des Kanals von US-amerikanischer Armee und Nationalgarde Panamas gewährleistet. Panama erhält anstelle von bisher 2,5 Mio. $ jährlich 80 Mio. $ aus den Einnahmen. Die Regierung Panamas verpflichtet sich, ab 1999 die „Neutralität“ des Kanals zu bewahren, das heißt, ihn auch im Kriegsfall benutzbar zu halten und allen US-Kriegsschiffen bevorzugtes Durchfahrtsrecht zu garantieren.

Frech hat der Pfaffe Carter die Einfallstore des Vertrages nutzen wollen und in seinem Schreiben zur Ratifizierung des Vertrages im April '78 in einseitigen Zusätzen proklamiert, daß die Erhaltung der „Neutralität“ des Kanals die „Verantwortlichkeit der Vereinigten Staaten von Amerika, den Kanal zu schützen und zu verteidigen, bedinge“.

Massendemonstrationen von Hunderttausenden in Panama, Angriffe auf die Kanalzone und Aufziehen der Flagge Panamas, massive Unterstützung des kämpfenden Volkes von Nicaragua waren die Antworten auf die unverhüllte Interventionsdrohung. Carter sprach von „Mißverständnissen“ und trat scheinbar den Rückzug an. Nur um die erneute Aggression vorzubereiten: Am 20.9. lehnte das US-Repräsentantenhaus die Folgeverträge, die die Verwaltung des Kanals bis 1999 regeln, ab und beharrte „auf der direkten militärischen Kontrolle des Kanals in Kriegszeiten durch den Kongreß“.

Logistikzentrale der „Armeeführung Süd“, ein Nukleararsenal, das einzige

1. Oktober 1979
30 Jahre Volksrepublik China



1. Oktober 1949. Mao Zedong ruft die Volksrepublik China aus. Am 30. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China schließt sich das chinesische Volk noch fester zusammen, um unter Führung der Kommunistischen Partei auf dem

1. Oktober 1979
30 Jahre Volksrepublik China



1. Oktober 1949. Mao Zedong ruft die Volksrepublik China aus. Am 30. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China schließt sich das chinesische Volk noch fester zusammen, um unter Führung der Kommunistischen Partei auf dem Weg der proletarischen Revolution Schritt für Schritt zum Kommunismus voranzuschreiten. Es lebe die Volksrepublik China!

Kapitalistenfront in der Steuerfrage aufgeweicht

Bundesbank nur Zins im Sinn / Kapitalisten wollen sich mit Betrug herauswinden

z.frb. In ihrem jüngsten Monatsbericht hat die Bundesbank ihren Standpunkt gegen Steuersenkungen erhärtet. „Weitere Steuersenkungen, wie sie augenblicklich von verschiedenen Seiten zur Diskussion gestellt werden, würden die Finanzpolitik vom eingeschlagenen Kurs der Haushaltskonsolidierung abbringen, ohne daß hierzu vom Wirtschaftsverlauf her aus heutiger Sicht ein Anlaß bestünde.“ Bundesbankpräsident Emminger, der, seit der Zins wieder steigt, nur noch von der Sonne der Konjunktur redet, hat seine sonnige Prognose jetzt mit aller Entschiedenheit auf 1980 ausgedehnt. Konjunktur ist für die Banker die Konjunktur des Kredits. Angesichts der Ölpreisverteuerung müßte jeder mit seinen Ansprüchen zurückschrauben, und der Staat müsse seine Ansprüche gegenüber dem Kapitalmarkt zurückschrauben.

Die Bundesbank weiß den Bankenverband hinter sich, der „eine Begrenzung der öffentlichen Kreditaufnahme“ fordert. Doch diese scheinbar feste Position täuscht über die Einigkeit unter den Kapitalisten. Während Finanzminister Matthöfer immer mehr Briefe aus Belegschaften auf den Tisch flattern, in denen eine Senkung der Lohn- und Mehrwertsteuer gefordert wird, ist die Front der Kapitalisten aufgebrochen.

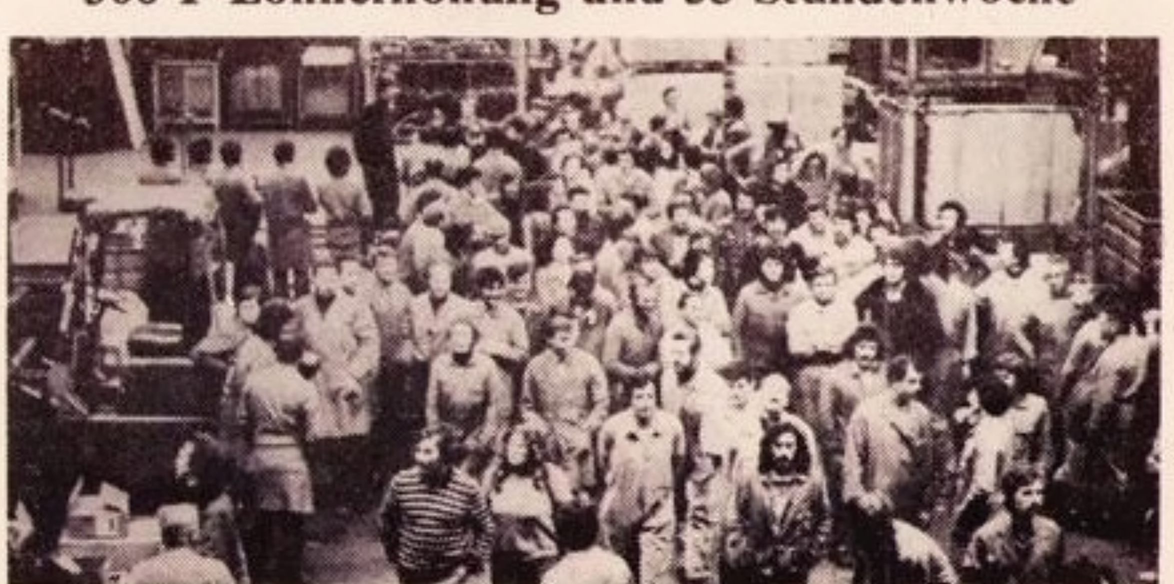
Schon vor einigen Wochen hatte sich der Flick-Manager v. Brauchitsch im Fernsehen für eine Steuersenkung stark gemacht. Und jetzt hat das Präsidium der „Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände“ unter Esser die „inflationsbedingte höhere Steuerlast ... einer alsbaldigen Korrektur“ empfohlen. Auch der „Industrie- und Handelstag“ redet von Korrektur der „schleichenden Steuererhöhungen“.

Während die Banken freie Hand wollen für die Kreditvergabe, daher etwas weniger für die Kreditvergabe an den Staatsapparat festgelegt sehen wollen, geht den Industriellen, die den Mehrwert, auf den auch die Banken spitz sind, erst auspressen müssen, die Muffe. Dabei gedenken sie, aus ihrer Not eine Tugend zu machen. Eine geschickte Verschiebung im Steuertarif, die keinesfalls die Steuerbelastung senken, höchstens sie nicht weiter nach oben schrauben würde, könnte Entlastung im Lohnkampf bringen. Und zumindest ließe sich dem eigenen Klientel etwas zuschustern. Zum Beispiel nach dem Modell Strauß. So wenigstens die Kapitalistenrechnung.

Auch Eugen Loderer mußte sich jetzt auf der Sitzung des Beirats der IG Metall zur Steuerpolitik äußern. Der 1. Vorsitzende der IG Metall meinte: „Für uns ist nicht der Zeitpunkt steuerlicher Reformen entscheidend, sondern ihr sozialer Inhalt.“ Man kann nur hoffen, daß der IGM-Vorstand nicht vielleicht nach dieser Leitlinie auch in den kommenden Tarifkampf geht. Oder ist Loderer etwa dem „Metall-Franz“ aufgesessen, der in der Metall Nr. 19 behauptet, die Steuerprogression, die den größten Teil einer Lohnerhöhung gleich wieder wegfrißt, sei in Wahrheit gar kein Problem für den Arbeiter?

Runde 8 Mrd. DM werden die Arbeiter und Angestellten im kommenden Jahr mehr an Lohnsteuern zahlen müssen, wenn die Steuer nicht geändert wird. Damit Matthöfer die Zinsen zahlen kann an die Banken *und* industriellen Kapitalisten. Bankhaie wie Steuerdemagogen könnten sich ins Fäustchen lachen, wenn die IG Metall bei ihrer Position bliebe.

Streiks im Renault-Konzern für 300 F Lohnerhöhung und 35-Stundenwoche



23000 Arbeiter in verschiedenen französischen Renault-Werken haben in der letzten Woche für mehrere Stunden gestreikt. CGT und CFDT wollen mit einem Streik im ganzen Konzern einen Durchbruch im Lohnkampf erzielen.

DIE NEBELTRUPPE
Nevermann
Weichmann
Schmidt
Klose
Wir sind völlig ahnungslos gewesen.

z.guw. **Zum wiederholten Male beteuert Wehner: „Anke Fuchs will die Renten nicht besteuern."** Denn „Anke Fuchs sei (in der Fraktionssitzung der SPD), das zeige die Tonbandabschrift, nur in 13 Schreibmaschinenzeilen von insgesamt 21 Seiten auf die Frage der Rentenbesteuerung eingegangen." Wehner ist seit Monaten bemüht, in der von ihm geleiteten Renten-Reformkommission, in der noch der Sozialexperte der SPD, Glombig, und Anke Fuchs sitzen, „abseits jeder Publizität das schwierige Thema Rentenreform einer Lösung näherzubringen". Auf dem SPD-Parteitag im Dezember soll ein Zwischenbericht vorliegen. Kernstück der „Reform 1984" ist die Besteuerung der Renten und der Abzug

„Benachteiligung", wenn nicht die anderen Renten auch besteuert würden. Der VdK-Präsident hat erklärt, daß sein Verband sich gegen jede Rentenkürzung durch „Abschläge" wehren wird.

z.reb. **Die heißen Wünsche der Bourgeoisie auf dem Gebiet des Straf- und Strafprozeßrechts hat Generalbundesanwalt Rebmann auf dem Deutschen Richtertag verkündet:** 1. Verbot jeglicher Befürwortung von Gewalt gegen Personen und Sachen. Waren mit den §§ 88a und 130a StGB erstmals die Tatbestände der Befürwortung von und der Anleitung zur Gewalt unter Strafe gestellt worden, so beziehen sich diese Paragraphen auf bestimmte Gewalttaten und gewinnen ihre Anwendbarkeit gegen die Massen vor allem durch das Verbot der Befürwortung des schweren Landfriedensbruchs. Nicht abgedeckt ist damit der gesamte Bereich der einfachen Nötigungen. Gewalt für die Bourgeoisie ist bekanntlich der wilde Streik ebenso wie der Zwischenruf in der Vorlesung oder die Besetzung eines Bauplatzes. Das Ziel der Bourgeoisie ist, schlicht jede Erörterung von solchen Kampfmitteln, deren Legalität ihr noch nicht abgetrotzt werden konnte, unter Strafe zu stellen. 2. Beweisanträge sollen abgelehnt werden können, wenn sie „ersichtlich nicht zur Wahrheitsfindung beitragen können oder sollen". Hinter dieser Forderung verbirgt sich die Möglichkeit, zur Sache gehörende, aber politisch heikle Beweisanträge ablehnen zu können. Nun ist der Weg von diesen Wünschen zur Realisierung weit. Bundesjustizminister Vogel, wie auch der Richterbund in der Schlußerklärung, hielten es offenbar für wichtiger, die jetzige Regelung zu verteidigen gegen den Druck aus den Volksmassen, der schon zu einzelnen Abspaltungen in den bürgerlichen Parteien geführt hat. Eins versprechen sich aber wohl beide von der Debatte: Großzügige und strikte Auslegung des geltenden Rechts durch schöpferische Weiterentwicklung durch die Gerichte.

z.scc. **„Die Ausdehnung des Gemeinsamen Marktes... eröffnet den exportorientierten Industrien der derzeitigen EG-Länder neue Absatzmärkte", „würdigt" die Bundesregierung den EG-Beitritt Griechenlands.** Am 28. Mai wurde der Vertrag unterzeichnet, nun liegt er den westeuropäischen Parlamenten zur Ratifizierung vor. Seit dem Assoziierungsabkommen 1961 hat sich das Handelsbilanzdefizit Griechenlands mit der EG auf 1,4 Mrd. $ (1978) mehr als verfünffacht. Bereits mit diesem Abkommen hatten die Imperialisten die griechischen Zollschranken Schritt für Schritt niedergerissen: Für die meisten Industrieprodukte lagen die Zölle Ende 1977 um die Hälfte unter denen von 1962. Die „Restzölle" sollen nach dem Beitrittsabkommen bis 1986 fallen, mit ihnen alle mengenmäßigen Beschränkungen, mit denen Griechenland den Aufbau seiner Industrie zu schützen versuchte. Während die EG-Imperialisten, deren

Privatarmeen der Kapitalisten – neue Gesetzgebung ebnet den Weg für kräftigen Ausbau

z.bil. Letzten Sonntag wurde Innenminister Baum wieder ins Fernsehen geschickt. Er warnte davor, „daß Privatarmeen entstehen". Der Staat müsse aufpassen, daß die großen Bewachungsunternehmen nicht zu einer Nebenpolizei würden. Deshalb soll die Frage „sehr eingehend im Parlament auch im Hinblick auf mögliche gesetzliche Änderungen beraten werden." Gleichzeitig wird die Debatte über das Sammeln von Verfassungsschutzunterlagen in den Betrieben fortgesetzt. Baum nennt das Stichwort „bundeseinheitliche Richtlinien zur Sicherung des personellen Sabotageschutzes". Baum strebt das gleiche Verfahren für den Bereich der Privatwirtschaft an, wie es im öffentlichen Dienst angewandt wird – keine „Regelanfragen", sondern *Einzelfallprüfungen*.

§ 3 des Verfassungsschutzgesetzes von 1950 regelt bereits generell die Sammlung von Nachrichten und Auskünften über Bestrebungen, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung gerichtet sind, oder die Überprüfung von Personen, die an „sicherheitsempfindlichen Stellen oder Einrichtungen beschäftigt werden". Richtlinien, die es den Kapitalisten gestatten, das Verfassungsschutzmaterial zu „Einzelfallprüfungen" zu *verwerten*, was sie bislang formell nicht dürfen, dahin zielen die liberalen Erwägungen des Innenministers.

Was nun die Warnung vor den „Privatarmeen" anlangt, ist offensichtlich deren gesetzlicher Ausbau beabsichtigt. 1977 und 1978 wurde auf den „Teco-Sicherheitsgesprächen", veranstaltet von der Werkschutzschule Teco unter Mitwirkung von Regierung, Kapitalisten- und Bankenverbänden, Vertretern des MAD, der Verfassungsschutzämter und Bundeswehrgenerälen, die „Ausweitung der gewerblichen Sicherheitsunternehmen zwar mit staatlicher Kontrolle, aber auch staatlicher Unterstützung" propagiert. Werkschutz und private Sicherungsunternehmen müßten den Objekt- und Personenschutz übernehmen; 1977 weiß der Spiegel schon von einem Boom in der Branche zu berichten. Die Eigenschaften der Sicherungstruppen: „Die müssen so flexibel wie eisern sein, nicht über 35 Jahre ... der kleine Drahtige, der gut schießen kann, der ist gefragt". 1210 dieser Tötungsprofis wurden 1976 allein in Baden-Württemberg über die Sicherheitsorganisationen des BDI ausgebildet.

Bereits nach jetzt geltendem Arbeitsrecht sind die Betriebsräte von jeglichem Einspruchsrecht bei der Einrichtung derartiger Truppen im Betrieb ausgeschlossen.

„Solche Schutzmaßnahmen gehören nicht zu den sozialen oder personellen Angelegenheiten des Betriebes, eine Mitbestimmung oder Information des Betriebsrates entfällt." (Arbeitsrechtsblattei) Zulässig ist die generelle Einführung von Ausweispflichten für Arbeiter, sowie alle Arten von Kontrollmaßnahmen, wie die Verwendung von unsichtbarem Farbstoff, um Fingerabdrücke zu erhalten, die Durchsuchung der Spinde und Schränke der Arbeiter, der Aktentaschen und Handtaschen.

Die Leibesvisitation darf von der Werkspolizei „in konkreten Verdachtsfällen" vorgenommen werden.

Zur Abwehr von „Sabotageakten" kann ein Sicherungsring gezogen werden; „die Beobachtungen werden sich auch auf die private Sphäre erstrecken müssen." (Arbeitsrechtsblattei) Die Werkspolizei hat nach bürgerlichem Gesetzbuch das Recht zur Selbsthilfe, d.h. gewaltsamer und bewaffneter Einsatz der Werkstruppen gegen streikende Arbeiter, die Verfolgung von Arbeitern „auf frischer Tat". „Das Selbsthilferecht umfaßt nicht nur den Schutz gegen Eigentumsverletzungen, sondern gilt allgemein schon bei Vorbereitungshandlungen zu Störungen der Produktion oder der betrieblichen Ordnung." (Arbeitsrechtsblattei)

Übergangs-Vorschläge der Patriotischen Front

Zugeständnis bei der Verfassung / Briten verzögern

z.hef.London. Anfang der Woche wird die britische Regierung einen „detaillierten Verfassungsentwurf" vorlegen. Nach zwei Wochen meist bilateraler Verhandlungen über die Verfassung soll dieser Tagesordnungspunkt rasch beendet werden, fordert die Patriotische Front. Sie hat letzte Woche ein Zugeständnis in der Frage weißer Abgeordneter in der Nationalversammlung (dem Parlament) gemacht. Die Patriotische Front ist mit 24 für Weiße reservierten Sitzen von 120 Sitzen einverstanden. In demselben Vorschlag heißt es deutlich: „Wir halten an unserer in unserem Hauptpapier dargelegten Position fest, daß ein verfassungsänderndes Gesetz von der Nationalversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln verabschiedet werden kann."

Je näher die Konferenz dem Tagesordnungspunkt zwei – Übergangszeit, Rolle der Armee, Polizei und Verwaltung dabei – kommt, desto mehr verzögern die britischen Imperialisten die Verhandlungen. Die Patriotische Front will möglichst bald die *entscheidenden* Fragen behandeln. Folgendes hat sie dazu schriftlich vorgelegt:

„Einrichtung eines Regierungsrats mit voller Exekutivgewalt, der so zu-



Erneut hat die Bundesregierung Vertretern der ZANU, die auf Veranstaltungen des KBW sprechen wollten, die Einreise verweigert. Auf den Veranstaltungen in Frankfurt (Bild), Hamburg und Stuttgart wurden von den 1190 Teilnehmern 10571 DM für Kleidertransporte nach Zimbabwe gesammelt.

dende Stimme haben. Für Armee, Polizei und öffentlichen Dienst werden Übergangskommissionen eingerichtet, „zusammengesetzt aus Vertretern der Patriotischen Front und des Regimes." „Die prinzipiellen Aufgaben des Übergangs-Verteidigungskomitees sind, a) den Prozeß des Aufbaus einer neuen Armee Zimbabwes zu beginnen, b) den Waffenstillstand zu überwachen, c) die Zusammenarbeit zwischen dem Regierungsrat und der UN-Friedenstruppe

der Konferenz dauern. Spätestens dann werden unter UN-Aufsicht Wahlen durchgeführt, das Wahlrecht wird entsprechend der neuen Verfassung geregelt.

Die britischen Imperialisten versuchen, offiziell diese Vorschläge zu ignorieren und lassen ihre Pressemeute dagegen los. „Auf keinen Fall" könne man mit der Zusammensetzung des Regierungsrats einverstanden sein. Groß-



z.guw. **Zum wiederholten Male beteuert Wehner: „Anke Fuchs will die Renten nicht besteuern."** Denn „Anke Fuchs sei (in der Fraktionssitzung der SPD), das zeige die Tonbandabschrift, nur in 13 Schreibmaschinenzeilen von insgesamt 21 Seiten auf die Frage der Rentenbesteuerung eingegangen." Wehner ist seit Monaten bemüht, in der von ihm geleiteten Renten-Reformkommission, in der noch der Sozialexperte der SPD, Glombig, und Anke Fuchs sitzen, „abseits jeder Publizität das schwierige Thema Rentenreform einer Lösung näherzubringen". Auf dem SPD-Parteitag im Dezember soll ein Zwischenbericht vorliegen. Kernstück der „Reform 1984" ist die Besteuerung der Renten und der Abzug eines Krankenversicherungsbeitrags im gewerblichen Bereich wie im öffentlichen Dienst. Denn, so Prof. Meinhold, Vorsitzender des Sozialbeirats, „steigen die Renten weiterhin wie die Bruttolöhne und erhöhen sich gleichzeitig Steuern und Sozialabgaben für die Arbeitnehmer, dann haben die Rentner in einigen Jahren mehr Geld, als sie während ihrer Arbeitszeit verdienten. Das ist ungerecht." – Mitte 77 wurde mit dem „Gesetz zur 20. Rentenanpassung" das erste Ehrenberggesetz zur Rentensenkung verabschiedet. Am 1.7.77 wurden die Renten um 9,9% erhöht, dann erstmals wieder am 1.1.79 um 4,5% und sollen am 1.1.80 und 81 um 4% erhöht werden. Das Loslösen der Renten von den Bruttolohnerhöhungen brachte die Rentner um folgende Renten: 1978 betrug die durchschnittliche Rente bei 35 Versicherungsjahren 882 DM, nach alter Berechnung hätte sie 955 DM betragen müssen, 1979 922 DM gegenüber 1022 DM. 1980 wird die Differenz 959 zu 1086 DM betragen. „Wir werden es nicht zulassen, daß Helmut Schmidt noch einmal mit einem Rentenbetrug an die Macht kommt", tönt Kohl draufgängerisch, um selber den Platz der SPD einnehmen zu können. Schon 1977 hatte die CDU/CSU die Besteuerung von Renten und Krankenversicherungsbeitrag gefordert. Die FDP will einen Abschlag von den Renten in Höhe der Steuern und Sozialabgaben. „Der Mensch lebt nicht vom Bruttolohn", so Graf Lambsdorffs Weisheit. Das gemeinsame Ziel der bürgerlichen Politiker ist trotz aller Dramatik leicht erkennbar. Abgewartet wird noch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, daß die Besteuerung der Beamtenpensionen verfassungswidrig sei, wegen

ster Vogel, wie auch der Richterbund in der Schlußerklärung, hielten es offenbar für wichtiger, die jetzige Regelung zu verteidigen gegen den Druck aus den Volksmassen, der schon zu einzelnen Abspaltungen in den bürgerlichen Parteien geführt hat. Eins versprechen sich aber wohl beide von der Debatte: Großzügige und strikte Auslegung des geltenden Rechts durch schöpferische Weiterentwicklung durch die Gerichte.

z.scc. **„Die Ausdehnung des Gemeinsamen Marktes... eröffnet den exportorientierten Industrien der derzeitigen EG-Länder neue Absatzmärkte", „würdigt" die Bundesregierung den EG-Beitritt Griechenlands.** Am 28. Mai wurde der Vertrag unterzeichnet, nun liegt er den westeuropäischen Parlamenten zur Ratifizierung vor. Seit dem Assoziierungsabkommen 1961 hat sich das Handelsbilanzdefizit Griechenlands mit der EG auf 1,4 Mrd. $ (1978) mehr als verfünffacht. Bereits mit diesem Abkommen hatten die Imperialisten die griechischen Zollschranken Schritt für Schritt niedergerissen: Für die meisten Industrieprodukte lagen die Zölle Ende 1977 um die Hälfte unter denen von 1962. Die „Restzölle" sollen nach dem Beitrittsabkommen bis 1986 fallen, mit ihnen alle mengenmäßigen Beschränkungen, mit denen Griechenland den Aufbau seiner Industrie zu schützen versuchte. Während die EG-Imperialisten, deren Exporte nach Griechenland zu 89% aus Maschinen und anderen industriellen Fertigprodukten bestehen, insbesondere die sich entwickelnde griechische Chemieindustrie und Grundmetallurgie niederzukonkurrieren trachten, soll Griechenland die Rolle des industriellen Rohstofflieferanten übernahmen: Seit Jahren steigen die Ausfuhren von Aluminium, Leder und rohen Baumwollgarnen.

z.kej. **29 Arbeiterinnen der Firma Heinze in Gelsenkirchen, unterstützt von der IG DRUPA, hatten vor dem Arbeitsgericht geklagt, weil der Kapitalist Frauen und Männern unterschiedliche Zuschläge zahlt.** Das Arbeitsgericht in Gelsenkirchen hatte der Klage der Arbeiterinnen stattgegeben. Dies Urteil ist nun vom Landesarbeitsgericht in Hamm aufgehoben worden. Heinze drückt auf das Lohnniveau, indem er die übertariflichen Zulagen an Frauen nicht zahlt. Im Durchschnitt lagen die Zulagen bei den Frauen um 0,24 DM und bei den Männern um 1,55 DM. Die Argumentation des Berufungsgerichts: Man könne Heinze nicht nachweisen, daß es eine feste Regelung der Zahlung von Zulagen gebe. Das heißt: weil Heinze auch Männern verschiedene Zulagen zahlt, kann er zwischen Männern und Frauen genauso verfahren. Das Landesarbeitsgericht mußte bei seinem Urteil das Recht auf Revision einräumen. Die klagenden Frauen fordern weiter „gleicher Lohn für gleiche Arbeit" und wollen Revision beim Bundesarbeitsgericht einlegen.

z.tit. **„Der Schritt aus dem 19. ins letzte Drittel des 20. Jahrhunderts": aus „Armenrecht" wird „Prozeßkostenhilfe".** Im „Entwurf eines Gesetzes zur Prozeßkostenhilfe" sieht die Bundesregierung für alle mit einem Verdienst zwischen 850 und 4000 DM/Monat die Verpflichtung zur Finanzierung eines Zivilklageprozesses noch vor dessen Abschluß vor. Während nach „Armenrecht" die Möglichkeit bestand, den verlorenen Prozeß erst bei einem entsprechend angestiegenen Einkommen nachträglich zu bezahlen, muß jetzt mit Gewährung der „Prozeßkostenhilfe" einen Monat nach Beginn des Prozesses mit der Bezahlung der Raten begonnen werden. Ein Beispiel: Ein Arbeiter mit einem Nettoeinkommen von 2250 DM und zwei Kindern, der eine Zivilklage oder Sozialklage anstrengt (Streitwert sei 6000 DM), muß monatlich 205 DM überweisen. Ein solcher Prozeß dauert im allgemeinen

58 60 62 64 66 68 70 72 74 76 77
I Verfahren vor Sozialgerichten, 1958 = 100
II Zahl der Richter 1960 = 100
140 120 100 80 60

mit Berufungsinstanz zwei Jahre und es entstehen Kosten in Höhe von ca. 3640 DM (ohne den gegnerischen Anwalt). Schon nach eineinhalb Jahren, noch bevor der Prozeß entschieden ist, ist der gesamte Betrag bezahlt, der nur fällig würde, wenn man verliert.

Übergangs-Vorschläge der Patriotischen Front

Zugeständnis bei der Verfassung / Briten verzögern

z.hef.London. Anfang der Woche wird die britische Regierung einen „detaillierten Verfassungsentwurf" vorlegen. Nach zwei Wochen meist bilateraler Verhandlungen über die Verfassung soll dieser Tagesordnungspunkt rasch beendet werden, fordert die Patriotische Front. Sie hat letzte Woche ein Zugeständnis in der Frage weißer Abgeordneter in der Nationalversammlung (dem Parlament) gemacht. Die Patriotische Front ist mit 24 für Weiße reservierten Sitzen von 120 Sitzen einverstanden. In demselben Vorschlag heißt es deutlich: „Wir halten an unserer in unserem Hauptpapier dargelegten Position fest, daß ein verfassungsänderndes Gesetz von der Nationalversammlung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln verabschiedet werden kann."

Je näher die Konferenz dem Tagesordnungspunkt zwei – Übergangszeit, Rolle der Armee, Polizei und Verwaltung dabei – kommt, desto mehr verzögern die britischen Imperialisten die Verhandlungen. Die Patriotische Front will möglichst bald die *entscheidenden* Fragen behandeln. Folgendes hat sie dazu schriftlich vorgelegt:

„Einrichtung eines Regierungsrats mit voller Exekutivgewalt, der so zu-sammengesetzt ist: a) vier Mitglieder, die die Patriotische Front vertreten und von ihr ernannt werden, b) vier Mitglieder, die Großbritannien und das Regime repräsentieren, einer der britischen Vertreter ist der Vorsitzende." Entscheidungen sollen mit einfacher Mehrheit getroffen werden, der Vorsitzende *keine* zweite oder entschei-



Erneut hat die Bundesregierung Vertretern der ZANU, die auf Veranstaltungen des KBW sprechen wollten, die Einreise verweigert. Auf den Veranstaltungen in Frankfurt (Bild), Hamburg und Stuttgart wurden von den 1190 Teilnehmern 10571 DM für Kleidertransporte nach Zimbabwe gesammelt.

dende Stimme haben. Für Armee, Polizei und öffentlichen Dienst werden Übergangskommissionen eingerichtet, „zusammengesetzt aus Vertretern der Patriotischen Front und des Regimes." „Die prinzipiellen Aufgaben des Übergangs-Verteidigungskomitees sind, a) den Prozeß des Aufbaus einer neuen Armee Zimbabwes zu beginnen, b) den Waffenstillstand zu überwachen, c) die Zusammenarbeit zwischen dem Regierungsrat und der UN-Friedenstruppe wahrzunehmen." Sondergerichte werden aufgelöst, alle Richter treten zurück, der Regierungsrat ernennt Richter. Das Kriegsrecht wird aufgehoben, keine weiteren Hinrichtungen durchgeführt, alle politischen Gefangenen freigelassen und die „geschützten Dörfer" abgeschafft. *Die Übergangszeit darf nicht länger als sechs Monate ab Ende*

der Konferenz dauern. Spätestens dann werden unter UN-Aufsicht Wahlen durchgeführt, das Wahlrecht wird entsprechend der neuen Verfassung geregelt.

Die britischen Imperialisten versuchen, offiziell diese Vorschläge zu ignorieren und lassen ihre Pressemeute dagegen los. „Auf keinen Fall" könne man mit der Zusammensetzung des Regierungsrats einverstanden sein. Groß-britannien dürfe nicht mit dem Regime in einen Topf geworfen werden. Außerdem brauche der britische Vorsitzende mehr Vollmachten und die entscheidende Stimme. Und schließlich würden diese Vorschläge der Patriotischen Front mehr Macht geben, als diese sich „durch die Wahlurne verdient" habe.

z.xxx. **Die Konferenz der Bürgerinitiativen am 22./23.9. in Bochum beschloß mit den Stimmen von etwa zwei Drittel der 300 – 400 Anwesenden, am 14. Oktober in Bonn eine Demonstration durchzuführen, und verabschiedete einen Aufruf. Der KBW hat auf der Konferenz folgende Erklärung abgegeben:**

1. Auf diesem Kongreß soll endgültig über die Durchführung einer Demonstration nach Bonn gegen das Energieprogramm der Bundesregierung beschlossen werden. Wir halten es für richtig, daß dazu neuerlich ein Bundeskongreß durchgeführt wird, da in den letzten Monaten keine einheitliche Beschlußfassung aller Bürgerinitiativen zustandekommen konnte, da die Positionen zu unterschiedlich sind. Das betrifft Forderung und Stoßrichtung wie die Vorgehensweise überhaupt. Die ganze Sache bleibt deshalb kraftlos.

Die Demonstration ist gedacht als eine politische Zusammenfassung der Kämpfe der letzten Jahre gegen das imperialistische Energieprogramm der Bundesregierung und gegen den Bau von Kernkraftwerken und Wiederaufbereitungsanlagen. Diese Kämpfe, Aktionen und Demonstrationen, wie sie derzeitig in Gorleben stattfinden, aber auch an anderen Standorten von der dortigen Bevölkerung geführt werden, unterstützen wir und werden wir auch weiter als Organisation unterstützen.

2. Wir unterstützen auch die Forderung nach „Stillegung aller Kernkraftwerke" und die Forderung „Keine Wiederaufbereitungsanlage". Der Kampf gegen die Wiederaufbereitungsanlage wird eine entscheidende Auseinandersetzung. Kann der Bau der Wiederaufbereitungsanlage verhindert werden, ist die Forderung nach Stillegung aller Kernkraftwerke weiter richtig, um das Energieprogramm der Bundesregierung vollständig beseitigen zu können. Durch eine Wiederaufbereitungsanlage will die Bundesregierung die Wiederaufbereitung und Anreicherung von Kernbrennstäben erheblich beschleunigen, um somit eine noch größere Masse von Kernkraftwerken zur Energiegewinnung einsetzen zu können. Man muß den Bau der Wiederaufbereitungsanlage verhindern. Wenn man ihn aber verhindert, muß man die Stillegung aller Kernkraftwerke erst recht durchsetzen, um nicht allseitig von überquellenden „Zwischenlagern" umgeben zu sein. Die Forderungen hängen also eng miteinander zusammen.

Nahostpolitik der Imperialisten unter Beschuß

UN-Generalversammlung beginnt mit Kritik an Camp-David-Politik der US-Imperialisten

z.rül. Auf der letzten Dienstag eröffneten 34. Generalversammlung der Vereinten Nationen mit Delegierten von 152 Staaten gerieten die US-Imperialisten gleich am ersten Tag wegen ihrer fortgesetzten Aggression gegen die arabischen Staaten und vor allem das palästinensische Volk unter Beschuß.

Einer der ersten Redner der Generaldebatte war der jordanische König Hussein. ,,In seiner Ansprache nannte König Hussein von Jordanien als Grundvoraussetzung für die Teilnahme seines Landes und arabischer Staaten an Friedensverhandlungen mit Israel den *totalen israelischen Truppenabzug* aus den 1967 besetzten Gebieten sowie die Anerkennung der Rechte des palästinensischen Volkes, einschließlich des Rechts auf einen *eigenen Staat*. (...) Westjordanien und der Gazastreifen seien keine Verhandlungsgegenstände. Er bedauere, daß Ägypten in die *israelische Falle* getappt sei. (...) Die Rechte der Palästinenser seien nicht diskutabel, es handle sich um ein klar definiertes Volk mit einem klar definierten Territorium. Der Standpunkt, daß die Palästinenser am besten in Jordanien Aufnahme fänden, sei deshalb unhaltbar'', meldete die ,,Neue Zürcher Zeitung'' (Hervorhebung NZZ).

Das war ein erfreulicher Schlag gegen die US-Imperialisten, die seit langem gerade Jordanien in ihre Camp-David-,,Friedensregelung'' einzubeziehen versuchen. Ihr Außenminister Vance versuchte es kurz darauf in der UN noch einmal: ,,Eine abschließende Lösung muß die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes ansprechen. Die palästinensische Frage muß in allen ihren Aspekten gelöst werden. Mit der fortschreitenden Entfaltung des Friedensprozesses ist es unser tiefstes Bestreben, daß Vertreter des palästinensischen Volkes und der Regierungen Jordaniens und Syriens an dieser großen Suche teilnehmen.''

Unter den ,,legitimen Rechten des palästinensischen Volkes'' verstehen die US-Imperialisten dessen Einsperrung in ein ,,Homeland'' nach Art der berüchtigten südafrikanischen Homelands, und mit ,,Vertretern des palästinensischen Volkes'' meinen sie irgendwelche Marionetten, die sich für diesen Verrat hergeben sollen. Bislang haben sie noch keine solchen Figuren gefunden. Im Gegenteil lud eine Delegation schwarzer US-Amerikaner vorletzte Woche Jassir Arafat zu einer Rundreise durch zehn US-Städte ein, um mit ihm auf Massenversammlungen über die Lage im Nahen Osten und den Kampf des palästinensischen Volkes zu diskutieren.

Grundlage der imperialistischen Intrigen im Nahen Osten war bisher die

gen die US-Imperialisten, die seit langem gerade Jordanien in ihre Camp-David-,,Friedensregelung'' einzubeziehen versuchen. Ihr Außenminister Vance versuchte es kurz darauf in der UN noch einmal: ,,Eine abschließende Lösung muß die legitimen Rechte des palästinensischen Volkes ansprechen. Die palästinensische Frage muß in allen ihren Aspekten gelöst werden. Mit der fortschreitenden Entfaltung des Friedensprozesses ist es unser tiefstes Bestreben, daß Vertreter des palästinensischen Volkes und der Regierungen Jordaniens und Syriens an dieser großen Suche teilnehmen.''

Unter den ,,legitimen Rechten des palästinensischen Volkes'' verstehen die US-Imperialisten dessen Einsperrung in ein ,,Homeland'' nach Art der berüchtigten südafrikanischen Homelands, und mit ,,Vertretern des palästinensischen Volkes'' meinen sie irgendwelche Marionetten, die sich für diesen Verrat hergeben sollen. Bislang haben sie noch keine solchen Figuren gefunden. Im Gegenteil lud eine Delegation schwarzer US-Amerikaner vorletzte Woche Jassir Arafat zu einer Rundreise durch zehn US-Städte ein, um mit ihm auf Massenversammlungen über die Lage im Nahen Osten und den Kampf des palästinensischen Volkes zu diskutieren.

Grundlage der imperialistischen Intrigen im Nahen Osten war bisher die
UN-Sicherheitsresolution 242 von 1967. Diese Resolution fordert als Grundlage für eine Friedensregelung von den arabischen Staaten die Anerkennung Israels und die Gewährleistung sicherer und anerkannter Grenzen ,,jeglichen Staates der Region.'' Die Rechte des palästinensischen Volkes und die PLO werden mit keinem Wort erwähnt, der Kampf des palästinensischen Volkes gegen den zionistischen Siedlerstaat und die Imperialisten wird als ,,Flüchtlingsproblem'' behandelt.

Unter dem Druck des Kampfes des palästinensischen Volkes gegen den zionistischen Aggressor, für dessen Zerschlagung und die Schaffung eines demokratischen Staates Palästina und seine Unterstützung durch die arabische Nation, beginnen jetzt die Sozialimperialisten, sich vorsichtig von dieser Resolution abzusetzen. 1967 hatten sie diese mit verabschiedet und seitdem penetrant als Grundlage für ,,Friedensregelungen'' gepriesen. Im Juni ließen sie über den Vorsitzenden der libanesischen revisionistischen KP verlauten, die Resolution enthalte ,,die Leitprin-



zipien über eine Regelung im Nahen Osten.'' Auf der UN-Generaldebatte hielten sie sich jetzt erst einmal zurück, um bei passender Gelegenheit ihren Hegemoniebestrebungen eine neue Maske aufzusetzen. Die US-Imperialisten ihrerseits verkündeten bereits am zweiten Tag der Generalversammlung, sie beabsichtigten jetzt eine umfassende Friedensregelung für den Libanon und stünden in Kontakt ,,mit Israel, arabischen Nationen und anderen interessierten Staaten in dem Bemühen, den wackligen Waffenstillstand im südlichen Libanon abzustützen und auszuweiten. (...) Insbesondere wünschen die USA, daß die PLO-Guerillas sich aus dem südlichen Libanon zurückziehen, anstatt dort in wachsender Zahl aufzutreten.'' (International Herald Tribune, 27.9.). Die Befestigung und Sicherung ihres Kettenhundes Israel ist der Kern der US-Politik im Nahen Osten. Der zionistische Siedlerstaat ist für sie unentbehrliche Aggressionsbasis gegen die arabischen Völker.

Die EG-Imperialisten dagegen machen inzwischen etwas Zugeständnisse. Im November werden sie mit den ara-



zipien über eine Regelung im Nahen Osten.'' Auf der UN-Generaldebatte hielten sie sich jetzt erst einmal zurück, um bei passender Gelegenheit ihren Hegemoniebestrebungen eine neue Maske aufzusetzen. Die US-Imperialisten ihrerseits verkündeten bereits am zweiten Tag der Generalversammlung, sie beabsichtigten jetzt eine umfassende Friedensregelung für den Libanon und stünden in Kontakt ,,mit Israel, arabischen Nationen und anderen interessierten Staaten in dem Bemühen, den wackligen Waffenstillstand im südlichen Libanon abzustützen und auszuweiten. (...) Insbesondere wünschen die USA, daß die PLO-Guerillas sich aus dem südlichen Libanon zurückziehen, anstatt dort in wachsender Zahl aufzutreten.'' (International Herald Tribune, 27.9.). Die Befestigung und Sicherung ihres Kettenhundes Israel ist der Kern der US-Politik im Nahen Osten. Der zionistische Siedlerstaat ist für sie unentbehrliche Aggressionsbasis gegen die arabischen Völker.

Die EG-Imperialisten dagegen machen inzwischen etwas Zugeständnisse. Im November werden sie mit den ara-
bischen ölproduzierenden Staaten über engere wirtschaftliche Beziehungen verhandeln, und wie alle Imperialisten wollen sie dabei unbedingt profitable Geschäfte abschließen. Im Unterschied zu den Supermächten aber fehlt ihnen die militärische Macht, um solche Geschäfte notfalls zu erzwingen, und angesichts der Einheit der arabischen Staaten und des palästinensischen Volkes sind sie so zu lavieren gezwungen. Ihre Position trug der irische Außenminister vor. Die Prinzipien einer Friedenslösung seien ,,1. die Unzulässigkeit der gewaltsamen Aneignung von Territorien, 2. die Notwendigkeit für Israel, die Besetzung von Territorien zu beenden, die es seit dem Konflikt 1967 aufrechterhält, 3. die Respektierung der Souveränität, territorialen Integrität und Unabhängigkeit jedes Staates in dem Gebiet und ihr Recht, in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen zu leben, und 4. die Anerkennung, daß im Rahmen der Verwirklichung eines gerechten und dauerhaften Friedens die legitimen Rechte der Palästinenser berücksichtigt werden müssen. (...) Diese schließen ein das Recht auf ein Heimatland und das Recht, durch seine Vertreter vollen Anteil an den Verhandlungen über eine umfassende Lösung zu haben.''

Genscher schloß sich dieser Formel am Donnerstag an, als er ,,das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung durch alle Beteiligten'' als eine der Grundlagen einer Friedenslösung bezeichnete. Was freilich unter diesem ,,Recht auf Selbstbestimmung'' zu verstehen ist und ob die PLO als legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt werden muß oder nicht, darüber streiten sich die EG-Imperialisten weiter.

Bereits auf der letzten UN-Vollversammlung hatten die Länder der Dritten Welt gegen die Imperialisten und vor allem die beiden Supermächte durchgesetzt, daß eine Lösung des Palästina-Problems nur möglich ist ,,auf der Grundlage der vollen Verwirklichung und Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, unter Einschluß des Rechts zur Rückkehr und des Rechts auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität in Palästina und unter Beteiligung der Palästinensischen Befreiungsorganisa-

und das Recht, durch seine Vertreter vollen Anteil an den Verhandlungen über eine umfassende Lösung zu haben.''

Genscher schloß sich dieser Formel am Donnerstag an, als er ,,das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung durch alle Beteiligten'' als eine der Grundlagen einer Friedenslösung bezeichnete. Was freilich unter diesem ,,Recht auf Selbstbestimmung'' zu verstehen ist und ob die PLO als legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anerkannt werden muß oder nicht, darüber streiten sich die EG-Imperialisten weiter.

Bereits auf der letzten UN-Vollversammlung hatten die Länder der Dritten Welt gegen die Imperialisten und vor allem die beiden Supermächte durchgesetzt, daß eine Lösung des Palästina-Problems nur möglich ist ,,auf der Grundlage der vollen Verwirklichung und Ausübung der unveräußerlichen Rechte des palästinensischen Volkes, unter Einschluß des Rechts zur Rückkehr und des Rechts auf nationale Unabhängigkeit und Souveränität in Palästina und unter Beteiligung der Palästinensischen Befreiungsorganisa-
tion.'' (Beschluß 33/28). Wenn in dieser Woche die Generalversammlung die Tagesordungspunkte 24 und 25 behandelt – Palästinafrage und Lage im Nahen Osten – und der PLO-Vorsitzende Arafat zum zweiten Mal vor der Generalversammlung spricht, werden sich die Imperialisten genauer festlegen müssen.



Peru: Streikversammlung der Lehrergewerkschaft SUTEP am 13. Juni. Seit jetzt 4 Monaten kämpfen die Lehrer gegen das ,,Einfrieren'' ihrer Elendsgehälter und Entlassungen, die der IWF diktiert. Streikführer der Angestellten der Nationalbank und Vorsitzende von Bauernkomitees sprachen zu den Lehrern.

DM-Aufwertung: Westdeutsche Imperialisten sichern sich Vorteile im Konkurrenzkampf

z.bew. Am 16.9. fand in Paris die Währungskonferenz der fünf ,,Großen'' (USA, Großbritannien, Frankreich, Japan und BRD) statt, einen Tag später tagte in Brüssel der Wirtschafts- und Finanzministerrat der EG. Nach beiden Tagungen überschlug sich Staatssekretär Lahnstein vom Finanzministerium fast vor Versicherungen, daß das erst am 13.3. d.J. eingerichtete Europäische Währungssystem (EWS) zur besten Zufriedenheit funktioniere und an die Notwendigkeit einer Änderung der Währungsparitäten nicht zu denken sei. Am 23.9. ergriffen die westdeutschen Imperialisten die Initiative für ein Treffen der Finanzminister und Notenbankpräsidenten der EWS-Staaten. Auf diesem Treffen am Montag vergangener Woche wurde auf Druck der BRD-Imperialisten eine Änderung der Währungsparitäten durchgesetzt. Die DM wurde gegenüber der dänischen Krone um 5% und gegenüber den anderen Währungen im Europäischen Währungsverbund um 2% aufgewertet. So richtig zufrieden sind sie damit nicht; nicht daß die Aufwertung nicht richtig wäre, aber sie hätte früher kommen müssen, ruhig ein bis zwei Prozentpunkte höher ausfallen können und vor allem wollte man auch eine Abwertung des belgischen und französischen Franc, parallel zu der 3prozentigen Abwertung der dänischen Krone, was sie aber nicht durchsetzen konnten.

Hatten bei früheren DM-Aufwertungen vor allem die exportorientierten Industriekapitalisten Zeter und Mordio geschrien, da dadurch ihre Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt verschlechtert würden, so fehlte solche Begleitmusik diesmal fast gänzlich, und das, obwohl 41,7% der westdeutschen Exporte in die Länder gehen, die direkt von der Wechselkursänderung betroffen sind. Die Aufwertung war das Werk der Bankkapitalisten und der Bundesbank. Allein in den letzten Wochen hatte die Bundesbank 5 Mrd. DM für die Stützung des Dollars auf den Markt geworfen und

tive für ein Treffen der Finanzminister und Notenbankpräsidenten der EWS-Staaten. Auf diesem Treffen am Montag vergangener Woche wurde auf Druck der BRD-Imperialisten eine Änderung der Währungsparitäten durchgesetzt. Die DM wurde gegenüber der dänischen Krone um 5% und gegenüber den anderen Währungen im Europäischen Währungsverbund um 2% aufgewertet. So richtig zufrieden sind sie damit nicht; nicht daß die Aufwertung nicht richtig wäre, aber sie hätte früher kommen müssen, ruhig ein bis zwei Prozentpunkte höher ausfallen können und vor allem wollte man auch eine Abwertung des belgischen und französischen Franc, parallel zu der 3prozentigen Abwertung der dänischen Krone, was sie aber nicht durchsetzen konnten.

Hatten bei früheren DM-Aufwertungen vor allem die exportorientierten Industriekapitalisten Zeter und Mordio geschrien, da dadurch ihre Konkurrenzbedingungen auf dem Weltmarkt verschlechtert würden, so fehlte solche Begleitmusik diesmal fast gänzlich, und das, obwohl 41,7% der westdeutschen Exporte in die Länder gehen, die direkt von der Wechselkursänderung betroffen sind. Die Aufwertung war das Werk der Bankkapitalisten und der Bundesbank. Allein in den letzten Wochen hatte die Bundesbank 5 Mrd. DM für die Stützung des Dollars auf den Markt geworfen und
weitere 5 Mrd. für Interventionen zugunsten des belgischen Franc und der dänischen Krone. Dadurch ist das Geldvolumen weiter aufgebläht worden. Die Überfülle an zirkulierendem Geld hat in Westdeutschland den Zinssatz gesenkt, teilweise unter den Lombardsatz und sogar unter den Diskontsatz, und damit die für die Bankiers hoffnungsvoll ansteigende Bewegung der Zinsen unterbrochen (vgl. Kommunismus und Klassenkampf 8/79, S.4) sowie gleichzeitig die Inflation geschürt, die für August erstmals wieder in der BRD bei 5,3% lag. Durch die DM-Aufwertung sind die Interventionsmarken für die EWS-Staaten so verändert worden, daß die Stützungskäufe für die westdeutschen Imperialisten zeitweise eingeschränkt sind, die Steigerung der umlaufenden Geldnoten abgestoppt wird und die Zinssätze wieder steigen können.

Für den Außenhandel bedeutet die jetzige Aufwertung der DM einen Ausgleich für die faktische Unterbewertung, die über die gestiegenen Importpreise, bedingt durch die hohen Inflationsraten in den anderen Staaten (Frankreich, Großbritannien, USA: 10,1%; Italien: 13% im Juni 79) in Westdeutschland stattgefunden hat, da bei festen Wechselkursen sich der gleiche Warenwert in einem höheren DM-Preis ausdrückt. Sind die Importe in die BRD im ersten Halbjahr 1979 um 15% gestiegen und die Exporte um 10%, so steht dem wertmäßig nur eine Steigerung der Importe um 9% und der Exporte um 7% gegenüber, d.h. daß die Importpreise um 6% und die Importpreise um 3% gestiegen sind. Durch die jetzige DM-Aufwertung fangen die westdeutschen Imperialisten diese faktische Unterbewertung der DM auf und bleiben gleichzeitig bei den Exportpreisen unter denen der imperialistischen Konkurrenten und können dadurch diese im eigenen Land und vor allem im Kampf um die Märkte der Länder der Dritten Welt auskonkurrieren, auf die die Preissteigerungen in den imperialistischen Ländern abgewälzt werden sollen. Gegenüber dem US-Dollar ergeben sich durch die Aufwertung für die westdeutschen Imperialisten zwar Nachteile im Warenexport, was sie aber weniger juckt, da im Gegensatz zu den EG-Staaten die Exporte dahin zurückgegangen sind, und was durch die günstigen Bedingungen

Für den Außenhandel bedeutet die jetzige Aufwertung der DM einen Ausgleich für die faktische Unterbewertung, die über die gestiegenen Importpreise, bedingt durch die hohen Inflationsraten in den anderen Staaten (Frankreich, Großbritannien, USA: 10,1%; Italien: 13% im Juni 79) in Westdeutschland stattgefunden hat, da bei festen Wechselkursen sich der gleiche Warenwert in einem höheren DM-Preis ausdrückt. Sind die Importe in die BRD im ersten Halbjahr 1979 um 15% gestiegen und die Exporte um 10%, so steht dem wertmäßig nur eine Steigerung der Importe um 9% und der Exporte um 7% gegenüber, d.h. daß die Importpreise um 6% und die Importpreise um 3% gestiegen sind. Durch die jetzige DM-Aufwertung fangen die westdeutschen Imperialisten diese faktische Unterbewertung der DM auf und bleiben gleichzeitig bei den Exportpreisen unter denen der imperialistischen Konkurrenten und können dadurch diese im eigenen Land und vor allem im Kampf um die Märkte der Länder der Dritten Welt auskonkurrieren, auf die die Preissteigerungen in den imperialistischen Ländern abgewälzt werden sollen. Gegenüber dem US-Dollar ergeben sich durch die Aufwertung für die westdeutschen Imperialisten zwar Nachteile im Warenexport, was sie aber weniger juckt, da im Gegensatz zu den EG-Staaten die Exporte dahin zurückgegangen sind, und was durch die günstigen Bedingungen
für den Kapitalexport, den sie verstärkt in die USA leiten, bei weitem ausgeglichen wird. Am Samstag trifft sich Weltökonom Schmidt in Hamburg mit dem US-Schatzsekretär Miller, wo sie ihr weiteres gemeinsames Vorgehen auf der Belgrader Jahrestagung der Weltbank und des IWF abstecken wollen.

Die Bundesregierung begründet dagegen die Notwendigkeit der Wiederaufbereitungsanlage mit den existierenden Kernkraftwerken, um dann mit existierender Wiederaufbereitungsanlage weitere Kernkraftwerke zu rechtfertigen.

3. Der internationale Charakter des Kampfes gegen das Energieprogramm wird in den vorliegenden Aufrufen so behandelt, daß gefordert wird: ,,Unser Protest ist international. Er richtet sich gegen die Atomanlagen, wo immer sie gebaut und betrieben werden.'' Wir halten derartige Äußerungen für falsch und lehnen sie ab, denn sie bedeuten die Einmischung in die Souveränität anderer Länder. Wir können keinem Volk Vorschriften machen. Darüber hinaus ist es Sache eines jeden Volkes selber, wie und ob es den Kampf gegen Kernkraftwerke führt. Wir können den Kampf in den verschiedenen Ländern unterstützen. Das ist aber ein ganz anderer Vorgang, als wenn gefordert wird ,,wo immer sie auch gebaut und betrieben werden''. Die falsche Forderung erhebt Anspruch darauf, die Interessen des jeweiligen Volkes und Staates an deren Stelle festlegen und durchsetzen zu wollen. Man muß sie also ablehnen.

4. Wir lehnen jedes Angebot an die Bundesregierung in Sachen Energie ab. Es kann nicht die Aufgabe der Gegner von Kernkraftwerken sein, der Bundesregierung Gegenvorschläge für die Aufrechterhaltung der Profitproduktion und des imperialistischen Staatsapparates zu machen. Sind Gegenvorschläge gemacht worden, wie alternative Energien, Energieeinsparungen und ,,Kohle als Basis'', sind dies Vorschläge, die eine Ausplünderung und Unterdrückung der Volksmassen beinhalten. ,,Heimische Kohle'' sind bekannte Konzeptionen von vor vierzig Jahren und die Frage stellt sich hier, was daran überhaupt alternativ ist? Es verhält sich eh so, daß die meisten ,,alternativen Energievorschläge'' irgendwelchen bürgerlichen Parteiprogrammen entstammen, ohne die genaue Quellenangabe zu machen.

All das läuft darauf hinaus, die Taschen aufzuhalten, wenn sie geleert werden sollen und den Kopf hinzuhalten, wenn draufgeschlagen werden soll. Das ist nicht klug.

5. Eine Einigung auf den zwei vorliegenden Aufrufen ist nicht möglich und werden wir nicht eingehen. Die weltanschauliche Kannegießerei der verschiedenen alternativen und ökologischen Gruppen verhindern eine gemeinsame Demonstration nach Bonn. Sowas führt nicht zu Vielfalt bei einheitlicher Stoßrichtung, sondern zu Einfalt ohne Stoßkraft.

6. Wir fordern auf, für die Demonstration lediglich solche gemeinsamen Minimalgrundlagen festzulegen, wie sie in folgenden Forderungen beinhaltet sind:

- Keine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben und sonstwo in der Bundesrepublik!
- Kein Bau von Kernkraftwerken in der BRD und Westberlin!
- Stillegung aller Kernkraftwerke in der Bundesrepublik!

Unter diesen Forderungen ist eine einheitliche Vorgehensweise aller Gegner des Energieprogramms der Bundesregierung möglich. Mehr festlegen zu wollen, wäre Sektierertum und könnte keine Grundlage für eine einheitliche Demonstration abgeben. Zur Zeit gibt es zwei Aufrufe nach Bonn, die beide nicht in der Lage sind, ein gemeinsames Vorgehen zu ermöglichen.

7. Unabhängig davon, wie dieser Kongreß entscheidet, bleiben wir Teil der politischen Bewegung gegen das Energieprogramm der Bundesregierung und werden weiterhin all die konkreten Forderungen und Kämpfe gegen dieses Programm unterstützen.

Kommunistische Volkszeitung

Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) / Sekretariat Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2, Telefon 0611/730231, Telex 413080 kuehl d / Sekretär: Hans-Gerhart Schmierer / Redaktion: Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0611/730231 / Redakteur: Martin Fochler

Regionalredaktion Hannover: Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045, Redakteur: Helga Rosenbaum / *Regionalredaktion Köln:* Neusser Str. 27-29, 5000 Köln 1, Tel. 0221/720876-77, Redakteur: Gerd Heinemann / *Regionalredaktion München:* Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/531348, Redakteur: Reiner Malskies

Internationale Nachrichtenverbindungen

Agence d'information et de nouvelle internationales SPRL · a.i.n., agence de presse, 437 Av. Louise, B-1050 Bruxelles // a.i.n. Paris, 27, Rue Greuze, F-75116 Paris // a.i.n. Roma, Via C. Magni 41/B, I-00147 Roma // K.V.Z. News Agency Ltd., 291, Gray's Inn Road, GB-London, WC1X 8QF // Korrespondenzunternehmen für Nachrichten und Informationen des Zeitgeschehens Ges.m.b.H., Straußengasse 7, Tür 4, 1050 Wien

Kommunismus und Klassenkampf

Theoretisches Organ des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) · Hrsg.: Zentrales Komitee des KBW · Erscheint monatlich · Preis des Einzelheftes 2,40 DM, Jahresabonnement incl. Porto 35 DM

Kommunistische Volkszeitung – Spezialnachrichtendienste –

Heft 01: Registerdienst · *Heft 02:* Landwirtschaft, Ernährung; Bau · *Heft 03:* Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft; Chemische Industrie; Stahl · *Heft 04:* Maschinenbau; Elektrotechnik; Fahrzeugbau; Schiffbau · *Heft 05:* Druck; Textil, Bekleidung · *Heft 06:* Handel · *Heft 07:* Ausbildung, Schulen, Schüler; Staatliche und kirchliche Fürsorgeeinrichtungen sowie Gefängnisse · *Heft 08:* Ausbildung, Hochschulen, Studenten · *Heft 09:* Öffentliche Dienste, Transport, Nachrichtenübermittlung · *Heft 10:* Militär, Soldaten und Reservisten, Zivildienstleistende, Polizisten · *Heft 11:* Juristisches Register – Entscheidungsdienst

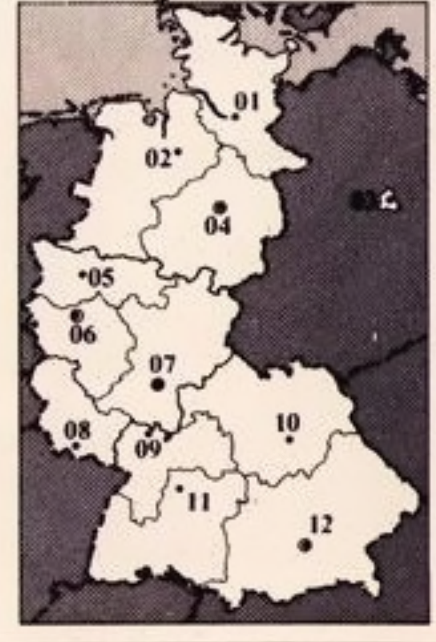
Die Hefte 01 bis 10 erscheinen wöchentlich, Preis pro Heft 0,60 DM · Heft 11 monatlich, Preis 2,40 DM

Zu beziehen bei nebenstehenden Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager, Mainzer Landstraße 147, Postfach 119151, 6000 Frankfurt 2

Bezirksausgaben und Bezugsadressen

Bezug der Kommunistischen Volkszeitung im Vierteljahresabonnement incl. Porto 11 DM, bei unten angegebenen Geschäftsstellen oder bei Buchvertrieb Hager

Geschäftsstelle Hamburg (1), Kleine Rainstr. 21, 2000 Hamburg 50, Tel. 040/394590 / **Geschäftsstelle Bremen (2)**, Gröpelinger Heerstraße 261, 2800 Bremen, Tel. 0421/6160455 / **Geschäftsstelle Westberlin (3)**, Oranienstr. 159, 1000 Westberlin 61, Tel. 030/6145099 / **Geschäftsstelle Hannover (4)**, Hindenburgstraße 15, 3000 Hannover, Tel. 0511/814045 / **Geschäftsstelle Essen (5)**, Sybillastraße 15, 4300 Essen, Tel. 0201/252353 / **Geschäftsstelle Köln (6)**, Neusser Straße 27-29, 5000 Köln, Tel. 0221/720876-77 / **Geschäftsstelle Frankfurt (7)**, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt, Tel. 0611/730241-42 / **Geschäftsstelle Saarbrücken (8)**, Unterer Hagen 27, 6600 Saarbrücken, Tel. 0681/583603 / **Geschäftsstelle Mannheim (9)**, J7, 14, 6800 Mannheim, Tel. 0621/16279 / **Geschäftsstelle Nürnberg (10)**, Findelwiesenstraße 8, 8500 Nürnberg, Tel. 0911/492095 / **Geschäftsstelle Stuttgart (11)**, Gutenbergstraße 2, 7000 Stuttgart 1, Tel. 0711/620582 / **Geschäftsstelle München (12)**, Lindwurmstraße 93 (Seitengebäude), 8000 München 2, Tel. 089/532481



r.gör. **Im Niedersächsischen Landtag begann am vergangenen Donnerstag die Debatte über den Haushaltsplan für das Jahr 1980.** Der Entwurf der Landesregierung sieht Ausgaben in einem Umfang von 22,3 Mrd. DM vor, das sind 1,3 Mrd. DM mehr als im Vorjahr. Pro Kopf der Bevölkerung gerechnet sind das rund 3100 DM (Zuwachs: 180 DM), pro sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen (also ohne die Staatsbediensteten gerechnet) sind das rund 10100 DM (Zuwachs: 625 DM). Die Steigerungsrate liegt weit über dem Anstieg der Nettolöhne. – Spekuliert wurde darüber, was man mit „den möglichen Mehreinnahmen des Landes" im Jahre 1980 machen könne. Sie haben den Geruch der dann sprunghaft steigenden, den arbeitenden Klassen abzupressenden Steuermehreinnahmen offenbar schon in der Nase, jedenfalls lassen sie keinen Zweifel, daß das Geld ihnen schon gehört. Ravens will damit „Soziales" tun. Albrecht eher die Verschuldungsquote eindämmen und „einen Teil" den Steuerzahlern zurückgeben, freilich nicht denselben, die gezahlt haben. Wir erinnern bloß an den jüngsten Erlaß der Landesregierung, der die Gemeinden zwingen soll, den Kapitalisten weitere Gewerbesteuern zu erlassen. – Finanzminister Kiep nannte drei Ausgabenschwerpunkte: Zuschüsse an Gemeinden, Bildung und Wissenschaft, Wirtschaftsförderung für die Kapitalisten. Man muß nicht denken, daß mehr Gelder für die Staatskasse den Bediensteten (außer ihren Dienstherren) zugutekämen. Im Gegenteil. CDU-Fraktionschef Brandes nahm die Haushaltsdebatte einmal mehr zum Anlaß, den lang schon nicht nur von ihm gehegten Plan zu propagieren, „Tabus bei der Beamtenbesoldung zu brechen" (HAZ, 28.9.).

b.mas. Bad Bevensen. **27.9.79, Betriebsversammlung an der Diana-Klinik.** Die ÖTV-Betriebsgruppe stellte Anträge nach einem Tarifvertrag für die Beschäftigten, korrekter Vergütung der Überstunden, nach mehr Planstellen und gegen die Kündigung des Vertrauensleutesprechers. Geschäftsführer Hansen traute sich nicht, offen diesen Forderungen entgegenzutreten. Er beschränkte sich in seinen Ausführungen darauf, die „diffamierenden und wahrheitswidrigen Darstellungen" in der Betriebsausgabe der KVZ als Angriff auf die Arbeitsplätze in der Diana-Klinik zu bezeichnen. Er verweigerte Verhandlungen mit der ÖTV, „wenn diese sich weiter vor den Karren des KBW spannen lassen würde". Der ärztliche Direktor, Dr. Bauer-Tertius, versuchte, die Belegschaft auf die in der Klinik praktizierte Kostendämpfung einzuschwören, weil „ es uns doch allen um das Prinzip ‚Rehabilitation vor Rente' geht". Keinen Beifall erntete die Oberschwester mit ihrem salbungsvollen Appell, doch „wieder fröhlich an den Dienst am Nächsten" heranzugehen. Bei der Abstimmung der ÖTV-Anträge enthielten sich die meisten Kollegen. Etwa 30 Kollegen stimmten für die sofortige Weiterbe-

ren) zugutekämen. Im Gegenteil. CDU-Fraktionschef Brandes nahm die Haushaltsdebatte einmal mehr zum Anlaß, den lang schon nicht nur von ihm gehegten Plan zu propagieren, „Tabus bei der Beamtenbesoldung zu brechen" (HAZ, 28.9.).

b.mas. Bad Bevensen. **27.9.79, Betriebsversammlung an der Diana-Klinik.** Die ÖTV-Betriebsgruppe stellte Anträge nach einem Tarifvertrag für die Beschäftigten, korrekter Vergütung der Überstunden, nach mehr Planstellen und gegen die Kündigung des Vertrauensleutesprechers. Geschäftsführer Hansen traute sich nicht, offen diesen Forderungen entgegenzutreten. Er beschränkte sich in seinen Ausführungen darauf, die „diffamierenden und wahrheitswidrigen Darstellungen" in der Betriebsausgabe der KVZ als Angriff auf die Arbeitsplätze in der Diana-Klinik zu bezeichnen. Er verweigerte Verhandlungen mit der ÖTV, „wenn diese sich weiter vor den Karren des KBW spannen lassen würde". Der ärztliche Direktor, Dr. Bauer-Tertius, versuchte, die Belegschaft auf die in der Klinik praktizierte Kostendämpfung einzuschwören, weil „ es uns doch allen um das Prinzip ‚Rehabilitation vor Rente' geht". Keinen Beifall erntete die Oberschwester mit ihrem salbungsvollen Appell, doch „wieder fröhlich an den Dienst am Nächsten" heranzugehen. Bei der Abstimmung der ÖTV-Anträge enthielten sich die meisten Kollegen. Etwa 30 Kollegen stimmten für die sofortige Weiterbe-
schäftigung des Vertrauensleutesprechers. Der Betriebsrat will in den nächsten vier Wochen Verhandlungen mit der Geschäftsleitung über einen Tarifvertrag, Zulagenzahlungen und den Stellenplan abgeschlossen haben.

400 nahmen an der Veranstaltung des KBW zur Unterstützung des Befreiungskrieges des Volkes von Zimbabwe teil. 4513,61 DM wurden gesammelt.



Das Geld wird zur Finanzierung der Verschiffung von Kleiderspenden nach Zimbabwe und zur Unterstützung des Demokratischen Kampuchea verwandt.

b.oeh. **Vor zwei Wochen fand im Kieler Landtag die erste Lesung eines Gesetzentwurfs statt, nachdem das Kultusministerium, das Landesschulamt und das Institut für Praxis und Theorie der Schule (IPTS) neugegliedert werden sollen.** Die bürgerlichen Parteien sind sich einig gewesen; geht es doch unter dem Schlagwort 'bessere Beratung und Hilfe für die Schulen' darum, die Schulaufsicht zu verstärken und zu zentralisieren. Im einzelnen ist folgendes geplant: Das Landesschulamt wird aufgelöst. Die Abteilungen Schulaufsicht und Personallenkung (d.h. die Zuweisung von Lehrern an die Schulen, Versetzungen, die Besetzung von Funktionsstellen etc.) werden in das Kultusministerium zurückgegliedert. Die übrigen Abteilungen, wie die z.B. rein technische Personalbewirtschaftung (d.h. Reisekosten, Beurlaubungen etc.) werden mit dem IPTS zusammengelegt. Das IPTS wird damit Landesoberbehörde. Die Kompetenzen des IPTS (z.B. Aus- und Weiterbildung der Lehrer) sollen erhalten werden. Mit einer Ausnahme: die Leiter der Ausbildungsseminare werden nicht mehr wie bisher von der Seminarkonferenz – sie setzt sich aus Studienleitern, Mentoren und Lehramtsanwärtern zusammen – gewählt, sondern von Bendixen eingesetzt.

b.how.Nordfriesland. **Ein Bauer (16 Hektar) aus der Nähe von Langenhorn, Kreis Nordfriesland, berichtet, daß bei ihm Zollbeamte während der Arbeit auf dem Feld nach unversteuertem Heizöl gefahndet haben.** Die Bauern erhalten zwar am Ende des Jahres die Mineralölsteuer (ca. 40 Pf/l) zurück, nicht jedoch die Mehrwertsteuer auf diese (ca. 5,2 Pf/l). Daß die Zollfahnder bis hierher kommen – ca. 30 km von der Grenze – ist neu, bislang haben sie nahe der Grenze die Bauern schikaniert, z.B. im Gotteskoog bei Niebüll – ca. 7 km von der Grenze.

r.gec. **BT/AT Schüler stellen der Kreisdelegiertenkonferenz Hannover der ÖTV den Antrag, die Forderung nach Schulgeldfreiheit zu beschließen.** Zum 1.4. dieses Jahres hatte die Betriebsführung Annastift für die über 100 Schüler der Schulen für Beschäftigungs- (BT) und Arbeitstherapie (AT) sowie für die Schulen für Krankengymnastik und Massage das monatliche Schulgeld von 160 DM auf 200 DM erhöht. Diese Erhöhung wurde von der Mehrheit der Schüler boykottiert. Über 500 haben an einem Informationsstand der BT/AT Schüler durch ihre Unterschrift die Forderung nach Schulgeldfreiheit und Übernahme der Ausbildungskosten durch den Staat, unterstützt. Ebenso große Teile der Beschäftigten des Annastifts, sowie das Studentenparlament der Fachhochschule Hannover (Elekt. und Maschb.) Auf dem Bundestreffen der Vertreter der BT/AT Schüler wurde die Forderung nach Schulgeldfreiheit ebenfalls erhoben. Ende August wurde der Schulgeldboykott organisiert abgebrochen, da die Betriebsführung durch Druck auf die Eltern die Boykottfront aufgeweicht hatte. Mit dem Antrag wird ein richtiger Schritt gemacht, die Forderung nach Übernahme der Ausbildungskosten durch den Staat durchzusetzen.

b.suk. **Am 26.9. hat die Bürgerschaft das Energieeinsparungsprogramm verlängert.** Der Staat spart dadurch Ener-

Niebüll – ca. 7 km von der Grenze.

r.gec. **BT/AT Schüler stellen der Kreisdelegiertenkonferenz Hannover der ÖTV den Antrag, die Forderung nach Schulgeldfreiheit zu beschließen.** Zum 1.4. dieses Jahres hatte die Betriebsführung Annastift für die über 100 Schüler der Schulen für Beschäftigungs- (BT) und Arbeitstherapie (AT) sowie für die Schulen für Krankengymnastik und Massage das monatliche Schulgeld von 160 DM auf 200 DM erhöht. Diese Erhöhung wurde von der Mehrheit der Schüler boykottiert. Über 500 haben an einem Informationsstand der BT/AT Schüler durch ihre Unterschrift die Forderung nach Schulgeldfreiheit und Übernahme der Ausbildungskosten durch den Staat, unterstützt. Ebenso große Teile der Beschäftigten des Annastifts, sowie das Studentenparlament der Fachhochschule Hannover (Elekt. und Maschb.) Auf dem Bundestreffen der Vertreter der BT/AT Schüler wurde die Forderung nach Schulgeldfreiheit ebenfalls erhoben. Ende August wurde der Schulgeldboykott organisiert abgebrochen, da die Betriebsführung durch Druck auf die Eltern die Boykottfront aufgeweicht hatte. Mit dem Antrag wird ein richtiger Schritt gemacht, die Forderung nach Übernahme der Ausbildungskosten durch den Staat durchzusetzen.

b.suk. **Am 26.9. hat die Bürgerschaft das Energieeinsparungsprogramm verlängert.** Der Staat spart dadurch Ener-
gie für seine Zwecke und ein Wohnungskapitalist kann 25% Zuschuß oder steuerliche Vergünstigungen für Investitonen kassieren. Bei einem Haus, wo in 10 Wohnungen Thermopenscheiben eingesetzt wurden, kassierte der Kapitalist etwa 20000 DM.



Allein bei einem Mieter dieses Hauses wurde die Miete um 37% erhöht.

b.row. **Für 25 Mio. DM wurde lautlos, ohne Reden, ohne Zaungäste (KN v.21.9.79) der Neubau des Fernmeldeamtes am Kronhagener Weg 125 begonnen.** Von der Präsidentenetage der Oberpostdirektion erntete die Stadt Kiel großes Lob, habe sie doch die baurechtliche Ausweisung für ein den Anforderungen entsprechendes Grundstück bereits 1970 bestätigt. Kein Lob, sondern „dicke Luft" erntete die Stadt Kiel von den Kleingärtnern und ihrem Verein. 70 Familien wurden zum 31.10.78 ihre Pachtgärten gekündigt. Auch wenn sich der Präsident der Oberpostdirektion Spanehl rühmt, eine angemessene Entschädigung zu zahlen und sich zum Erwerb eines Ersatzgeländes bereit erklärt, so wissen doch die Betroffenen, was davon zu halten ist. Kein neuer Garten oder in einem anderem Stadtteil, der gerade von älteren Arbeitern nur mit teuren oder umständlichen Busfahrten zu erreichen ist. Den nächsten Coup hat die Stadt Kiel schon geplant, 1980/81 sollen bei Verlegung der B 76 nach Eckernförde 376 Kleingärten im Eulenkamp verschwinden.

Ergebnisse der Betriebsversammlung VW Wolfsburg

Schmücker: „Den Helm enger schnallen" – die VW Arbeiter sind dagegen

r.pee. Fünf Stunden und fünfzehn Minuten hat die Betriebsversammlung am Donnerstag, den 27.9.79, im VW-Werk Wolfsburg gedauert. Das war bisher die längste in diesem Jahr, mit 18 Rednern „zur Diskussion".

Von Anfang an stand diese Betriebsversammlung unter Spannung. Ab 1.9.79 ist die neue Pausenregelung mit zusätzlicher Pause für die Akkordlöhner in Kraft, die jedoch die VW-Kapitalisten genutzt haben, die Arbeitshetze an den Bändern und Maschinen durch Neueintaktung zu verschärfen. Schmücker hatte unverholen, wenn auch mit einigem taktischen Geschick, versucht, die Belegschaft auf die Expansionspolitik einzufangen. Die Lage bei Ford, mit Kurzarbeit und Sonderschichten, sei ein Fanal, welches man nicht unterschätzen dürfe. Noch würde VW gut dastehen, aber das könne sich ändern. Sorge mache ihm der Kranken- und Abwesenheitsstand, der von 1974/75 15% auf 1978/79 19% ohne Werksurlaub gestiegen ist. Aber er wisse, die Belegschaft wäre eine gute Mannschaft, und VW hätte heute wieder die Finanzkraft, die es ermöglicht, den Anforderungen gerecht zu werden. Trotzdem müsse man den „Helm" enger schnallen, erklärte Schmücker. Was das heißen soll, wiesen die Arbeiter in ihren Reden nach.

Ca. 3% mehr müssen die Arbeiter an den Endmontagebändern nach Einführung der Pausenregelung mit Beibehaltung der Stückzahl machen, hat ein Arbeiter auf der Versammlung erklärt. Ein anderer bezeichnete die Halle 12 (Golf Endmontage) seit der Einführung der Pausenregelung als Zeitbombe, die jeden Augenblick hochgehen kann. Immer wieder versuchten Meister, Vorarbeiter und Schichtführer die Arbeiter für die hohe Anzahl von Nachreparaturfahrzeugen verantwortlich zu machen. Arbeiter, die sich gegen die Neueintaktung der Arbeitsgänge wehren, werden darauf verwiesen, daß alles mit dem Betriebsrat abgesprochen sei, was oft nicht der Fall ist. Im Werk Braunschweig will jetzt der Betriebsrat überprüfen, ob bei den Neueintaktungen und bei den daraus sich ergebenden Arbeitsgängen „alles mit rechten Dingen" zugegangen ist – als Reaktion auf die Ablehnung der Springerregelung durch die Arbeiter in Halle 3. Außerdem soll ein Kompromiß in puncto Springerregelung mit der Betriebsführung gefunden werden.

Von daher erhielt Betriebsratsvorsitzender S. Ehlers auf der Wolfsburger Betriebsversammlung keine Unterstützung, als er die Pausenregelung als eine wichtige Etappe in der Betriebsratsarbeit und den Verhandlungen mit dem VW-Vorstand bezeichnete. Die Unterstützung der Belegschaft erhielt vielmehr ein Arbeiter, der den Vorstand aufforderte, die Stückzahlen auf Grund der Pausenregelungen zu senken und die Bestrebungen der VW-Kapitalisten, die Akkordarbeit zu verschärfen und das Lohnniveau zu senken, angriff. Wie auch die Arbeiter breite Unterstützung fanden, die die Maßnahmen der VW-Kapitalisten, über den Betriebsarzt den Abwesenheitsstand zu senken, angriffen. So wurde berichtet, daß Arbeiter mit Schnittverletzungen größeren Ausmaßes, Rippenprellungen und Kniebeschwerden wieder an den Arbeitsplatz zurückgeschickt wurden, oder daß ein Arbeiter, der über Schwindelanfälle klagte, gefragt wurde, ob er denn keine Lust zur Arbeit hätte.

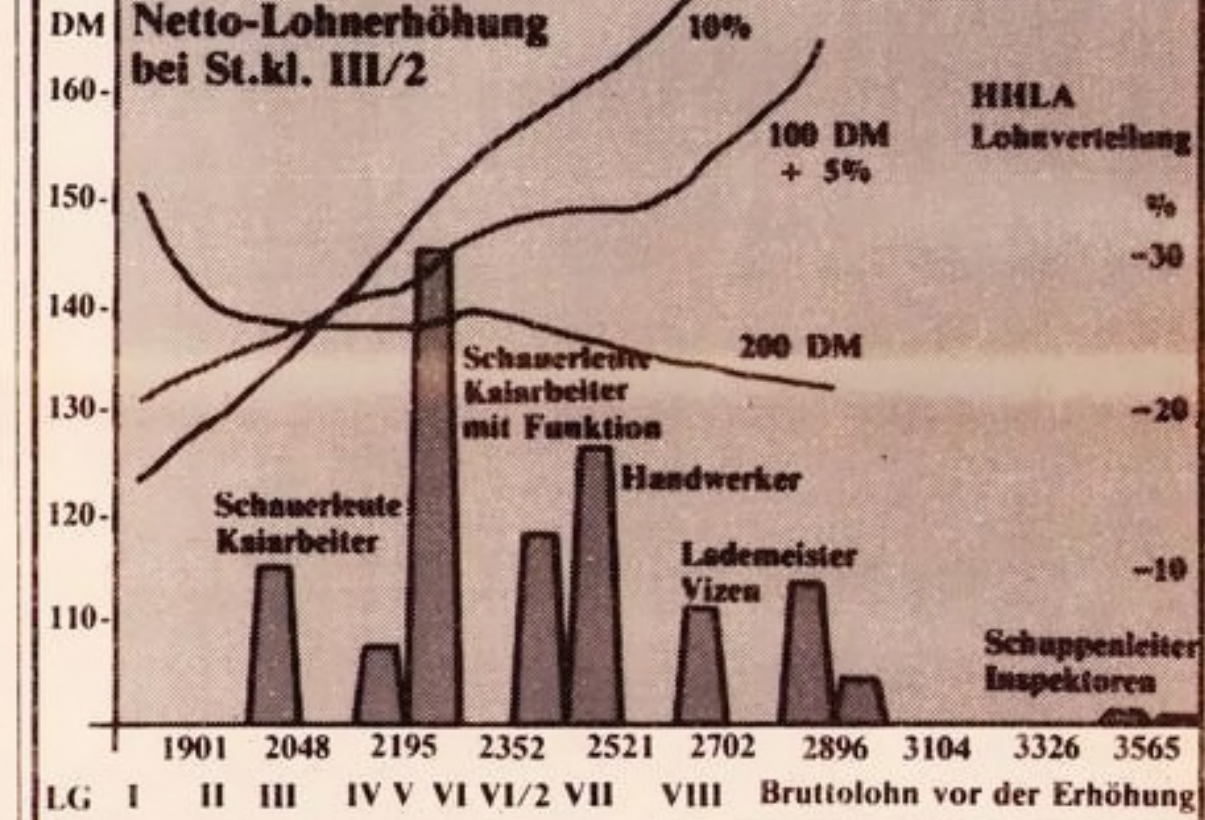
Die Tarifkommission der IGM und der Vertrauensleutekörper wurden aufgefordert, in diesem Jahr die Forderung nach 170 DM / 8% mindestens aufzustellen, um jetzt endlich Schluß zu machen mit den Lohnsenkungen der vergangenen Jahre und die es ermöglicht, daß die VW-Arbeiter nicht aus der Lohnbewegung Metall herausgespalten werden können, um gemeinsam mit den Metallarbeitern diese Forderungen durchzusetzen. Das wurde von der VW-Belegschaft begrüßt. Die Forderung selbst ist dadurch noch nicht aufgestellt. Die Betriebsversammlung war aber in ihrem Inhalt Ausdruck für die starken Bestrebungen der VW-Arbeiter für den Zusammenschluß gegen die Schinderei in Akkord und Schichten und für einen ausreichenden Lohn.

Schauerleute und Vizen hinter einer Forderung

Mit der Forderung 100 DM + 5% geht das/ Steuerklassen spalten zusätzlich

r.obj. Im nebenstehenden Schaubild haben wir die Auswirkungen (netto) von verschiedenen Lohnforderungen eingezeichnet. Will man die unteren Lohngruppen der Schauerleute und Kaiarbeiter nicht absacken lassen, und gleichzeitig die oberen Lohngruppen der Lademeister, Vizen und Containerbrückenfahrer mit einbeziehen, so ist das mit einer Festgeldforderung dieses Jahr nicht zu schaffen, weil die Steuerprogression aus einer gleichen Brutto-Lohnerhöhung eben ganz unterschiedliche Netto-Lohnerhöhungen macht. Durch die Forderung 100 DM + 5% wird dieser Tendenz entgegengewirkt.

Nicht aufgehoben werden kann die zusätzliche Spaltung durch die verschiedenen Steuerklassen. In der folgenden Tabelle haben wir die Netto-Erhöhungen bei den Steuerklassen III/2 und I/IV verglichen.



In der grau unterlegten Lohnverteilung der HHLA-Belegschaft fehlen Lehrlinge, Pförtner und Raumpflegerinnen (1633 DM) sowie Prokuristen und Direktoren (12800 DM). Die Nettoerhöhungen sind berechnet auf 173 Stunden und dabei 7 mal Vermittlung auf II.Schicht.



Lohnerhöhung bei 100 DM + 5% in DM

	brutto	netto III/2	netto I/IV
I	187,64	131,00	122,00
II	192,21	134,00	120,00

ter in ihren Reden nach.

Ca. 3% mehr müssen die Arbeiter an den Endmontagebändern nach Einführ-

mehr ein Arbeiter, der den Vorstand aufforderte, die Stückzahlen auf Grund der Pausenregelungen zu sen-

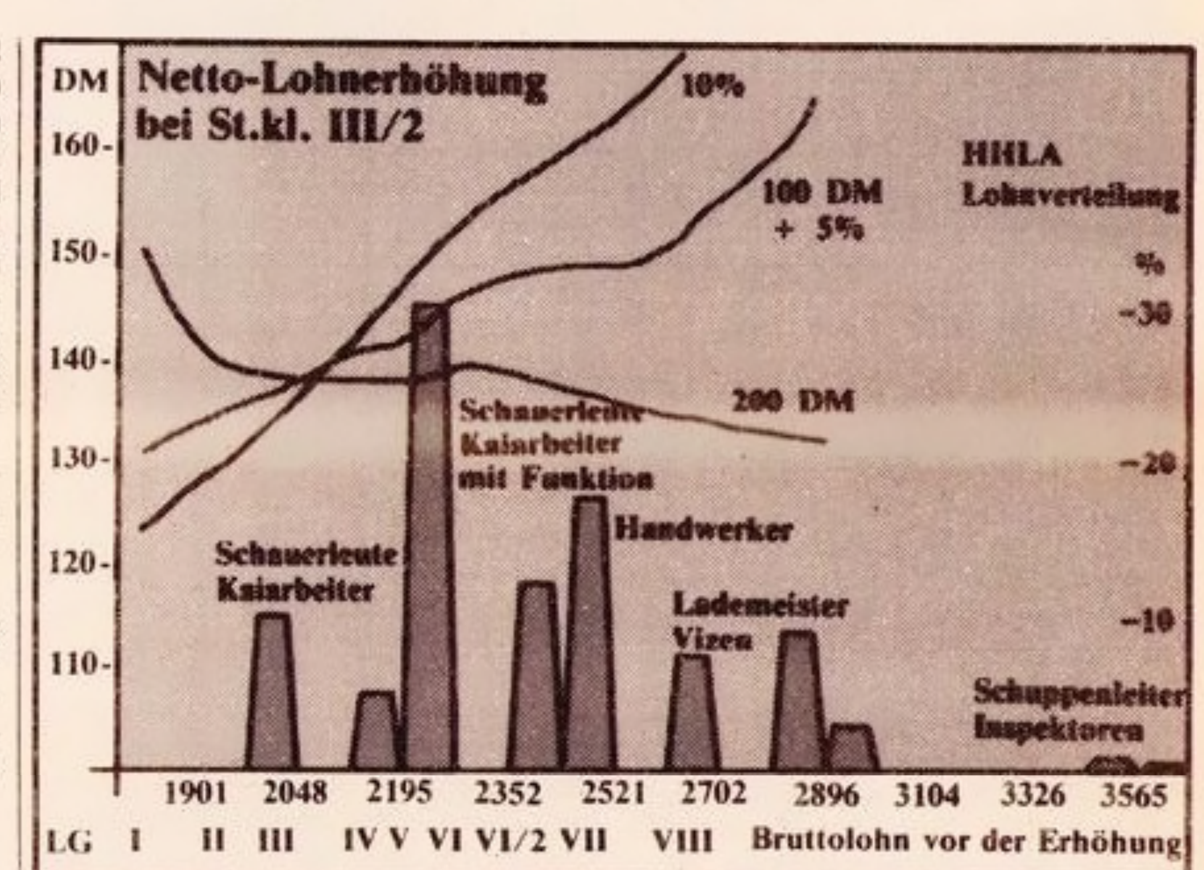
menschluß gegen die Schinderei in Akkord und Schichten und für einen ausreichenden Lohn.

Schauerleute und Vizen hinter einer Forderung

Mit der Forderung 100 DM + 5% geht das/ Steuerklassen spalten zusätzlich

r.obj. Im nebenstehenden Schaubild haben wir die Auswirkungen (netto) von verschiedenen Lohnforderungen eingezeichnet. Will man die unteren Lohngruppen der Schauerleute und Kaiarbeiter nicht absacken lassen, und gleichzeitig die oberen Lohngruppen der Lademeister, Vizen und Containerbrückenfahrer mit einbeziehen, so ist das mit einer Festgeldforderung dieses Jahr nicht zu schaffen, weil die Steuerprogression aus einer gleichen Brutto-Lohnerhöhung eben ganz unterschiedliche Netto-Lohnerhöhungen macht. Durch die Forderung 100 DM + 5% wird dieser Tendenz entgegengewirkt.

Nicht aufgehoben werden kann die zusätzliche Spaltung durch die verschiedenen Steuerklassen. In der folgenden Tabelle haben wir die Netto-Erhöhungen bei den Steuerklassen III/2 und I/IV verglichen.



In der grau unterlegten Lohnverteilung der HHLA-Belegschaft fehlen Lehrlinge, Pförtner und Raumpflegerinnen (1633 DM) sowie Prokuristen und Direktoren (12800 DM). Die Nettoerhöhungen sind berechnet auf 173 Stunden und dabei 7 mal Vermittlung auf II.Schicht.

Lohnerhöhung bei 100 DM + 5% in DM

	brutto	netto III/2	netto I/IV
I	187,64	131,00	122,00
II	192,21	134,00	120,00
III	197,48	137,00	117,00
IV	203,37	141,00	117,00
V	204,92	141,00	116,00
VI/1	212,19	146,00	114,00
VI/2	214,61	148,00	114,00
VII	220,49	147,00	113,00
VII/1	224,12	149,00	113,00
VIII	230,0	153,00	112,00

Bei Ledigen und Verheirateten, die beide etwa gleich viel verdienen, ist die Steuerschraube noch unerträglicher angezogen. Auf der Betriebsversammlung des Gesamthafenbetriebs Hamburg wurde der Vorschlag gemacht, die Sozialabgaben aus der Besteuerung rauszunehmen. Ein Mitglied des Betriebsrates erklärte dazu, daß eine wirkliche Erleichterung nur durch die Erhöhung des Grundfreibetrages in Richtung 1500 DM im Monat durchgesetzt werden kann. Die Steuerreformvorschläge von Regierung und Opposition würden nur minimale Erleichterungen vorsehen, die bereits im Jahr darauf durch verschärfte Progression doppelt zurückgezahlt werden müssen.

b.mak.Hamburg. **Die Hamburger Volkshochschule hat ihren Jahresarbeitsplan 1979/80 mit 1855 Kursen zum Semesterbeginn am 1.10.79 vorgelegt.** Dieses Mammutprogramm wird über die ganze Stadt gestreut durchgeführt, aufgeteilt nach den vier Stadtbereichen Ost, Südost, West und Harburg. Der Vorstand ist eng an die Schulbehörde gebunden, Vorsitzender: Oberschulrat Meissner. ¼ der Gesamtkosten wird über die Teilnahmegebühren, der Rest über die Steuern von den Lohnabhängigen finanziert – zum Winter sind die Gebühren kräftig angezogen: z.B. 68 DM für 16 Doppelstunden statt 54 DM vorher. Weil die Volksmassen im allgemeinbildenden Schulwesen nichts Nützliches lernen, ist der Andrang zur Volkshochschule trotzdem so groß. Das „Sonderprogramm für arbeitslose Frauen" verspricht, „das Nachholen einer Ausbildung über Umschulung" vorzubereiten und „Grundwissen in Deutsch und Rechnen aufzufrischen". Mobilität für die Ausbeutung ist das Lernziel. Andererseits ist ein breites Netz von Kursen ausgelegt, um jede politische Bewegung der Massen niederdrücken und den Klassenkampf dämpfen zu können: Für die Rentner Gesprächskreise über „Schwierigkeiten im täglichen Leben", in Stadtteilen z.B. „Stadtteilbezogene Bildungsarbeit für die Bewohner des Schanzenviertels", ein eigenes Programm für die Arbeiterjugend mit einem Angebot „Kritischer Politik", um „zur ständigen Erneuerung der Demokratie beizutragen" – als Köder Gebührenfreiheit.

b.hör.Kiel. **Am 27.9.79 tagte der Kieler Magistrat.** Es wurde der Nachtragshaushalt 79 verabschiedet, wonach jetzt der Verwaltungshaushalt 482,910 Mio. DM, der Vermögenshaushalt 124,842 Mio. DM und das Gesamtkreditvolumen 33,1 Mio. DM betragen. Die Verpflichtungsermächtigungen, ein Betrag, um den sich die Stadt noch verschulden kann, betragen rund 73 Mio. DM. Bejammert wurde vom Bürgermeister die Tatsache, daß die Personalkosten die „magische Grenze" von 40% des Verwaltungshaushaltes überschreiten würden. Gleichzeitig wurden im Nachtragsstellenplan 110 neue Planstellen bewilligt, von denen der größte Teil zur Unterdrückung der Jugend und zur Bespitzelung der Volksmassen im Sozialbereich (55) dienen soll. 15 Stellen erhält das Baudezernat, 30 Planstellen werden als Teilzeitstellen vergeben. – Im Raum Moorsee/Schlüsbek/Meimersdorf soll ab 1.1.80 der Schulbusverkehr eingestellt werden. Begründet wird dieser Schritt von der Stadt Kiel damit, daß ab 1.10 79 die Buslinie 5 der KVAG das Gewerbegebiet Wellsee befahre und der Linienverkehr mit Meimersdorf verdichtet würde. Gerade die Ausweitung der Linie 5 hat die Stadt noch im Sommer als Rechtfertigung der geplanten Fahrpreiserhöhungen herangezogen. – Am Lübschen Baum, am Barkauer Kreisel, soll ein Notarztwagen stationiert werden, für den 6 Notärzte vorgesehen sind. Eine dieser Arztstellen wird auf den Stellenplan des städtischen Krankenhauses angerechnet.

r.sin. **Gleich nach einem „Gespräch" zwischen der niedersächsischen Wirt-**

Baukapitalisten kommen langsam bei industrieller Fertigung voran: Lüder Bauring AG pleite

r.thc. Am 18.9.1979 hat der Lübecker Baukapitalist Karl Lüder für die Lüder Bauring AG & Co den Konkurs angemeldet. Betroffen davon sind ca. 1400 Arbeiter der Bauring sowie der zwei dazugehörigen Betonfertigteilwerke in Luschendorf. Die ebenfalls zu Lüder gehörenden Lüder Bau GmbH, Hansa Heimbau freies Wohnungsunternehmen, zwei Speditionen sowie ein Ingenieurbüro sind vom Konkurs nicht betroffen.

Angebahnt hatte sich die Pleite, als Lüder begann, Häuser zu produzieren in der Hoffnung, sie billig an seine Tochterfirmen absetzen zu können. Diese wiederum sollten dann beim Verkauf große Profite rausschlagen. Als dieses Spekulationsgeschäft nicht lief, mußte er sich beim Finanzkapital verschulden, um seine Produktion überhaupt noch aufrechterhalten zu können. Die Verschuldung war inzwischen soweit angestiegen, daß die Finanzkapitalisten der Landesbank ihr Geld auch über schärfere Ausbeutung der Bauarbeiter nicht mehr garantiert sahen. Unter dem Vorwand der Arbeitsplatzsicherung sollen die profitlichen Geschäfte mit einer Bürgschaft in Höhe von 2 Mio. DM durch die Landesregierung auf Vordermann gebracht werden.

Parallel zum Niedergang der Lüder Bauring AG wurde in Neumünster die Messe „Norddeutscher Baumarkt" eröffnet. Wesentlich neue Entwicklungen in der Produktionstechnik hat es nicht gegeben. Aus allem, was es an Ausstellungen zu sehen gab, war die Schwierigkeit der Baukapitalisten zu erkennen, große Schritte in Richtung industrieller Produktion voranzukommen. 54,4% aller Baubetriebe haben weniger als 10 Beschäftigte. Allerdings ist in den großen Betrieben der Umsatz je Beschäftigten wesentlich höher als in den Kleinbetrieben. Nur große Betriebe, in denen die Arbeitsteilung weit vorangeschritten ist, sind in der Lage entsprechend große Bauvorhaben auszuführen. Triebkräfte, die in der Bauindustrie wesentliche Veränderungen brachten und bringen, sind die Verkürzung der Arbeitsperiode, die Zeit, in der ein Projekt hergestellt wird. So kann der Baukapitalist früher auf die Realisierung seines Profits hoffen. Sein Kapital ist schneller umgeschlagen.

Mit der Entwicklung der Fertighäuser ist ihnen ein wesentlicher Schritt gelungen, der noch weiterentwickelt wird. Bei dem Bau der Fertighäuser wird die Produktion in vielen Abschnitten vom Bauplatz (bzw. vielen Bauplätzen) in die Fabrik verlegt. Der Kapitalist hat dann nicht nur die Arbeiter direkt unter Kontrolle, sondern die Produktionsmittel sind auch wirkungsvoller ausgenutzt. Auf der Messe wird nach Bauherren gesucht, indem gerade mit diesem Programm geworben wird. Die Qualität ist schlecht. So werden Okalhäuser z.B. gerade so gebaut, daß sie eine Generation überdauern können. Baumaterial: Holz und Pappe. Die Montagezeit auf der Baustelle beträgt dann zwei bis drei Tage, bei verkleinerten Montagetrupps von vier bis fünf Arbeitern. Werden beim Häuserbau keine Fertigteile verwandt, so sind die Kapitalisten bestrebt, immer größere Steine verarbeiten zu lassen. Dazu dienen Gasbetonmaterialien, deren spezifisches Gewicht zwar gering ist, durch die Größe der Steine aber so schwer, daß Bandscheibenschäden bei den Bauarbeitern häufig die Folge sind.

Können aufgrund einer kleinen Serie oder bei Einzelobjekten im Industriebau keine Fertigteile verarbeitet werden, so gilt es, die Zeit zur Vorbereitung des Gießens einzelner Bauabschnitt (Decken, Säulen) zu verkürzen. D.h. die Einschalungstechnik muß weiterentwickelt werden. War es früher üblich, aufwendige Schalungen aus Holz von den Einschalern zusammennageln zu lassen, so gehen die Kapitalisten jetzt dazu über, genormte Schalungsteile zu verwenden, die aus einer Alulegierung bestehen und bis zu 300 Mal benutzt werden können. Darauf setzen die Baukapitalisten große Hoffnung: Um 2,5% sind die in der Bauindustrie beschäftigten Zimmerleute im letzten Jahr zurückgegangen. Die weiterentwickelten Schalungsteile haben ein relativ hohes Gewicht von 28 bis über 100 kg. Für die Montage sind keine Facharbeiter mehr erforderlich. Das Zusammenschrauben bzw. -stecken dieser Teile kann auch von Hilfsarbeitern verrichtet werden.



Bauring AG wurde in Neumünster die Messe „Norddeutscher Baumarkt" eröffnet. Wesentlich neue Entwicklungen in der Produktionstechnik hat es nicht gegeben. Aus allem, was es an Ausstellungen zu sehen gab, war die Schwierigkeit der Baukapitalisten zu erkennen, große Schritte in Richtung industrieller Produktion voranzukommen. 54,4% aller Baubetriebe haben weniger als 10 Beschäftigte. Allerdings ist in den großen Betrieben der Umsatz je Beschäftigten wesentlich höher als in den Kleinbetrieben. Nur große Betriebe, in denen die Arbeitsteilung weit vorangeschritten ist, sind in der Lage entsprechend große Bauvorhaben auszuführen. Triebkräfte, die in der Bauindustrie wesentliche Veränderungen brachten und bringen, sind die Verkürzung der Arbeitsperiode, die Zeit, in der ein Projekt hergestellt wird. So kann der Baukapitalist früher auf die Realisierung seines Profits hoffen.

bau keine Fertigteile verarbeitet werden, so gilt es, die Zeit zur Vorbereitung des Gießens einzelner Bauabschnitt (Decken, Säulen) zu verkürzen. D.h. die Einschalungstechnik muß weiterentwickelt werden. War es früher üblich, aufwendige Schalungen aus Holz von den Einschalern zusammennageln zu lassen, so gehen die Kapitalisten jetzt dazu über, genormte Schalungsteile zu verwenden, die aus einer Alulegierung bestehen und bis zu 300 Mal benutzt werden können. Darauf setzen die Baukapitalisten große Hoffnung: Um 2,5% sind die in der Bauindustrie beschäftigten Zimmerleute im letzten Jahr zurückgegangen. Die weiterentwickelten Schalungsteile haben ein relativ hohes Gewicht von 28 bis über 100 kg. Für die Montage sind keine Facharbeiter mehr erforderlich. Das Zusammenschrauben bzw. -stecken dieser Teile kann auch von Hilfsarbeitern verrichtet werden.



Waffenerprobungen verhindert
Schuß der Bundeswehr ging nach hinten los

b.sal. Sämtliche vom Bundesverteidigungsministerium geplanten Waffenerprobungen sind in diesem Jahr gescheitert. Im Juni wurden im südlichen Speicherkoog Napalmbomben abgeworfen. Nach Protesten der Friedrichskooger Bevölkerung und Kurgästen mußten diese Übungen sofort eingestellt werden. Mit diesem Zugeständnis erhoffte die Bundeswehrführung das anschließende Raketen- und Haubitzenschießen durchzusetzen. Die Raketenerprobung, vom 30.7. bis 21.9. angesagt, konnte gar nicht erst beginnen, weil Fischer, in deren Hauptfanggründen der Sicherheitsbereich abgesteckt wurde, dort weiter gefischt haben und weil das Verwaltungsgericht Schleswig mit einer einstweiligen Verfügung die Erprobungen für 1½ Wochen verboten hatte.

Schon im Juni hatte die Büsumer Gemeindevertretung einstimmig eine Resolution gegen die Pläne der Rüstungskapitalisten und des Bundesverteidigungsministeriums gefaßt und Aktionen zur Verhinderung angekündigt: „Bei der unsicheren wirtschaftlichen Lage sollte jede Gefahr für die vom Fremdenverkehr und der Fischerei lebende Bevölkerung abgewendet werden...". Um das Blatt noch zu wenden, sah sich Landrat Buhse (Dithmarschen) genötigt, zu einem „Gipfelgespräch" zwischen Vertretern der Landes- und Bundesregierung und der betroffenen Gemeinden einzuladen. Ergebnis: Die Gemeindevertreter sollten dem ersten Erprobungsausschuß beisitzen, bevor sie Aktionen dagegen unternehmen.

Die für den 22.9. angekündigten Granatenerprobungen mit der auf der Hubinsel aufgestellten Feldhaubitze wurden auf der Kundgebung der Bürgerinitiative „Keine Schießübungen an der Meldorfer Bucht" in Büsum angegriffen. Sie forderte u.a.: „Keine Schießübungen in der Meldorfer Bucht!" „Keine Behinderung des Fischfangs im Wattenmeer!" „Sofortige Einstellung der Waffenerprobungen an Dithmarschens Küste!"

Auch Buhses Spekulation, die Gemeindevertretung Büsum von ihrem Kampf abzuhalten und die Fischer zu isolieren, schlug fehl. Ausgehend von den berechtigten Interessen der Fischer, sowie der vom Fremdenverkehr lebenden Arbeiter, Handwerker und Bauern hat sie das Abkommen gebrochen und ist in den Sicherheitsbereich gefahren, um das Haubitzenschießen zu verhindern. Zusammen mit der örtlichen CDU,SPD und FDP hat die Gemeindevertretung organisiert, daß bis Ende der Erprobungsserie sich Tag und Nacht Kutter, Segelboote oder Butterschiffe im Schießgebiet aufhalten, so daß nicht geschossen werden darf. Mittwochnacht hat die Bundeswehrführung ihre sichere Niederlage dadurch abzuwenden versucht, daß sie vier Granaten abschoß, obwohl sich ein Fischer im Sicherheitsbereich aufgehalten hat. Sie hat zum Ausdruck gebracht, daß sie unter Mißachtung ihrer eigenen Sicherheitsauflagen rücksichtslos ihre Interessen durchsetzen will und sich damit eine Klage einhandelt. Geschlagen muß sie abziehen, ihr bleibt nur noch der Versuch, den Sicherheitsbereich in ein Sperrgebiet umzuwandeln.



Die Büsumer Gemeindevertretung fährt in den Sicherheitsbereich

Neues Institut für Seerecht und Seehandelsrecht

In der Tradition des Hamburger Kolonialinstituts

b.wal. „Hamburg bekommt ein Institut für Seerecht und Seehandelsrecht", beschloß der Hamburger Senat auf seiner Sitzung am 11.9.79. Dieses Institut steht in direkter Tradition des Hamburger Kolonialinstituts, als das die Hamburger Universität gegründet wurde, und dessen Gründer und Amtsvorgänger Kloses im 1. Weltkrieg von Melle zur Eröffnung 1908 sagte: „Möge das Hamburger Kolonialinstitut sich jugendkräftig entwickeln, möge es allzeit segensreich wirken zum Wohle des gesamten Deutschen Reiches, zur Ehre Hamburgs, zur Förderung der Wissenschaft wie der praktischen Arbeit über See." Um sodann festzulegen: „Die juristische Fakultät werde Seerecht, Handelsrecht und Völkerrecht betonen..."

Das mit dem „jugendkräftig" muß Klose besonders an die Nieren gegangen sein, denn der Senat mußte feststellen: „Da dieses Rechtsgebiet aber zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland wissenschaftlich nicht ausreichend betreut und bearbeitet wird, ergeben sich daraus für die deutsche, vor allem auch für die besonders stark ex- und importorientierte Hamburger Wirtschaft auf Dauer erhebliche Nachteile."

Selten aber wurden auch die Tätigkeiten eines universitären Institutes in Hamburg so direkt auf die Profitinteressen der Kapitalisten zugeschneidert. „Das neue Institut soll neben allgemeinen Forschungsaufgaben auch beratende und gutachterliche Tätigkeiten für Wirtschaft, Verbände, Gerichte sowie für Landes- und Bundesbehörden übernehmen. Ferner kann es die Bundesregierung bei der Vorbereitung internationaler Verträge unterstützen." Zu diesem Zwecke werden die „Hochschullehrer zur Hälfte von ihrer Lehrverpflichtung entbunden werden."

Die BRD-Imperialisten stehen unter Druck, nachdem insbesondere die Völker der Dritten Welt die 200-Seemeilen-Wirtschaftszone durchgesetzt haben. Diese bedeutet für die Imperialisten Einschränkungen bei der Nutzung der Rohstofffe, der Fischerei, der Verschmutzung und der Forschung. Wer erinnert sich nicht des Wutgeheuls, als westdeutsche Fangboote, die mit Fangbooten anderer imperialistischer Konzerne drauf und dran waren, die für die isländische Wirtschaft grundlegenden Fischereibestände zu ruinieren, aufgebracht wurden?

Die BRD-Imperialisten rechnen sich einige Chancen aus, trotz der Fortschritte der Länder der Dritten Welt bezüglich Einschränkung des Raubbaus an Meeresschätzen ihren Schnitt zu machen. Am 28.8.76 heißt es in der 'Frankfurter Rundschau': „Ob es nun die Vereinten Nationen sein werden, die als alleinige Bewirtschafter dieses 'Erbe der Menschheit' auftreten, oder ob es noch nicht industrialisierte Länder sind, die ihre küstennahen Meere ausbeuten wollen – sie alle sind auf das technische know-how der Industriestaaten angewiesen. Einen guten Teil davon könnte die Bundesrepublik Deutschland liefern." Die Vorbereitung und Durchführung imperialistischer Expansion wird von der bürgerlichen Juristerei unterstützt: „Der Begriff der Meeresfreiheit ist...ein sich wandelndes flexibles Prinzip, das im Laufe der Zeit in seinen Motiven wie in seinen Anwendungsfällen den verschiedensten Situationen gerecht werden muß", schreibt ein Herr Jenisch in seiner Doktorarbeit, die ihm einen Posten im Wirtschaftsministerium einbrachte.

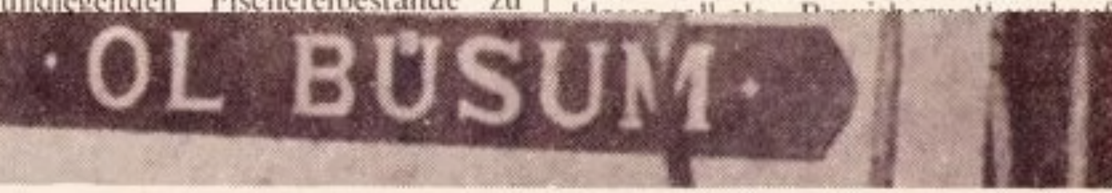
Damit der Begriff der Meeresfreiheit den Profit-Motiven der BRD-Imperialisten noch besser angepaßt werden kann, ist das neue Institut nötig. Die enge Verzahnung mit der Kapitalistenklasse soll als „Praxisbezug" verkauft werden, um die Studentenmassen zu ködern. Diese haben 1977 gezeigt, was sie von dieser Sorte Praxisbezug halten: Die Büste des von Melle wurde vom Sockel geholt, zertrümmert, die Bruchstücke zu 5 DM das Stück verkauft und über 4000DM an die Patriotische Front von Zimbabwe überwiesen.

spräch" zwischen Vertretern der Landes- und Bundesregierung und der betroffenen Gemeinden einzuladen. Ergebnis: Die Gemeindevertreter sollten dem ersten Erprobungsausschuß beisitzen, bevor sie Aktionen dagegen unternehmen.

Die Büsumer Gemeindevertretung fährt in den Sicherheitsbereich

Neues Institut für Seerecht und Seehandelsrecht

In der Tradition des Hamburger Kolonialinstituts



schaftsministerin Breuel, Verbänden und Gewerkschaften hat der Betriebsrat Kaufhof eine Unterschriftensammlung gegen eine Verlängerung der Ladenschlußzeiten organisiert.** Über 600, darunter auch Substituten und Abteilungsleiter, haben sich eingetragen. Erst 1974 hatten sich 132000 Einzelhandelsbeschäftigte aus 622 Betrieben durch Unterschrift gegen eine Änderung des Ladenschlußgesetzes von 1956 ausgesprochen. In einem Offenen Brief an Breuel schrieb jetzt die HBV zu der vom Minister geplanten Umfrage, die er als Mittel für ihre Absicht der Verlängerung der Ladenschlußzeiten einsetzen will: „Bitte nehmen Sie zur Kenntnis, daß weder wir noch der Deutsche Gewerkschaftbund sich an einer Umfrage, die zu einer Verlängerung der Ladenschlußzeiten führt, beteiligen.... Wir gehen davon aus, daß Sie unseren Wunsch respektieren, daß wir diesbezüglich von Ihnen nicht angeschrieben werden wollen."

b.thc.Kiel. **Der Kieler Magistrat hat den Antrag der Gemeinde Kronshagen, die Verbindungsstraße Kronshagen-Suchsdorf zu sperren, abgelehnt.** Für einen großen Teil der Belegschaft der Firma Hell würde die Sperrung eine Verlängerung des Arbeitsweges um ca. 4 km bedeuten. Der Betriebrat führte daraufhin eine Unterschriftensammlung gegen die Sperrung durch, an der sich über 400 Arbeiter beteiligten.

b.sal.Meldorf. **Ein Bauer soll gelegt werden, damit der Fensterkonzern Aldra weiter expandieren kann.** Am 19.9.79 hat die Stadtvertretung Meldorf über die weitere Flächennutzung entschieden. Demnach darf Aldra seine Produktion über den Bereich der Marschstraße hinaus (siehe KVZ Nr.38) auf eine gegenüberliegende Weide ausdehnen. Die Eingaben, die der Bauer, dem die Weide gehört, und die Landwirtschaftskammer dagegen gemacht haben, wurden abgelehnt. Der Bauer soll entschädigt werden. Da die landwirtschaftliche Nutzfläche aufgeteilt ist, wird ihm das nicht viel nützen, wenn er eine Weide braucht und nicht bekommt. Seinem Ruin wird er so einen Schritt näher gebracht. Wie der Bauer haben sich auch Anwohner der Siedlung Trotzenburg dagegen ausgesprochen, daß sie das Fensterwerk vor die Nase gesetzt bekommen sollen. Um sie trotzdem für das Expansionsprogramm zu gewinnen, soll gegen den Lärm und Dreck ein Grünstreifen und ein Lärmschutzwall errichtet werden.


Kommunistische Volkszeitung

Pol Pot

Pol Pot
Die großartigen Siege der kampucheanischen Revolution unter der richtigen und klaren Führung der Kommunistischen Partei Kampucheas (27. September 1977); Laßt uns weiterhin entschlossen das Banner des Sieges der ruhmreichen Kommunistischen Partei Kampucheas hochhalten, um das Demokratische Kampuchea zu verteidigen, die sozialistische Revolution fortzuführen und den Sozialismus aufzubauen (27. September 1978); Erklärung vom 5.1.1979 / Kühl KG (24 S. / 0086 / 1,00 DM)

Veranstaltungskalender

1. Oktober 1979 – 30 Jahre Volksrepublik China
„Unter Anspannung aller Kräfte, immer vorwärtsstrebend, mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher den Sozialismus aufbauen."
Veranstaltung am Montag, 1. Oktober 1979, 20 Uhr
Hamburg, Schützenhof Moorkate, Moorburger Kirchdeich 63

Große Funktionärskonferenz der IG Metall Hamburg
Hamburg, Mittwoch, 3. Oktober, 17.00 Uhr, Curio-Haus, Rothenbaumchaussee 15

Demonstration der GEW für Arbeitszeitverkürzung
Hamburg, Donnerstag, 11. Oktober, 16.00 Uhr im Anschluß an die drei Personalversammlungen der Gewerbe-, der Volks- und Realschul- und der Gymnasiallehrer im Campus der Universität Hamburg, Abmarsch Moorweide, beim Dammtor-Bahnhof

Vereinigung für revolutionäre Volksbildung – Soldaten und Reservisten –

Zeichenkurs
Hamburg, Freitag, 5. Oktober, 18.00 bis 21.00 Uhr, Treffpunkt im Foyer des Phil-Turms, Von-Melle-Park

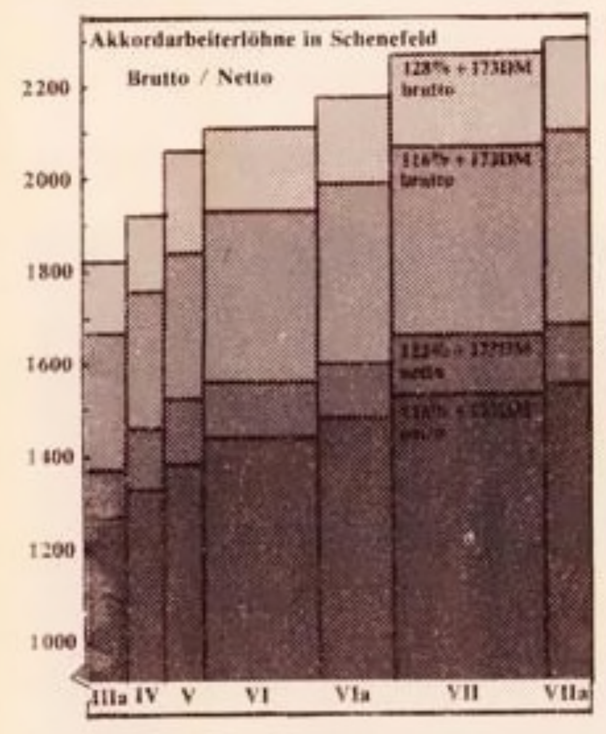
Probe des Musikzuges
Hamburg, Mittwoch, 3. Oktober, 19.30 Uhr, Schule Kaiser-Friedrich-Ufer

Sportgruppen
Raisdorf bei Kiel, Sonntag, 7. Oktober, 10 Uhr, Schwimmbad, Treffpunkt Kiel 9.30 Uhr, Wilhelmsplatz
Hamburg, Sonntag, 7. Oktober, 10 Uhr, Stadtparkwiesen

Prozeß wegen Wehrkraftzersetzung
Flensburg, Montag, 1. Oktober, 9.15 Uhr, Landgericht Südergraben, gegen M.Lohnstein, G.J.Ludwig, B.Bartels und K.Pollmann wegen Verteilens der Volksmiliz

Akkordlohn und Überstunden treiben in die Steuerfalle

b.dip. Die dargestellten Brutto- und Nettolöhne (Lohnsteuerklasse III/2) der Akkordarbeiter im AEG N4 Werk in Schenefeld (Belegschaftszahlen von 1978, Säulenbreite proportional zur Anzahl) zeigen, warum sich an den Akkord von 128% plus einer außertariflichen Zulage von 1 DM in der Stunde (= 173 DM pro Monat) herangequält werden muß. Weder die Nettolöhne der erkämpften 116% mindestens (s. dunkle Schraffur) und schon gar nicht der Tariflohn reichen zum Leben hin, so daß die Lohnabhängigen durch Mehrakkord für 150 DM im Schnitt monatlich ihre Arbeitskraft ruinieren müssen.



Betragen die Abzüge bezgl. Lohngruppe VI immerhin schon 22,8% (bei III/2), so langt die sozialliberale Bundesregierung bei Akkordarbeitern mit 128% zur ,,Belohnung'' gleich mit 25,5% hin. Natürlich ist das Haus Matthöfer dabei, indem es seine 6% Lohnsteuer bezogen auf LG VI auf 8,6% bei 128% Akkord hochgeschraubt hat. Aber selbst Akkordarbeit zu 128% reicht nicht hin, auch das wissen die Elektrokapitalisten. So hat die AEG-Geschäftsführung für das Werk Schenefeld bis Ende des Jahres 2 Überstunden pro Tag beantragt, der Betriebsrat hat zumindest bis Weihnachten – aber nur auf freiwilliger Basis – zugestimmt. Was die ,,freiwillige Basis'' den Kollegen mehr an Netto bezogen auf den Stundenlohn ohne Mehrarbeit (Spalte 1 und 2) bringt, haben wir für verschiedene Lohngruppen und die Steuerklassen I/IV und III/2 ausgerechnet (Akkord = 128%).

LG	III/2	I/IV	III/2	I/IV
IV	7,62	7,06	6,55	5,90
V	7,98	7,40	6,93	5,93
VI	8,35	7,74	7,30	5,98
VII	9,08	8,37	7,78	6,10

(Spalte 3/4 Nettolohn einer Überstunde)

Verfügten die Arbeiter bei einem Normalarbeitstag mit 128% ohne Zulagen noch über einen Stundenlohn von 8,37 DM (LG VII, I/IV), so müssen sie ihre Arbeitskraft bei 40 Überstunden aufgrund der Steuerprogression für ganze 6,10 DM verkaufen. Das bedeutet 2,27 DM Lohneinbuße.

Man sieht, ein höherer Tariflohn von 175 DM/8%, wie im VK der AEG N4 einstimmig beschlossen, ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist, daß schlichtweg die Grundfreibeträge für alle Arbeiter und Angestellten erhöht werden müssen. Schon eine Anhebung auf 25% des Durchschnittslohnes, also auf etwa 6825 DM im Jahr, würde monatlich ca. 55 DM weniger an Lohnsteuer für alle gleich ausmachen.

Freiwilligenarbeit und Spenden für die Alexandra dienen der Förde-Reederei zur weiteren Expansion

b.klw. Über die ,,Alexandra'' wird in der bürgerlichen Presse gegenwärtig viel Wirbel gemacht. Das Dampfschiff aus dem Jahre 1912 gehört der Flensburger Förde-Reederei. Eine Arbeitsgemeinschaft, die sich zum Zweck der Erhaltung des Schiffes gegründet hat, sammelt Spenden für die Reparatur und ruft zu freiwilliger Arbeit dafür auf. ,,Die Flensburger Förde-Reederei hat sich zwar bereit erklärt, einen beträchtlichen Teil der Reparaturkosten zu übernehmen, aber nur dann, wenn sich zeigt, daß auch die Bevölkerung gewillt ist, durch Spenden und tätige Mitarbeit ihren Beitrag zu leisten''.(FT v.15.9.)

Mit dieser Kampagne will die Förde-Reederei ihr Bild in der Öffentlichkeit auffrischen: Die Flensburger Bevölkerung sei bereit, aus Liebe zu ,,ihrem'' Dampfschiff umsonst zu arbeiten. Dies ist eine Reaktion der Förde-Reederei auf den Kampf der dänischen Fährleute, der in der Flensburger Bevölkerung große Sympathie hat, weil die Förde-Reederei wegen ihrer Schinderei auf den Schiffen verhaßt ist. Zum anderen will sie sich kostenlos eine Touristenattraktion als neue Profitquelle schaffen lassen.

Die ,,Alexandra'' kann eher als Wahrzeichen für die Geburt und den Aufstieg der Förde-Reederei zur größten privaten Küstenpassagierschiffsreederei gelten. 1934 gründete u.a. Waldemar Nissen, der Vater des jetzigen Geschäftsführers, die Flensburger Förde-Motorgesellschaft, die alsbald die Flensburg-Ekensunder Reederei ausstechen konnte, denn diese kriegte keine Kredite mehr bewilligt, weil die Familie des Inhabers nicht ,,arisch'' war. (,,Förde-Schiffe'' 1977) Mit der aus der Konkursmasse dieser Reederei hervorgehenden Gesellschaft schloß sich die Flensburger Förde-Motorgesellschaft zur Förde-Reederei zusammen, womit auch die ,,Alexandra'' in deren Besitz überging.

Überall da, wo etwas zu holen war, stieg die Förde-Reederei ins Geschäft ein. Zunächst Menschen- und Viehtransport, dann Vergnügungsfahrten, dann Einkaufsfahrten wegen der billigeren Lebensmittel in Dänemark und wegen des zollfreien Einkaufs von überwiegend Tabak- und Schnapswaren. Die Schiffe der Förde-Reederei sind zu schwimmenden Supermärkten geworden. Seit den siebziger Jahren dehnte sie ihr Fahrgebiet erheblich aus. So fahren mittlerweile auch Schiffe mit zollfreinem Verkauf auf der Ems.

Einen nach dem anderen Konkurrenten kaufte sie auf und erwarb die Konzessionen für bestimmte Linienfahrten, so z.B. von Kappeln nach Sonderburg oder die der Schleischifffahrt. Ab 1976 fing die Förde-Reederei, die mittlerweile durch die Landesbank und Vereins- und Westbank mit dem Finanzkapital Schleswig-Holsteins verschmolzen ist, an, ihre Expansion nach Dänemark auszudehnen. Sie kaufte die in Konkurs geratene Centrum Linie Malmö auf und erwarb so die Konzession für Kopenhagen – Malmö.

Erkauft hat sie sich die Expansion durch verschärfte Ausbeutung der Arbeiter. Mit Ausflaggung nach Billigflaggenschiffen und dem Abschluß von Haustarifen hat sie die Arbeiter zu besonders rechtlosen Bedingungen arbeiten lassen. Von der hohen Arbeitslosenzahl in Flensburg saugt sie jeden Sommer einen Teil auf, drückt ihnen ihre niedrigen Löhne auf und zwingt sie zu maßloser Überarbeit. Der Expansion nach Dänemark haben die dänischen Fährleute vorerst einen Riegel vorgeschoben.




,,Rund 50 überwiegend jüngere Leute leisteten freiwillige Schwer- und Schmutzarbeit'' jubelt das F.T. vom 17.9.

Aktion Hamburger Lehrer: 8 Stunden in der Schule

b.far. Die Hamburger Lehrer bereiten für Mitte November einen 2-stündigen Streik für Arbeitszeitverkürzung vor. Jede Woche werden neue Beschlüsse für den Streik in Betriebsgruppen gefaßt. Zur Vorbereitung des Streiks wird in den Schulen u.a. die Aktion ,,Gläserne Schule'' geplant. Das bedeutet, daß die Lehrer 8 Stunden in der Schule arbeiten. Die Arbeit, die sie in der Zeit nicht geschafft haben, soll liegenbleiben. Eltern und Schüler sollen darüber durch Wandzeitung, Briefe usw. informiert werden, damit sie wissen, wieso der Lehrer eine Klassenarbeit nicht korrigieren konnte o.ä.

An der Gesamtschule Glückstädter Weg führen 2 Lehrer seit 4 Wochen den 8-Stunden-Tag an der Schule durch. Sie bleiben jeden Tag von 7.45 Uhr bis 16.45 Uhr in der Schule und machen zwischendurch eine Stunde Pause. Dabei stellt sich heraus, daß sie, um den Unterricht notdürftig für den

werden, wenn man den Unterricht am nächsten Tag halbwegs heil überstehen will. Diese Erfahrungen sind eine gute Grundlage, um die Auseinandersetzung um die Arbeitszeit der Lehrer zu führen, statt mit einem schlechten Gewissen in eine unvorbereitete Stunde zu gehen oder die lange Arbeitszeit auf die eigene Unfähigkeit zurückzuführen.

Die Lehrer verstehen sich in diesen Debatten als Lohnabhängige, die darauf bedacht sein müssen, ihre Arbeitskraft zu erhalten. Die Durchführung des 8-Stunden-Tages in der Schule wird von Putzfrauen und Hausmeister an der Schule mit Sympathie verfolgt. Die Schüler planen ein Interview mit den Lehrern für die Schülerzeitung. In der Betriebsgruppe wurde beschlossen, mit bisher 12 Kollegen eine Woche lang die Aktion ,,Gläserne Schule'' durchzuführen. Von den dort anwesenden 15 Kollegen haben sich 14 für den Streik im November gestimmt.

Sofortige Zulassung von Hans-Peter Drude zur Rechtsanwaltschaft

b.ped. Am 19.9.1979 hat das schleswig-holsteinische Justizministerium den Assessor Hans-Peter Drude nicht als Rechtsanwalt zugelassen. Über seine Klage auf Zulassung führt der Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte in Schleswig am 15.10.1979, 9 Uhr, Gottorfstraße 2 eine öffentliche Beweisaufnahme durch.

Gestützt wurde die Ablehnung auf die Unwürdigkeitsklausel des §7 Nr.5 Bundesrechtsanwaltsordnung, begründet mit mangelnder Rechts- und Staatstreue aufgrund zweier alter Strafverurteilungen und einer Kandidatur zu den Gemeinde- und Kreistagswahlen 1978 für den KBW. Ziel war die Ausdehnung des Radikalenerlasses auf die angeblich freie Anwaltschaft und die Bestätigung solcher Praxis durch ein Grundsatzurteil.

und ca. 80 einzelne Mandanten Drudes, vorwiegend Arbeiter, Angestellte und Rentner, haben sich in Entschliessungen gegen das Erfordernis der Staatstreue gewandt und seine sofortige Zulassung verlangt.

Die rasche Unterstützung hat die Bourgeoisie jetzt die Taktik verfeinern lassen: Zug um Zug wurden neue Vorwürfe über das Auftreten Drudes in Strafprozessen und gegenüber anderen staatlichen Behörden nachgeschoben: hartnäckige Stellung von Öffentlichkeitsanträgen in einem Fahrpreisprozeß in Oldenburg/Old., zu dem über 100 weitere Zuhörer erschienen waren. Daß er sich als Verteidiger nicht das Wort hat verbieten lassen, als in einem Prozeß wegen der Verhinderung von Ordnungsverfahren an der Kieler Universität 3 Tage sofortige Ordnungshaft gegen einen angeklagten Studenten für

ner Befangenheit abgelöste Richter Haecker schon im Prozeß versuchte, vom Nachweis der Zusammenschusterung der Anklage gegen neun Studenten durch einen Vorermittlungsausschuß der Universitätsspitze abzulenken und die Prozeßführung der Angeklagten durch Abschuß eines Verteidigers zu schwächen.

Die geplante Beweisaufnahme hierüber soll von dem politischen Kern der Zulassungssache ablenken, die Auseinandersetzung herabzerren und die Spaltungslinie so ziehen: dieser Assessor verletzt die für jeden Anwalt geltenden Anstandsregeln. Seine politische Gesinnung würde uns eigentlich nicht interessieren, aber ist sie nicht dafür verantwortlich?

Die Bourgeoisie reagiert mit der Ausschaltung von Anwälten, die die gerechten Kämpfe der Volksmassen bis

Betragen die Abzüge bezgl. Lohngruppe VI immerhin schon 22,8% (bei III/2), so langt die sozialliberale Bundesregierung bei Akkordarbeitern mit 128% zur ,,Belohnung'' gleich mit 25,5% hin. Natürlich ist das Haus Matthöfer dabei, indem es seine 6% Lohnsteuer bezogen auf LG VI auf

N4 einstimmig beschlossen, ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist, daß schlichtweg die Grundfreibeträge für alle Arbeiter und Angestellten erhöht werden müssen. Schon eine Anhebung auf 25% des Durchschnittslohnes, also auf etwa 6825 DM im Jahr, würde monatlich ca. 55 DM weniger an Lohnsteuer für alle gleich ausmachen.

derei gelten. 1934 gründete u.a. Waldemar Nissen, der Vater des jetzigen Geschäftsführers, die Flensburger Förde-Motorgesellschaft, die alsbald die Flensburg-Ekensunder Reederei ausstechen konnte, denn diese kriegte keine Kredite mehr bewilligt, weil die Familie des Inhabers nicht ,,arisch'' war. (,,Förde-Schiffe'' 1977) Mit der aus



,,Rund 50 überwiegend jüngere Leute leisteten freiwillige Schwer- und Schmutzarbeit'' jubelt das F.T. vom 17.9.

Aktion Hamburger Lehrer: 8 Stunden in der Schule

b.far. Die Hamburger Lehrer bereiten für Mitte November einen 2-stündigen Streik für Arbeitszeitverkürzung vor. Jede Woche werden neue Beschlüsse für den Streik in Betriebsgruppen gefaßt. Zur Vorbereitung des Streiks wird in den Schulen u.a. die Aktion ,,Gläserne Schule'' geplant. Das bedeutet, daß die Lehrer 8 Stunden in der Schule arbeiten. Die Arbeit, die sie in der Zeit nicht geschafft haben, soll liegenbleiben. Eltern und Schüler sollen darüber durch Wandzeitung, Briefe usw. informiert werden, damit sie wissen, wieso der Lehrer eine Klassenarbeit nicht korrigieren konnte o.ä.

An der Gesamtschule Glückstädter Weg führen 2 Lehrer seit 4 Wochen den 8-Stunden-Tag an der Schule durch. Sie bleiben jeden Tag von 7.45 Uhr bis 16.45 Uhr in der Schule und machen zwischendurch eine Stunde Pause. Dabei stellt sich heraus, daß sie, um den Unterricht notdürftig für den nächsten Tag vorzubereiten, noch zusätzlich eine Stunde zu Hause im Durchschnitt arbeiten müssen und am Wochenende ca. 4 bis 5 Stunden. Vieles bleibt trotzdem liegen. Die Zeit für Elternabende und Klassenfest usw. kann nicht an anderer Stelle abgezogen werden, wenn man den Unterricht am nächsten Tag halbwegs heil überstehen will. Diese Erfahrungen sind eine gute Grundlage, um die Auseinandersetzung um die Arbeitszeit der Lehrer zu führen, statt mit einem schlechten Gewissen in eine unvorbereitete Stunde zu gehen oder die lange Arbeitszeit auf die eigene Unfähigkeit zurückzuführen.

Die Lehrer verstehen sich in diesen Debatten als Lohnabhängige, die darauf bedacht sein müssen, ihre Arbeitskraft zu erhalten. Die Durchführung des 8-Stunden-Tages in der Schule wird von Putzfrauen und Hausmeister an der Schule mit Sympathie verfolgt. Die Schüler planen ein Interview mit den Lehrern für die Schülerzeitung. In der Betriebsgruppe wurde beschlossen, mit bisher 12 Kollegen eine Woche lang die Aktion ,,Gläserne Schule'' durchzuführen. Von den dort anwesenden 15 Kollegen haben sich 14 für den Streik im November gestimmt.

An vielen Hamburger Schulen, u.a. am Gymnasium Fischbek, der Max-Brauer-Gesamtschule, am Gymnasium Hermelinweg, am Gymnasium St. Georg, haben die Betriebsgruppen beschlossen, die Aktion ,,Gläserne Schule'' eine Woche durchzuführen.

Sofortige Zulassung von Hans-Peter Drude zur Rechtsanwaltschaft

b.ped. Am 19.9.1979 hat das schleswig-holsteinische Justizministerium den Assessor Hans-Peter Drude nicht als Rechtsanwalt zugelassen. Über seine Klage auf Zulassung führt der Ehrengerichtshof für Rechtsanwälte in Schleswig am 15.10.1979, 9 Uhr, Gottorfstraße 2 eine öffentliche Beweisaufnahme durch.

Gestützt wurde die Ablehnung auf die Unwürdigkeitsklausel des §7 Nr.5 Bundesrechtsanwaltsordnung, begründet mit mangelnder Rechts- und Staatstreue aufgrund zweier alter Strafverurteilungen und einer Kandidatur zu den Gemeinde- und Kreistagswahlen 1978 für den KBW. Ziel war die Ausdehnung des Radikalenerlasses auf die angeblich freie Anwaltschaft und die Bestätigung solcher Praxis durch ein Grundsatzurteil.

Dieser Angriff ist sofort bekämpft worden: Über 100 Anwälte und Assessoren, die Sprecher- und Ausbildungspersonalräte der Rechtsreferendare in Kiel, Hamburg und Bremen, ihre VI. Bundeskonferenz, Bürgerinitiativen, Fachschaftsgruppen, Veranstaltungen zu Strafprozessen überall im Lande und ca. 80 einzelne Mandanten Drudes, vorwiegend Arbeiter, Angestellte und Rentner, haben sich in Entschliessungen gegen das Erfordernis der Staatstreue gewandt und seine sofortige Zulassung verlangt.

Die rasche Unterstützung hat die Bourgeoisie jetzt die Taktik verfeinern lassen: Zug um Zug wurden neue Vorwürfe über das Auftreten Drudes in Strafprozessen und gegenüber anderen staatlichen Behörden nachgeschoben: hartnäckige Stellung von Öffentlichkeitsanträgen in einem Fahrpreisprozeß in Oldenburg/Old., zu dem über 100 weitere Zuhörer erschienen waren. Daß er sich als Verteidiger nicht das Wort hat verbieten lassen, als in einem Prozeß wegen der Verhinderung von Ordnungsverfahren an der Kieler Universität 3 Tage sofortige Ordnungshaft gegen einen angeklagten Studenten für einen Zwischenruf verhängt wurden. Auch Zusammengelogenes soll die ,,Unwürdigkeit'' begründen wie ein angeblicher Bruch des Beratungsgeheimnisses im ,,Kaltefleiter-Quarktopf-Prozeß'' durch Öffnen der Beratungszimmertür, mit dem der nach ca. 30 Verhandlungstagen wegen erwiesener Befangenheit abgelöste Richter Haecker schon im Prozeß versuchte, vom Nachweis der Zusammenschusterung der Anklage gegen neun Studenten durch einen Vorermittlungsausschuß der Universitätsspitze abzulenken und die Prozeßführung der Angeklagten durch Abschuß eines Verteidigers zu schwächen.

Die geplante Beweisaufnahme hierüber soll von dem politischen Kern der Zulassungssache ablenken, die Auseinandersetzung herabzerren und die Spaltungslinie so ziehen: dieser Assessor verletzt die für jeden Anwalt geltenden Anstandsregeln. Seine politische Gesinnung würde uns eigentlich nicht interessieren, aber ist sie nicht dafür verantwortlich?

Die Bourgeoisie reagiert mit der Ausschaltung von Anwälten, die die gerechten Kämpfe der Volksmassen bis in den Gerichtsaal hinein unterstützen. Diejenigen, die diese Kämpfe führen, wollen keine staatstreuen Rechtsanwälte. Mit neuen Beschlußfassungen und Unterstützung in der Verhandlung in Schleswig kann dies zum Ausdruck gebracht werden.

Das Demokratische Kampuchea wird in seinem gerechten Widerstandskrieg unterstützt



Am 27. September führte der KBW im gesamten Bundesgebiet Veranstaltungen durch, um den Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea zu unterstützen. Bisher wurden rund 100000 DM gesammelt, und 14461 Leute unterschrieben den Aufruf zu einer internationalen Solidaritätskonferenz mit dem Kampf des kampucheanischen Volkes für seine nationale Unabhängigkeit gegen die vietnamesische Aggression.

Für das Einspruchsrecht in allen Prüfungsangelegenheiten

b.ana. Herzstück des kapitalistischen Hochschulbetriebs sind die Prüfungen. ,,Toleranz'', und ,,Vorurteilslosigkeit'' sind laut Minister Schmude die Ziele, die die Professoren bei den Studenten erzwingen sollen – also Aufgabe der eigenen Klasseninteressen und stattdessen Achtung des privaten Eigentums. Mit der Prüfungsordnung für das Lehramt an Höheren Schulen wurde 1948 festgelegt: ,,Die Zulassung ist ...zu versagen, wenn begründete Zweifel an der sittlichen Unbescholtenheit des Kandidaten bestehen. Die Zulassung ist ferner zu versagen, wenn der Kandidat durch Wort, Schrift oder Tat bewiesen hat, daß er die Grundrechte zum Kampf gegen die freiheitliche Grundordnung mißbraucht.'' 1969 änderte die Bourgeoisie die Prüfungsordnung. Der Nichtzulassungsparagraf lautete nun: ,,Die Zulassung darf nur versagt werden, wenn der Bewerber wegen eines Vergehens oder Verbrechens gerichtlich bestraft ist, das ihn zur Ausübung des Lehrerberufs als nicht geeignet erweist.''. Das roch weniger nach Verteidigung der Ausbeuterordnung als 1948. Die Studenten konnten in die Prüfungsordnung 1969 hineinbekommen, daß sie ihre Prüfer selber aussuchen können und Öffentlichkeit in den Prüfungen hergestellt werden kann. Nicht durchgesetzt wurde das Einspruchsrecht der Studentenvertretungen in allen Prüfungsangelegenheiten.

Die Hochschulbeamten haben deshalb die Durchfallquoten in den Examen der Lehrerstudenten seit Anfang der 70ger Jahre erheblich steigern können. Fielen 1970 8,3% und 1971 7% durch, waren es 1978 13,8% der Lehrerstudenten, die sich zum Examen gemeldet hatten. Nicht gelungen ist dem Senat mit der Rahmenprüfungsordnung, in großem Umfang Klausuren und benotete Scheine in den Lehrerstudiengängen durchzusetzen.

Bei den rasant steigenden Studentenzahlen, 1970 19000 und 1979 31000 an der Hamburger Universität, kann sich die Bourgeoisie immer weniger auf den eigenen Nachwuchs stützen. 1973 mußte der Leiter des Prüfungsamtes Jepsen beklagen, daß er immer mehr Examensarbeiten zu Gesicht bekomme, ,,in denen der Staat beschimpft werde''. Die Hochschulbeamten haben in den letzten Jahren die Taktik der Runterzensierung solcher Arbeiten verfolgt. Examensarbeiten gegen den §218 oder zur Verteidigung der revolutionären Außenpolitik der Sowjetunion vor dem 2. Weltkrieg wurden mit mangelhaft bewertet, weil sie ,,einseitig'' oder ,,dogmatisch'' seien. Jede dieser Runterzensierungen hat dem Lehrerprüfungsamt und den Professoren erheblichen Ärger bereitet. Klarer hat sich herausgestellt, daß die Lehrerstudenten auf Ehrfurcht vor dem Privateigentum der Kapitalistenklasse geprüft werden. Einige der Runterzensierungen wurden zurückgeschlagen.

Jetzt hat das Lehrerprüfungsamt A. Adrians gar nicht erst zur Prüfung zugelassen. (siehe KVZ 38, S.4) Sie wendet damit erstmals den oben zitierten Nichtzulassungsparagrafen an. Nötig ist, dem Lehrerprüfungsamt mitzuteilen, daß man gegen eine weitere Schärfung des Unterdrückungsinstruments Examen ist.

Von früh bis spät reißt die Arbeitshetze auf Station nicht ab

b.san. Um 6 Uhr ist Dienstbeginn für die Stationshilfen und das Pflegepersonal der Chirurgischen Universitätskliniken Kiel. Wohnt man z.B. in Wellingdorf, muß man um 5.15 Uhr mit der Straßenbahn fahren, um pünktlich da zu sein. Deshalb muß man in der Frühdienstwoche eine Woche lang jeden Morgen spätestens um 4.30 Uhr aufstehen. Am Sonntag kann man gar nicht mit der 1 fahren, da der erste Bus erst kurz nach 6 Uhr an der Klinik-Haltestelle ist. Die Hausarbeiter, die z.B. die Müllsäcke wegbringen, das Essen auf Station bringen, müssen sogar schon um 5.30 Uhr anfangen zu arbeiten.

Umziehen kann man sich auf der Station entweder im Stationszimmer (ein Schrank ohne Lüftungslöcher wird von bis zu 5 Schwestern benutzt) oder im Abstellraum; dort werden die Kleider auf die wenigen Infusionsständer, die noch nicht gebraucht werden, gehängt. Wird dann einer gebraucht, landen die Kleider auf Kartons. Die 6 Kittel, die von der Verwaltung gestellt werden, reichen hinten und vorne nicht. Einmal in der Woche bekommt man die schmutzigen Kittel von der Wäscherei gereinigt wieder. Aber das langt nicht. Also, man nimmt die Kittel mit nach Hause und wäscht sie selbst.

Nach der Übergabe, bei der noch schnell eine Zigarette geraucht wird, werden als erstes die Patienten frisch gebettet. Oft ist so wenig Wäsche da, daß halt das Stecktuch einfach umgedreht wird. Am Anfang, wenn man noch neu auf der Station ist, regt man sich noch ziemlich darüber auf, später hat man sich daran gewöhnt.

Inzwischen ist es Zeit, die Brote und Brötchen für das Frühstück zu streichen und den Frühstückswagen oder die Tabletts zu richten. Eine andere Schwester teilt inzwischen die Morgenmedizin aus. Ist zu wenig Personal da, was durch Urlaub, Krankheit, Schwangerschaft und freie Tage beständig der Fall ist, helfen die Stationshilfen aus, damit sich die Frühstückspause nicht nach hinten verschiebt. Ihre Aufgabe ist aber normalerweise, die Patientenzimmer, den Flur und die übrigen Zimmer zu putzen und die Küche zu versorgen. Vor dem eigenen Frühstück wird man – allerdings nur zu verständlich – von den Patienten mehr oder weniger dezent darauf hingewiesen, daß es nun schon über eine Woche nur Kirschmarmelade oder Pflaumenmus zum Frühstück gibt, und daß der Kaffee als Muckefuck im Kindergarten eher angebracht wäre.

Und jetzt sollen 30 Minuten ungestörte Frühstückspause kommen. Von „ungestört" ist da nichts zu merken. Das Telefon klingelt ständig, die Ärzte haben Fragen, und die Patienten sind ja auch da. Zu jeder Zeit müssen noch Patienten in den OP gefahren werden.

Teilweise hat man vormittags 5 bis 8 Betten und Nachtschränke (gründlich) zu putzen, je nach Zahl der zu entlassenden Patienten (eine Bettenzentrale gibt es nicht). Die neu aufzunehmenden Patienten sitzen dann bis mittags auf dem Flur rum. Dann werden Verbände gewechselt, Mittagsmedizin ausgeteilt, die Medizin für den nächsten Tag gestellt, Verordnungen wie Einreiben, Inhalieren und Blasenspülungen gemacht. Zeit für ein persönliches Gespräch ist nur dann möglich, wenn man den Inhalator im Zimmer herumschiebt oder den Blasendauerkatheter spült. Man bemüht sich, alle Verordnungen zu schaffen und die Patienten zu pflegen. Aber oft ist es so, daß dekubitus-gefährdete Patienten 4 Stunden oder länger auf einer Seite liegen (Dekubitus = Durchliegen, Wundliegen). Zwischendurch müssen die Patienten aus dem OP oder der Röntgen-Abteilung wieder abgeholt werden, oder man muß zur Apothekenausgabe oder die Zellstoffschneidemaschine besorgen. Werden Infusionen gebracht, müssen diese ausgepackt oder im Abstellraum verstaut werden. Kommt das Mittagessen für die Patienten, atmet man vielleicht zum ersten Mal auf: der Streß lockert sich ein wenig, und bald kann man auch endlich gehen.

Auf der Intensivstation der Chirurgie fehlen, seitdem dort die 5-Tage-Woche eingeführt ist, ständig Schwestern. Einige Schwestern meinen, daß es notwendig ist, mehr Stellen zu fordern, damit die 5-Tage-Woche auch durchgeführt werden kann, und daß es falsch sei, sie wegen des knappen Personals wieder abzuschaffen. Als sich neulich zwei Schwestern für den Nachtdienst über Weihnachten eintragen wollten, weil das besser bezahlt wird, stellten sie fest, daß der Nachtwachenplan bis Ende Dezember schon voll ist.

Fährt man mit dem Auto nach Hause, findet man in steter Regelmäßigkeit ein Strafmandat vor, da die Polizei rund um das Klinikum Verkehrsrazzien macht, da alle Parkmöglichkeiten in Park- und Halteverbot umgewandelt wurden und die drei Parkhäuser zu klein sind. Die Parkerlaubnis für die wenigen Parkplätze direkt vor den Kliniken haben eh die Chefärzte.

Wohnt man im Schwesternwohnheim (Unterteilung der Unterkünfte erfolgt in 5 Wertklassen, je nachdem, ob „ausreichende" Gemeinschaftseinrichtungen vorhanden sind oder man gar eigene Toilette, Bad bzw. Dusche und eine Kochnische hat), so fühlt man sich dort gar nicht wohl. Es ist oft laut, weil ein Zimmer neben dem anderen liegt, ein ständiges Kommen und Gehen herrscht und es zudem noch sehr hellhörig ist.

Wenn man Spätdienst hat, ist der ganze Tag im Eimer. Man muß spätestens eine Stunde vor Dienstbeginn los, und abends kommt man von der Klinik nicht weg. Die 40-Stunden-Woche steht nur auf dem Papier. Wenn man Spätdienst hat, verläßt man die Klinik öfters statt um 20 Uhr erst um 20.30 Uhr oder später. Wenn man um 20 Uhr Feierabend hat, kriegt man nicht mehr den Bus, der kurz nach 20 Uhr fährt. Man muß eine halbe Stunde lang auf den nächsten warten, um nach Hause fahren zu können.



schnell eine Zigarette geraucht wird, werden als erstes die Patienten frisch gebettet. Oft ist so wenig Wäsche da, daß halt das Stecktuch einfach umgedreht wird. Am Anfang, wenn man noch neu auf der Station ist, regt man sich noch ziemlich darüber auf, später hat man sich daran gewöhnt.

Inzwischen ist es Zeit, die Brote und Brötchen für das Frühstück zu streichen und den Frühstückswagen oder die Tabletts zu richten. Eine andere Schwester teilt inzwischen die Morgenmedizin aus. Ist zu wenig Personal da, was durch Urlaub, Krankheit, Schwangerschaft und freie Tage beständig der Fall ist, helfen die Stationshilfen aus, damit sich die Frühstückspause nicht

spült. Man bemüht sich, alle Verordnungen zu schaffen und die Patienten zu pflegen. Aber oft ist es so, daß dekubitus-gefährdete Patienten 4 Stunden oder länger auf einer Seite liegen (Dekubitus = Durchliegen, Wundliegen). Zwischendurch müssen die Patienten aus dem OP oder der Röntgen-Abteilung wieder abgeholt werden, oder man muß zur Apothekenausgabe oder die Zellstoffschneidemaschine besorgen. Werden Infusionen gebracht, müssen diese ausgepackt oder im Abstellraum verstaut werden. Kommt das Mittagessen für die Patienten, atmet man vielleicht zum ersten Mal auf: der Streß lockert sich ein wenig, und bald kann man auch endlich gehen.

ein ständiges Kommen und Gehen herrscht und es zudem noch sehr hellhörig ist.

Wenn man Spätdienst hat, ist der ganze Tag im Eimer. Man muß spätestens eine Stunde vor Dienstbeginn los, und abends kommt man von der Klinik nicht weg. Die 40-Stunden-Woche steht nur auf dem Papier. Wenn man Spätdienst hat, verläßt man die Klinik öfters statt um 20 Uhr erst um 20.30 Uhr oder später. Wenn man um 20 Uhr Feierabend hat, kriegt man nicht mehr den Bus, der kurz nach 20 Uhr fährt. Man muß eine halbe Stunde lang auf den nächsten warten, um nach Hause fahren zu können.





Patienten auf der Dialysestation; eine Schwester hat oft mindestens 2 Patienten zu versorgen. (Bilder aus der Zeitschrift „Die Schwester und der Pfleger")

Beschlüsse und Anträge von Kreiskonferenzen der ÖTV

Lohn- und Gehaltsforderungen
Kreisdelegiertenkonferenz (KDK) Neumünster/Rendsburg: 1) Der Gewerkschaftstag möge beschließen, daß der geschäftsführende Hauptvorstand in seinen Vorschlägen für die Tarifrunde in weit stärkerem Maße als bisher die Interessen der unteren Lohngruppen berücksichtigt. Dabei muß durch geeignete Forderungsformen (z.B. Festgeld oder Sockelbeträge bei niedrigen Prozentforderungen) dem zunehmenden Auseinanderklaffen der Einkommensstufen entgegengewirkt werden. 2) Der Hauptvorstand soll die Rücknahme der Rückstufung für Krankenpflegeschüler und Praktikanten als Schwerpunkt in den Tairfverhandlungen 1980 aufstellen.
Anträge an die KDK Schleswig: In den kommenden Tarifauseinandersetzungen muß eine hohe Festgeldforderung aufgestellt werden, um der Lohnsenkung durch die jetzige Preissteigerungsrate entgegenzuwirken, die besonders kraß die unteren Lohngruppen trifft. Der Gewerkschaftstag möge beschließen, daß der Steuerfreibetrag erhöht wird und künftigen Mehrwertsteuererhöhungen entgegengetreten wird. 2) Rücknahme der Rückstufung für Krankenpflegeschüler und Praktikanten.
Anträge an die KDK Ostholstein: Wir fordern für die nächste Tarifrunde einen Festgeldbetrag, sowie einen Steuerfreibetrag für das Urlaubsgeld.

Gegen Rationalisierung, für mehr Planstellen
KDK Buxtehude: Reduzierung der Lebensarbeitszeit für das Krankenpflegepersonal schrittweise von 60 auf 55 Jahre. 2) Nichtanrechnung der Auszubildenden auf den Stellenplan. 3) Herausnahme der Stationsleitung aus dem Stellenplan.
Antrag an die KDK Ostholstein: Mehr Planstellen im öffentlichen Dienst, insbesondere im sozialen Bereich.
Gegen Nacht- und Schichtarbeit, für die 35-Stundenwoche
KDK Neumünster/Rendsburg: Für alle im Gesundheitsdienst Angestellten ist eine Schicht- bzw. Wechselschichtzulage einzuführen und die Höhe in dem Bezirkstarifsatz festzulegen.
Antrag an die KDK Schleswig: Es wird ein Mindesturlaub von 6 Wochen im Jahr für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes bis zum nächsten Gewerkschaftstag durchgesetzt. Die Staffelung des Urlaubsanspruchs nach Vergütungsgruppen muß aus dem BAT-G gestrichen werden.
Antrag an die KDK Ostholstein: Mindestens 5 Stunden wöchentlich Vorbereitungszeit für alle Erzieher und Sozialarbeiter, 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich und 6 Wochen Urlaub für alle.
Gegen politische Entrechtung
KDK Neumünster/Rendsburg: Der schleswig-holsteinische Landtag wird aufgefordert, unverzüglich ein neues Personalvertretungsgesetz unter Berücksichtigung der diesbezüglichen Forderungen der ÖTV zu verabschieden.
Antrag an die KDK Ostholstein: Der Bezirk Nordwest wird aufgefordert, sich für die Abschaffung des Ministerpräsidentenbeschlusses (Radikalenerlaß) einzusetzen.

Beschlüsse und Anträge von Kreisjugendkonferenzen der ÖTV

Gegen die billige Vernutzung der Arbeitskraft der Auszubildenden
Kreisjugendkonferenz (KJK) Flensburg: Über die Unterschriftensammlung hinaus sollen weitere Maßnahmen und Aktionen zur Durchsetzung der Forderungen des Manteltarifvertrages für Auszubildende im Öffentlichen Dienst (MTV-A) eingeleitet werden. Unterstützt werden die Schwerpunktforderungen der ÖTV: Der MTV-A muß auch in der Krankenpflege gelten, Ausbildungsvertrag über alle Ausbildungsstufen bei Stufenausbildung, Übernahme aller ausgebildeten Jugendlichen in ein Arbeitsverhältnis, das dem erlernten Beruf entspricht, Zahlung aller Ausbildungskosten durch den Arbeitgeber, Verkürzung der Probezeit auf einen Monat.
KJK-Kiel: 1) Es soll eine Informationsveranstaltung zu dem MTV-A gemacht werden. 2) 12 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Wochentagen.
KJK Steinburg/Pinneberg: 1) Alle 5 Schwerpunktforderungen der ÖTV

sekretariat der ÖTV werden aufgefordert, eine Veranstaltungsreihe zu den Schwerpunktforderungen zu organisieren.
Zur Lohnpolitik
KJK Flensburg: Die Bundestarifkomission wird aufgefordert, keine reine Prozentforderung in der nächsten Tarifrunde aufzustellen, da sie den unteren Lohngruppen keine wesentliche Verbesserung bringen.
KJK Steinburg/Pinneberg: Anhebung des Bafög Höchstförderungssatzes auf 750 DM, sowie des Elternfreibetrages auf 1600DM monatlich.
JBMV HH: Im nächsten Tarifkampf muß die Rücknahme der Rückstufung für Krankenpflegeschüler und Praktikanten erneut aufgestellt werden. Dazu soll eine Veranstaltung gemacht werden und Informationsmaterial herausgebracht werden.
Gegen politische Entrechtung, für politische und gewerkschaftliche Freiheiten:
KJK Kiel: 1) Jugend- und Ausbildungsvertretungen für alle Jugendli-

Gegen Rationalisierung, für mehr Planstellen
KDK Buxtehude: Reduzierung der Lebensarbeitszeit für das Krankenpflege-

den.
Antrag an die KDK Ostholstein: Der Bezirk Nordwest wird aufgefordert, sich für die Abschaffung des Ministerpräsidentenbeschlusses (Radikalenerlaß) einzusetzen.

Beschlüsse und Anträge von Kreisjugendkonferenzen der ÖTV

Gegen die billige Vernutzung der Arbeitskraft der Auszubildenden
Kreisjugendkonferenz (KJK) Flensburg: Über die Unterschriftensammlung hinaus sollen weitere Maßnahmen und Aktionen zur Durchsetzung der Forderungen des Manteltarifvertrages für Auszubildende im Öffentlichen Dienst (MTV-A) eingeleitet werden. Unterstützt werden die Schwerpunktforderungen der ÖTV: Der MTV-A muß auch in der Krankenpflege gelten, Ausbildungsvertrag über alle Ausbildungsstufen bei Stufenausbildung, Übernahme aller ausgebildeten Jugendlichen in ein Arbeitsverhältnis, das dem erlernten Beruf entspricht, Zahlung aller Ausbildungskosten durch den Arbeitgeber, Verkürzung der Probezeit auf einen Monat.
KJK-Kiel: 1) Es soll eine Informationsveranstaltung zu dem MTV-A gemacht werden. 2) 12 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Wochentagen.
KJK Steinburg/Pinneberg: 1) Alle 5 Schwerpunktforderungen der ÖTV

sekretariat der ÖTV werden aufgefordert, eine Veranstaltungsreihe zu den Schwerpunktforderungen zu organisieren.
Zur Lohnpolitik
KJK Flensburg: Die Bundestarifkomission wird aufgefordert, keine reine Prozentforderung in der nächsten Tarifrunde aufzustellen, da sie den unteren Lohngruppen keine wesentliche Verbesserung bringen.
KJK Steinburg/Pinneberg: Anhebung des Bafög Höchstförderungssatzes auf 750 DM, sowie des Elternfreibetrages auf 1600DM monatlich.
JBMV HH: Im nächsten Tarifkampf muß die Rücknahme der Rückstufung für Krankenpflegeschüler und Praktikanten erneut aufgestellt werden. Dazu soll eine Veranstaltung gemacht werden und Informationsmaterial herausgebracht werden.
Gegen politische Entrechtung, für politische und gewerkschaftliche Freiheiten:
KJK Kiel: 1) Jugend- und Ausbildungsvertretungen für alle Jugendli-

zum MTV-A wurden beschlossen. 2) Je 6 Stunden Berufsschulunterricht an 2 arbeitsfreien Wochentagen.
Antrag an die Bezirksjugendkonferenz der ÖTV Hamburg von der Bereichsmitgliederversammlung Gesundheitswesen Jugend (JBMV HH): Der Bezirksjugendausschuß und das Jugend-

chen, die in der Ausbildung oder einem ausbildungsähnlichen Verhältnis stehen. Teilnahme und volles Stimmrecht der Ausbildungsvertretungen in allen Angelegenheiten des Personalrates oder Betriebsrates. 2) Weg mit den Berufsverboten und dem Ministerpräsidentenbeschluß von 1972.

Nur der politische Zusammenschluß um höhere Erzeugerpreise nützt den Krabbenfischern

b.dam. Die nordfriesischen Krabbenfischer haben für das vergangene Jahr Bilanz gezogen. Der Geschäftsführer der Husumer Fischereigenossenschaft, Hans Erich Iwersen, wandte sich im landwirtschaftlichen Kreisausschuß Nordfriesland am letzten Wochenende gegen die Ruinierung weiterer Krabbenfischer an der Westküste. Er richtete sich gegen die weitere Senkung der Erzeugerpreise und die Erhöhung der Gasölpreise. 40000 DM Verlust im letzten Jahr wurden von ihm für die kleineren Fischer angegeben, allein 10000 DM bis 20000 DM durch die Preissteigerung für Gasöl. Allein acht Fischer sind im letzten Jahr an der Westküste ruiniert worden.

Gegen die niedrigen Erzeugerpreise hatten sich die Fischer aus Husum, Tönning und Büsum auf einen gemeinsamen Fangstop geeinigt, den sie im August an der Westküste durchgeführt haben. Dieser wirtschaftliche Kampf und Zusammenschluß um die Einschränkung des Fangs ist ein richtiges Mittel und die einzige Kraft, die die Fischer *wirtschaftlich* haben, um höhere Erzeugerpreise durchzusetzen. Die Erfahrungen der Fischer sind jedoch, daß diese Maßnahmen nicht ausgereicht haben. Der Preis ist im letzten Monat noch weiter gesunken, auf dem westdeutschen Markt werden holländische Krabben für 1,25 DM verkauft.

Einerseits sollen die westdeutschen Fischer gegen ihre holländischen Kollegen aufgehetzt werden, andererseits wollte Landwirtschaftsminister Graf von Rantzau auf der gleichen Sitzung die EG-Intervention als Lösung verkaufen. „Vor allem die Holländer drängen mit ihren spottbilligen Krabben für 1,25 DM die Nordfriesen vom westdeutschen Markt" (Flensborg Avis vom 22.9.) Kurz nach dem Ausspruch: „Ich finde es beängstigend, daß die Fischer immer mehr an die Wand gedrängt werden und daß man so wenig für sie tun kann", schlägt der ostholsteinische Bauernleger Rantzau die Brüsseler Intervention vor. Die Chancen für seinen Vorschlag schätzt sein politischer Freund Ruoff, Geschäftsführer des Landesverbandes für Fischer, selbst nicht so glänzend ein: „es mangelt einfach an Kooperationsbereitschaft".

Und die Erfahrung der nordfriesischen Fischer ist ebenfalls, daß gerade über die Interventionspreise der allgemeine Erzeugerpreis mitgesenkt worden ist. Ruoff schiebt das berechtigte Mißtrauen der Fischer auf ihre eigene Dummheit: „Nur 50% hat von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, der Erzeugergemeinschaft für Nordseekrabben beizutreten." Für den Kampf gegen die EG-Interventionspolitik reicht der wirtschaftliche Zusammenschluß der Fischer nicht aus, politisch muß der Kampf um höhere und kostendeckende Erzeugerpreise geführt werden.

Genau wie die Bauern haben die westdeutschen Fischer ihre Erfahrungen mit der EG und den Interventionspreisen gemacht: Als großzügige Hilfe gegenüber den Fischern gepriesen, ist gerade der Interventionspreis in der EG ein groß eingesetztes Instrument der Bourgeoisie zur weiteren Konzentration der Fischerei. Gerade der Interventionspreis ist auch die Grundlage für die jetzigen Senkungen der Erzeugerpreise und die Verluste der Fischer bis hin zur Ruinierung.

Als die holländischen Fischer 1975 das erste Mal an den Staat zum europäischen Interventionspreis verkaufen mußten, da sie einen relativen Überschuß für den Markt produziert hatten, wurde die Lage von den Verarbeitungskapitalisten sofort genutzt, um den Interventionspreis zu senken. 1976 und 1977 verkauften die holländischen Fischer zu einem um 0,25 DM niedrigeren Interventionspreis als das Jahr davor. Insgesamt ist der Interventionspreis von 2,25 DM 1975 auf 1,25 DM augenblicklich gesenkt worden. Mit dem Vorschlag der Brüsseler Intervention für die Fischer sollen diese jetzt ebenfalls auf diesen niedrigen Preis gedrückt werden.



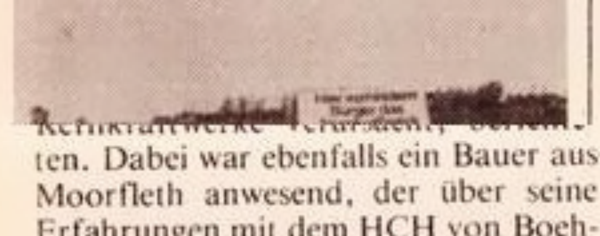
Brokdorf: Prozeß um die Fortsetzung des Weiterbaus

b.uwb. Vom 1. bis zum 5. Oktober soll vor dem Verwaltungsgericht in Schleswig verhandelt werden, ob die erste Teilerrichtungsgenehmigung zum KKW Brokdorf rechtens ist oder nicht. Gegen die Genehmigung klagen sieben Bauern, eine Lehrerin und ein Bauingenieur aus der Umgebung als Einzelkläger sowie die Gemeinden Wewelsfleth, Dammfleth und Krummendeich. Der Prozeß soll vor erweiterter Öffentlichkeit im Ballhaus in Schleswig durchgeführt werden, aber mit Platzkarten, die man vorher bestellen muß.

Nach der Vielzahl der politischen Manöver gedenkt die Bourgeoisie jetzt mit ihrem Energieprogramm weiterzukommen. Die Gelegenheit erscheint günstig, wo sie bis hin zum linken Opportunismus alle auf ihr imperialistisches Programm eingeschworen hat. Zur Vorbereitung des Prozesses fanden verschiedene Aktionen statt. Eine dieser Aktionen war ein Markttag in Brokdorf am Gelände des KKW. Der Landrat des Kreises Steinburg ließ dazu sofort mitteilen: „Ich weise darauf hin, daß jeder Landwirt nur insgesamt 10 l Rohmilch abgeben darf. Die Abgabe von Milcherzeugnissen ist ebenfalls auf die aus 10 l Rohmilch herzustellende Menge beschränkt."

Weiter wurden in Wilster und Glückstadt Veranstaltungen durchgeführt, auf denen Ärzte über Leukämie und weitere gesundheitliche Schäden, die die Bourgeoisie beim Betrieb ihrer Kernkraftwerke verursacht, berichteten. Dabei war ebenfalls ein Bauer aus Moorfleth anwesend, der über seine Erfahrungen mit dem HCH von Boehringer berichtete. In Elmshorn führt die Initiative auf ihren wöchentlichen Treffen Diskussionen zu einzelnen Fragen des Energieprogramms durch, um den Manövern entgegentreten zu können. Jetzt wird von der Initiative ein Flugblatt herausgebracht, welches sich zum Prozeß und andererseits zum Giftmüllskandal in Hamburg äußert. Dort wird der Charakter der Giftmülllagerung, wie ihn die Bourgeoisie betreibt, angegriffen.

Beim Gerichtstermin in Schleswig sind Aktionen geplant, die jeden Tag in Schleswig durchgeführt werden sollen. Solche Aktionen sollten die Initiativen aber auch an den einzelnen Orten, in denen sie arbeiten, machen. Die Prozeßgruppe selbst stellt in einem Flugblatt klar, daß sie der Meinung ist, daß das Ergebnis des Prozesses nicht die Abwägung der vorgebrachten Argumente sei, sondern nur das Ergebnis des Widerstandes. In Schleswig soll von den Initiativen eine Demonstration durchgeführt werden.



ten. Dabei war ebenfalls ein Bauer aus Moorfleth anwesend, der über seine Erfahrungen mit dem HCH von Boehringer berichtete. In Elmshorn führt die Initiative auf ihren wöchentlichen Treffen Diskussionen zu einzelnen Fragen des Energieprogramms durch, um den Manövern entgegentreten zu können. Jetzt wird von der Initiative ein Flugblatt herausgebracht, welches sich zum Prozeß und andererseits zum Giftmüllskandal in Hamburg äußert. Dort wird der Charakter der Giftmülllagerung, wie ihn die Bourgeoisie betreibt, angegriffen.

Beim Gerichtstermin in Schleswig sind Aktionen geplant, die jeden Tag in Schleswig durchgeführt werden sollen. Solche Aktionen sollten die Initiativen aber auch an den einzelnen Orten, in denen sie arbeiten, machen. Die Prozeßgruppe selbst stellt in einem Flugblatt klar, daß sie der Meinung ist, daß das Ergebnis des Prozesses nicht die Abwägung der vorgebrachten Argumente sei, sondern nur das Ergebnis des Widerstandes. In Schleswig soll von den Initiativen eine Demonstration durchgeführt werden.



„Stoltzenbergskandal" - normales kapitalistisches Verbrechen

Klose zur Offenlegung des Untersuchungsberichtes gezwungen

r.güt. Am 1.12.79 sollte die Chemiefabrik geschlossen werden, nachdem sie 50 Jahre lang Zulieferer erst der Reichswehr, dann der Faschisten und schließlich der Bundeswehr gewesen ist. Mit seinen veralteten und kleinlichen Produktionsanlagen konnte Stoltzenberg mit den Chemiemonopolen nicht mehr konkurrieren, die inzwischen seine Giftgaspatente aufgekauft hatten. Mit diesem „Waschküchenbetrieb" hat die Bundeswehr seit 1964 überhaupt keine Geschäfte mehr gemacht, höhnte letzte Woche ein Sprecher des Bundesverteidigungsministeriums.. Was Stoltzenberg nicht mehr verkaufen konnte, hat er - wenn überhaupt - notdürftig verbuddeln lassen.

Für die Entgiftung hat er keinen Pfennig ausgegeben. Warum auch - wenn es nur Geld kostet und keinen Profit einbringt. Was ist denn daran eigentlich skandalös? Gedeckt durch oberste Behörden des Hamburger Senats, hat Stoltzenberg nur gemacht, was alle Kapitalisten machen, wenn es von den Volksmassen nicht aufgebracht wird: Sie pusten den Dreck ihrer Profitproduktion in Luft und Flüsse, lassen stillgelegte Fabriken verotten - eben auch Giftgas und Waffen.

Ökonomisch ist das im imperialistischen Kapitalismus ein völlig normaler Vorgang und es braucht geschickte Bourgeoispolitiker, welche den Volksmassen diesen Vorgang noch als in ihrem eigenen Interesse liegend verkaufen sollen. Sind es nicht die Sozialdemokraten in Regierung und Gewerkschaftsvorständen, welche noch jedes Verbrechen der Kapitalisten mit dem Argument der „Arbeitsplatzsicherung" zu decken versuchen? Würde Stoltzenberg heute noch produzieren, Klose hätte damit bereits herumgewedelt. Doch Stoltzenberg ist pleite und pleite ist auch die sozialdemokratische Demagogie in diesem Fall. Also mußte eine andere Taktik her. Doch woher nehmen?

Der Hamburger Senat sah sich der geschlossenen Front der ansässigen Bevölkerung gegenüber. Sofortige Räumung, Sicherung der Bevölkerung, Bezahlung des Lohnausfalls, ärztliche Versorgung in Notfällen. Das waren die Forderungen. Klose mußte die uneingeschränkte Aufklärung zusagen. Doch was sollte aufgeklärt werden? Die aus kapitalistischer Profitsucht entstehende Bedrohung, die jahrelange Kriegsproduktion - und das alles gedeckt durch die Behörden? Eine Woche druckste Klose herum, dann schickte er Justizminister Dahrendorf in Pension. Doch die Sache war bereits zu weit gediehen. Auf dem SPD-Parteitag am 29.9. klagte Klose „einen verbrecherischen Unternehmer" an, in einer kämpferischen Rede - wie der NDR betonte. Doch wird es noch reichen für Klose? Die FAZ vom 21.9. höhnte offen: „Jetzt muß er springen, wenn er denn der politische Mannskerl ist, den er, nicht untalentiert, seit einiger Zeit auf der öffentlichen Bühne spielt." Schließlich werden die Bourgeoispolitiker es noch mit ganz anderen Forderungen zu tun kriegen; wie Verbot und Vernichtung aller chemischen Waffen.



Noch mindestens ein halbes Jahr holt die Bundeswehr Giftwaffen aus der Stoltzenbergfabrik nach Munster-Lager. Der Stadtteil ist bürgerkriegsmäßig abgesperrt. Die Arbeiter der anliegenden Fabriken werden zu Nachtarbeit gezwungen. Gegen diese Maßnahmen richtete sich eine Demonstration am 28.9.

Kriegsschiff oder Friedensschiff ?

Bourgeoisie will sachliche Vorbereitung des Volkes auf Krieg

r.hek. Tonnenweise Papier scheint verschwendet, seit im „linken" Bremen die Fregatte F 122 getauft wurde. So jedenfalls liest sich der Kommentar in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 28. September 1979. Bissig rechnet der FAZ-Schreiber mit Apel und Koschnick ab, deren Friedensgesäusel bei der Taufe jener Fregatte auf der Bremer Vulkanwerft auf den Namen dieser Stadt schon ein mittlerer Skandal war. Fing doch alles ganz vielversprechend an: „Unsere Republik hat dem Gewaltverzicht endgültig abgeschworen," charakterisiert Verteidigungsminister Apel richtig die imperialistischen Ziele der westdeutschen Bourgeoisie. Den „Irrtum" erkennend verbessert er: „Von diesem Land wird nie wieder ein Krieg ausgehen." Danach steigert er sich in eine wahre Friedensorgie: Die Fregatte habe einen „Friedensauftrag", sie sichert den Frieden und das Leben in diesem Frieden verdanke man insbesondere der Marine, deren Soldaten überhaupt Friedensdienste leisteten.

Keine Beifallsstürme, keine Hochrufe von Seiten der Arbeiter – mäßiges Geklatsche „der Admiralität", berichtete die Bild-Zeitung. Der blanke Hohn spricht aus der Glosse des FAZ-Schreiber, daß es Apel nicht verstanden hat, die Fregatte in direktem Zu-

bereit ist, ihr Leben in jedem Land der Erde für den Bestand der Bundesrepublik Deutschland und vornehmlich dem Privateigentum an Produktionsmitteln herzugeben. Das muß den Volksmassen schon etwas direkter gesagt werden bei solchen Anlässen. Die Verteidigungsbereitschaft mache den Frieden sichrer, faselt Koschnick und äußert öffentlich den Wunsch, daß dieses waffenstarrende, moderne Waffensystem nie den Ernstfall bestehen müsse.

Das geht dem Schreiber unter die Haut. Weder mit „Preußens Gloria" des Marinemusikkorps war er zufrieden – schließlich siegte Preussen nicht im Kampf um Höchstprofite für die deutschen Imperialisten – noch gefiel ihm das Friedensgesäusel. Alles schaut aufeinmal grau für ihn aus: das Schiff, Nieselregen und dort wo eigentlich die Wellen der Begeisterung hochschlagen müßten bleibt alles „trocken" – bei den Arbeitern. Darüber erstattet er seinen Auftraggebern Bericht und dieser läßt lange Gesichter in den Zentralen der westdeutschen Imperialisten vermuten. In der Tat blieben die Werftarbeiter trocken, ohne jede vaterländische Gefühlsaufwallung.

Genauso trocken hatten sie vor zwei Wochen erklärt, daß mit Aktionen zu

Betriebsführung vergnüglich: „ Anläßlich der bevorstehenden Einweihung des Hallendocks und der Taufe der ersten Fregatte F 122 möchten wir unsere Mitarbeiter davon unterrichten, daß auch in diesem Jahr ein Bonus gezahlt wird. Dabei gehen wir davon aus, daß sich die Mitarbeiter weiterhin nach besten Kräften für die Erreichung der Unternehmensziele einsetzen."

Vom großen ideologischen Feldzug der Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Politiker zur Mobilisierung der Werftarbeiter für Flottenbau und Raubkrieg, ist nichts geblieben als die Lächerlichkeit für die Sozialdemokratie, einen Tiger als Taube zu verkaufen und dabei gebissen zu werden.

Kriegsschiffbau auf westdeutschen Werften

r.kea. Aus „beschäftigungspolitischen Gründen" sei die Aufteilung des Flottenbauprogramms auf fünf westdeutsche Werften erfolgt, schreibt die Zeitschrift „Schiffahrt international" 8/79. Dadurch seien „Mehrkosten" von 160 Mio. DM entstanden. Von diesen 160 Mio. DM, ebenso wie von den 1,2 Mrd. DM, die das westdeutsche Volk ohnehin für die sechs Exemplare der Fregatte 122 aufbringen muß, profitieren neben dem Generalunternehmer Bremer Vulkan die Werften AG Weser (Bremen), Blohm + Voss (Hamburg), Thyssen-Nordseewerke (Emden) und Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (Kiel). Was Bordelektrik und Elektronik betrifft, macht den Hauptprofit AEG-Telefunken.

Begonnen wurde der Bau von insgesamt zehn Schnellbooten für die Bun-

schluß der Werften Abeking & Rasmussen (Lemwerder), Schürenstedt (Bardenfleth) und Burmester (Bremen-Burg). Das neue „Minenabwehrsystem Troika" mit ferngelenkten Minenräumbooten, das ab 1982 einsatzbereit sein soll, bringt Bauaufträge für die MaK Maschinenbau GmbH (Kiel) als Generalunternehmer sowie für mehrere Werften. U-Boote für die Bundesmarine und für den Export baut seit Jahren die Emdener Werft Thyssen (Rheinstahl)-Nordseewerke, deren Tradition im Kriegsschiffbau mit der Kaiserlichen Marine des 1. Weltkrieges begründet wurde.

Bei Blohm + Voss ist die Produktion auf Jahre hinaus nur noch durch den Kriegsschiffbau gesichert. Die neueste Entwicklung der Werft nennt sich „Mehrzweckkombinationsfregatte (MEKO)". Gegenüber bisher üblichen

r.hek. Tonnenweise Papier scheint verschwendet, seit im „linken" Bremen die Fregatte F 122 getauft wurde. So jedenfalls liest sich der Kommentar in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 28. September 1979. Bissig rechnet der FAZ-Schreiber mit Apel und Koschnick ab, deren Friedensgesäusel bei der Taufe jener Fregatte auf der Bremer Vulkanwerft auf den Namen dieser Stadt schon ein mittlerer Skandal war. Fing doch alles ganz vielversprechend an: „Unsere Republik hat dem Gewaltverzicht endgültig abgeschworen," charakterisiert Verteidigungsminister Apel richtig die imperialistischen Ziele der westdeutschen Bourgeoisie. Den „Irrtum" erkennend verbessert er: „Von diesem Land wird nie wieder ein Krieg ausgehen." Danach steigert er sich in eine wahre Friedensorgie: Die Fregatte habe einen „Friedensauftrag", sie sichert den Frieden und das Leben in diesem Frieden verdanke man insbesondere der Marine, deren Soldaten überhaupt Friedensdienste leisteten.

Keine Beifallsstürme, keine Hochrufe von Seiten der Arbeiter – mäßiges Geklatsche „der Admiralität", berichtete die Bild-Zeitung. Der blanke Hohn spricht aus der Glosse des FAZ-Schreiber, daß es Apel nicht verstanden hat, die Fregatte in direktem Zu-sammenhang mit den Berichten über die Spezialausbildung der Eliteeinheiten der Bundeswehr zu bringen, die sowohl den Häuserkampf üben – der selbstverständlich gegen Eindringlinge ausländischer Nationalität geübt wird – als auch die Erstellung einer eigenen Eingreiftruppe um die Sicherung der Rohstoffe nicht erklärt wird, welche

bereit ist, ihr Leben in jedem Land der Erde für den Bestand der Bundesrepublik Deutschland und vornehmlich dem Privateigentum an Produktionsmitteln herzugeben. Das muß den Volksmassen schon etwas direkter gesagt werden bei solchen Anlässen. Die Verteidigungsbereitschaft mache den Frieden sichrer, faselt Koschnick und äußert öffentlich den Wunsch, daß dieses waffenstarrende, moderne Waffensystem nie den Ernstfall bestehen müsse.

Das geht dem Schreiber unter die Haut. Weder mit „Preußens Gloria" des Marinemusikkorps war er zufrieden – schließlich siegte Preussen nicht im Kampf um Höchstprofite für die deutschen Imperialisten – noch gefiel ihm das Friedensgesäusel. Alles schaut aufeinmal grau für ihn aus: das Schiff, Nieselregen und dort wo eigentlich die Wellen der Begeisterung hochschlagen müßten bleibt alles „trocken" – bei den Arbeitern. Darüber erstattet er seinen Auftraggebern Bericht und dieser läßt lange Gesichter in den Zentralen der westdeutschen Imperialisten vermuten. In der Tat blieben die Werftarbeiter trocken, ohne jede vaterländische Gefühlsaufwallung.

Genauso trocken hatten sie vor zwei Wochen erklärt, daß mit Aktionen zu rechnen sei, wenn die Betriebsführung weiterhin die Auszahlung des Bonus verweigert. Allein dieser Hinweis reichte aus, die Ausschüttung der 1,3 Millionen DM zu erzwingen. Mindestens 100 DM erhält so jeder Arbeiter, maximal 500 DM.

So ist im Gegensatz zum „Versprecher" Apels folgende Information der

Betriebsführung vergnüglich: „ Anläßlich der bevorstehenden Einweihung des Hallendocks und der Taufe der ersten Fregatte F 122 möchten wir unsere Mitarbeiter davon unterrichten, daß auch in diesem Jahr ein Bonus gezahlt wird. Dabei gehen wir davon aus, daß sich die Mitarbeiter weiterhin nach besten Kräften für die Erreichung der Unternehmensziele einsetzen."

Vom großen ideologischen Feldzug der Bourgeoisie und ihrer sozialdemokratischen Politiker zur Mobilisierung der Werftarbeiter für Flottenbau und Raubkrieg, ist nichts geblieben als die Lächerlichkeit für die Sozialdemokratie, einen Tiger als Taube zu verkaufen und dabei gebissen zu werden.

Kriegsschiffbau auf westdeutschen Werften

r.kea. Aus „beschäftigungspolitischen Gründen" sei die Aufteilung des Flottenbauprogramms auf fünf westdeutsche Werften erfolgt, schreibt die Zeitschrift „Schiffahrt international" 8/79. Dadurch seien „Mehrkosten" von 160 Mio. DM entstanden. Von diesen 160 Mio. DM, ebenso wie von den 1,2 Mrd. DM, die das westdeutsche Volk ohnehin für die sechs Exemplare der Fregatte 122 aufbringen muß, profitieren neben dem Generalunternehmer Bremer Vulkan die Werften AG Weser (Bremen), Blohm + Voss (Hamburg), Thyssen-Nordseewerke (Emden) und Howaldtswerke-Deutsche Werft AG (Kiel). Was Bordelektrik und Elektronik betrifft, macht den Hauptprofit AEG-Telefunken.

Begonnen wurde der Bau von insgesamt zehn Schnellbooten für die Bun-desmarine auf der Lürssen-Werft (Bremen). Drei dieser neuen Schnellboote der Klasse 143A sollen auf der Kröger-Werft (Rendsburg) gebaut werden. Schon längere Zeit laufen Großumbauten der vorhandenen Minensuchboote bei VFW Fokker (Bremen) in Zusammenarbeit mit der ASB-Schiffbaugesellschaft, einem Zusammen-

schluß der Werften Abeking & Rasmussen (Lemwerder), Schürenstedt (Bardenfleth) und Burmester (Bremen-Burg). Das neue „Minenabwehrsystem Troika" mit ferngelenkten Minenräumbooten, das ab 1982 einsatzbereit sein soll, bringt Bauaufträge für die MaK Maschinenbau GmbH (Kiel) als Generalunternehmer sowie für mehrere Werften. U-Boote für die Bundesmarine und für den Export baut seit Jahren die Emdener Werft Thyssen (Rheinstahl)-Nordseewerke, deren Tradition im Kriegsschiffbau mit der Kaiserlichen Marine des 1. Weltkrieges begründet wurde.

Bei Blohm + Voss ist die Produktion auf Jahre hinaus nur noch durch den Kriegsschiffbau gesichert. Die neueste Entwicklung der Werft nennt sich „Mehrzweckkombinationsfregatte (MEKO)". Gegenüber bisher üblichen Kriegsschiffen mit festem Aufbau bestimmter Waffensysteme ist bei MEKO die Bewaffnung durch austauschbare Waffensystem-Container vorgesehen. Dadurch soll ermöglicht werden die kurzfristige Umrüstung und die Einsetzbarkeit der Kriegsschiffe für verschiedene Aufgabenbereiche und Kriegssituationen.

Dr. rer. pol. E.A. DER STAAT IDEE & WIRKLICHKEIT
KAP. I: VOM WESEN ÜBERHAUPT

„Aus all diesen Darstellungen leuchtet – gewissermaßen hinter dem Sosein – noch ein zweites Phänomen auf, mag es nun als Wesenskern, Wesenheit oder reines Wesen bezeichnet werden ... Gerade um dieses Phänomen ist es uns zu tun, nicht um das faktische Sosein, dessen Erkenntniswert im Rahmen dieser Arbeit – wie schon gesagt – gering ist ... Dieses Phänomen (bezeichnen) wir mit ‚Wesen' im Gegensatz zum vollen Sosein als der Gesamtheit der primären Bestimmungen eines Seienden mit Ausnahme des Daseins." (S. 20f) „Mit diesen Ausführungen ist nichts wirklich geklärt. Vieles, ja das meiste, bleibt im Dunkeln." (S. 60)





„(Es) erhebt sich die beunruhigende Frage, ob die Kenntnis des Wesens überhaupt noch einen Wert hat für das Verständnis der Welt, in der wir leben, und das ist die reale Welt. Die Differenz, weit entfernt davon, nur ein Schönheitsfehler zu sein, wird also zum zentralen Problem der Wesensphilosophie. Geht man ihr nach, so stößt man in kürzester Frist auf Fragen, die wohl noch gestellt, nicht aber beantwortet werden können. Ist schon die Existenz zweier Seinsweisen, der idealen und der realen, zutiefst rätselhaft, so gilt das in noch stärkerem Maße von ihrem Verhältnis zueinander. Die Dinge wären ja noch relativ einfach, wenn es sich um zwei streng geschiedene Sphären handelte; aber dem ist nicht so. Reales Sein ist immer schon durchsetzt von idealem ... Um nur ein Beispiel zu nennen: wenn Wasser überhaupt ein Wesen hat, so gehört dazu auch die Klarheit. Und doch ist nichts häufiger in der realen Welt als trübes Wasser." (S. 44f)

„Die Frage nach dem Wesen des Staates setzt die Frage nach dem voraus, was Wesen ist." (S. 13)

„Was gehört zum Wesen des Hammers? Der schwere Kopf, ... der als Hebel wirkende Stiel ... Wenn wir ein Seiendes (etwa einen Hammer) zum ersten Mal sehen, seine Wesenszüge erkennen und uns dann fragen: was soll denn dieses Ding?, so werden wir in der Lage sein ... den Seinssinn des Hammers zu ergründen." (S. 61)



„Wenn wir das Wesen des Staates erkennen wollen, werden wir deshalb gut daran tun, zunächst nach dem Sinn des Staates zu fragen ... Sinn ist das Fundierende, das uns erlaubt, die Tatsache zu bejahen, daß ein Seiendes bestimmter Art überhaupt ist. Sinn als vernunftbezogener ist das Erhellende, das uns ein Seiendes in seinem Sein verständlich macht. Wesen und Sinn sind in engster Weise aufeinander bezogen. Der Sinn eines Seienden ist das Konstruktionsprinzip seines Wesens (seiner Idee)." (S. 62f) „Gerade in bezug auf den Staat wird sich mit besonderer Deutlichkeit erweisen, daß Wesen und Sinn des Staates in der geschilderten Weise miteinander verbunden sind." (S. 62)

25,5 Mrd. DM für die Agrar- und Handelskapitalisten

EG-Haushalt 1980 im Europäischen Parlament / Interventionspreise, Richtpreise, Erstattungen

z.scc. Fast ⅓ des rund 40 Mrd. DM Haushalts der EG für 1980, der am vergangenen Donnerstag auf der Tagesordnung des Europäischen Parlaments stand, sollen allein durch die ,,Abteilung Garantie'' des ,,Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft'' (EAGFL) ausgegeben werden: 25,5 Mrd. DM. Die bürgerlichen Schreiberlinge spitzen schon die Feder zu neuerlichen Angriffen auf die ,,unerträglich hohen Subventionen''. Wenn sie gar noch den ,,Steuerzahler'' entdecken, dem diese ,,teure Agrarpolitik'' nicht zugemutet werden könne, dann aufgepaßt: Das Bauernlegen beschleunigende Maßnahmen sind in Vorbereitung.

25,5 Mrd. DM – das entspricht ungefähr der Hälfte des Werts des landwirtschaftlichen Produkts der BRD 1977. Bezahlt werden sie durch die imperialistischen Konkurrenten und – vor allem – die Länder der Dritten Welt, die für die meisten ihrer Agrarexporte in die Länder der EG hohe Schutzzölle (,,Abschöpfungen'') zahlen müssen; bezahlt werden sie ferner durch die Lohnabhängigen in der EG: 0,88% der ihnen abgepreßten Mehrwertsteuer fließt 1980 in den EG-Haushalt. Bleibt die Frage, wohin die Milliarden fließen.

Der mit Abstand größte Teil – 1977 waren es ca. 78% der Ausgaben der ,,Abteilung Garantie'' des EAGFL – findet unter dem Stichwort ,,Funktionieren der Gemeinsamen Marktordnung'' den Weg zu seinen Empfängern. Für über 90% der landwirtschaftlichen Produkte existieren diese ,,Gemeinsamen Marktordnungen'' inzwischen. Ihr Kern ist ein sogenanntes ,,Preisstützungssystem'' innerhalb der EG sowie ein System von ,,Erstattungen'' zur Förderung der westeuropäischen Agrarexporte in Drittländer.

Alljährlich legt die EG-Kommission neben einheitlichen Richtpreisen Interventionspreise fest. Erweist sich bereits das Instrument der Richt- (oder auch Orientierungs- und Ziel-)preise als Instrument der Erzeugerpreissenkung – wurden sie 1975 noch um 9,6% und 1976 um 7,7% erhöht, so schrumpfte die ,,Erhöhung'' in den folgenden Jahren auf 3,9%, 2,1% und schließlich 1979 auf 1,5% –, so erst recht das Instrument der Interventionspreise, zu denen die Interventionsstellen ,,überschüssige'' Produkte aufkaufen müssen. Sie liegen in der Regel zwischen 10 und 25% unter den Richtpreisen, und sie sind es, die das tatsächliche Niveau der von den Bauern erzielten Erzeugerpreise bestimmen. Die Folgen solcher Maßnahmen wie der *Senkung* des Interventionspreises für Zucker um 3,2% 1978 auf Zehntausende zuckerproduzierender Bauern sind leicht auszumalen.

Die ,,angemessene'' Festsetzung der Interventionspreise wird so zum Hauptmittel der Ruinierung zahlloser kleiner und mittleren Bauern bei gleichzeitiger Förderung und Subventionierung der Großagrarier und Agrarkapitalisten. Unter der Bedingung großer Bodenflächen, die überhaupt erst die Anwendung modernster Produktionsmittel und -techniken erlauben, hat sich seit Ende des zweiten Weltkrieges der Arbeitsaufwand für beispielsweise 1 ha Getreide von 100 Arbeitsstunden auf unter 10 reduziert. Können die Großbauern, auf die diese Bedingung zutrifft, ihren Profit auch bei Verkauf an die Interventionsstellen realisieren, erleidet die Masse der kleinen und mittleren Bauern, deren individueller Arbeitsaufwand weit höher liegt, weitere Verluste.

Dies ist jedoch nur eine Seite der Medaille, und die ,,Mittelübertragung'' von den Klein- und Mittelbauern zu den Agrarkapitalisten ist damit nur eingeleitet, nicht abgeschlossen. Mithilfe der Interventionen, also des Aufkaufs der ,,Überschüsse'', werden große Mengen Agrarprodukte zentralisiert. Am 31.3.1978 türmten sich in den Interventionsstellen der EG 780000 t Milchpulver, 160000 t Butter, 320000 t Rindfleisch usw. Diese Lagerbestände – das tägliche Amtsblatt der EG ist voll von Angeboten – werden zum Verkauf angeboten. Die Agrar- und Handelskapitalisten, die sich auf diese Weise der Lagerhaltungskosten entledigen konnten – diese werden einschließlich der Zinsen für aufzunehmende Bankkredite durch die ,,Abteilung Garantie'' getragen –, können zuschlagen. Während sie gewünschte Mengen wiederum zu *Interventionspreisen* aufkaufen, bekommen sie bei Export in Drittländer den vollen *Richtpreis* garantiert: eben durch das System der ,,Erstattungen'' durch den EAGFL, die die volle Differenz zwischen dem in der Regel weit niedrigeren Weltmarktpreis und dem EG-Richtpreis abdecken. Wer also etwa 1976/77 eine Tonne Weizen zwecks Export für 456 DM aus den Interventionsstellen erwarb, kassierte bei einem gültigen Richtpreis von 529 DM gleich 258 DM ,,Erstattung'' und dann noch einmal 271 DM beim Verkauf auf dem Weltmarkt.

Von 1969 bis 1977 verdoppelte sich der EG-Agrarexport in Drittländer auf 32,5 Mrd. DM. 6,2 Mrd. DM (33,2%) verteilte der EAGFL in diesem Jahr unter dem Stichwort ,,Preisausgleich'' (Interventionsmaßnahmen), 8,4 Mrd. DM (44,7%) unter ,,Erstattungen'', 3,6 Mrd. (18,8%) unter ,,Lagerhaltung'' an die Agrar- und Handelskapitalisten.

Zuckerrübenernte im Leinetal bei Göttingen


In diesen Tagen beginnt die Rübenrodekampagne. Die Bauern erwarten eine durchschnittliche Ernte, wobei der Zuckeranteil der Rüben etwas geringer ist als im letzten Jahr. Die Erzeugerpreise sollen in diesem Jahr nach Beschluß des EG-Ministerrats nur um 1,5% steigen, weit geringer als die Kosten. Oft sind die Bauern auch noch zur Anlieferung zum Abnehmer mit eigenen Maschinen gezwungen. Die erstattete Fuhrvergütung deckt nicht immer die anfallenden Kosten.

EG-Marktordnung erzwingt mehr Anbau von Futtergerste

z.doj. Während in den letzten Jahren bei verringertem Ernte-Ertrag und verschärften Marktanforderungen der Braugersteanbau zurückgegangen ist, bauen mehr Bauern Wintergerste als Futter an. Die Anbauflächen sind mehr gestiegen als beim Weizenanbau. Ihre höheren Ernteerträge der letzten Jahre konnten die Bauern nur durch verbesserten und teureren Düngereinsatz erreichen, gleichzeitig wurde der Absatz immer schwieriger und die Erzeugerpreise für die Futtergerste sanken. Die Qualitätsanforderungen an Mindestgewicht und Korngröße wurden über die EG-Getreidemarktordnungen so verschärft, daß die meisten Bauern zunehmend zur Eigenverfütterung, vorwiegend in der Schweinemast, gezwungen sind. Das bedeutet ein halbes Jahr Verzögerung, bis die Schweine wiederrum – wegen der so geförderten Schweineschwemme – zu gesunkenen Erzeugerpreisen verkauft werden müssen.

Die diesjährige Gerstenernte war wegen des schlechten Wetters besonders verlustreich: der ha-Ertrag ist gesunken und das feuchte Getreide muß von bis zu 22% auf 15% heruntergetrocknet werden. Das treibt die Kosten für die Bauern bis zu 30% hoch bei diesjährig weiter gesunkenen Erzeugerpreisen.

Schafzüchter gegen EG-Plan zur Schaffleischordnung

z.elf. Schon seit längerem wehren sich die westdeutschen Schafzüchter gegen die EG-Pläne zur Schafwirtschaft. Die hessischen Schäfer haben Anfang September eine Demonstration durchgeführt. Die etwa 60000 Schafzüchter in der BRD haben im Durchschnitt 24 Schafe. Viele Bauern besitzen nebenher mehrere Schafe, die auf Land weiden, das anders nicht genutzt werden kann und sonst brachliegen müßte. Der über zwei Jahre alte Entwurf einer EG-Marktordnung für Schaffleisch sieht eine ,,Öffnung des Marktes'' innerhalb wie außerhalb der EG vor. Vor allem für die kleineren Schafzüchter bedeutet das Aufgabe der Schafzucht, weil damit billiges Lammfleisch von Ländern außerhalb der EG sie niederkonkurrieren kann. Innerhalb der EG ist Großbritannien der größte Schaffleischproduzent, Folge der Tatsache, daß die britischen Imperialisten schon frühzeitig ihre Lebensmittel aus den Kolonien raubten und die Landwirtschaft im Inneren des Landes verrotten ließen, so daß häufig eine Nutzung des Landes außer durch Schafzucht nicht mehr möglich war. Inzwischen haben die britischen Imperialisten auch Teile der ehemaligen Kolonien in Schafzuchtgebiete verwandelt. Aus Neuseeland ließ sich die EG 1976 222,7 Tsd. t Lammfleisch liefern, über ⅔ des gesamten Imports. In der BRD werden insgesamt nur 12,4% des Eigenbedarfs produziert.

Die Plünderung und Enteignung der Bauern ist Grund für die Verrottung der polnischen Landwirtschaft

z.krk. 25. Juni, Edward Gierek: ,,Im Februar gab es außergewöhnlich starken Frost und Schneeverwehungen, und im März und April kam es zu in dem Ausmaß seit einigen Jahrzehnten nicht mehr dagewesenen Überschwemmungen ... Die Situation in der Landwirtschaft wird durch die bereits seit längerer Zeit andauernde Trockenperiode zusätzlich kompliziert.''
23. August, Edward Gierek: ,,Genossen, wir müssen alles tun, damit dieses Jahr von den Feldern und von den Wiesen alles, was gewachsen ist, alles, was sich als Futtermittel eignet, eingebracht wird. Dies soll vor allem helfen, den Engpaß zu überwinden, der sich aus den niedrigen Getreideerträgen ergeben hat ... Wir rechnen damit, daß wir dieses Jahr rund 4 Mio. t Getreide weniger als im Vorjahr einbringen werden.''

Das Wetter so einfach war es bestimmt nicht. ⅔ der Äcker und Wiesen sind in Polen ohne Bewässerung und ohne Wasserregulierung. Die Wisla (Weichsel) ist der einzige große Fluß Europas, der nicht reguliert ist. Dürre und Überschwemmungen sind unter diesen Umständen keineswegs nur Macht der Natur.

Die Krise der polnischen Landwirtschaft fing nicht dieses Jahr erst an. Die Weizenerträge sind seit Jahren niedrig, sie bewegen sich seit 1970 zwischen 24,5 und 31,3 dz/ha (Dänemark: 45,7 und 53,9 dz/ha). Im Fünfjahrplan 1970 – 1975 importierte Polen über 17 Mio. t Getreide, allein 1977/78 waren es 9 Mio. t. 1975/76 gab es einen schweren Einbruch in der Viehzucht wegen Mangel an Getreide und erst 1978 hat der Schweinebestand das Niveau von 1974 wieder erreicht.

Etwa 80% der landwirtschaftlichen Nutzfläche wird von Einzelbauern bestellt, in Abhängigkeit vom Staat als Kreditgeber, Produzent von Produktionsmitteln und fast ausschließlichem Käufer landwirtschaftlicher Produkte. 1976 gehörten 17,2% des Bodens Staatsgütern und 1,7% den LPGs. Die Größe der Einzelwirtschaften nimmt ständig ab: 1970 waren über 56,9% unter 5 ha, 1976 schon 60,1%. Gleichzeitig steigt die Zahl der Nebenerwerbsbauern, die trotz 16 – 18 Stunden täglicher Arbeit zu den Ärmsten gehören. 1,4 Mio. Höfe, über 40% aller Einzelwirtschaften werden von ihnen betrieben.

Seit ihrer Machtübernahme strebt die neue Bourgeoisie danach, die Bauern zu enteignen und kapitalistische Großbetriebe zu errichten. Dies in Form der sog. ,,Kollektivierung'' in den 60er Jahren zu vollziehen, wie es in den anderen RGW-Ländern der Fall war, scheiterte am Widerstand der Volksmassen. Ihre heutige Methode ist die Förderung des Konzentrationsprozesses und die direkte Enteignung.

Über die Verteilung der Produktions- und Finanzmittel werden die Bauern zur Bildung von spezialisierten Zirkeln gezwungen. Ein Produktionszweig wird dabei gemeinsam betrieben, und mit dem Staat werden langfristige Lieferverträge abgeschlossen. Die staatlichen Aufkaufpreise liegen *unter* den Marktpreisen. Einen Teil der Differenz zahlt der Staat zurück, aber *nur* an die Zirkel, *nicht* aber an nichtorganiserte Bauern. Davon *müssen* Mittel für die gemeinsame Produktion angeschafft werden, die *nicht* aufteilbar sind, im Falle der Auflösung gehen sie an den Staat oder an eine LPG über. Solange die Zirkel ihre Verpflichtungen erfüllen, erhalten sie bevorzugt Produktionsmittel und Kredite, bei Nichterfüllung wird das sofort eingestellt. Höfe, die ihre Verpflichtungen längerfristig nicht erfüllen, können ganz enteignet und Staatsgütern, LPGs oder auch ,,gut wirtschaftenden'' Einzelbauern übergeben werden. Um sich über die zu enteignenden Höfe einen Überblick zu verschaffen, ließ die Bourgeoisie 1976 eine "Gemeindemusterung'' durchführen.1971 – 1975 hat der Staat ca. 120000 Wirtschaften enteignet, 1976 – 1980 hofft er, vor allem durch die neue Rentenregelung auf 400000 zu kommen und über 30% der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Form von Staatsgütern zu verfügen.

Da die kleinen Bauern zu keinen größeren Investitionen in der Lage sind, müssen sie staatliche Dienstleistungen wie Verleih von Maschinen, Transport, usw. in Anspruch nehmen. Dazu stellt die Zeitung Zycie Gospodarcze fest: ,,Der vergesellschaftete Sektor umfaßt gegenwärtig schon fast 40% des gesamten Produktionsvermögens in der Landwirtschaft, 48% der Transportmittel, übernimmt laufend 62% der gesamten Investitionsmittel ... Die Vergesellschaftung des Bodens ist unter diesen Umständen sozusagen die Schlußetappe der gesellschaftspolitischen Wandlungen.''

Ihre Enteignungspolitik begründet die polnische Bourgeoisie damit, daß das kleinbäuerliche Eigentum eine Fessel der Produktivkräfte sei. Wenn allgemein das auch wahr ist, so hat die Bourgeoisie durch die Plünderung der Bauern die Höfe selber in den heutigen, verrotteten Zustand gebracht. Sie benutzt dieses Argument dazu, den Produktivkräften neue Fesseln, die des kapitalistischen Privateigentums aufzuerlegen. (Die Produktivität der Staatsgüter ist niedriger als die der Privatwirtschaften, trotz besserer Ausrüstung – ein Ergebnis des Widerstandes der in Lohnarbeiter verwandelten Bauern.)

Die wichtigsten Forderungen der Bauern sind heute die Erhöhung der Aufkaufpreise sowie die Aufhebung der Maßnahmen, die ihre Enteignung bezwecken, vor allem der neuen Rentenverordnung (s. KVZ 17/79). Um ihre wirtschaftlichen und demokratischen Forderungen durchzusetzen, haben sich viele in Komitees zusammengeschlossen, die heute in ihrer Mehrheit noch unter bürgerlicher Führung stehen.


Die Verelendung der Bauern konserviert die primitiven Anbaumethoden: 1975 waren noch über 2 Mio. Pferde in Gebrauch. – In den Städten bilden sich lange Schlangen vor den Fleischerläden.

Österreich: Weinbauern zahlen EG-Exportförderung

z.pek. Wien. Rechtzeitig vor der Weinernte hat die Finanzbourgeoisie den Propagandafeldzug gegen die kleinen Weinbauern eröffnet. ,,Verhandlungen mit der EG über Anerkennung von Qualitätsweinen seit 7 Jahren ergebnislos'' und der ,,Verlust traditioneller Absatzmärkte droht'', ertönt das Wehklagen. Wegen der ohnehin schon übervollen Lager und der reichlichen Ernte dieses Jahres müßten die Weinbauern mit niedrigen Abnahmepreisen rechnen – 2,50 bis 3 Schilling (0,35 bis 0,40 DM) pro kg Trauben. Im letzten Jahr hatten die Weinbauern im Burgenland durch gemeinsamen Boykott der Großhändler noch 3 S als Mindestpreis durchsetzen können. Bei den nach offiziellem Preisindex um mindestens 3,6% gestiegenen Betriebsmittelpreisen bedeuten die jetzigen Preisangebote für die Bauern mit Sicherheit Verluste. Indem sich die Weingroßhändler den Wein von den kleinen Weinbauern nahezu für umsonst aneignen, machen sie trotz der verschärften Qualitätsbestimmungen und Importquoten der EG fette Profite. Sie kaufen einen Liter Wein für 5 S. Bei einem Mindestexport von 20000 Litern erhalten sie eine staatliche Exportförderung von 2 S pro Liter. Der Durchschnittspreis auf dem Exportmarkt (80% der Weine gehen in die BRD) betrug 1978 16,11 S. Die Exportmenge lag mit 247000 Hektolitern noch über dem Rekordergebnis von 1972.


In diesen Tagen beginnt die Rübenrodekampagne. Die Bauern erwarten eine durchschnittliche Ernte, wobei der Zuckeranteil der Rüben etwas geringer ist als im letzten Jahr. Die Erzeugerpreise sollen in diesem Jahr nach Beschluß des EG-Ministerrats nur um 1,5% steigen, weit geringer als die Kosten. Oft sind die Bauern auch noch zur Anlieferung zum Abnehmer mit eigenen Maschinen gezwungen. Die erstattete Fuhrvergütung deckt nicht immer die anfallenden Kosten.

Der mit Abstand größte Teil – 1977 waren es ca. 78% der Ausgaben der ,,Abteilung Garantie'' des EAGFL – findet unter dem Stichwort ,,Funktionieren der Gemeinsamen Marktordnung'' den Weg zu seinen Empfängern. Für über 90% der landwirtschaftlichen Produkte existieren diese ,,Gemeinsamen Marktordnungen'' inzwischen. Ihr Kern ist ein sogenanntes ,,Preisstützungssystem'' innerhalb der EG sowie ein System von ,,Erstattungen'' zur Förderung der westeuropäischen Agrarexporte in Drittländer.

Alljährlich legt die EG-Kommission neben einheitlichen Richtpreisen Interventionspreise fest. Erweist sich bereits das Instrument der Richt- (oder auch Orientierungs- und Ziel-)preise als Instrument der Erzeugerpreissenkung – wurden sie 1975 noch um 9,6% und

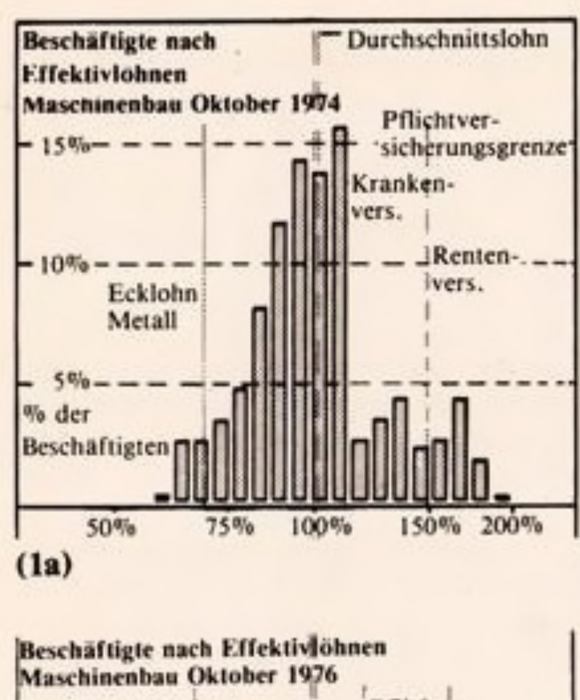
bei Verkauf an die Interventionsstellen realisieren, erleidet die Masse der kleinen und mittleren Bauern, deren individueller Arbeitsaufwand weit höher liegt, weitere Verluste.

Dies ist jedoch nur eine Seite der Medaille, und die ,,Mittelübertragung'' von den Klein- und Mittelbauern zu den Agrarkapitalisten ist damit nur eingeleitet, nicht abgeschlossen. Mithilfe der Interventionen, also des Aufkaufs der ,,Überschüsse'', werden große Mengen Agrarprodukte zentralisiert. Am 31.3.1978 türmten sich in den Interventionsstellen der EG 780000 t Milchpulver, 160000 t Butter, 320000 t Rindfleisch usw. Diese Lagerbestände – das tägliche Amtsblatt der EG ist voll von Angeboten – werden zum Verkauf angeboten. Die Agrar- und Handelskapitalisten, die sich auf

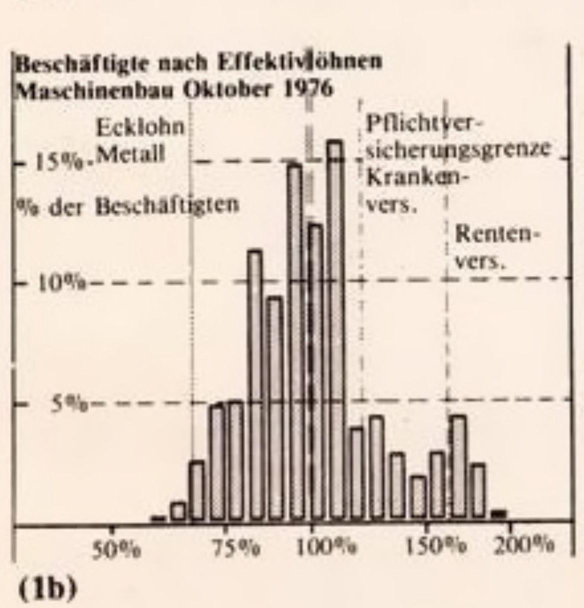
Die Plünderung und Enteignung der Bauern ist Grund für die Verrottung der polnischen Landwirtschaft

Schafzüchter gegen EG-Plan zur Schaffleischordnung

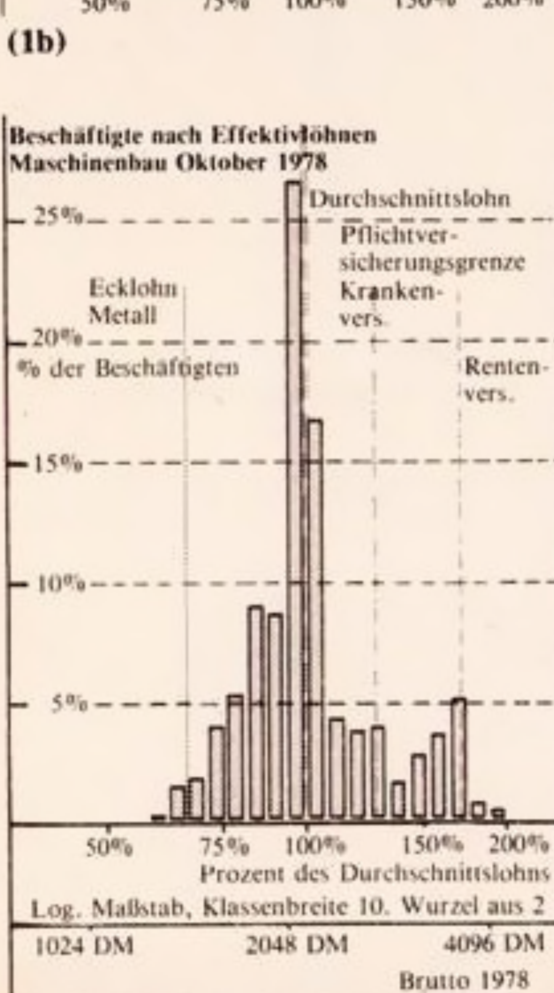
z.elf. Schon seit längerem wehren sich die westdeutschen Schafzüchter gegen die EG-Pläne zur Schafwirtschaft. Die hessischen Schäfer haben Anfang September eine Demonstration durchgeführt. Die etwa 60000 Schafzüchter in der BRD haben im Durchschnitt 24 Schafe. Viele Bauern besitzen nebenher mehrere Schafe, die auf Land weiden, das anders nicht genutzt werden kann und sonst brachliegen müßte. Der über zwei Jahre alte Entwurf einer EG-Marktordnung für Schaffleisch sieht eine ,,Öffnung des Marktes'' innerhalb wie außerhalb der EG vor. Vor allem für die kleineren Schafzüchter bedeutet das Aufgabe der Schafzucht, weil damit billiges Lammfleisch von Ländern außerhalb der EG sie niederkonkurrieren kann. Innerhalb der EG ist Großbritannien der größte Schaffleischproduzent, Folge der Tatsache, daß die britischen Imperialisten schon frühzeitig ihre Lebensmittel aus den Kolonien raubten und die Landwirtschaft im Inneren des Landes verrotten ließen, so daß häufig eine Nutzung des Landes außer durch Schafzucht nicht mehr möglich war. Inzwischen haben die britischen Imperialisten auch Teile der ehemaligen Kolonien in Schafzuchtgebiete verwandelt. Aus Neuseeland ließ sich die EG 1976 222,7 Tsd. t



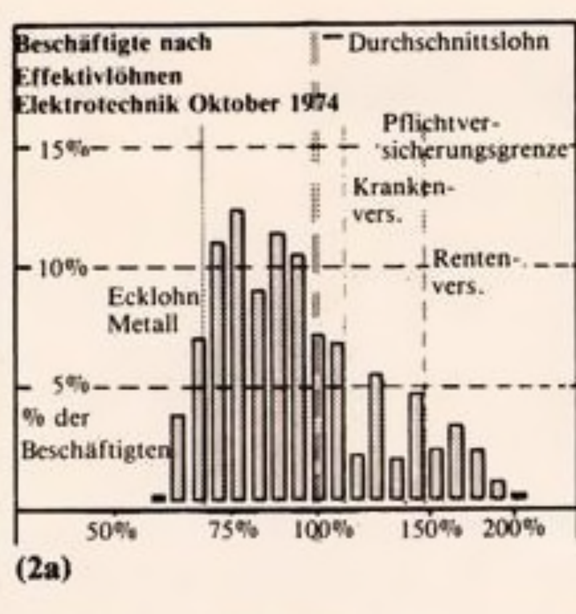
(1a)



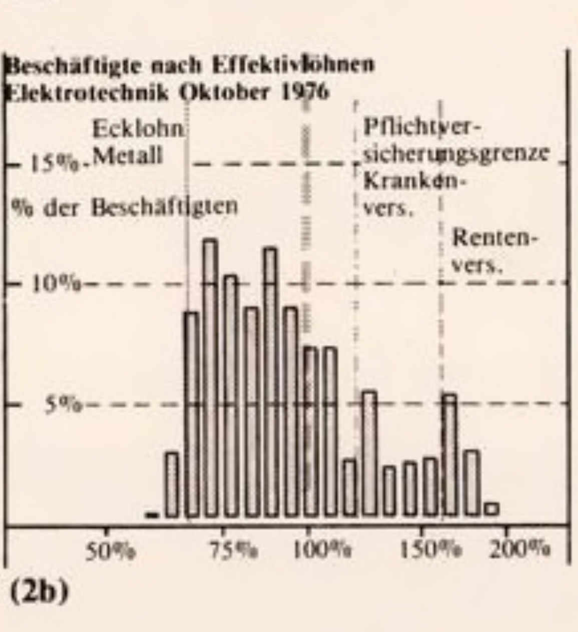
(1b)



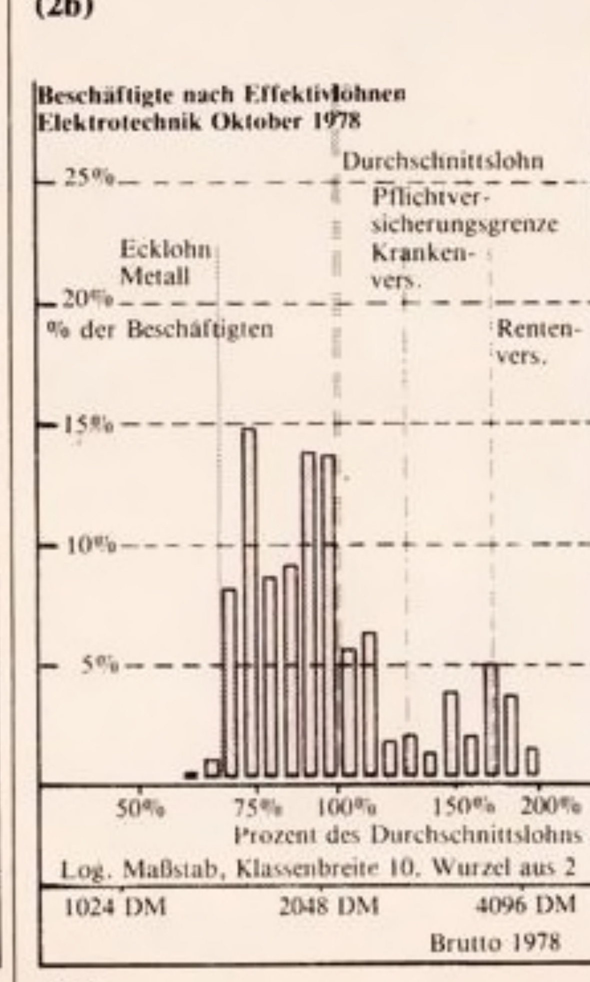
(1c)



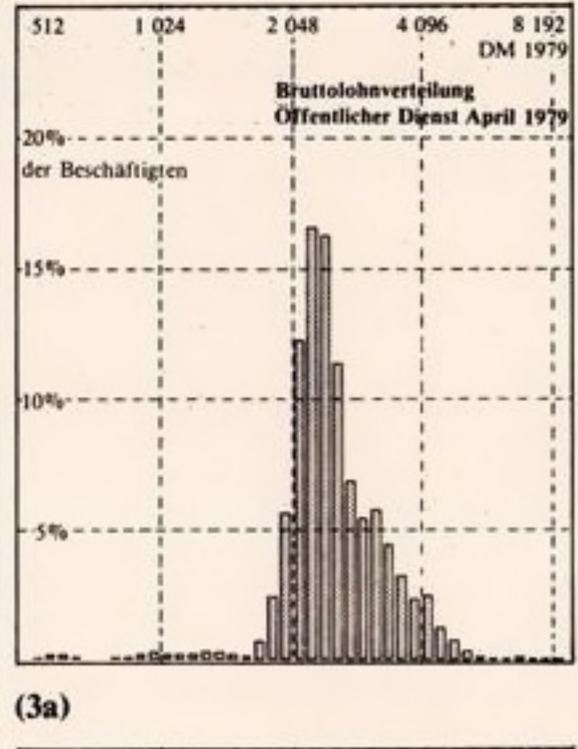
(2a)



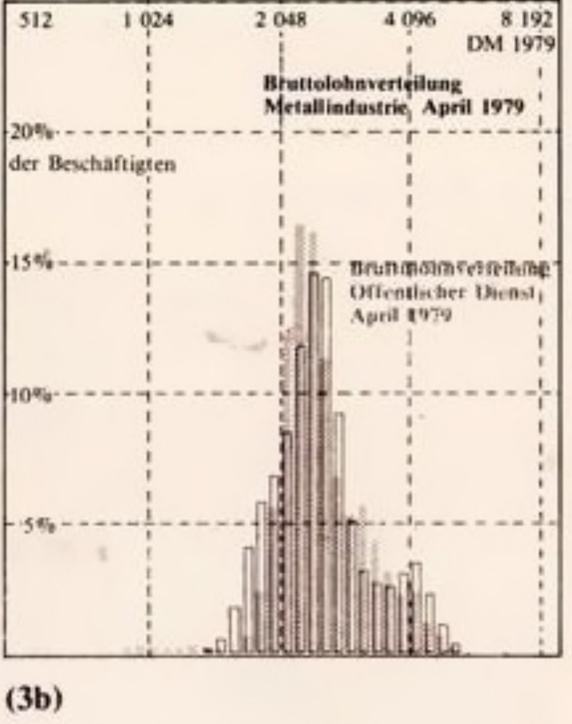
(2b)



(2c)



(3a)



(3b)



+ = höhere Belegung der Lohnklassen in der Metallindustrie als im öffentlichen Dienst
– = geringere Belegung der Lohnklassen in der Metallindustrie als im öffentlichen Dienst

(3c)



Lohnerhöhung im Öffentlichen Dienst ab 1966

Laufzeit	Grundvergütg.	Ortszuschlag	Zuwendung Jahresende**	Urlaubsgeld	Sonstiges
ab 1.01.1968	+ 3,5%	keine Erhöhg*	40 %	–	–
ab 1.01.1969	+ 6 %	zw. 9 u. 6 DM mehr*	50 %	–	–
ab 1.01.1970	+ 8 %	zw.29u.49 DM mehr*	50 %	–	–
ab 1.01.1971	+ 7 %	+ 7% + 27 DM	66⅔%	–	–
ab 1.01.1972	+ 4 %	– 27 + **4%** + 27 + **30**	66⅔%	–	–
ab 1.01.1973	+ 6 %	– 57 + **6%** + 57 + **40**	66⅔%	–	–
ab 1.01.1974	+ 11 %	+ 11%	100 %	–	–
	Mit Ortzuschlag mindestens 170 DM				
ab 1.01.1975	+ 6 %	+ 6 %	100 %	–	100 DM***
ab 1.02.1976	+ 5 %	+ 5 %	100 %	–	–
	Mit Ortzuschlag mindestens 85 DM				
ab 1.02.1977	+ 5,3%	+ 5,3%	100 %	150 DM	100 DM***
ab 1.03.1978	+ 4,5%	+ 4,5%	100 %	150 DM	–
ab 1.03.1979	+ 4 %	+ 4 %	100 %	300 DM	–

* gesonderte Festsetzung der Ortszuschlagstabellen und Vereinheitlichung der Ortzuschläge – ** Berechnungsgrundlage ist der Urlaubsmonat – *** Streckungsgeld bei Verlängerung der Laufzeit des Tarifvertrages
Berechnung des Ortszuschlages 1972 und 1973: Bei der Prozenterhöhung des Ortszuschlages wurden jeweils die Sockelbeträge ausgeklammert, auch die aus früheren Erhöhungen, und erst anschließend wieder dazu addiert.

Erhöhung Tariflöhne u. -gehälter seit 1950 für die Metallindustrie

ab 1.04.1968	4,0%
ab 1.01.1969	3,0%
ab 1.09.1969	8,0%
ab 1.10.1970	15,3%*
ab 1.01.1972	7,5%
ab 1.01.1973	8,5%
ab 1.01.1974	11,6%
ab 1.01.1975	6,8%
ab 1.01.1976	5,4%
ab 1.01.1977	6,9%
ab 1.01.1978	5,0%
ab 1.01.1979	4,3%

* Durchschnitt der Tarifgebiete einschließlich Vorweganhebung

Lohnbewegung 1979/80 – vor komplizierten taktischen Problemen

z.maf. Von den rund 22,7 Millionen Lohnabhängigen, die gegenwärtig in der BRD und Westberlin Beschäftigung haben, haben 3,8 Millionen diese Beschäftigung in der metallverarbeitenden Industrie und 4,3 Millionen in den öffentlichen Diensten. Das sind zusammen 8,1 Millionen, also etwa 36% von allen. Die Tarifverträge für die metallverarbeitende Industrie laufen mit dem 31. Januar aus. Die Tarifverträge für den öffentlichen Dienst mit dem 31. März. Wenn also diese beiden Gewerkschaften ihre Forderungen und Zielpunkte nicht aufeinander abstimmen, so wird man sie gegeneinander ausspielen, und das schlechte Ergebnis wird für den gesamten Lohnstandard wirksam sein. Hätten die IG Metall und die ÖTV ihre Lohnpolitik in den letzten Jahren aufeinander abgestimmt, man müßte sich mit diesen Zusammenhängen gar nicht befassen.

Aber leider geschah dies nicht, und so ist in der Entlohnungsstruktur dieser beiden großen Gewerke in den letzten Jahren ein Widerspruch aufgetreten, der sowohl von den Kapitalisten der metallverarbeitenden Industrie wie auch vom öffentlichen Dienstherren ausgenutzt werden konnte. Wie, das ist jedem aus der Praxis der Lohnbewegungen geläufig. Behauptet man z.B., die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst wären niedriger als in der Industrie, findet sich gleich wer, der das Gegenteil beweist. Behauptet man das Gegenteil, wiederum. Und so, wie sich die Dinge entwickelt haben, ist es auch tatsächlich unmöglich geworden, eine vergleichsweise Aussage über den Lohnstandard im öffentlichen Dienst und z.B. in der Metallindustrie zu machen, die für alle Entlohnungsklassen gleichmäßig richtig wäre.

Vergleicht man die Bruttolohnverteilung in den beiden Gewerken, so erhält man einen sehr eigentümlichen Ausdruck (siehe 3a – 3c). Die einfache Arbeitskraft ist in den öffentlichen Diensten besser gezahlt. Die Facharbeiter und entsprechenden Angestellten wiederum sind in der Metallindustrie besser gezahlt. Beim Aufsichtspersonal sind wiederum die unteren Kategorien im öffentlichen Dienst besser gezahlt und die oberen in der metallverarbeitenden Industrie, während das Führungspersonal in der Industrie besser bezahlt wird (wo freilich auch kein Anspruch auf lebenslänglich sichere Beschäftigung und Pension besteht).

Die Lage ist ganz schön verwickelt. Zustande kam das Durcheinander so: Zunächst waren die Löhne und Gehälter im öffentlichen Dienst im großen und ganzen niedriger als in der Industrie. Darauf haben die Belegschaften in den öffentlichen Diensten mit Festgeldforderungen und entsprechenden Abschlüssen reagiert. In diesem ganzen Zeitraum fand eine erhebliche Umgestaltung des Arbeitsprozesses bei den Angestellten statt, und zwar sowohl in der Industrie wie auch im öffentlichen Dienst. Den Charakter dieser Wandlung versteht man vielleicht am leichtesten, wenn man sich die Entwicklungslinie von der persönlichen Schreibkraft eines Sachbearbeiters hin zum Schreibbüro und letztlich zum Arbeitsplatz am Textautomaten verdeutlicht. Ein großer Teil der Verwaltungsfunktionen, die dem Kapital bzw. dem Dienstherren selbst angehören, wurde unter die Gesetzmäßigkeit der Maschinenarbeit gepreßt. Und gleichzeitig fand eine Vereinfachung der komplexeren Handarbeiten statt. Beide Umwälzungen des Arbeitsprozesses sind noch keineswegs beendet. Bei tarifvertraglich feststehenden Tätigkeitsmerkmalen mußten beide Bewegungen zu einer höheren Belegung der jeweils unteren Lohngruppen führen, das eine Mal bei den Angestellten, weil der „Entscheidungsspielraum" abnahm, das andere Mal bei den Arbeitern, weil die „Qualifikation" abnahm. Die Bildreihen (1a – 1c und 2a – 2c) geben von diesen Entwicklungen einen Eindruck.

Nun hat die IG Metall versucht, gegen diese Umwälzung anzugehen durch entsprechend „hohe" Prozentabschlüsse. Diese Taktik hat sich gegen die Abgruppierungen als wirklich schwaches Mittel herausgestellt, da für die unteren Lohngruppen niemals ausreichende Ergebnisse zu erzielen waren. Alsbald lag der Lohnstandard für die einfache Arbeit in der metallverarbeitenden Industrie erheblich unter dem in den öffentlichen Diensten. Und so schließt die ÖTV seit längerem immer in Prozenten schlechter ab als die IG Metall, und der Lohnstandard in bezug auf die einfache Arbeitskraft ist im öffentlichen Dienst dennoch höher.

In der kommenden Lohnbewegung werden nun entweder Forderungen durchgesetzt, die in der metallverarbeitenden Industrie eine besonders deutliche Anhebung der unteren Entlohnungsklasse bewirken und bei den mittleren Angestellten und den entsprechenden Facharbeitern eine Prozentsicherung enthalten, und im öffentlichen Dienst eine Forderung, die sowohl zu einer Sicherung der unteren Grenze der Bezahlung führt, wie auch zu einer ein bißchen überproportionalen Anhebung der Facharbeiterlöhne und der entsprechenden Angestelltengehälter, oder es wird ganz grausam werden.

Stellt nämlich die IG Metall neuerlich eine reine Prozentforderung auf, so wird die ÖTV nicht gegen die ganze Wucht des Arbeitsmarktes mit einer Absicherungsforderung für die untersten Einkommensklassen durchkommen. Die Schranke gegen die Verelendung, die da immerhin noch besteht, wäre weg, wenn wieder die IG Metall schlechte Prozente und die ÖTV noch schlechtere Prozente abschließt.

Nimmt man für die IG Metall eine Forderung von 170 DM / 8% mindestens an und für den öffentlichen Dienst z.B. 100 DM + 5%, so würde man einen sehr günstigen Effekt haben.

Bei reinen Prozentforderungen würde die IG Metall wiederum höher abschließen als der öffentliche Dienst, ohne daß deswegen für die unteren Entlohnungsklassen etwas gewonnen wäre.



z.hef.London. **Die Gewerkschaften der Metallarbeiter organisierten am letzten Montag und Dienstag ihren vierten zweitägigen Streik gegen die Mitgliedsfirmen des Kapitalistenverbandes Engineering Employers Federation.** Die Gewerkschaften fordern 60 Pfund Mindestlohn für ungelernte Arbeiter und 80 Pfund für Facharbeiter sowie die Verringerung der Arbeitszeit von 40 auf 39 Stunden als Schritt zur 35-Stunden-Woche. Die Streiks verschärfen die Konkurrenz unter den Kapitalisten: „Aufträge sind wichtiger als Unternehmersolidarität", heißt eine Überschrift der Financial Times. Metro Cammell Laird, ein großer Waggonbaubetrieb, hat wie viele Kapitalisten mit den Gewerkschaften auf Grundlage der Forderungen abgeschlossen und ist aus dem Kapitalistenverband ausgetreten. General Electric, nach British Leyland das zweitgrößte Mitglied der EEF, will nach dem Streik austreten. Trotzdem wird es für die Arbeiter immer schwieriger, eine einheitliche Unterstützung des Streiks zu sichern, denn die Mehrheit der Arbeiter verdient über dem geforderten Mindestlohn und die eigentlichen Löhne für alle Arbeiter werden erst in den folgenden betrieblichen Kämpfen festgelegt. Die Regierung sagt, sie sei neutral – und verschärft die Gesetzesvorlagen gegen Streiks.

z.scc. **Mit dem Abbruch des Streiks bei Shell Pernis, mit rund 7000 Lohnabhängigen die größte Erdölraffinerie der Welt, droht dem Tarifkampf der niederländischen Petrochemiearbeiter eine Niederlage.** Mit großer Mehrheit hatte am Freitag die Streikversammlung in Pernis den Abbruch des mehrtägigen Streiks beschlossen, nachdem es den Kapitalisten erst gelungen war, rund 1000 „Arbeitswillige" zu einer Gegendemonstration zusammenzukarren, um dann tags darauf eine größere Anzahl Streikbrecher gewaltsam durch die Streikposten hindurch in den Betrieb zu bringen. Gelingen konnte ihnen das, weil unter den Tarifforderungen der Industriegewerkschaft FNV nach fünfter Schicht und 35-Stundenwoche die Einheit der Arbeiter nur schwer herzustellen ist. Bei Shell Moerdijk und Albatros dauert der Streik an.

z.hef. London. **Seit acht Wochen zeigt das britische Privatfernsehen ein Dauerbild mit der Aufschrift:** „Wegen des gegenwärtigen Arbeitskampfes müssen wir Ihnen leider mitteilen, daß heute auf diesem Kanal keine Sendungen gezeigt werden." 12000 Arbeiter und Angestellte, vor allem die Kamera- und Tontechniker, Mischpultbediener usw., streiken für eine Forderung von 25% mehr Lohn. Die Kapitalisten hatten ursprünglich 15% geboten. Unter dem Druck des Streiks (alle Werbeeinnahmen fallen weg) boten sie letzte Woche 15% plus 10% im nächsten Juli plus 10% in zwei Teuerungszuschlägen. Als Gegenleistung sollen die Gewerkschaften der Einführung von Videotechnik für Außenaufnahmen anstelle des bisherigen Tonfilms zustimmen. Gerade der Widerstand gegen die Lohnsenkung und zusätzliche Mehrarbeit infolge der Einführung dieser „neuen Technologie" ist eine wesentliche Grundlage der Einheit der Streikenden. Die Belegschaft bei Granada Television hat abgelehnt, die Gewerkschaftsführung den anderen Belegschaften Ablehnung empfohlen.

z.anb.Wien. **Am 15. Oktober findet die dritte und letzte Verhandlungsrunde über die Lohnforderung der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Österreich statt.** Die Gewerkschaft fordert 5,5% auf 12 Monate, die Regierung bleibt bei ihrem Angebot von 3,5%, alternativ 4% auf 14 Monate. Die 550000 Beschäftigten „in besonderem Dienstverhältnis" stellen in Österreich ein Fünftel aller Lohnabhängigen. Im Vergleich zur Industrie ist der Facharbeiterecklohn der „Beamten in handwerklicher Verwendung", z.B. eines Eisenbahnarbeiters, um 20% niedriger. Ein Elektriker, ledig, 10 Dienstjahre, ist mit 7899 Schilling eingestuft, netto bleiben ihm 5258 S (737 DM). Diese scharfe Abspaltung des öffentlichen Dienstes geht auf das Konto der Regierung Kreisky, die, gestützt auf die Ideologie des „Gemeinwohls" am kleinen, aber unabhängigen Österreich und der bedrohlichen Weltmarktunbilden, alles in die Waagschale wirft, um den Kapitalisten aus dem Staatssäckel Expansionsgroschen zu organisieren. Letztere haben sich bereits direkt eingemischt und die Schilling-Aufwertung an der Seite der DM gegen die Lohnforderung ausgespielt. Als dann – nach dem Scheitern der 2. Verhandlungsrunde am 26.9. – der Finanzminister die Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge ab Januar ankündigte und Kreisky die Beamten als „politisch unzuverlässig" abkanzelte, war es um die Aussichten für einen *raschen* Abschluß unter der Inflationsrate von derzeit 3,6% geschehen.

z.ulg.Rom. **Mit einem weiteren Streik haben die 3,3 Millionen Lohnabhängigen im italienischen öffentlichen Dienst am letzten Montag ihre Forderungen gegen die dauernden Lohnsenkungen voll durchsetzen können.** Ab 1980 werden die Inflationszuschläge wie in der Industrie vierteljährlich neu berechnet; für 1979 wird ein einmaliger Abschlag von 250000 Lire (550 DM) gezahlt. Außerdem hat die Regierung endlich die noch offenen Teile der alten Tarifverträge ratifizieren müssen. Drei bzw. neun Monate nach deren Auslaufen haben die Gewerkschaften noch immer keine Forderung aufgestellt. Die Regierung will das nutzen,

Computer am Bau: Rationalisierungswelle gegen Konstrukteure und Zeichner

z.ger. Eine Umwälzung von noch größerem Ausmaß als die Einführung der elektronischen Satzsysteme im graphischen Gewerbe steht den Konstruktionsabteilungen und Zeichenbüros im Bauwesen, Maschinenbau und in der Elektrotechnik in 3–5 Jahren bevor. Durch die Einführung der CAD/CAM-Datentechnik (Computer-unterstützte Konstruktion/Fertigung) werden Zehntausende von Konstrukteuren und technischen Zeichnern auf die Straße fliegen.

Auf der Ausstellung *Systems '79* in München wurde eine große Zahl dieser CAD-Systeme vorgeführt. Allein „Computer am Bau" füllte eine Messehalle. Die sogenannten Hardware, das sind der Computer und die Zeichenautomaten (Plotter) für CAD, gibt es schon lange. Das Problem liegt in der Software, das sind die Programme und Datenbanken, die die Arbeit des Konstrukteurs von der Bleistiftskizze des Vorentwurfs über Festigkeitsberechnungen, die Konstruktions- und Fertigungszeichnungen, die Materialplanung und Arbeitsvorbereitung bis hin zu den einzelnen Fertigungsschritten für jedes Werkstück bzw. der Ausgabe von Daten für rechnergesteuerte Drehmaschinen, Fräsen, Bohrwerke usw. umfassen muß. Ein Teil der Programme hat jetzt einen Stand erreicht, daß mit einem breiten Einsatz in der Praxis begonnen werden kann.

Am weitesten fortgeschritten ist die Anwendung von CAD im Straßenbau, im Brückenbau und im Stahlbetonfertigteilbau, weil dort die Konzentration am höchsten ist. Die Erstellung von umfassenden Programmketten für CAD und die Normierung und Standardisierung bereits vorhandener Einzelprogramme in verschiedenen Branchen ist ein Schwerpunkt des Dritten Datenverarbeitungsprogramms (1976–79) der Bundesregierung. Aus den Mitteln dieses Programms lassen sich die Kapitalisten die Entwicklungskosten des CAD bezahlen, mit dem sie sich durch umfassende Rationalisierung einen Vorsprung gegenüber ihren imperialistischen Konkurrenten sichern wollen.

Der Kapitalaufwand für die Einführung von CAD ist beträchtlich. Ein typischer Arbeitsplatz umfaßt ein Digitalisiergerät, ein graphisches und ein Datensichtgerät. Mehrere Arbeitsplätze sind mit einem Computer verbunden, der die Berechnungen ausführt und die fertigen Zeichnungen auf einem Plotter ausgibt. Die Kosten für ein System zur Erstellung von Fertigungszeichnungen sind ca. 400000 DM und 150000 DM für jeden weiteren Arbeitsplatz. Für ein komplettes CAD-System mit allen Konstruktionsberechnungen muß ein wesentlich größerer Computer für 1 bis 1,5 Mio. DM und eine Programmbibliothek für ungefähr 1 Mio. DM gekauft werden. Man kann sich darauf gefaßt machen, daß die Kapitalisten versuchen werden, Nacht- und Schichtarbeit an diesen Geräten durchzusetzen.

Öffentlicher Dienst: Kampf der Beschäftigten gegen die Auswirkungen der Bildschirmarbeit

z.erm. „Mit Lichtstreifen, die wie Zauberstäbe anmuten, holen sich die Sachbearbeiter die im Speicher vorhandenen Daten des einzelnen Versicherten auf den Bildschirm ...", so beschreibt der Vorsitzende des Vorstands des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen Rügenberg die Arbeit der Angestellten an den Bildschirmgeräten. Daß die Bildschirmgeräte neue Möglichkeiten bei der Datenverarbeitung eröffnen, hat mit Zauberei wenig zu tun. Und daß die Schriftzeichen wie Zauberstäbe anmuten, kann nur einer behaupten, der nicht bis zu 8 Stunden am Tag damit arbeiten muß.

Ca. 40000 Terminals sind nach Schätzungen der Hersteller heute im Betrieb. Gerade in den letzten Jahren haben die Kapitalisten und der öffentliche Dienstherr die hochentwickelten Geräte benutzt, um den Arbeitstag der Beschäftigten zu intensivieren, die Kontrolle über die Arbeit zu verschärfen und – um das vorgeschossene Kapital schnell wieder reinzuholen – die Schicht- und Nachtarbeit einzuführen. Auf dem letzten Gewerkschaftstag 1976 hat die ÖTV einen Antrag zur Bildschirmarbeit verabschiedet, der diesen Angriffen des Dienstherrn keine
der Praxis begonnen werden kann.

gesetzt werden".

Derzeit steht die ÖTV in Verhandlungen mit dem Dienstherrn über ein Abkommen zur „Eingruppierung der Angestellten an Sichtgeräten". Die ÖTV fordert die Eingruppierung der Angestellten an Sichtgeräten in BAT VII/VI. Bei den Verhandlungen im Februar hatte der Dienstherr zusätzliche Eignungs- und Leistungsfähigkeitsprüfungen gefordert, um darüber dann die Angestellten leichter runtergruppieren zu können. Die Gewerkschaft hat strikt abgelehnt. Damit hat sie den Forderungen der Beschäftigten entsprochen. Im Statistischen Landesamt Berlin z.B. sollen die Räume mit EDV-Geräten mit zusätzlichen Kontrollsystemen ausgestattet werden, die neben Personaldaten- auch die Zeiterfassung ermöglichen. Die Beschäftigten haben dagegen eine Personalversammlung durchgeführt, auf der sie die Einführung dieses Systems einhellig ablehnten.

Die ÖTV-Betriebsgruppe der Freien Universität Berlin Dahlem hat am 11.9. die Forderung nach einem Tarifvertrag über die Arbeit an Bildschirmgeräten als Antrag an den Gewerkschaftstag 1980 beschlossen. Der Tarif-

Am weitesten fortgeschritten ist die Anwendung von CAD im Straßenbau,

listen versuchen werden, Nacht- und Schichtarbeit an diesen Geräten durchzusetzen.

Öffentlicher Dienst: Kampf der Beschäftigten gegen die Auswirkungen der Bildschirmarbeit

z.erm. „Mit Lichtstreifen, die wie Zauberstäbe anmuten, holen sich die Sachbearbeiter die im Speicher vorhandenen Daten des einzelnen Versicherten auf den Bildschirm ...", so beschreibt der Vorsitzende des Vorstands des Bundesverbandes der Ortskrankenkassen Rügenberg die Arbeit der Angestellten an den Bildschirmgeräten. Daß die Bildschirmgeräte neue Möglichkeiten bei der Datenverarbeitung eröffnen, hat mit Zauberei wenig zu tun. Und daß die Schriftzeichen wie Zauberstäbe anmuten, kann nur einer behaupten, der nicht bis zu 8 Stunden am Tag damit arbeiten muß.

Ca. 40000 Terminals sind nach Schätzungen der Hersteller heute im Betrieb. Gerade in den letzten Jahren haben die Kapitalisten und der öffentliche Dienstherr die hochentwickelten Geräte benutzt, um den Arbeitstag der Beschäftigten zu intensivieren, die Kontrolle über die Arbeit zu verschärfen und – um das vorgeschossene Kapital schnell wieder reinzuholen – die Schicht- und Nachtarbeit einzuführen. Auf dem letzten Gewerkschaftstag 1976 hat die ÖTV einen Antrag zur Bildschirmarbeit verabschiedet, der diesen Angriffen des Dienstherrn keine Schranken setzte. Es sollte „das bestehende Rationalisierungsschutzabkommen" – es ist noch von 1971 und enthält keinerlei Absicherungen gegen Bildschirmarbeit – „*erweitert*" werden, „in Manteltarifverhandlungen *weitgehende* Schutzvorschriften durchgesetzt werden".

Derzeit steht die ÖTV in Verhandlungen mit dem Dienstherrn über ein Abkommen zur „Eingruppierung der Angestellten an Sichtgeräten". Die ÖTV fordert die Eingruppierung der Angestellten an Sichtgeräten in BAT VII/VI. Bei den Verhandlungen im Februar hatte der Dienstherr zusätzliche Eignungs- und Leistungsfähigkeitsprüfungen gefordert, um darüber dann die Angestellten leichter runtergruppieren zu können. Die Gewerkschaft hat strikt abgelehnt. Damit hat sie den Forderungen der Beschäftigten entsprochen. Im Statistischen Landesamt Berlin z.B. sollen die Räume mit EDV-Geräten mit zusätzlichen Kontrollsystemen ausgestattet werden, die neben Personaldaten- auch die Zeiterfassung ermöglichen. Die Beschäftigten haben dagegen eine Personalversammlung durchgeführt, auf der sie die Einführung dieses Systems einhellig ablehnten.

Die ÖTV-Betriebsgruppe der Freien Universität Berlin Dahlem hat am 11.9. die Forderung nach einem Tarifvertrag über die Arbeit an Bildschirmgeräten als Antrag an den Gewerkschaftstag 1980 beschlossen. Der Tarifvertrag soll die Beschränkung der Arbeitszeit an Bildschirmgeräten auf maximal 3 Stunden am Tag, 15 Minuten Pause pro Stunde und Schaffung von Mischarbeitsgebieten beinhalten und die Kontrolle des Leistungsverhaltens verbieten.

„VW in aller Welt" – Kampf um den Weltmarkt

Wachsende Zahl von Stützpunkten und ausgebeuteten Arbeitern in der Dritten Welt

z.hej. „Stets der Konkurrenz auf den Fersen bleiben", unter diesem Schlachtruf expandiert das VW-Monopolkapital in die Länder der Dritten Welt. Bereits Anfang der 50er Jahre wird die Produktion in Südafrika und Brasilien begonnen, 1965 in Mexiko, 1974 in Nigeria (Afrika) und 1977 in den USA. VW ist der siebtgrößte internationale Automobilkonzern und will im Kampf um den Weltmarkt die Nase mit vorn haben. 8,9 Milliarden DM in den nächsten 3 Jahren sollen den profitlichen Expansionskurs fortsetzen helfen, das ist ungefähr das Doppelte, was VW in den ersten 20 Jahren von 1945 bis 65 investiert hat. 4,1 Mrd. sollen davon in Westdeutschland investiert werden. Im Ausland sind vorgesehen: Mehrheitsbeteiligungen am Chrysler Lkw-Werk Brasilien, Aufbau eines neuen Werkes in Ecuador und Ägypten, sowie eines weiteren Montagewerkes in den USA.

Nach der Krise 66/67 verschärft VW die Expansion in den Ländern der Dritten Welt. Schmücker setzt auf den Extraprofit durch Ausbeutung der Arbeiter zu Hungerlöhnen. Seit 1968 ist in Brasilien, der größten ausländischen Fabrik, die Anzahl der ausgebeuteten Arbeiter von 19953 auf heute 41398 verdoppelt worden. In Südafrika von 2925 auf 5369 und in Mexiko von 2313 auf 10186 sogar verfünffacht. Von 1977 bis 1978 ist die Zahl der Arbeiter im Ausland um 10000 auf 68256 gestiegen.

Das Geheimnis der Werke in der Dritten Welt versteckt sich hinter folgenden Zahlen, die die Lohn„kosten" pro Beschäftigten für 1974 angeben: Südafrika 11411 DM, Brasilien 12775 DM, Mexiko 11960 DM und die VW AG in der BRD mit 34969 DM. Niedrige Lohnkosten wie in Südafrika, ein Niveau, auf das die Kapitalisten am liebsten die Automobilarbeiter weltweit gedrückt hätten. Der Springquell ihrer Profite wird deutlich. In einer Hochglanzpropagandabroschüre zu Südafrika läßt VW fragen: „Sind die Löhne für schwarze Arbeiter – etwa bei Volkswagen of South Africa – skandalös niedrig oder sind sie ganz ordentlich?" Antwort: „Verglichen mit den Löhnen in Wolfsburg sind sie niedrig, ja nur ein Bruchteil; verglichen mit den Löhnen in Südafrika sind sie überdurchschnittlich; verglichen mit den Löhnen in vielen schwarzafrikanischen Staaten sind sie erstrebenswert, so daß es eine beträchtliche, zum Teil illegale Zuwanderung von Arbeitskräften aus diesen Ländern in die Republik Südafrika gibt." Durch die dauernden Lohnraubabschlüsse in Westdeutschland ist der Reallohn gesenkt worden. In Südafrika unterdrückt das Kolonialregime die Kämpfe der Arbeiter und in Brasilien hat VW das Militär gegen den Streik im März geholt und hat 11

2925 auf 5369 und in Mexiko von 2313 auf 10186 sogar verfünffacht. Von 1977 bis 1978 ist die Zahl der Arbeiter im Ausland um 10000 auf 68256 gestiegen.

Das Geheimnis der Werke in der Dritten Welt versteckt sich hinter folgenden Zahlen, die die Lohn„kosten" pro Beschäftigten für 1974 angeben: Südafrika 11411 DM, Brasilien 12775 DM, Mexiko 11960 DM und die VW AG in der BRD mit 34969 DM. Niedrige Lohnkosten wie in Südafrika, ein Niveau, auf das die Kapitalisten am liebsten die Automobilarbeiter weltweit gedrückt hätten. Der Springquell ihrer Profite wird deutlich. In einer Hochglanzpropagandabroschüre zu Südafrika läßt VW fragen: „Sind die Löhne für schwarze Arbeiter – etwa bei Volkswagen of South Africa – skandalös niedrig oder sind sie ganz ordentlich?" Antwort: „Verglichen mit den Löhnen in Wolfsburg sind sie niedrig, ja nur ein Bruchteil; verglichen mit den Löhnen in Südafrika sind sie überdurchschnittlich; verglichen mit den Löhnen in vielen schwarzafrikanischen Staaten sind sie erstrebenswert, so daß es eine beträchtliche, zum Teil illegale Zuwanderung von Arbeitskräften aus diesen Ländern in die Republik Südafrika gibt." Durch die dauernden Lohnraubabschlüsse in Westdeutschland ist der Reallohn gesenkt worden. In Südafrika unterdrückt das Kolonialregime die Kämpfe der Arbeiter und in Brasilien hat VW das Militär gegen den Streik im März geholt und hat 11
Streikführer verhaften lassen.

1977 betrug in der Automobilindustrie Südafrikas der monatliche Durchschnittslohn für schwarze Arbeiter 409,64 DM (entspricht etwa der Stufe 3 im Schaubild). Als Existenzminimum gelten für 1978 428,70 DM. Hauptsächlich beutet VW die scharzen Arbeiter aus, denn das Lohn„gefälle" für die verschiedenen Nationalitäten ist erheblich. So beträgt der Durchschnittslohn im Monat für 1977 1622 DM für „Weiße", 527 DM für „Mischlinge", 704 DM für „Asiaten". In Brasilien ist der durchschnittliche Arbeiterlohn 1979 ca. 880 DM nach der erkämpften Lohnerhöhung von 63%. Der staatlich festgelegte Mindestlohn beträgt 180 DM und entspricht etwa ¼ des Existenzminimums. Gegenseitige Unterstützung in den Lohnkämpfen ist für alle Löhne der VW-Arbeiter richtig.

VW Südafrika: Monatslohn der schwarzen Arbeiter 1974 in DM

Einstufung	Zahl der Arbeiter	Minimum-lohn	Durchsch. lohn	Höchst-lohn
Stufe 1	361	262,26	314,72	439,30
Stufe 2	853	295,05	314,72	465,53
Stufe 3	609	327,84	354,06	523,54
Stufe 4	479	360,62	386,85	622,89
Stufe 5	163	406,52	439,30	622,89
Stufe 6	95	458,97	485,20	629,44
Stufe 7	12	524,54	557,32	636,00
Stufe 8	3	590,10	603,22	636,00

Quelle: VW in Südafrika, VW AG, 1975, Bruttomonatslohn, umgerechnet nach Devisenkurs für 1974



Im März streiken 200000 Metallarbeiter in Sao Paulo, vor allem in der Automobilindustrie, zwei Wochen für 78% mehr Lohn. – Streik bei VW do Brasil



Motorenmontage für Transporter bei VW of South Africa. Mit der Lkw-Produktion soll ein neuer Markt erobert werden.



Im März streiken 200000 Metallarbeiter in Sao Paulo, vor allem in der Automobilindustrie, zwei Wochen für 78% mehr Lohn. – Streik bei VW do Brasil



Motorenmontage für Transporter bei VW of South Africa. Mit der Lkw-Produktion soll ein neuer Markt erobert werden.



VW in Puebla, Mexiko. 1978 ist das 2-Schicht-System eingeführt worden. Von 94609 Fahrzeugen sind ca. 60% für den Export bestimmt.

---

um die Umstellung der Inflationszuschläge auf den neuen Tarif anzurechnen und für 1979 keine Tariflohnerhöhung zu zahlen.

z.ulg.Rom. **Die Lohnabhängigen des Vatikan haben ein „Komitee" zur Vertretung ihrer gewerkschaftlichen Interessen gegründet und Lohnerhöhung gefordert.** Von den insgesamt 3000 Beschäftigten der Kirchenzentrale sind 1700 Zivilisten. Die Löhne sind – abgesehen von halbjährlichen Inflationszuschlägen – seit 1969 nicht erhöht worden, gegenwärtig liegen sie zwischen umgerechnet 860 und 1270 DM. Die Lohnabhängigen haben sich organisiert, nachdem die päpstliche Vermögensverwaltung kürzlich die Mieten der vatikaneigenen Wohnungen, in denen die meisten wohnen, erhöht hatte. Nach einer 1969 erlassenen päpstlichen Verfügung dürfen die Beschäftigten nur Organisationen beitreten, die mit der Doktrin der römisch-katholischen Kirche übereinstimmen. Gewerkschaften gehören nicht dazu. Wo die katholische Soziallehre unbeschränkt herrscht, sind die Lohnabhängigen rechtlos.

z.rül. **Etwa 200000 Lohnabhängige im öffentlichen Dienst Indiens führten am 14. 9. einen Warnstreik für die Erhöhung der Teuerungszuschläge und die Aufhebung der in einigen Bereichen verhängten Lohnstopps durch.** Seit Juni hat die Regierung mehrfach Streiks und Kampfaktionen der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst verboten und – bei einer Inflationsrate von 20% – die Teuerungszuschläge eingefroren. Der Streik, mit dem die Arbeiter und Angestellten den öffentlichen Dienst in Bombay, Madras, Kalkutta, Bangalore und im Bundesstaat Bihar lahmlegten, war die zweite große Aktion dagegen und Ausdruck der wachsenden Einheit von Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst gegen die ständigen Lohnsenkungen. Bereits am 11. August hatten in Neu-Dehli 500000 Lohnabhängige für eine Erhöhung der Mindestlöhne von ungelernten Arbeitern und Facharbeitern gestreikt, darunter Tausende von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, deren Mindestlöhne 220 Rupien für ungelernte Arbeiter und 310 Rupien (ca. 78 DM im Monat) für Facharbeiter betragen.

z.cht.Sydney. **Neuseeland: Generalstreik für Tarifautonomie.** Am 20.9. riefen die Gewerkschaften Neuseelands zum Generalstreik auf, der für 24 Stunden die gesamte Produktion, den Verkehr und öffentlichen Dienst lahm-



legte. Sie protestierten dagegen, daß die Regierung in Anwendung eines neuen Gesetzes einen von der Fahrergewerkschaft erkämpften Lohabschluß von 11% auf 9,5% gesenkt hatte. Um die Lohnraubpolitik gegenüber der Arbeiterklasse durchsetzen zu können, hatte die Regierung im August ein Gesetz verabschiedet, nach dem sie Löhne und Arbeitsbedingungen per Verordnung festsetzt und in Lohnverhandlungen eingreifen kann. Der Gewerkschaftsverband FOL kündigte daraufhin das bestehende System, Löhne in Arbeitsschiedskommissionen festzusetzen, auf. Er stellte fest: „Wir werden in Zukunft nur noch mit den Arbeitgebern direkt verhandeln", und beschloß, zum Generalstreik aufzurufen, wenn das Gesetz angewendet wird.

z.rua. **Die Gewerkschaft der Minenarbeiter Boliviens FSTMB fordert die Erhöhung der Löhne von 75 Pesos (3,75 $) auf 136 Pesos pro Tag.** Erst im Dezember 1978 konnten die Minenarbeiter nach langen Tarifauseinandersetzungen mit der staatlichen Gesellschaft COMIBOL den seit 1971 verhängten Lohnstopp brechen und eine Lohnerhöhung von 35% durchsetzen. Einen Ausgleich für die jahrelangen Lohneinbußen haben sie nicht erzielt. Seit 1971 sind die Preise für Nahrungsmittel um 310% gestiegen, die Steuern haben sich verdreifacht. Mitte September sind die Arbeiter der staatlichen Zinn-Minen in den Streik getreten. Nach zwei Tagen mußte die Regierung ihren Forderungen nach Preiskontrolle bei Grundnahrungsmitteln und Änderung des Steuersystems zustimmen und die Ausarbeitung entsprechender Pläne zusichern. – Zinn ist das Hauptexportprodukt Boliviens und macht ⅓ aller Einnahmen aus. Um die Produktion zu steigern, haben die Kapitalisten ein Bonus-System durchgesetzt, mit dem sie Lohnerhöhungen von der Erhöhung der individuellen Arbeitsleistung abhängig machen. Die FSTMB fordert die Aufhebung dieses Systems, auf dessen Konto eine hohe Unfallrate geht, die täglich zwei Todesopfer in den Minen fordert.

z.pel.Paris. **Die übergroße Masse der zwischen 5000 und 6000 Bauarbeiter in der französischen Kolonie Martinique will nicht weiter für einen Hungerlohn von 10,60 F (1 F = 42 Pfg.) schuften.** Seit dem 21. September stehen sie im Streik für eine Lohnerhöhung von 15%. Alle größeren Baustellen sind durch Streikposten gesichert. Der Lohn von 10,60 F entspricht dem in den Kolonien gezahlten Mindestlohn. Er liegt etwa 20% unter dem Mindestlohn in Frankreich, ein Bau*fach*arbeiter auf Martinique erhält knapp über 13 F. Die Kapitalisten beschäftigen zu 80% unqualifizierte Arbeitskraft, die sie manchmal nur für Tage aus der Arbeitslosenarmee von 20% der Erwerbsbevölkerung anwerben. Oft sind es kleine Bauern, die sich nebenher auf dem Bau verdingen müssen. Arbeitszeiten bis 22 Uhr sind im Sommer die Regel. Nach 1974 ist dies der zweite große Streik der Bauarbeiter. Damals war ihr Lohnkampf Ausgangspunkt von Lohnstreiks in allen Industriezweigen.

Neue Ausbildungsordnung zum Verwaltungsfachangestellten

z.erm. Mit der am 1. August in Kraft getretenen ,,Verordnung über die Berufsausbildung zum Verwaltungsfachangestellten" hat das Bundesministerium des Innern die Ausbildung von unteren Angestellten der Verwaltung bundeseinheitlich festgelegt – ,,um den Anforderungen einer modernen Verwaltung zu entsprechen", wie das Ministerium vermerkt. Gleichzeitig sind auf Grundlage der alten Ausbildungsordnung von 1969, die die Ausbildung noch den Länderregierungen mit einigem Spielraum überließ, die Inhalte der Ausbildung streng vorgeschrieben.

Wesentliche Änderung: die Berufsausbildung zum Verwaltungs*fach*angestellten löst die zum ,,einfachen" Verwaltungsangestellten ab; das 3. Lehrjahr ist jetzt in 5 ,,Fachrichtungen", wie z.B. ,,allgemeine innere Verwaltung des Bundes" oder ,,allgemeine innere Verwaltung der Länder", zur ,,Auswahl" eingeschränkt. In der alten Ausbildungsordnung war für das 3. Lehrjahr noch eine allgemeine Ausbildung in den Unterdrückungstätigkeiten des bürgerlichen Staatsapparats vorgesehen.

Entsprechend dem ,,Ausbildungsberufsbild" mit 65 Untergebieten und einem Ausbildungsrahmenplan mit 146 Unterpunkten müssen die Lehrlinge in der Verwaltung im 1. Lehrjahr u.a. neben ,,Zweck und Aufgaben der öffentlichen Verwaltung" auch lernen, ,,die Arbeits- und Organisationsmaterialien kosten- und zeitsparend einzusetzen", im 3. Lehrjahr dann ,,die Laufbahngruppen der Beamten" und die ,,Pflichten und Rechte von Beamten, Arbeitern und Angestellten erläutern und unterscheiden" lernen, um dann schließlich im 5. und 6. Ausbildungsjahr die ,,Vollstreckung eines Verwaltungsaktes zur Erzwingung von Handlungen, Duldungen oder Unterlassungen vorbereiten" zu können. Allein im 3. Lehrjahr wird das Einpauken von 86 ,,Kenntnissen und Fertigkeiten" verlangt – ein Programm, das schon vom Umfang her jede Kritik unterbinden soll.

Um ein solches Programm gegen die Lehrlinge durchsetzen zu können, ist auch die Prüfungsordnung verschärft worden. Während nach der Prüfungsordnung von Hessen von 1959 die Prüfung mit drei ,,5en" noch als bestanden gelten konnte, reichen jetzt zwei ,,5en" oder auch nur eine ,,6", um den Prüfling durchfallen zu lassen. Berichtshefte und deren Kontrolle, in der alten Ausbildungsordnung nicht verbindlich vorgeschrieben, sind jetzt Pflicht. Außerdem sollen ,,regelmäßige Unterweisungen" dem Lehrling ,,Einsichten in Sinn, Zweck und Bedeutung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften ... vermitteln".

Die ÖTV-Kreisjugendkonferenz für die Kreise Steinburg und Pinneberg hat am 25.8. u.a. mit der Forderung nach Übernahmepflicht aller Auszubildenden in unbefristete Arbeitsverhältnisse die Grundlagen, auf denen die Bourgeoisie diese Verschärfungen durchsetzen will, richtig angegriffen.

Neuordnung der Chemieberufe: Seit 1.8. Pharmakant staatlich anerkannt

z.rik. Zum 1. August hat das Bundesinstitut für Berufsbildung die Ausbildung zum Pharmakanten staatlich anerkannt. Die Ausbildung dauert drei Jahre. Der Pharmakant soll Arzneimittel herstellen und verpacken.

,,Experten beim Arbeitsring Chemie sind dabei, die Inhalte für die betriebliche Ausbildung zu den Berufen Chemielaborant, Biologielaborant, Chemiekant (Chemiefacharbeiter) und Chemiewerker (Arbeitstitel eines produktionsbezogenen Berufs mit zweijähriger Ausbildungsdauer) neu zu erstellen." (Informationsbrief, Arbeitsring, 9/79). Geplant ist die Einführung eines für die meisten Ausbildungsgänge in der Chemieindustrie gemeinsamen Grundjahres, dem sich eine erste Prüfung anschließen soll.

Sind die Chemiekapitalisten, die neben der Ausbildung in Chemieberufe fast die Hälfte der Lehrlinge in kaufmännische und Metall- und Elektroberufe gesteckt haben, den Metallkapitalisten bei der Einführung der Stufenausbildung hinterher, so haben sie diese bei der Ersetzung von gelernter Arbeitskraft durch un- und angelernte weit überholt. 1976 waren gerade 52,5% der Chemiearbeiter und Kunststoffverarbeiter in diesen Berufen ausgebildet. Dagegen betrug der Anteil der ausgebildeten Facharbeiter unter den Elektrikern in der Industrie 73% und unter den Schlossern und Mechanikern 76,9%. Durch die Neuordnung der Berufsausbildung wollen die Chemiekapitalisten ein zusätzliches Mittel zur Senkung der Facharbeiterlöhne entwickeln.

In der Chemie in Ausbildung	Dauer	1974	1975	1976	1977	1978
Biologielaborant	3½	837	897	923	1004	1109
Chemielaborant	3½	6434	6638	6643	6855	6741
Lacklaborant	3½	294	280	266	257	279
Chemiebetriebsjungwerker	2	51	80	144	145	173
Chemiefacharbeiter	3	1124	1356	1705	2311	2870
Chemielaborjungwerker	2	1393	1477	1333	1260	1165

der Verwaltung im 1. Lehrjahr u.a. neben ,,Zweck und Aufgaben der öffentlichen Verwaltung" auch lernen, ,,die Arbeits- und Organisationsmaterialien kosten- und zeitsparend einzusetzen", Übernahmepflicht aller Auszubildenden in unbefristete Arbeitsverhältnisse die Grundlagen, auf denen die Bourgeoisie diese Verschärfungen durchsetzen will, richtig angegriffen.

Neuordnung der Chemieberufe: Seit 1.8. Pharmakant staatlich anerkannt

z.rik. Zum 1. August hat das Bundesinstitut für Berufsbildung die Ausbildung zum Pharmakanten staatlich anerkannt. Die Ausbildung dauert drei Jahre. Der Pharmakant soll Arzneimittel herstellen und verpacken.

,,Experten beim Arbeitsring Chemie sind dabei, die Inhalte für die betriebliche Ausbildung zu den Berufen Chemielaborant, Biologielaborant, Chemiekant (Chemiefacharbeiter) und Chemiewerker (Arbeitstitel eines produktionsbezogenen Berufs mit zweijähriger Ausbildungsdauer) neu zu erstellen." (Informationsbrief, Arbeitsring, 9/79). Geplant ist die Einführung eines für die meisten Ausbildungsgänge in der Chemieindustrie gemeinsamen Grundjahres, dem sich eine erste Prüfung anschließen soll.

Sind die Chemiekapitalisten, die neben der Ausbildung in Chemieberufe fast die Hälfte der Lehrlinge in kaufmännische und Metall- und Elektroberufe gesteckt haben, den Metallkapitalisten bei der Einführung der Stufenausbildung hinterher, so haben sie diese bei der Ersetzung von gelernter Arbeitskraft durch un- und angelernte weit überholt. 1976 waren gerade 52,5% der Chemiearbeiter und Kunststoffverarbeiter in diesen Berufen ausgebildet. Dagegen betrug der Anteil der ausgebildeten Facharbeiter unter den Elektrikern in der Industrie 73% und unter den Schlossern und Mechanikern 76,9%. Durch die Neuordnung der Berufsausbildung wollen die Chemiekapitalisten ein zusätzliches Mittel zur Senkung der Facharbeiterlöhne entwickeln.

In der Chemie in Ausbildung	Dauer	1974	1975	1976	1977	1978
Biologielaborant	3½	837	897	923	1004	1109
Chemielaborant	3½	6434	6638	6643	6855	6741
Lacklaborant	3½	294	280	266	257	279
Chemiebetriebsjungwerker	2	51	80	144	145	173
Chemiefacharbeiter	3	1124	1356	1705	2311	2870
Chemielaborjungwerker	2	1393	1477	1333	1260	1165
Kunststoffschlosser	3	295	355	330	319	298
Kunststofformgeber	3			191	620	1100
u.a.; insgesamt		10487	11145	11607	12847	14986

BGJ und BVJ: Grundlagen für neue Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne

z.rev. Bundesministerium für Wirtschaft (BMW) und Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW) doktern seit 3 Jahren an einem Verfahren herum, wie die Versuchsreihen Berufsgrundschuljahr (BGJ) und Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) in neue Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne gekleidet werden können. Einige Beispiele der Versuchsreihe BGJ und BVJ: Aus dem letzten BVJ der Bergbau AG Niederrhein der Ruhrkohle AG werden von 330 Teilnehmern nur 283 übernommen, 129 als Jungbergmann und 130 als Berg- und Maschinenmann. Nur 24 bekamen einen Ausbildungsplatz als Bergmechaniker oder Betriebsschlosser. 90%, die von der Bergbau AG übernommen werden, sind somit als Hilfsarbeiter ausgesiebt worden. 1974 wurden auf Initiative des Wirtschaftsministeriums in Hessen Versuchsklassen des BGJ-Holz eingeführt. 1979 erläßt der Regierungspräsident am 10.5. das 10. Schuljahr als Pflichtschuljahr in einer Vollzeitschule, wozu auch das BGJ zählt. Nach einem Jahr wird eine Prüfung abgenommen, wonach entschieden wird, ob ein Jugendlicher für eine Tischlerlehre geeignet ist oder als Hilfsarbeiter, als Holzmechaniker, der Holzindustrie zur Verfügung gestellt wird.

Die Versuchsreihe BGJ und BVJ soweit abgeschlossen, haben sich BMBW und BMW ein kompliziertes Verfahren zur ,,Erarbeitung neuer Ausbildungsordnungen und Rahmenlehrpläne" für die gesamte Bundesebene ausgedacht.

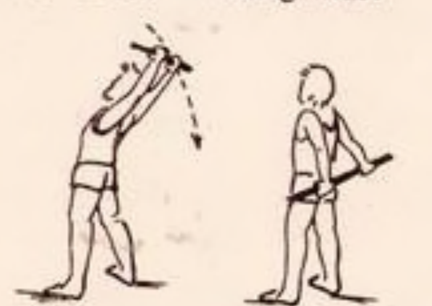
Der Grundstein dafür wurde 1976 mit dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz gelegt. Das danach eingerichtete Bundesinstitut für Berufsausbildung wertet die Berufsvorbereitungsjahre aus und verhandelt mit dem Wirtschaftsministerium über neue Ausbildungsordnungen. Die Kultusministerkonferenz der Länder legt die Seite der Rahmenlehrpläne für die Berufsschulen fest. – Festlegungen entstehen im Vorverfahren: ,,Berufsbezeichnung, Ausbildungsdauer, Struktur und Aufbau des Ausbildungsganges und Berufsbeschreibung" (Information Bildung und Wissenschaft 9/79, S.176).

Nach Wiederkäuaktionen der gleichen Parteien erläßt der entsprechende Fachminister eine neue Ausbildungsordnung. Nur werden die Ministerien große Schwierigkeiten bei der Durchsetzung neuer Ausbildungsordnungen haben. Schon jetzt sind die Berufsvorbereitungsjahre sehr schlecht belegt. Auch besteht die Forderung in der Gewerkschaft nach Abschaffung der Stufenausbildung.

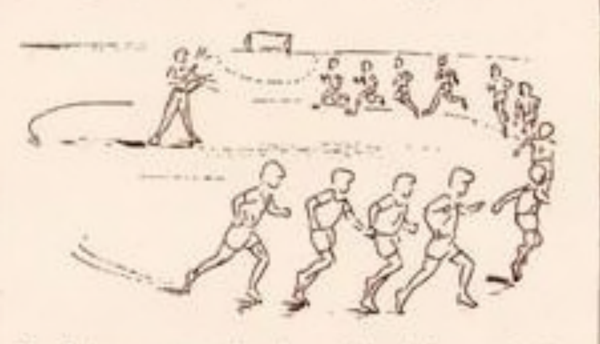
Die Werte der Sportethik

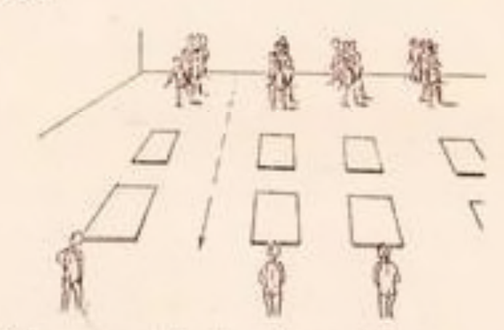

Quergrätschfähigkeit. Bis 10 cm – sehr gut, über 40 cm – mangelhaft


Beugefähigkeit vorwärts. 0 cm – sehr gut, über 15 cm – mangelhaft


Schulterbeweglichkeit. Bis 10 cm – sehr gut, über 30 cm – mangelhaft


Armstreck-Kraft. 10 sek. und mehr – sehr gut, bis 4 sek. – mangelhaft


Erziehungsmethoden: Begleiten, Mitmachen


Erziehungsmethoden: Auswählen, entwickeln, ermuntern, loben, tadeln.

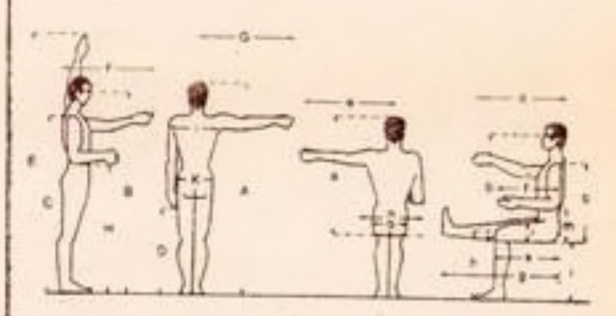
z.gug. Zu den Werten der Sportethik, so lehrt das ,,Standardwerk des Lehrers – Sport", zählen Ausdauer und Beharrlichkeit, Achtung vor dem Gegner, Fairneß, Partnerschaft und Ehrfurcht vor dem Leib, Freude am Wagnis, Mut und Kraft. Auf die Vermittlung dieser ,,Werte" an die Schuljugend legen die Bourgeois schweres Gewicht: ,,Besonders wichtig nehmen wir ... den Schulsport, weil es hier um die gesundheitliche und um die persönliche Entwicklung der jungen Menschen geht", so Schmidt in seiner Regierungsantrittsrede 1976, oder Innenminister Baum auf der gleichen Linie im Sportbericht der Bundesregierung 1978: ,,Über den Bewegungsausgleich und den positiven Beitrag zur gesundheitlichen Entwicklung des jungen Menschen hinaus dient der Schulsport insbesondere auch der Entwicklung der Persönlichkeit." Zur Entwicklung der Persönlichkeit des Kindes fordern die Hamburger Schulbehörden in ihren Rahmenrichtlinien, Fach Sport: ,,... die körperliche Entwicklung, die Freude an Leistung und das Bedürfnis und die Einsicht in die Notwendigkeit körperlicher Betätigung über die Schulzeit hinaus", und im ,,Standardwerk des Lehrers": ,,Transfereffekte der im Sport erworbenen Persönlichkeitseigenschaften und Verhaltensweisen auf andere Gebiete (sind) durchaus möglich; dann nämlich, wenn der Sportler die Ähnlichkeit mancher Verhaltens- und Handlungsformen im Sport und in der Welt der Familie, der Schule oder des Berufslebens erkennt und ihm dadurch bewußt wird, daß die Struktur der Leistung auf allen Gebieten des Lebens ähnlich ist. Er muß wissen, daß die beim Spiel geübte Fairneß auch in der Wirtschaft bedeutungsvoll sein kann und daß die Bereitschaft zum Engagement sowohl im Sport als auch in der Kirche und im Staatsleben von gleicher Struktur ist."

Feine Ethik der Ausbeuterklasse, die die Kinder der Massen früh auf Leistung trimmt und mißt. Und erinnert nicht die ,,Ehrfurcht vor dem Leib", die ,,Achtung des Gegners", ,,Fairneß und Partnerschaft" penetrant an sozialdemokratisch geforderte Mitbestimmung und Gewaltlosigkeit gegenüber der Ausbeuterklasse? Wie das im Sport gelehrt wird, ohne das Kind beim Namen zu nennen? Relativ einfach, aber subtil. Das ,,Standardwerk" gibt dem Lehrer zwei wesentliche Ziele an. In der ,,Dimension der Fähigkeiten und Fertigkeiten" soll der Lehrer zu den verschiedensten Formen der Bewegung erziehen, genaue medizinische Anweisungen über Belastbarkeit nach Altersstufen bekommt er dazu gratis, und Anschauungen reichlich, wie hier dokumentiert ist. In der ,,geistig-seelischen Dimension" erfüllt er seine Aufgabe bei Sport und vor allem beim Spiel, ,,wenn der Lehrer ... das Eigenmachtgefühl dämpft, die affektive Anpassungsfähigkeit steigert, die Anstrengungsbereitschaft erhöht, den Egoismus abbaut, das Unabhängigkeitsstreben mildert."

Das *Ausdauertraining* erhöhe die Willenskraft und Beharrlichkeit, geübt im Langlauf, Rudern, Radfahren. Diese Sportarten seien anzuwenden zur Vergrößerung der Dauerleistungsfähigkeit, die in allen Altersstufen trainierbar sei. Das *Gelenkigkeitstraining* vermittels der Gymnastik erweitere die Schwingweite der Gelenke, und das *Koordinationstraining* stähle das Nervensystem beim Spiel und kombinierten Übungen, u.ä.m.

Die Ergebnisse solchen Sportunterrichts läßt der Innenminister zur Zeit erforschen mit einem Sonderforschungsprogramm zur ,,Sportlichen Leistungsentwicklung und Leistungsmotivation im Kindesalter", und zusammen mit dem Bildungsminister, der ,,dem Sport im Grundschulalter einen neuen Stellenwert geben will", knobelt er an Verbesserungen. Der Hamburger Lehrplan: ,,Die Bewegung der Kinder wird dynamischer und zielgerichteter. Damit wird der Weg geöffnet in die gebundene Bewegungsaufgabe." Die ,,gebundenen Bewegungsaufgaben" des Sportunterrichts ähneln verblüffend den Arbeitsprozeßuntersuchungen der Kapitalisten.


Erziehungsmethoden: Anregen, fordern, programmieren, ermuntern.


REFA – Methodenlehre des Arbeitsstudiums. Die Reichweiten-Maße

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hannover, Hindenburgstr. 15, Tel. 0511/81 40 45
Kommunistischer Studentenbund Ostwestfalen
Hochschule Bielefeld
17. September 1979
38d3c0100p

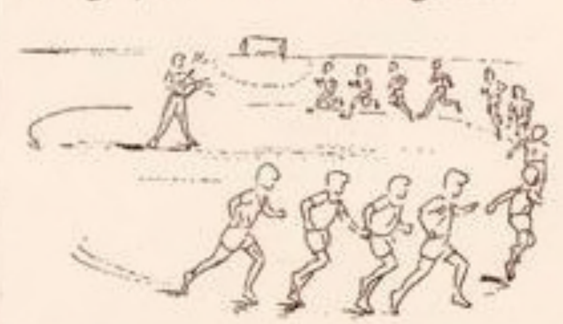
Scheinvergabekriterien verschärfen sich

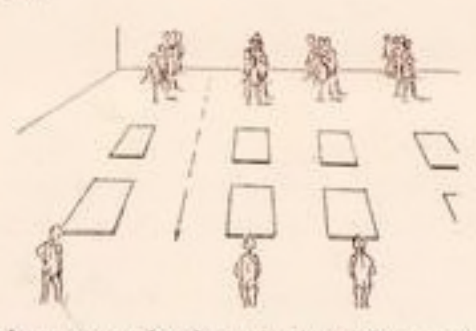
Armstreck-Kraft. 10 sek. und mehr – sehr gut, bis 4 sek. – mangelhaft

lich; dann nämlich, wenn der Sportler die Ähnlichkeit mancher Verhaltens- und Handlungsformen im Sport und in der Welt der Familie, der Schule oder des Berufslebens erkennt und ihm dadurch bewußt wird, daß die Struktur der Leistung auf allen Gebieten des Lebens ähnlich ist. Er muß wissen, daß die beim Spiel geübte Fairneß auch in der Wirtschaft bedeutungsvoll sein kann und daß die Bereitschaft zum Engagement sowohl im Sport als auch in der Kirche und im Staatsleben von gleicher Struktur ist."

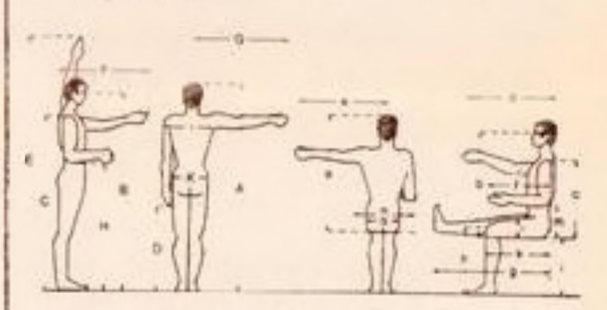
Feine Ethik der Ausbeuterklasse, die die Kinder der Massen früh auf Leistung trimmt und mißt. Und erinnert

richts läßt der Innenminister zur Zeit erforschen mit einem Sonderforschungsprogramm zur ,,Sportlichen Leistungsentwicklung und Leistungsmotivation im Kindesalter", und zusammen mit dem Bildungsminister, der ,,dem Sport im Grundschulalter einen neuen Stellenwert geben will", knobelt er an Verbesserungen. Der Hamburger Lehrplan: ,,Die Bewegung der Kinder wird dynamischer und zielgerichteter. Damit wird der Weg geöffnet in die gebundene Bewegungsaufgabe." Die ,,gebundenen Bewegungsaufgaben" des Sportunterrichts ähneln verblüffend den Arbeitsprozeßuntersuchungen der Kapitalisten.


Erziehungsmethoden: Begleiten, Mitmachen


Erziehungsmethoden: Auswählen, entwickeln, ermuntern, loben, tadeln.


Erziehungsmethoden: Anregen, fordern, programmieren, ermuntern.


REFA – Methodenlehre des Arbeitsstudiums. Die Reichweiten-Maße

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Geschäftsstelle Hannover, Hindenburgstr. 15, Tel. 0511/81 40 45
Kommunistischer Studentenbund Ostwestfalen
Hochschule Bielefeld
17. September 1979
38d3c0100p

Scheinvergabekriterien verschärfen sich

Nachholklausur Allgemeine Chemie: Bedingungen noch unklar

Fünfzig Prozent der Studenten, die am Ende des letzten Sommersemesters die Klausur Allgemeine Chemie mitgeschrieben haben, sind durchgefallen. Ziemlich geschickt haben die Professoren die Klausur so gelegt, daß die Bekanntgabe der Ergebnisse am letzten Vorlesungstag lag, so daß kein Treffen der Studenten mehr möglich war, wo man die Lage und das weitere Vorgehen hätte besprechen können. Daß den Studenten nichts Gutes mit einer solchen Klausur passieren konnte, war schon zuvor ziemlich klar, weshalb über 30 Chemiestudenten an Prof. Pohl, den für die Allgemeine Chemie (ACL) zuständigen, einen Brief zwei Wochen vor dem Klausurtermin geschrieben haben.

In dem Brief forderten die Studenten klare Stoffeingrenzungen, denn bis dahin galt, daß der gesamte Vorlesungsstoff des Semesters als auch der Stoff aus dem Praktikum ALC vorkommen sollte. Ebenso wiesen sie darauf hin, daß die Scheinausgabe unabhängig vom Bestehen oder Nichtbestehen der Klausur sein sollte, denn für den Schein Allgemeine Chemie müssen die Studenten erledigen: zwei Praktika, 14 richtige quantitative Analysen, 11 testierte Übungszettel (Rechenaufgaben zur Vorlesung des 1. Semesters), sechs mündliche Prüfungen (Kolloquien) und ca. 30 Protokolle.

Auf Grund des Briefes wurde zugesagt, Nomenklaturfragen aus der Klausur herauszulassen. (Nomenklatur = systematische Vorschrift zur Benennung von Verbindungen) Daß das zu gering als einzige Stoffeingrenzung war, stellte sich erst bei der Klausur heraus. Andere Zusagen, die den Studenten gemacht worden sind, wurden dann in der Klausur nicht eingehalten. Vor der Klausur wurde als zulässiges Hilfsmittel ein Periodensystem der Elemente gestattet. In der Klausur wurde der Gebrauch verboten. Einige haben das Periodensystem daraufhin weggesteckt, andere nicht. Dabei darf man nicht sagen, daß die Studenten, die es weggepackt haben, selber schuld sind, denn manche sind allein schon durch die äußeren Bedingungen, unter denen man schreiben mußte, nervös gemacht worden. Sechs Assistenten und ein Prof. führten bei 65 Studenten Aufsicht. Geschrieben wurde in (Raum) H4. Die Studenten wurden auseinandergesetzt, je eine Reihe vor und hinter einem leer und nach links und rechts mindestens zwei Plätze frei.

Der Zeitpunkt der Klausur lag bei 14.00 bis 16.00 Uhr, was bei den Studenten auf Protest gestoßen ist, weil hier ein Tagesleistungstief liegt. Die Studenten haben sich auf diesen Termin eingelassen, weil sie die Zusage bekommen haben, daß sie, falls sie bis 16.00 Uhr noch nicht fertig sind, noch länger schreiben könnten, was bei einem Vormittagstermin angeblich aus Raumbelegungsgründen nicht gehen sollte. Bei der Klausur mußte pünktlich um 16.00 abgegeben werden. Übel war es ebenfalls, daß drei Tage vor der Klausur festgelegt wurde, daß 50% richtig sein muß und 40%, was die Durchfallgrenze vorher sein sollte, nicht zum Bestehen reicht. Weiterhin schlecht ist, daß die Klausur nicht zurückgegeben worden ist. Man kann sie nur einsehen. Das verhindert eine tatsächliche Auseinandersetzung mit den Fehlern, die man gemacht hat, aber darauf kommt es ja auch nicht an.

Die Lage ist jetzt die, daß die Studenten, die durchgefallen sind, am 1. Oktober eine Nachholklausur schreiben sollen. Die Bedingungen für diese Klausur sind unklar. Vor einigen Jahren war es so, daß man alle Hilfsmittel benutzen konnte, die man wollte, also auch Bücher etc. Würde man nur solche Bedingungen wieder herstellen, wäre schon einiges erreicht. Am wichtigsten ist jedoch die Durchsetzung einer tatsächlichen Stoffeingrenzung. Versucht man die Stoffmenge jetzt in Seitenzahlen auszudrücken, so kommt man auf 300 bis 600 Seiten (ca.). Reduziert man das auf die Hälfte, so kann man sich noch auf eine Klausur einlassen. Man kommt dann bei einer Klausur heraus, die im letzten Jahr geschrieben worden ist, die inhaltlich ,,nur" über den Vorlesungsstoff testete. Notwendig, das durchzusetzen, ist es allemal – das vorzubereiten, dazu wäre ein Treffen der Studenten nützlich, die die Klausur schreiben sollen.

Studienbeginn mit 28 Semesterwochenstunden

Unter dieser Überschrift meldet der KSB Ostwestfalen:

Für die ersten fünf Studienjahre an der Bielefelder Jura-Fakultät haben das Studium und die Praxisausbildung längst begonnen. Die Studenten der Studienphase I der Schwerpunktausbildung ,,Wirtschaft und Arbeit" müssen bis Mitte Oktober bis zu 28 Semesterwochenstunden wahrnehmen. Zwar ist die Pflichtstundenzahl gering, jedoch wurden sämtliche Wahlfächer, von denen 60 bis 80 Stunden obligatorisch sind, in die zweite Studienphasenhälfte gelegt.

Geschichtliches zum Rekruteneinzug

z.hev. Erstens gab es in der Geschichte nicht immer Rekruten und zweitens war es auch nicht immer so widerwärtig, Rekrut zu sein.

Die in Sippen und Stämmen organisierten germanischen Bauern wurden nicht gezogen zum Kriegsdienst. Sie versammelten sich bewaffnet und wählten ihre Heerführer. Aber schon Karl der Große beseitigte die letzten Reste dieser einigermaßen demokratischen Sitten und Gebräuche. Das Gemeineigentum der germanischen Bauern war zum großen Teil bereits in den Besitz großer Lehnsherrn verwandelt, der Bauer zum Leibeigenen geworden. Im 12. Jahrhundert dann besiegelten zahlreiche königliche Gesetze die völlige Entwaffnung der Bauern und das Waffenmonopol feudaler Fürsten. Diese Stauferzeit gilt heute als Blüte des Feudalismus in Deutschland.

Erst die Bürger der großen Städte mit ihrer fortgeschrittenen Produktionsweise räumten mit der feudalen Ausbeuteridylle gründlich auf. Ein erster Lichtblick waren die Niederlagen der staufischen Ritterheere in ihren Eroberungskriegen in Italien gegen das zunftmäßige disziplinierte Fußvolk der oberitalienischen Städte. Die feudalen Eroberer wurden nicht mit ihnen fertig, erstmals kauften sie Söldner, um die Oberhand zu behalten, meist heruntergekommene Adlige, später aber auch entflohene Leibeigene und Lumpenproletarier aus den Städten. Bezahlt wurden sie aus der Kriegsbeute und den Steuern der unterworfenen Städte.

Noch wurden die Söldner nur für einen bestimmten Krieg geworben und dann wieder nach Hause geschickt. Das änderte sich bald, als Bauern und Bürger den Feudalherrn immer häufiger blutige Schlachten lieferten. Das Sicherheitsbedürfnis des Adels wurde sozusagen permanent. Spezielle Rekrutierungskommandos besorgten dem Fürsten die Soldaten, möglichst auf dem Territorium des Gegners und häufig genug nach Plünderung und Niederbrennen der Dörfer und Erschlagen der Mehrzahl der Bewohner. Im 30jährigen Krieg waren die Heerführer ziemlich selbständige und eiskalt kalkulierende Unternehmer. Der Krieg ernährte den Krieg und ging erst zu Ende, als es nichts mehr zu holen gab, weder Beute noch Soldaten.

Übrig blieben stehende Heere. Die Söldner, die bisher den Verheißungen eines ungebundenen Lebens und reicher Beute gefolgt waren, wurden kaserniert und äußerst kärglich besoldet. Zur Zeit des Alten Fritz waren fahnenflüchtige Soldaten das wesentlichste Kennzeichen des Heeres, Soldatenverkäufe an Frankreich, England und andere Staaten waren an der Tagesordnung. Diese Söldnerhaufen, die die Herrschaft der Fürsten garantieren sollten, wurden spielend geschlagen von den napoleonischen Armeen, die gezogen waren auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht, einem Ergebnis der französischen Revolution, in der sich Bürger, Arbeiter und Bauern selbst bewaffnet und die adlige Herrschaft in Frankreich beseitigt hatten. Sie waren die Repräsentanten der neuen Zeit und einer dem Feudalismus weit überlegenen Produktionsweise, die sich auch in der militärischen Taktik niederschlug.

Scharnhorst, einer der wenigen nicht verkrusteten Köpfe im Apparat des Preußenstaates, zog Konsequenzen aus den Niederlagen und machte die revolutionären Errungenschaften der französischen Armee zu einem Werkzeug der preußischen Junker. Die allgemeine Wehrpflicht, die Abschaffung der Ausländerwerbung und der Prügelstrafe waren königlich-preußisches Dekret. In der Landwehr dienten die Männer vom 17. bis 40. Lebensjahr, im etwas späteren Landsturm bis zum 60. Lebensjahr. Entscheidend ist, daß das Landsturmedikt von 1813 nie wirklich durchgeführt wurde. Mit dem sicheren Instinkt des Ausbeuters hatte König Friedrich Wilhelm III. gerochen, daß eine so gestaltete Volksbewaffnung seiner Macht nicht gut bekommen würde. Das galt erst recht nach der Niederlage Napoleons, als die allgemeine Wehrpflicht zum System der Konskription verkommen war. Gewisse Kreise konnten ihre Söhnchen loskaufen oder mit einem Stellvertreter besetzen, andere Stellen wurden einfach ausgelost. Der Dienst im Junkerheer wurde zu einem Privileg der Bauern, Kleinbürger und Arbeiter unter dem Kommando des Offiziers von Soundso. Die milizähnliche Landwehr wurde dem stehenden Heer angegliedert. Das war auch der Gang der Dinge, als nach den revolutionären Erhebungen von 1848 die Bürgerwehr per Gesetz entwaffnet und per Eidesformel auf das Wohlergehen des Königs verpflichtet wurde.

Die allgemeine Wehrpflicht hat in Deutschland, anders als etwa in Frankreich, nie eine revolutionäre Rolle gespielt, sondern sie ging von der herrschenden Klasse aus. Im Deutschen Reich unter Bismarck durften die Soldaten weder wählen noch an politischen Versammlungen teilnehmen, noch Mitglieder in politischen Vereinen sein, weil die Bourgeoisie Arbeiter als Soldaten braucht und sie bewaffnen muß. Dabei ist sie aus Erfahrung ängstlich. Der westdeutsche Gefreite der Reserve bekommt alle möglichen Klamotten mit nach Hause, aber nicht das Gewehr, selbst an Wochenenden wird es eingeschlossen und nur der Wachmannschaft überlassen.

Senger und Etterlin – Manöver Harte Faust „ohne friedensmäßige Routine"

r.koe. Im Herbst soll der gegenwärtige Kommandeur des I. Korps, Generalleutnant F. v. Senger und Etterlin die Nachfolge des General Schulze als Oberbefehlshaber der Aliierten Streitkräfte in Europa-Mitte antreten. In der Hitlerarmee hatte er sich während des faschistischen Mord- und Raubzuges gegen die Sowjetunion bis zum Kompaniechef „hochgedient" mit anschließender Verwendung (1944) im Oberkommando des Hitler-Heeres beim damaligen Inspekteur der Panzertruppen. In den 20 „Dienstjahren" in der Bundeswehr hat er die Panzerwaffe mitentwickelt, rund 3000 Seiten zur Panzerwaffe publiziert, die Blitzkriegserfahrungen aus der Hitlerarmee verarbeitet und die imperialistischen Kriegserfahrungender Amerikaner, Engländer der und Franzosen verwendet.

Im letzten Jahr seiner Dienstzeit hat F. v. Senger und Etterlin im I. Korps einen Befehl zur kriegsnahen Ausbildung erlassen. Er bemängelt „mangelnde Vorstellungskraft der Führer", „friedensmäßige Routine und gedankenlose Anwendung von friedensmäßigen Auflagen und Sicherheitsbestimmungen" und eine Vernachlässigung „von kriegsnahen Bedingungen". – Umsetzung: Für das Manöver „Harte Faust" sind vom Führungsstab des I. Korps Bewertungsbögen zur Beurteilung der „Leistungen der Einheiten" bis auf die Ebene des Zuges herausgegeben worden. Ziel dieser Bewertungsbögen ist es, daß die Übung von Anfang bis Ende kriegsnah abläuft. Alles wird erfaßt und mit Punkten bewertet: „Ob z.B. nachts ausschließlich mit Tarnlicht gefahren wird, ob z.B. wenn das Fahrzeug verlassen wird, eine Rundumsicherung aufgebaut wird, ob jede Wache oder jeder Alarmposten genau die Lage kennt, ob die Wache den linken und rechten Nachbarn kennt, d.h. welche Einheiten in der Nähe liegen etc.." Die Mannschaften sollen bis zum Letzten gedrillt werden. Dafür ist es erforderlich, daß mit Hilfe der Erfassungsbögen Druck auf das Unteroffizierskorps und auf Teile des Offizierskorps ausgeübt wird. Es soll Konkurrenz unter den Teileinheitenführern geschürt werden: Wer am meisten Leistungen aus den Soldaten herauspreßt! Die beiden „besten Kommandeure und Zugführer" sollen ausgezeichnet werden.

Luftwaffengeneral Kallehof zum Manöververlauf: „Im Ernstfall würde manches schneller ablaufen, würde manche im Friedensfall geübte Sicherheitsmaßnahme wegfallen müssen" (Ostfriesenzeitung 21.9.). Ergebnis der kriegsnahen Übung ist, daß nach Manöverende noch immer sechs Panzer in der Nähe von Edewechterdamm im Moor festsitzen, daß wegen Übermüdung drei Bundeswehr-LKW in Wiesmoor vor einer Ampel ineinanderfuhren, daß beim Auftanken eines BW-LKW in einer Scheune, die Scheune, 1800 Ballen Stroh und das gesamte landwirtschaftliche Gerät in Flammen aufgingen. Auf Befehl des Offizierskorps ist bei der Übung „Harte Faust" erstmals mit scharfer Munition bei den Artilleriebataillonen geübt worden. Die Begründung ist, man müsse genauere Zeiten beim Verladen und Laden mit der Munition bekommen, damit man einen genauen Maßstab für den „Ernstfall" habe. Ob Soldaten wegen Übermüdung mit dem LKW in einen Straßengraben fahren, ist den Offizieren vom Schlage von Senger und Etterlin egal, kriegsnah muß die Übung sein. Deswegen wird jetzt auch prinzipiell von einem 24-Stunden-Kampftag ausgegangen. F. v. Senger und Etterlin ließ erstmals Schichtdienst bei Panzerbesatzungen und Stäben üben. Im Transportbataillon Rheine wurden 24stündige Einsatzbereitschaften eingeteilt. Dazwischen mußten die Soldaten Transportaufträge übernehmen, die jeweils rund 330 km umfaßten. Die ganzen Einsätze wurden mit Einlagen garniert: „Feindliche Flieger zu erwarten", „ABC-Alarm"... Gegen die Manöver unter kriegsnahen Bedingungen schließen die Soldaten sich zusammen, im wesentlichen zunächst konzentrieren sie sich auf die Durchsetzung der Forderung nach „vollem Dienstausgleich".

US-Truppen in Panama: 123 Jahre Intervention zur Sicherung des strategischen Stützpunktes

z.zik. 1855 konnten die US-Imperialisten die – der Regierung des damaligen Neu-Granada aufgezwungene – Panama-Eisenbahnlinie in Betrieb nehmen. Sie war für die Erschließung des amerikanischen Westens von strategischer Bedeutung, wurde doch die erste Eisenbahnverbindung zwischen der Ost- und der Westküste der USA erst 1883 fertiggestellt. Doch schon 1856 mußten sie diese strategische Linie gegen eine Volksbewegung, die sich gegen ihre Anwesenheit richtete, mit dem Einsatz von Marinesoldaten „schützen". Weitere bewaffnete Interventionen 1860, 1865, 1868, 1873, 1885, 1895, 1901, 1902 und 1903, jeweils zum „Schutz amerikanischer Interessen", unter anderem der United Fruit Company, folgten.

1903, die US-Imperialisten trieb es auf den Spuren des spanischen Kolonialreiches nach Südamerika und über den Pazifik nach Südostasien, reichte die Eisenbahn nicht mehr, sie wollten einen Kanal. Die kolumbianische Regierung lehnte den angebotenen Vertrag mit den USA unter dem Druck der Volksmassen ab. In ihm sollten die Rechte der bankrotten französischen Kanalbaugesellschaft an die USA verkauft und eine umfassende Kontrolle über einen Landstreifen beiderseits des Kanals durch die USA besiegelt werden. Kurzerhand trennten die USA Panama unter Einsatz ihrer Kanonenboote und Truppen von Kolumbien ab; die Marionettenregierung unterzeichnete den Vertrag. 1914 war der Kanal fertig.

Ab 1913 wurden alle Panamesen aus der Kanalzone vertrieben und durch Arbeiter von den karibischen Inseln ersetzt. Zwischen 1914 und '16 besetzen US-Truppen mehrfach die Hauptstadt Cuidad de Panama, als es zu Unruhen kommt. 1918 bis '20 besetzen sie die Provinz Chiriqui, als die Landarbeiter auf den Plantagen der United Fruit streiken. 1925 schlägt die US-Armee Aufstände der Bauern und der Arbeiter in den Städten gegen Preis-und Mieterhöhungen nieder. Während des zweiten Weltkrieges erzwingen die USA von der panamesischen Regierung die Verfügung über insgesamt 134 Gebiete in Panama zur militärischen Nutzung, die sie 1948 nach großen Demonstrationen zurückgeben müssen.

1950 bauen sie die Kanalzone zur Leitstelle ihrer militärischen Überwachung und Infiltration gegen die Länder Südamerikas und als zentrale Nachschubbasis für den Aufmarsch im Pazifik sowohl gegen die Länder der Dritten Welt als auch gegen die konkurrierende Supermacht aus. Öl- und Munitionsdepots, einschließlich nuklearer Waffen, werden errichtet, das zentrale Ausbildungslager für den Dschungelkrieg installiert.

Währenddessen wächst in Panama die Bewegung für den Abzug der USA an. 1959 und 1964 stürmen tausende Jugendliche in die Kanalzone und hissen die panamesische Flagge. Beide Male erschießen die US-Truppen mehrere Panamesen – 1964 26 –, gibt es mehrere Hundert Verletzte. 1978 endlich muß Carter den Vertrag über die Räumung der Zone 1999 unterzeichnen.


16.6.1978: Tausende von Panamesen fordern den Abzug der USA

US-Stützpunkte in der Türkei: „Einzigartig gut gelegen", aber vertraglich in Gefahr

Söldnerhaufen, die die Herrschaft der Fürsten garantieren sollten, wurden spielend geschlagen von den napoleonischen Armeen, die gezogen waren auf der Grundlage der allgemeinen Wehrpflicht, einem Ergebnis der französischen Revolution, in der sich Bürger, Arbeiter und Bauern selbst bewaffnet und die adlige Herrschaft in Frankreich beseitigt hatten. Sie waren die Repräsentanten der neuen Zeit und einer dem Feudalismus weit überlegenen Produktionsweise, die sich auch in der militärischen Taktik niederschlug.

Scharnhorst, einer der wenigen nicht verkrusteten Köpfe im Apparat des Preußenstaates, zog Konsequenzen aus den Niederlagen und machte die revolutionären Errungenschaften der französischen Armee zu einem Werkzeug der preußischen Junker. Die allgemeine Wehrpflicht, die Abschaffung der Ausländerwerbung und der Prügelstrafe waren königlich-preußisches Dekret. In der Landwehr dienten die Männer vom 17. bis 40. Lebensjahr, im etwas späteren Landsturm bis zum 60. Lebensjahr. Entscheidend ist, daß das Landsturmedikt von 1813 nie wirklich durchgeführt wurde. Mit dem sicheren Instinkt des Ausbeuters hatte König Friedrich Wilhelm III. gerochen, daß eine so gestaltete Volksbewaffnung seiner Macht nicht gut bekommen würde. Das galt erst recht nach der Niederlage Napoleons, als die allgemeine Wehrpflicht zum System der Konskription verkommen war. Gewisse Kreise konnten ihre Söhnchen loskaufen oder mit einem Stellvertreter besetzen, andere Stellen wurden einfach ausgelost. Der Dienst im Junkerheer wurde zu einem Privileg der Bauern, Kleinbürger und Arbeiter unter dem Kommando des Offiziers von Soundso. Die milizähnliche Landwehr wurde dem stehenden Heer angegliedert. Das war auch der Gang der Dinge, als nach den revolutionären Erhebungen von 1848 die Bürgerwehr per Gesetz entwaffnet und per Eidesformel auf das Wohlergehen des Königs verpflichtet wurde.

Die allgemeine Wehrpflicht hat in Deutschland, anders als etwa in Frankreich, nie eine revolutionäre Rolle gespielt, sondern sie ging von der herrschenden Klasse aus. Im Deutschen Reich unter Bismarck durften die Soldaten weder wählen noch an politischen Versammlungen teilnehmen, noch Mitglieder in politischen Vereinen sein, weil die Bourgeoisie Arbeiter als Soldaten braucht und sie bewaffnen muß. Dabei ist sie aus Erfahrung ängstlich. Der westdeutsche Gefreite der Reserve bekommt alle möglichen Klamotten mit nach Hause, aber nicht das Gewehr, selbst an Wochenenden wird es eingeschlossen und nur der Wachmannschaft überlassen.

US-Truppen in Panama: 123 Jahre Intervention zur Sicherung des strategischen Stützpunktes

z.zik. 1855 konnten die US-Imperialisten die – der Regierung des damaligen Neu-Granada aufgezwungene – Panama-Eisenbahnlinie in Betrieb nehmen. Sie war für die Erschließung des amerikanischen Westens von strategischer Bedeutung, wurde doch die erste Eisenbahnverbindung zwischen der Ost- und der Westküste der USA erst 1883 fertiggestellt. Doch schon 1856 mußten sie diese strategische Linie gegen eine Volksbewegung, die sich gegen ihre Anwesenheit richtete, mit dem Einsatz von Marinesoldaten „schützen". Weitere bewaffnete Interventionen 1860, 1865, 1868, 1873, 1885, 1895, 1901, 1902 und 1903, jeweils zum „Schutz amerikanischer Interessen", unter anderem der United Fruit Company, folgten.

1903, die US-Imperialisten trieb es auf den Spuren des spanischen Kolonialreiches nach Südamerika und über den Pazifik nach Südostasien, reichte die Eisenbahn nicht mehr, sie wollten einen Kanal. Die kolumbianische Regierung lehnte den angebotenen Vertrag mit den USA unter dem Druck der Volksmassen ab. In ihm sollten die Rechte der bankrotten französischen Kanalbaugesellschaft an die USA verkauft und eine umfassende Kontrolle über einen Landstreifen beiderseits des Kanals durch die USA besiegelt werden. Kurzerhand trennten die USA Panama unter Einsatz ihrer Kanonenboote und Truppen von Kolumbien ab; die Marionettenregierung unterzeichnete den Vertrag. 1914 war der Kanal fertig.

Ab 1913 wurden alle Panamesen aus der Kanalzone vertrieben und durch Arbeiter von den karibischen Inseln ersetzt. Zwischen 1914 und '16 besetzen US-Truppen mehrfach die Hauptstadt Cuidad de Panama, als es zu Unruhen kommt. 1918 bis '20 besetzen sie die Provinz Chiriqui, als die Landarbeiter auf den Plantagen der United Fruit streiken. 1925 schlägt die US-Armee Aufstände der Bauern und der Arbeiter in den Städten gegen Preis-und Mieterhöhungen nieder. Während des zweiten Weltkrieges erzwingen die USA von der panamesischen Regierung die Verfügung über insgesamt 134 Gebiete in Panama zur militärischen Nutzung, die sie 1948 nach großen Demonstrationen zurückgeben müssen.

1950 bauen sie die Kanalzone zur Leitstelle ihrer militärischen Überwachung und Infiltration gegen die Länder Südamerikas und als zentrale Nachschubbasis für den Aufmarsch im Pazifik sowohl gegen die Länder der Dritten Welt als auch gegen die konkurrierende Supermacht aus. Öl- und Munitionsdepots, einschließlich nuklearer Waffen, werden errichtet, das zentrale Ausbildungslager für den Dschungelkrieg installiert.

Währenddessen wächst in Panama die Bewegung für den Abzug der USA an. 1959 und 1964 stürmen tausende Jugendliche in die Kanalzone und hissen die panamesische Flagge. Beide Male erschießen die US-Truppen mehrere Panamesen – 1964 26 –, gibt es mehrere Hundert Verletzte. 1978 endlich muß Carter den Vertrag über die Räumung der Zone 1999 unterzeichnen.


16.6.1978: Tausende von Panamesen fordern den Abzug der USA

US-Stützpunkte in der Türkei: „Einzigartig gut gelegen", aber vertraglich in Gefahr

US-Kampfflugzeuge im türkischen Luftraum / SU-Schwarzmeerflotte drängt ins Mittelmeer

z.anb. Insgesamt 26 Basen und militärische Einrichtungen unterhalten die USA in der Türkei im Rahmen der NATO-Verträge. 13 davon dienen als Sondermunitionslager, weitere 7 als Kommunikationszentren. Diese waren auch während des 1975 von den USA verhängten Waffenembargos gegen die Türkei weiter in Betrieb. Die restlichen sechs – die eigentlichen Zentren der US-Militärstrategie für den gesamten Raum von Sibirien bis zum Persischen Golf – hatte die türkische Regierung 1976 als Antwort auf das Embargo geschlossen; vier davon durften nach der Übergangsregelung vom vergangenen Oktober vorübergehend wieder benutzt werden, konkret bis 9. Oktober 1979. Dies sind: *Kargaburun* (logistische Einsatzzentrale), *Belbasi* (seismischer Stützpunkt), *Sinop* und *Pirinclik*; letzterer wurde 1972 errichtet als Radar- und Aufklärungszentrum, das den Zeitpunkt der Ortung von Flugkörpern vom Norden der Sowjetunion bis zum Indischen Ozean um 17 Minuten vorverlegt. Über Satellit steht der Stützpunkt mit der Polaris-U-Boot-Flotte im Atlantik in Verbindung.

Der US-Kongreß hob das Waffenembargo am 1. August 1978 mit 208 : 205 Stimmen auf. Man achtete darauf, die Strategie des Teile und Herrsche in dieser brenzligen Frage strikt anzuwenden. „Besorgnis um den Frieden" sollte die Aufhebung des Embargos vortäuschen, um den Aggressionszweck zu verdecken. Tatsächlich verpflichtete der Kongreß Präsident Carter, alle zwei Monate „über die Fortschritte in den Verhandlungen um eine gerechte Beilegung des Zypern-Konfliktes" zu berichten, wobei ein diesbezügliches Bemühen der Türkei die Vorbedingung für die Wiederaufnahme der US-Waffenlieferungen sei. Die U-2-Kampfflugzeuge, die nach der jüngsten Anmaßung frei im türkischen Luftraum operieren sollen, starten nämlich von Zypern, vom britischen Stützpunkt Akrotiri, aus.

„Entweder wir nehmen die Sache ernst und pumpen riesige Geldsummen hinein, oder wir geben den Gedanken auf, die Türkei könnte die Südostflanke der NATO schützen", lautet nach Meldung der pakistanischen Zeitung „Dawn" vom 19. Juli die ernüchterte Einschätzung eines der Unterhändler Carters in Ankara. Demonstrationen von 10000 und mehr in Izmir und Ankara, Kundgebungen der Türkischen Arbeiter- und Bauernpartei gegen Überflugrechte für die U-2 haben die bisherigen Verhandlungen unter den „Druck der Straße" gebracht. Ohne die Rückendeckung durch die Kämpfe der türkischen Volksmassen jedenfalls wäre die Regierung Ecevit bereits vollends zum Spielball der Rivalität der beiden Supermächte geworden.

Als Teil der Schwarzmeerflotte ist die 3. Eskadra, die Kriegsflotte der UdSSR im Mittelmeer, seit 1964 zunehmend ausgebaut und für selbständige Operation ausgerüstet worden. Das Problem ihrer Versorgung wurde 1968 landunabhängig versucht: über 4 schwimmende Stützpunkte in unmittelbarer Nähe von strategisch heiß begehrten Landbasen: 42 Seemeilen westlich von Kap Grambysa auf Kreta, 17 Meilen östlich von Malta, 29 Meilen nordwestlich von Bizerta und 15 Meilen südlich von den Alboran-Inseln östlich von Gibraltar.

Seither ist die Passage des Flugzeugträgers „Kiew" aus dem Schwarzen Meer durch das Mittelmeer in den Atlantik erfolgt, der zweite Flugzeugträger „Minsk" folgte im April 1978. In den sowjetischen Häfen am Schwarzen Meer, vor allem Sewastopol, Odessa und Nikolajew, werden 40% der gesamten Überwassertonnage der Handelsflotte und mehr als 60% der Kriegsschiffe ab Fregatten- und Zerstörergröße aufwärts gebaut.

Durch den Bosporus dürfen laut Abkommen von Montreux aus dem Jahre 1936 Kriegsschiffe über 15000 t nur einzeln bei einwöchiger Vorankündigung mit maximal 2 Torpedobooten Begleitung passieren. U-Booten ist die Durchfahrt überhaupt untersagt. Obwohl die Sozialimperialisten fortgesetzt und verstärkt dagegen verstoßen, teilen sie mit ihrem Rivalen USA die Befürchtung, daß die Türkei ihre Souveränitätsrechte über den Bosporus wiederherstellt.

Wie kann die Eskadra versorgt werden, wenn der Bosporus dicht ist? – Im November 1978 wurde die mit 233 Seemeilen längste „Fähr"verbindung der Welt zwischen Iljitschowsk am Schwarzen Meer (UdSSR) und Varna (Bulgarien) eröffnet. Vier Fährschiffe mit einer Ladekapazität von jeweils 108 Güterwaggons und einer Höchstgeschwindigkeit von 20 Seemeilen ermöglichen innerhalb von 12 Stunden sowjetische „Massentransporte zum Balkan". „Das Gesamtsystem müsse nicht nur als Maßnahme im Hinblick auf eventuelle Unruhen im Balkangebiet selbst verstanden werden, sondern auch als Verstärkung der sowjetischen Position gegenüber der Südflanke der NATO", schrieb die sowjetische Presse. (zit. nach: Archiv der Gegenwart, Nr. 22326/1978)


Island wurde 1949 Mitglied der NATO. Jahr für Jahr demonstrieren Tausende zur US-Militär-Basis in Keflavik und fordern den Abzug der rund 3000 Mann starken Truppen. Auch gegen den NATO-Flottenbesuch im September dieses Jahres fand eine große Demonstration in Rejkjavik statt.

Mexikanische Stahlarbeiter im Kampf für Lohnerhöhungen und 40-Stundenwoche

z.rua. Die 5200 Stahlarbeiter des Werkes Sicartsa in Las Truchas im mexikanischen Bundesstaat Michoacán sind Anfang August in den Streik getreten. Sie fordern 30%ige Lohnerhöhungen, bessere Sozialleistungen und die gesetzliche Verankerung der 40-Stunden-Woche. Nach 30 Tagen einigte sich die Gewerkschaft mit der staatlichen Gesellschaft SIDERMEX auf Lohnerhöhungen von 13,5%, Bezahlung von 75% der Streiktage und die Zusicherung, daß keine Entlassungen durchgeführt werden. Der Lohnabschluß bedeutet eine weitere Senkung des Reallohns. Die Preissteigerung beträgt ca. 20%, durch progressive Besteuerung des Lohns will der Staat 1979 28,7% Mehreinnahmen eintreiben; ab 1.1. 1980 tritt eine Mehrwertsteuer von 10% in Kraft. Der Streik konnte nicht zum vollen Erfolg geführt werden, weil er nur in einem Werk erfolgte und die Produktionsausfälle durch Mehrarbeit in den beiden anderen staatlichen Stahlwerken AHMSA und Fundidora ausgeglichen werden sollen.


Bauarbeiten am Sicartsa-Werk

Mexikos Stahlindustrie ist die älteste Lateinamerikas, ihre Produktion liegt nach Brasilien an zweiter Stelle. Bei etwa gleichbleibender Beschäftigtenzahl (1976: 95000) wurde 1978 die Eisen- und Stahlproduktion gegenüber 1977 um 20% auf 15,04 Mio. t gesteigert, in den ersten 5 Monaten 1979 stieg sie um 9,2%. Mexiko deckt seinen Stahlverbrauch bis auf spezialisierte Produkte selbst. Von den fünf größten Stahlwerken sind drei im Mehrheitsbesitz des Staates, die beiden Werke HYLSA und TAMSA sind in Privatbesitz. In sie haben die US-Imperialisten seit 1945 624,5 Mio. $ in Form von Krediten investiert.

In Michoacán lagern 85% der Eisenerzvorkommen Mexikos. Das 1976 fertiggestellte Sicartsa-Werk umfaßt Abbauanlagen, ein Hüttenwerk, ein Wasserkraftwerk und Hafenanlagen. Es ist das größte Investitionsobjekt seit 1971 und soll bis 1990 einen jährlichen Ausstoß von 10 Mio. t bringen.

Kolumbien: Generalstreik für Aufhebung des Kriegsrechts und für Lohnerhöhungen

z.elb. Die vier größten Gewerkschaften der kolumbianischen Arbeiterklasse organisierten am 14. September einen Generalstreik. Hunderttausende demonstrierten in allen größeren Städten trotz des Verbots sämtlicher politischen Versammlungen für die Aufhebung des Kriegsrechts, die Freilassung der politischen Gefangenen und für Lohnerhöhungen. Im Juni 1975 hatte die Regierung das Kriegsrecht verhängt, das trotz anhaltender Kämpfe – z.B. eines 24-stündigen Generalstreiks im September 1977, der zum Sturz der Regierung führte – von der Arbeiterklasse nicht gebrochen werden konnte.

Die US-Imperialisten haben Kolumbien in nahezu völlige Abhängigkeit gebracht; die Auslandsschulden von 4,5 Mrd. $ sind zum größten Teil bei den US-Imperialisten aufgenommen. 31 der 100 größten Betriebe befinden sich im Besitz von US-Konzernen, darunter Exxon, Goodyear, Chrysler, Reynolds Metals und Colgate Palmolive. Die US-Imperialisten diktieren der kolumbianischen Regierung die Handelspolitik, indem sie sie z.B. 1977 zwangen, die gerade erhöhte Exportsteuerrückzahlung für Leder zu senken. Beim Export wie beim Import stehen die USA an erster Stelle, gefolgt von den BRD-Imperialisten, die u.a. durch Hoechst kolumbianische Arbeiter ausbeuten lassen.

Von 1971 bis 1974 konnten die Imperialisten die Reallöhne der Industriearbeiter – 20% der Erwerbstätigen arbeiten in der Industrie, 30% in der Land- und Forstwirtschaft – um 15% senken. Den anhaltenden Zustrom ehemaliger Landarbeiter in die Städte machten sie sich zunutze, um das Lohnniveau noch weiter zu drücken; Ende 1977 lag der Reallohn unter dem Stand von 1974. Die amtliche Preissteigerungsrate stieg 1977 auf 30% an, bei Lebensmitteln sogar auf 35%. Die Kehrseite des sinkenden Lohns ist die Ausdehnung des Arbeitstages. Auch hier haben sich die Imperialisten „Verdienste“ erworben. In der Ölindustrie z.B. konnten sie die wöchentliche Arbeitszeit in den Jahren 1970 bis 1976 von 52½ auf 61¾ Stunden verlängern.

Die kolumbianische Arbeiterklasse kämpft gegen Unterdrückung und Verelendung: Im Frühjahr streikten die Stahlarbeiter für mehr Lohn, im August die Arbeiter und Angestellten der Finanzverwaltungen und die Lehrer, trotz Streikverbot im öffentlichen Dienst.

Bourgeoisie „reformiert“ Lohn – zu Profit

Lohnsteuerplünderung in Italien / Gewerkschaften fordern höhere Freibeträge

z.ulg.Rom. Die Erfolgsmeldung wurde lieber nicht zu laut hinausposaunt. In kleinen Meldungen teilte die italienische Bourgeoisie in der letzten Woche mit, daß das Lohnsteueraufkommen im 1. Halbjahr 1979 gegenüber 1978 um 1500 Mrd. Lire (3,3 Mrd. DM) gestiegen ist, das sind 43,8%. Die offizielle Inflationsrate betrug im gleichen Zeitraum rund 14%, die Lohnsteigerungen nach der „gleitenden Lohnskala“ lagen meist darunter.

Steueraufkommen in Mrd. Lire

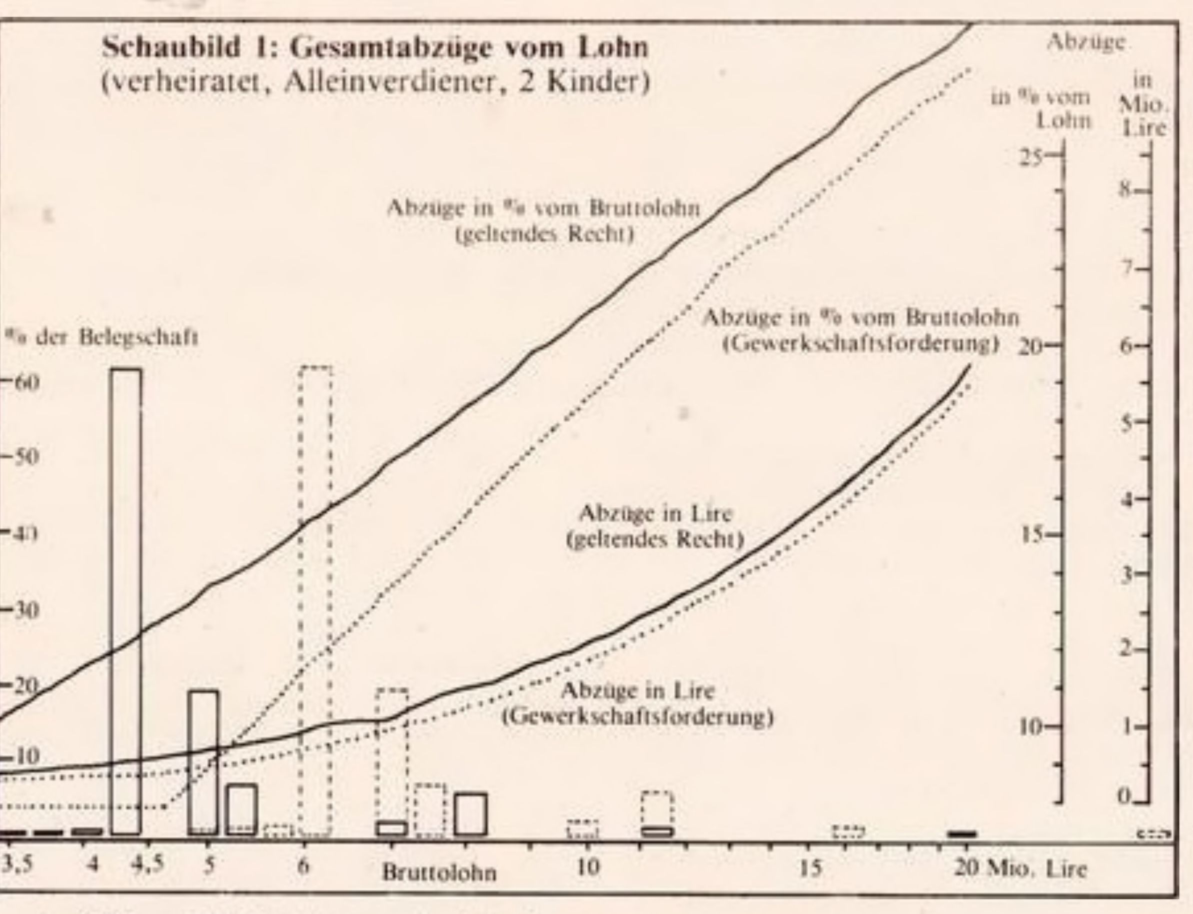
	Lohn-Steuer	veranl. EinkSt	EinkSt insg.
1975	3926	259	4185
1976	4430	2346	6776
1977	5896	4202	10098
1978	7757	3859	11626
1. Hj. 1978	3408	570	3978
1. Hj. 1979	4901	984	5885

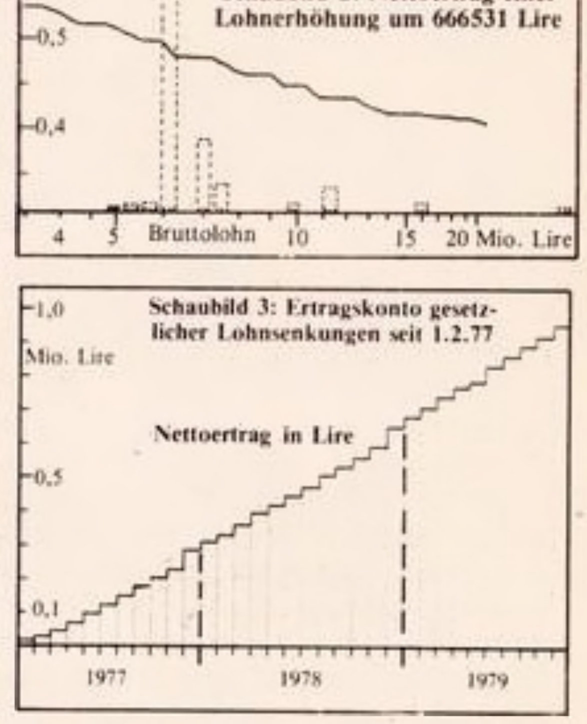
tender Inflation rutschen alle Löhne immer tiefer in die Progression.

Unvermeidlich mußte sich dagegen eine politische Bewegung entwickeln. Im Frühjahr führten die Turiner Metallarbeiter einen ersten Streik für Steuersenkungen durch. Doch solange diese Bewegung sich nicht über ihre Forderungen geeinigt hat, bleibt Raum für Betrugsmanöver. Die Bourgeoisie nutzte die Chance dazu sofort. Anfang Juli machte der auf der PCI-Liste ins Parlament gewählte „Linksunabhängige“ Spaventa den Vorschlag, die durch die Ölpreiserhöhung verursachten zusätzlichen Inflationszuschläge sollten nicht gezahlt, sondern stattdessen die Steuerfreibeträge um den entsprechenden Nettobetrag angehoben werden. Im Klartext: Zahlung eines Lohnbestandteils aus der Steuer, statt durch die Kapitalisten. Im August schloß sich der frischgebackene Finanzminister Reviglio, „Sozialist“, dem Reform-

ten Inflationszuschläge – 666531 Lire (1600 DM) – abgetragen. Die „scala mobile“ (Rolltreppe) entpuppt sich als Rolltreppe – abwärts.

Am Donnerstag haben die Gewerkschaften der Regierung ihre Forderungen vorgelegt. Danach sollen die Freibeträge z.B. für Verheiratete mit zwei Kindern von jetzt 240000 auf 470000 Lire erhöht werden. Wir haben die Abzugsbelastung bei Durchsetzung dieser Forderung durchgerechnet und das Ergebnis in *Schaubild 1* (gepunktet) abgetragen. Man sieht, so richtig es ist, statt Senkung des Steuersatzes Erhöhung der Freibeträge zu fordern, so krass ist die jetzt aufgestellte Forderung Ausdruck der klassenversöhnlerischen Linie. Nach wie vor wären praktisch keine gezahlten Löhne steuerfrei. Die einmalige Steuerentlastung wäre bei gleichbleibender Inflationsrate in einem einzigen Jahr aufgefressen. Zudem hat die Regierung jetzt angekün-





In *Schaubild 1* haben wir die Gesamtabzüge vom Lohn, also Lohnsteuer plus 7,8% Sozialversicherungsbeiträge, für einen alleinverdienenden Verheirateten mit zwei Kindern abgetragen. Die beiden durchgezogenen Kurven geben den geltenden Zustand wieder. Zur Berechnung der Steuer wird das nach Abzug der „Arbeitnehmerbeiträge“ verbleibende Jahreseinkommen in Klassen unterteilt, auf die jeweils ein bestimmter Steuersatz zu zahlen ist, z.B. für die ersten 3 Mio. Lire 10%, für die nächste Million 13% usw. Von der so berechneten Bruttosteuer werden dann nach Familienstand und Kinderzahl unterschiedliche Freibeträge abgezogen, in unserem Beispiel 240000 Lire (527,50 DM).

In dasselbe Schaubild haben wir (durchgezogen) die Verteilung der Durchschnittslöhne pro Lohngruppe im Fiat-Konzern für 1976 eingezeichnet. Diese Lohnverteilung haben wir

vorschlag Spaventas an.

Gleichzeitig kam der Kapitalistenverbandschef Carli mit dem Projekt eines „Sozialpakts“ heraus: Gewerkschaften, Kapitalistenverbände und Regierung sollten die voraussichtliche Inflation für drei Jahre schätzen und die dementsprechenden Zuschläge festlegen. Sobald die Inflation die Schätzung überstiege – und dafür würden Carli und seinesgleichen schon zu sorgen wissen –, solle die Regierung das „umgehend zur Kenntnis nehmen und durch entsprechende Senkung der Steuersätze (nicht Erhöhung der Freibeträge!) für den notwendigen Ausgleich“ sorgen. Die Kapitalisten hätten so beträchtliche Lohn„ersparnis“ aufs glücklichste mit Steuersenkung für sich selbst verbinden können.

Die Gewerkschaften haben mit Recht jede Verknüpfung der Steuerfrage mit einer „Dämpfung“ der „glei-

digt, daß selbst an *Senkung der Steuersätze* nur „im Rahmen einer „Gesamtlösung“ zu denken sei, also gleichzeitig mit Erhöhungen der indirekten Steuern.

Zu allem Überfluß sah sich der revisionistische Gewerkschaftsführer Lama in der letzten Woche veranlaßt, den Kapitalisten öffentlich die Finanzierung der „Rentendynamik“ aus den Rücklagen für die Abfindungszahlungen, die in Italien bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses fällig werden, anzubieten. Bereits 1977 hatte die Regierung Andreotti die seitdem anfallenden Inflationszuschläge von der Berechnung der Abfindungszahlungen ausgeschlossen. Gleichzeitig wurden den industriellen Kapitalisten Krankenkassenbeiträge von zunächst 14000, dann 24500 Lire je Monatslohn erlassen. Die Mindereinnahmen der Krankenkassen von jährlich 1680 Mrd. Lire (3,67

Brasilien: Erneut 250000 Metallarbeiter

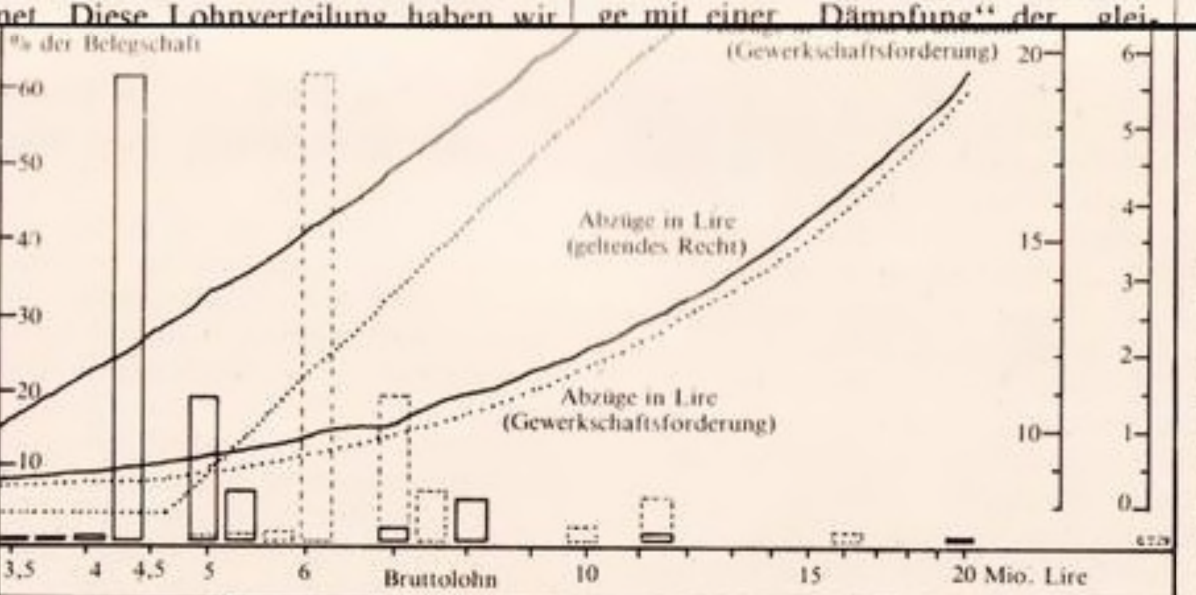
Kolumbien: Generalstreik für Aufhebung des Kriegsrechts und für Lohnerhöhungen

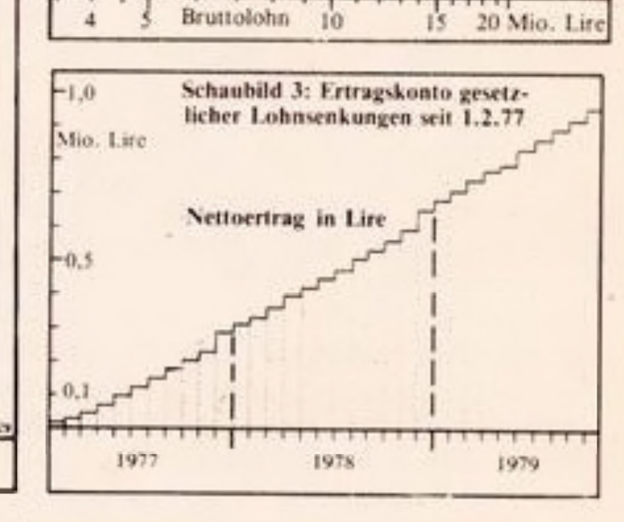
z.elb. Die vier größten Gewerkschaften der kolumbianischen Arbeiterklasse organisierten am 14. September einen Generalstreik. Hunderttausende demonstrierten in allen größeren Städten trotz des Verbots sämtlicher politischen Versammlungen für die Aufhebung des Kriegsrechts, die Freilassung der politischen Gefangenen und für Lohnerhöhungen. Im Juni 1975 hatte die Regierung das Kriegsrecht verhängt, das trotz anhaltender Kämpfe – z.B. eines 24-stündigen Generalstreiks im September 1977, der zum Sturz der Regierung führte – von der Arbeiterklasse nicht gebrochen werden konnte.

Die US-Imperialisten haben Kolumbien in nahezu völlige Abhängigkeit gebracht; die Auslandsschulden von 4,5 Mrd. $ sind zum größten Teil bei den US-Imperialisten aufgenommen. 31 der 100 größten Betriebe befinden sich im Besitz von US-Konzernen, darunter Exxon, Goodyear, Chrysler, Reynolds Metals und Colgate Palmolive. Die US-Imperialisten diktieren der kolumbianischen Regierung die Handelspolitik, indem sie sie z.B. 1977 zwangen, die gerade erhöhte Exportsteuerrückzahlung für Leder zu senken. Beim Export wie beim Import stehen die USA an erster Stelle, gefolgt von den BRD-Imperialisten, die u.a. durch Hoechst kolumbianische Arbeiter ausbeuten lassen.

Von 1971 bis 1974 konnten die Imperialisten die Reallöhne der Industriearbeiter – 20% der Erwerbstätigen arbeiten in der Industrie, 30% in der Land- und Forstwirtschaft – um 15% senken. Den anhaltenden Zustrom ehemaliger Landarbeiter in die Städte machten sie sich zunutze, um das Lohnniveau noch weiter zu drücken; Ende 1977 lag der Reallohn unter dem Stand von 1974. Die amtliche Preissteigerungsrate stieg 1977 auf 30% an, bei Lebensmitteln sogar auf 35%. Die Kehrseite des sinkenden Lohns ist die Ausdehnung des Arbeitstages. Auch hier haben sich die Imperialisten „Verdienste“ erworben. In der Ölindustrie z.B. konnten sie die wöchentliche Arbeitszeit in den Jahren 1970 bis 1976 von 52½ auf 61¾ Stunden verlängern.

Die kolumbianische Arbeiterklasse kämpft gegen Unterdrückung und Verelendung: Im Frühjahr streikten die Stahlarbeiter für mehr Lohn, im August die Arbeiter und Angestellten der Finanzverwaltungen und die Lehrer, trotz Streikverbot im öffentlichen Dienst.





In *Schaubild 1* haben wir die Gesamtabzüge vom Lohn, also Lohnsteuer plus 7,8% Sozialversicherungsbeiträge, für einen alleinverdienenden Verheirateten mit zwei Kindern abgetragen. Die beiden durchgezogenen Kurven geben den geltenden Zustand wieder. Zur Berechnung der Steuer wird das nach Abzug der „Arbeitnehmerbeiträge“ verbleibende Jahreseinkommen in Klassen unterteilt, auf die jeweils ein bestimmter Steuersatz zu zahlen ist, z.B. für die ersten 3 Mio. Lire 10%, für die nächste Million 13% usw. Von der so berechneten Bruttosteuer werden dann nach Familienstand und Kinderzahl unterschiedliche Freibeträge abgezogen, in unserem Beispiel 240000 Lire (527,50 DM).

In dasselbe Schaubild haben wir (durchgezogen) die Verteilung der Durchschnittslöhne pro Lohngruppe im Fiat-Konzern für 1976 eingezeichnet. Diese Lohnverteilung haben wir sodann um die seit 1976 zusätzlich gezahlten Inflationszuschläge nach rechts verschoben. Es ergab sich die gestrichelt gezeichnete Verteilung, die einen Anhaltspunkt für die gegenwärtige Situation gibt. Es zeigt sich: von den tatsächlich gezahlten Löhnen war schon 1976 keiner steuerfrei. Mit fortschrei-

vorschlag Spaventas an.

Gleichzeitig kam der Kapitalistenverbandschef Carli mit dem Projekt eines „Sozialpakts“ heraus: Gewerkschaften, Kapitalistenverbände und Regierung sollten die voraussichtliche Inflation für drei Jahre schätzen und die dementsprechenden Zuschläge festlegen. Sobald die Inflation die Schätzung überstiege – und dafür würden Carli und seinesgleichen schon zu sorgen wissen –, solle die Regierung das „umgehend zur Kenntnis nehmen und durch entsprechende Senkung der Steuersätze (nicht Erhöhung der Freibeträge!) für den notwendigen Ausgleich“ sorgen. Die Kapitalisten hätten so beträchtliche Lohn„ersparnis“ aufs glücklichste mit Steuersenkung für sich selbst verbinden können.

Die Gewerkschaften haben mit Recht jede Verknüpfung der Steuerfrage mit einer „Dämpfung“ der „gleitenden Lohnskala“ abgelehnt. Tatsächlich bleibt von den Inflationszuschlägen, die schon brutto die Teuerung nicht ausgleichen, netto immer weniger übrig. In *Schaubild 2*, das wir wieder mit der geschätzten Lohnverteilung für 1979 hinterlegt haben, ist der Nettoertrag der 1978 *insgesamt* gezahl-

digt, daß selbst an *Senkung der Steuersätze* nur „im Rahmen einer „Gesamtlösung“ zu denken sei, also gleichzeitig mit Erhöhungen der indirekten Steuern.

Zu allem Überfluß sah sich der revisionistische Gewerkschaftsführer Lama in der letzten Woche veranlaßt, den Kapitalisten öffentlich die Finanzierung der „Rentendynamik“ aus den Rücklagen für die Abfindungszahlungen, die in Italien bei Beendigung des Arbeitsverhältnisses fällig werden, anzubieten. Bereits 1977 hatte die Regierung Andreotti die seitdem anfallenden Inflationszuschläge von der Berechnung der Abfindungszahlungen ausgeschlossen. Gleichzeitig wurden den industriellen Kapitalisten Krankenkassenbeiträge von zunächst 14000, dann 24500 Lire je Monatslohn erlassen. Die Mindereinnahmen der Krankenkassen von jährlich 1680 Mrd. Lire (3,67 Mrd. DM) werden aus der Steuer erstattet. Zum „Ausgleich“ wurden die Mehrwert- und die Mineralölsteuer erhöht. Den Gesamtertrag dieser beiden Reformen pro beschäftigten Arbeiter in der Metallindustrie zeigt *Schaubild 3*. Es sind bis jetzt über 950000 Lire, 2090 DM.

Brasilien: Erneut 250000 Metallarbeiter im Kampf für mehr Lohn und 40-Stundenwoche

z.elb. Am 12. September begannen die 250000 Arbeiter der staatlichen Metallbetriebe im Bundesstaat Rio de Janeiro einen unbefristeten Streik. Auf einer Versammlung beschlossen über 10000 Metallarbeiter den Streik für eine Lohnerhöhung von 83% und die Einführung der 40-Stundenwoche.

Seit über einem halben Jahr kämpft die brasilianische Arbeiterklasse in immer neuen Streiks für mehr Lohn, die Anerkennung ihrer gewählten Gewerkschaftsführer und Inspektionsrecht der Gewerkschaften in den Betrieben. Auf Geheiß der Imperialisten – der IWF fordert Lohnstopp – reagiert die Bourgeoisie mit Verhaftungen und Gewerkschaftsauflösungen oder Streikverbot. Ein Recht auf Streik gibt es nicht. Begonnen hatten im März 200000 Metallarbeiter in der Region Sao Paulo, wo sich die imperialistischen Konzerne konzentrieren – VW ist mit ca. 20000 Arbeitern der größte Industriebetrieb in ganz Brasilien –, im April gefolgt von den Beschäftigten im Gesundheitswesen, den Lehrern, deren Streik bis heute anhält, und anderen Abteilungen der Arbeiterklasse.

Staatlich verordnete „Lohnanpassungen“ hatten das Ergebnis, daß die Reallöhne 1978 um 70% unter denen von 1964 lagen. Nach der amtlichen Statistik sind die Lebenshaltungskosten von 1971 bis 1975 um 259,8% gestiegen. In den gleichen Jahren kletterten die Preise für Grundnahrungsmittel allerdings um einiges mehr: bei Maniokmehl um 286,5%, bei Reis gar um 351,5%; Schweinefleisch wurde mit einer Preissteigerung von 313,2% zum Luxusartikel. Die Steigerung bei bedrucktem Baumwollstoff betrug 303,6%. Seit 1975 sind die Lebenshaltungskosten noch mehr angestiegen. Lagen sie in jenem Jahr gegenüber 1974 bei 29%, so wuchsen sie 1976 auf 41,9% an; für August 1979 gegenüber August 1978 werden gar 59,9% angegeben.

Durch die hartnäckigen Kämpfe der Arbeiter und ihre Erfolge in Bedrängnis, hat die Regierung schon nach drei Tagen Streik eine Lohnerhöhung zwischen 51% für die niedrigsten Löhne und 71% angeboten; an die 50-Stundenwoche will sie nicht rühren lassen. Ein Ende des Streiks ist dann bisher auch nicht vermeldet.



8 Gulden „Steuerermäßigung“ für 173 Gulden zusätzliche Steuerlast

z.scc. Fast 20% der niederländischen Lohnabhängigen bekommen inzwischen einen Lohn, der unter oder beim „gesetzlichen Minimumlohn“ von derzeit höchstens 1170 hfl (ca. 1060 DM) netto liegt – Ergebnis jahrelanger Lohnsenkungen. Jetzt kündigte die niederländische Regierung gegen die erstarkende Lohnbewegung eine „Lohnsteuerermäßigung“ ab 1.1.80 an. Allgemeine Lohnforderungen erübrigten sich damit, krähten die Kapitalisten, noch ehe die Thronrede Julianes zum Haushaltsentwurf verklungen war. Für die günstigste Steuerklasse IV wird die „Erleichterung“ bei einem zu versteuernden Einkommen von 15000 hfl (nach Abzug des Grundfreibetrages von 10489 hfl) gerade 8 hfl/Monat ausmachen, bei 20000 12,5 hfl. Ungeachtet der „Ermäßigung“ veranschlagen die Bourgeois gegenüber 1979 weitere Lohnsteuersteigerungen auf 34,3 Mrd. hfl. Seit 1970 haben sie sich damit fast verfünffacht. – Der Haushaltsentwurf sieht eine Neuverschuldung von 15,3 Mrd. hfl vor, einschließlich rasch wachsender Auslandsverschuldung. Gebieterisch verlangen die Finanzbourgeois die Eintreibung der fälligen Zinszahlungen: U.a. werden die Steuern auf Zigaretten um 40 cts/Packung, auf Alkohol um 2,35 hfl/l, auf Autokauf (ab 10000 hfl) um 2–5%, auf Benzin um 5 cts/l erhöht, die Mehrwertsteuer auf einzelne bisher noch befreite Waren wie Zeitungen ausgeweitet. 9,6 Mrd. hfl wollen die Finanzbourgeois zusätzlich an Steuern herauspressen: pro Monat 173 hfl pro Erwerbstätigen.

Belgische Regierung legt neues Plünderungsprogramm vor

z.elb.Brüssel. Am 18.9. legte die Regierung Martens einen 200 Seiten umfassenden Vorschlag zur „Gesundung und Humanisierung des Systems der sozialen Sicherheit“ vor. Ein Kernpunkt ist die Kranken- und Invalidenversicherung, deren Schulden, vor allem bei den Krankenhauskapitalisten, von ca. 1,75 Mrd. DM eingetrieben werden sollen: Erhöhung des Beitrages oder Einführung einer „Krisensteuer“, Einführung eines Beitrags für ehemals Selbständige mit hohen Pensionen – die Besteuerung der Renten also in Vorbereitung –, Erhöhung der Eigenzahlung bei Arztbesuchen, Senkung der Rückzahlung bei Arzneimitteln und anderen Leistungen, Senkung der Zahl der Krankenhausbetten. Der Vorsitzende der Christlichen Gewerkschaft begrüßt dieses Programm, die sozialistischen Gewerkschaftsführer melden vorsichtig Bedenken an.

Ministerrat der DDR verordnet: Frieren und Zahlen

z.dab. Am 21. 9. veröffentlichte das „Neue Deutschland“ das Energiesparprogramm des Ministerrats der DDR. ⅓ aller Industrieinvestitionen gehen in den Abbau von Braunkohle, mit der die DDR hauptsächlich ihren Energiebedarf deckt, und hohe Tributzahlungen an die Sozialimperialisten für Erdöl und Erdgaslieferungen schmälern ihre Profite und zwingen die neue Bourgeoisie zur verschärften Gangart gegenüber den Volksmassen. Der Beschluß sieht u.a. vor: Drosselung der Temperaturen „für Lagerhallen auf 10–12°, für Produktionsräume mit überwiegend im Sitzen ausgeübter Tätigkeit mit leichter Handarbeit

Langwierige Streikkämpfe der US-Proletarier

Tarifabschluß der UAW / Lohn und Sozialversicherung als elementare Kampfziele

z.gek. Der kampflose Tarifabschluß der Automobilarbeitergewerkschaft UAW mit General Motors bedeutet für die ganze Arbeiterbewegung der USA einen Rückschlag. Über das Ergebnis wird allerdings noch abgestimmt werden. Im einzelnen hat der Abschluß erbracht:

– eine Fortsetzung der Lohnformel des alten Vertrages: jährlich 3% Erhöhung des Tariflohns, plus einer vierteljährlichen „Lebenshaltungskostenanpassung" (Cola) von 1c pro 0,3 Prozentpunkte des Consumer Price Index der Regierung (vgl. KVZ 32/79). Von vornherein ist klar, daß solche Zulagen, auf ein höheres Niveau der Löhne und Preise bezogen, *weniger* wert sind als im vorherigen Vertrag. Wenn wir den jetzigen Tariflohn für einen Montagearbeiter bei GM, der jetzt 7,30 $ Grundlohn und 1,35 $ Teuerungszulage beträgt, nach den Regelungen des vorherigen Tarifvertrages bis 1981 weiterrechnen, würde er bis dahin – über eine Reihe von jährlichen und vierteljährlichen Erhöhungen – 9,24 $ Grundlohn und 1,75 $ Cola-Zulage betragen, also zusammen 10,99 $ statt jetzt 8,65 $. Dies bei Annahme einer jährlichen Teuerung von 10%. Grob gesprochen, würde sich dann der Lohn um etwa 20%, die Teuerung aber um 30% gesteigert haben, wobei die Lohnerhöhungen der Teuerung immer erst nachfolgen.

– eine Erhöhung der betrieblichen Renten zwischen 30 und 40%; das macht die letzten Jahre, als die Renten „eingefroren" waren, nicht wett. Vor allem: ein Teil dieser Rentenerhöhung ist mit Lohnverlusten gezahlt. Die Cola-Formel bei den Löhnen soll nämlich ab 1980 auf 1c pro *0,26%* Teuerung verbessert werden, die Erhöhung wird aber für den Rentenfonds weggesteuert. Damit haben die Automonopole erreicht, daß zum ersten Mal, seitdem sie die Fonds für betriebliche Zusatzrenten in den 50er Jahren einrichten mußten, sie die Beiträge nicht mehr vollständig zahlen müssen.

– keinerlei Schutz gegen die zwangsweise Überstundenarbeit; keine Verbesserung der von den Kapitalisten zu zahlenden Arbeitslosengelder (80000 haben sie in den letzten Wochen unbefristet entlassen, zehntausende für je einige Wochen); keine Verbesserung des Krankenversicherungsschutzes.

– *einen*, allerdings wichtigen Erfolg: General Motors mußte zugestehen, daß die Belegschaften der neu eröffneten Werke im Süden und Südwesten der USA künftig von vornherein von der UAW vertreten werden; d.h. GM mußte seine „Südstrategie" – neue Fabriken mit unter Tarif bezahlten Belegschaften – soweit aufgeben.

Der ganz unnötige Rückzug der UAW-Führung beendet den letzten großen Tarifkampf dieses Jahres und erschwert die zahllosen Streikkämpfe einzelner Belegschaften oder Gewerkschaftsbezirke, aus denen sich die hohen Streikziffern dieses Jahres schon bisher hauptsächlich zusammengesetzt haben. Viele haben auch in harten Kämpfen nicht erreicht, was die Automobilarbeiter mit der bloßen Streikdrohung erhalten haben. Aber in den meisten Fällen wurde besseres erreicht, fast durchweg mit Streik.

Im *Januar* erkämpften sich die Arbeiter der Ölraffinerien einen Tarifvertrag, der 73 cts Lohnerhöhung für alle gleich sowie eine „Öffnungsklausel" für das kommende Jahr enthielt; weiter die Erhöhung der Beitragszahlungen der Gesellschaften an die Krankenkassen der Arbeiter. Die „Öffnungsklausel" ist das einzige Beispiel für eine Rückkehr zu 1-jährigen Tarifverträgen, seit vor etwa 10 Jahren in den meisten Industrien die 2- bis 3-Jahresverträge eingeführt worden sind. – Ebenfalls im Januar streikte, zum ersten Mal, ein Teil der 70000 Film- und Fernsehschauspieler dagegen, daß in Zukunft bei Filmaufnahmen, vor allem für Werbespots, womit sich die meisten über Wasser halten, nur noch die „gelungenen" Aufnahmen bezahlt werden sollten. Streikpickets zogen in Hollywood auf. – In Florida gewannen die Tomatenpflücker nach 9 Tagen Streik eine Lohnerhöhung von 33% pro Eimer Tomaten. In Arizona erkämpften sich zum ersten Mal „illegale" mexikanische Wanderarbeiter einen Tarifvertrag. In Kalifornien begann der große Streik der Salatpflücker, der jetzt nach mehr als einem halben Jahr voller Entbehrungen und Opfer mit einem vollständigen Sieg der Farmarbeitergewerkschaft UFW geendet hat (vgl. KVZ 37/79).

Im *Februar/März* ging ein 8-wöchiger Streik von 4100 Lehrern in St. Louis zu Ende, die eine Erhöhung ihrer miserablen Gehälter (zwischen 9500 und 13000 $ im Jahr) um 1375 $ (davon allerdings 900 $ einmalig) und eine tarifliche Erhöhung von 1250 $ Anfang 1980 durchsetzten; weiter: höhere Überstundenzuschläge und die Zusage, über verringerte Klassenstärken zu verhandeln ; der Streik war gesetzlich verboten. – In Boston streikten 888 Universitätsdozenten und -professoren für Erhöhung ihrer Gehälter (zwischen 13800 und 25000 $ im Jahr).

Im *April* erstreikten sich die 400000 Lastwagenfahrer in der Teamster-Gewerkschaft Lohnerhöhungen von 80 cts für alle gleich, sowie 35 cts jeweils in den beiden folgenden Jahren, plus derselben Teuerungszulage, wie sie die Automobilarbeiter erhalten. Dazu erhöhte Renten um 30 $.

Im *Mai* streiken, zum Beispiel, 2000 Milchausfahrer in New York, das erste Mal, seit sie sich organisiert haben, und erreichen nach 64 Tagen Streik 35% mehr Lohn in drei Jahresraten. – Die Gewerkschaft der Kautschukarbeiter beginnt den Streik in 12 Werken von Uniroyal, der im *Juni* mit einem Lohnabschluß erfolgreich beendet wird, der 100%igen Teuerungsausgleich in cts pro Std. für alle gleich garantieren soll. – Eine brutale Lohnsenkung müssen die 130000 Beschäftigten, meist Näherinnen, in der Damenbekleidungsindustrie hinnehmen: Erhöhungen von 25% über 3 Jahre verteilt, bei durchschnittlichen Stundenlöhnen von jetzt 3,90 $ die Stunde.

Im *Juni* und Juli schließen die letzten Belegschaften der 22000 Arbeiter in den Holz- und Papierfabriken im Westen der USA ab, teilweise nach 7 und 8 Monaten Streik. Sie erreichen: 10% mehr Lohn im ersten, 9% im zweiten und 8% im dritten Jahr; Heraufsetzung der maximal gedeckten Krankheitskosten von 50000 auf 200000 $ sowie Zahnersatz. Das Ergebnis wurde nur mit knappen Mehrheiten angenommen. Vereitelt wurde jedenfalls der Versuch der Kapitalisten, die noch junge Gewerkschaft in diesem Streik zu zerschlagen. – Seit *August* und Anfang *September* stehen jetzt in vielen Landesteilen wieder ca. 40000 Lehrer im Lohnstreik.

Faßt man Ergebnisse und Verlauf dieser Kämpfe zusammen, zeigt sich, wie der schwere Druck auf dem Arbeitsmarkt (bei einer offiziellen Arbeitslosigkeit von jetzt wieder 6%) und die alles überrennende Teuerung (die eine Jahresrate von fast 15% erreicht hat und 1979 jedenfalls über 10% liegen wird) die Arbeiterbewegung zum Kampf um ihre elementaren Existenzsicherungen zwingt. Der Kampf um den Lohnstandard stand bei allen Streikkämpfen im Vordergrund, wobei der Kampf gegen die Vertiefung der bestehenden Lohnspaltungen durch Festgeldforderungen vielfach mit Erfolg geführt wurde. Der andere große Schwerpunkt in den Streikforderungen betraf die Zahlungen der Kapitalisten an die betrieblichen und privaten Renten- und Krankenversicherungskassen und die Auszahlungen dieser Kassen selbst. Nachdem die Carter-Regierung seit 1977 die an die staatliche Rentenversicherung abzuführenden Beiträge, bei elend niedrigen Zahlungen, auf jetzt 6,13% erhöht hat, die jeweils der Kapitalist und der Arbeiter von seinem Lohn abzuführen haben, haben die Gewerkschaften in fast allen Streiks das Prinzip der ausschließlichen Beitragszahlungen der Kapitalisten zu den tariflichen Zusatzversicherungen erfolgreich verteidigt.

Auf Grundlage dieser elementaren Kampfziele werden immer neue Teile der Lohnabhängigen in die Arbeiterbewegung einbezogen. Von den unorganisierten Elendsschichten bis hin zu Filmschauspielern, Polizisten, Universitätsdozenten. Die wirtschaftliche Krise polarisiert die Klassen ins Extrem. Aber wie auch in den sehr zahlreichen politischen Aktionen der Volksmassen – gegen die Einschränkung des Rechts auf Abtreibung, die Steuerausplünderung, die Umweltvergiftung durch die Kapitalisten, gegen Schulunterdrückung und das Terrorregime von Polizei und Justiz – ist es schwierig, die Elemente der weiteren Entfaltung der Massenbewegungen und ihrer Zersplitterung, der politischen Zusammenfassung und der reformistischen Abstumpfung ihrer Ziele klar zu unterscheiden.



Vier puertoricanische Patrioten aus 25jähriger US-Haft freigekämpft

z.kam. Vier Puertoricaner mußte die US-Regierung am 10. September aufgrund weltweiter Proteste aus über 25jähriger Haft entlassen. Collazo und Torresola verübten am 1.11.1950 als Teil eines Massenaufstandes des puertoricanischen Volkes gegen die US-Kolonialherrschaft ein Attentat auf den damaligen Präsidenten Truman. Torresola wurde getötet, Collazo verwundet und eingekerkert. Lebron, Miranda, Flores und Cordero (der Anfang dieses Jahres starb) griffen mit Pistolen bewaffnet am 1. März 1954 das US House of Representatives an und protestierten damit gegen die von den USA 1952 diktierte Verfassung, nach der Puerto Rico den Status eines den USA zugehörigen „Commonwealth" erhielt.

Puerto Rico – die mit knapp 9000 km² kleinste, aber dicht besiedelste (3 Mio. Einwohner) Insel der Großen Antillen im Karibischen Meer – ist seit 1898 unter Kolonialherrschaft der USA.

Anfang der fünfziger Jahre begannen die US-Imperialisten, Puerto Rico zu „industrialisieren". Die Zugehörigkeit zum US-Zollgebiet, Steuererleichterungen für US-Kapital sowie die niedrigen Löhne (im Schnitt 2 $ die Stunde) erleichterte es ihnen, ihr Kapital in Fabriken zur Herstellung von Elektronikgeräten, drei großen Erdölraffinerien, einer wachsenden petrochemischen Industrie sowie Atomkraftwerken zu investieren. Der Anteil der Industrie am Bruttosozialprodukt ist in den Jahren 1950–76 von 19% auf 38% gestiegen, der der Landwirtschaft von 23% auf 3% gesunken. 1970 bewirtschafteten 6% der landwirtschaftlichen Betriebe 68% der Betriebsfläche. Die Erträge der Milch- und Viehwirtschaft haben während der letzten Jahre die des Zuckers übertroffen.



Hauptexportprodukte sind weiter Ananas, Kaffee und Tabak.

Neben der wirtschaftlichen Plünderung verwandelten die US-Imperialisten Puerto Rico in einen massiven Militärstützpunkt gegen die Länder Mittel- und Südamerikas. Durch ihre ständigen Bombenabwürfe und Schießübungen an der Küste der östlich von Puerto Rico gelegenen Insel Vieques haben sie die Fischfanggründe zerstört.

Ihrer Existenzgrundlage beraubt und zu Hunderttausenden in die USA deportiert (allein 950000 Puertoricaner leben heute in New York) leisten die puertoricanischen Kleinbauern und Fischer zusammen mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern der petrochemischen und Erdölindustrie erbitterten Widerstand gegen die US-Kolonialherrschaft. 1974 demonstrierten 20000 in New York für die Unabhängigkeit des Landes und forderten die Freilassung der Inhaftierten. 1977 wehte die puertoricanische Flagge von der Freiheitsstatue in New York. Am Tage der Freilassung der 4 Freiheitskämpfer hat der US-Gouverneur von Puerto Rico vorsichtshalber alle amerikanischen Fahnen sichergestellt.

Die vier Freigelassenen wurden von Zehntausend auf dem Flughafen von San Juan begeistert empfangen. Lolita Lebron: „Ich werde bis zum letzten Blutstropfen für die Unabhängigkeit meines Landes kämpfen."

nachfolgen.

– eine Erhöhung der betrieblichen Renten zwischen 30 und 40%; das macht die letzten Jahre, als die Renten „eingefroren" waren, nicht wett. Vor allem: ein Teil dieser Rentenerhöhung ist mit Lohnverlusten gezahlt. Die Cola-Formel bei den Löhnen soll nämlich ab 1980 auf 1c pro *0,26%* Teuerung verbessert werden, die Erhöhung wird aber für den Rentenfonds weggesteuert. Damit haben die Automonopole erreicht, daß zum ersten Mal, seitdem sie die Fonds für betriebliche Zusatzrenten in den 50er Jahren einrichten mußten, sie die Beiträge nicht mehr vollständig zahlen müssen.

– keinerlei Schutz gegen die zwangsweise Überstundenarbeit; keine Ver-

gen der Gesellschaften an die Krankenkassen der Arbeiter. Die „Öffnungsklausel" ist das einzige Beispiel für eine Rückkehr zu 1-jährigen Tarifverträgen, seit vor etwa 10 Jahren in den meisten Industrien die 2- bis 3-Jahresverträge eingeführt worden sind. – Ebenfalls im Januar streikte, zum ersten Mal, ein Teil der 70000 Film- und Fernsehschauspieler dagegen, daß in Zukunft bei Filmaufnahmen, vor allem für Werbespots, womit sich die meisten über Wasser halten, nur noch die „gelungenen" Aufnahmen bezahlt werden sollten. Streikpickets zogen in Hollywood auf. – In Florida gewannen die Tomatenpflücker nach 9 Tagen Streik eine Lohnerhöhung von 33% pro Eimer Tomaten. In Arizona er-

Mal, seit sie sich organisiert haben, und erreichen nach 64 Tagen Streik 35% mehr Lohn in drei Jahresraten. – Die Gewerkschaft der Kautschukarbeiter beginnt den Streik in 12 Werken von Uniroyal, der im *Juni* mit einem Lohnabschluß erfolgreich beendet wird, der 100%igen Teuerungsausgleich in cts pro Std. für alle gleich garantieren soll. – Eine brutale Lohnsenkung müssen die 130000 Beschäftigten, meist Näherinnen, in der Damenbekleidungsindustrie hinnehmen: Erhöhungen von 25% über 3 Jahre verteilt, bei durchschnittlichen Stundenlöhnen von jetzt 3,90 $ die Stunde.

Im *Juni* und Juli schließen die letzten Belegschaften der 22000 Arbeiter in den Holz- und Papierfabriken im

z.kam. Vier Puertoricaner mußte die US-Regierung am 10. September aufgrund weltweiter Proteste aus über 25jähriger Haft entlassen. Collazo und Torresola verübten am 1.11.1950 als Teil eines Massenaufstandes des puertoricanischen Volkes gegen die US-Kolonialherrschaft ein Attentat auf den damaligen Präsidenten Truman. Torresola wurde getötet, Collazo verwundet und eingekerkert. Lebron, Miranda, Flores und Cordero (der Anfang dieses Jahres starb) griffen mit Pistolen bewaffnet am 1. März 1954 das US House of Representatives an und protestierten damit gegen die von den USA 1952 diktierte Verfassung, nach der Puerto Rico den Status eines den USA zugehörigen „Commonwealth" erhielt.

Puerto Rico – die mit knapp 9000 km² kleinste, aber dicht besiedelste (3 Mio. Einwohner) Insel der Großen Antillen im Karibischen Meer – ist seit 1898 unter Kolonialherrschaft der USA.

Anfang der fünfziger Jahre begannen die US-Imperialisten, Puerto Rico zu „industrialisieren". Die Zugehörigkeit zum US-Zollgebiet, Steuererleichterungen für US-Kapital sowie die niedrigen Löhne (im Schnitt 2 $ die Stunde) erleichterte es ihnen, ihr Kapital in Fabriken zur Herstellung von Elektronikgeräten, drei großen Erdölraffinerien, einer wachsenden petrochemischen Industrie sowie Atomkraftwer-



Hauptexportprodukte sind weiter Ananas, Kaffee und Tabak.

Neben der wirtschaftlichen Plünderung verwandelten die US-Imperialisten Puerto Rico in einen massiven Militärstützpunkt gegen die Länder Mittel- und Südamerikas. Durch ihre ständigen Bombenabwürfe und Schießübungen an der Küste der östlich von Puerto Rico gelegenen Insel Vieques haben sie die Fischfanggründe zerstört.

Ihrer Existenzgrundlage beraubt und zu Hunderttausenden in die USA deportiert (allein 950000 Puertoricaner leben heute in New York) leisten die puertoricanischen Kleinbauern und Fischer zusammen mit den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern der petrochemischen und Erdölindustrie erbitterten Widerstand gegen die US-Kolonialherrschaft. 1974 demonstrierten 20000 in New York für die Unabhängigkeit des Landes und forderten die Freilassung der Inhaftierten. 1977 wehte die puertoricanische Flagge von der Freiheitsstatue in New York. Am Tage





Links: Urabstimmung der Lehrer in San Francisco, 11. September, gegen Lohnsenkungen und Einstellung auf Zeitvertrag.
Rechts: Streikposten bei Caterpillar, Ende August, gegen Entlassung gewerkschaftlicher Vertrauensleute.

18–20°, ... mit Tätigkeiten, die mit körperlicher Bewegung im Stehen ausgeübt werden, 12–16°, für Büroräume, Schulen ... usw. 19–20° und für Wohnungen 19–21°." Außerdem: Wasser bis 45°, noch weniger Straßenbeleuchtung, Senkung des Kraftstoffverbrauchs. Die Arbeiter sollen sich rund um die Uhr warm arbeiten. Der Anteil der Schichtarbeit, 1977: 9,6%, 1979: 14,7%, soll weiter steigen. Wer das vorgeschriebene Energiekontingent überschreitet, muß künftig den 10fachen Preis für die zusätzliche Energiemenge zahlen. 10000 Kontrolleure wurden bereits am 5.9. ausgesandt, um „überall in der DDR", die „rationelle Anwendung von Energie" zu überwachen (Radio DDR, 5.9.79).

UdSSR: Erlaß gegen „Hooliganismus"

z.pek. Mit einem „Erlaß über die Verstärkung des Kampfes gegen Rechtsverletzungen" hat die sowjetische Regierung Mitte September neue Richtlinien für den Ausbau des Polizeiapparates herausgegeben. Insbesondere die wachsende Rebellion der Arbeiterjugend – von den Sozialimperialisten als „Gesetzesverletzungen von Minderjährigen in Lehranstalten, Arbeitskollektiven und Wohnorten" registriert – soll durch „verbesserten Schutz der öffentlichen Ordnung" gebrochen werden. Zu den bereits durchgeführten Maßnahmen gehört die Einführung von Doppelstreifen der Polizei in den großen Städten, wo früher Einzelstreifen eingesetzt waren. Unter den Ausbeutungsbedingungen der sozialimperialistischen Bourgeoisie führt der Verfall der familienmäßigen Reproduktion aufgrund der Vergesellschaftung der Produktion und die Herausbildung einer industriellen Reservearmee – wie in den westlichen imperialistischen Metropolen – zu Verwahrlosung und Bandenbildung unter den 15- bis 20jährigen. Das Parteiorgan *Iswestija* beklagte dies in einer mehrwöchigen Propagandakampagne gegen den „Hooliganismus". „Die Hooligane sind gut bewaffnet und gut organisiert. Es ist offensichtlich, daß man die Schlagkraft der Polizei erhöhen muß", lautet ihr Resümee. Der Ausbau der Zuchthäuser soll beschleunigt werden, um zu verhindern, „daß viele Hooligane nach ihrer Verhaftung in den Genuß unerträglicher Straflosigkeit kommen". Die Zeitschrift *Sowjetskaja Pedagogika* berichtet über „Sommerlager für Arbeit", die sich „als die erfolgreichste Form der Erziehung schwierig zu lenkender Jugendlicher" erwiesen hätten.

Kossygin in Äthiopien: Erweiterte Wirtschaftskooperation befohlen

z.dab. Kossygin hat sich am 5. Jahrestag der äthiopischen Revolution ganz als Kolonialherr präsentiert und an der Seite der Marionette Mengistu die Militärparaden abgenommen. Sein Besuch galt der Lage an der Kriegsfront. Nachdem die Sozialimperialisten das Ziel, das eritreische Volk in einer Großoffensive (Winter 78/79) niederzuringen, nicht erreicht haben, müssen sie die im September 1978 geschlossenen Verträge über „wirtschaftlich-technische Zusammenarbeit" den geänderten Bedingungen anpassen. Laut Tass sieht das Zusatzprotokoll vor: die Entwicklung der Kooperation in Geologie, Erdölverarbeitung und Landmaschinenbau, Projekte zur Erdöl- und Erdgasexploration, sowie den Umbau einer Erdölraffinerie in Assab, um eine Jahresproduktion von 1 Mio. t zu erreichen. Mit Blick auf die Bodenschätze Eritreas (Gold, Kupfer, Eisenerz und Erdöl im Roten Meer) wollen die Sozialimperialisten die Tribute ihrer Halbkolonie eintreiben: Rohstoffe, landwirtschaftliche Produkte (Kaffee) und Devisen. Im Aggressionskrieg gegen Eritrea hat die UdSSR die äthiopische Wirtschaft ruiniert. Der Militärhaushalt stieg von 1977/78 bis 1978/79 um das Dreifache, die Währungsreserven sanken um 26% und die Volksmassen müssen über die Erhöhung der Einkommenssteuer bis 89% weiter bluten.

Azanische Wanderarbeiter boykottieren Autobuslinien

z.pek. Im südafrikanischen Homeland *Kwazulu* boykottieren mehrere tausend azanische Wanderarbeiter seit Mitte September die Autobuslinien, um die Rücknahme der Fahrpreiserhöhungen für die öffentlichen Verkehrsmittel durchzusetzen. 10000 Arbeiter aus dem Lager Ladysmith, 160 km nördlich von Durban, haben sich dem Boykott angeschlossen. In der Stadt Marburg sind am 18. September 300 Arbeiter in den Streik getreten. Bei einer Kundgebung vor dem Fabrikgebäude beantworteten sie die Drohungen der Kapitalisten, Entlassungen vorzunehmen, mit Blockadeaktionen gegen die Autobusse, bei denen die Busse ziemlich gelitten haben sollen. Das Kolonialregime setzte Polizeitruppen ein, um die Kundgebung aufzulösen. Das Ausmaß der Kämpfe straft die Propaganda des Kolonialregimes Lügen, wonach „sensationelle Umwälzungen in der Kaufkraft der schwarzen Arbeiter" (*The Star*, Johannesburg) im Gange seien, weil ihre Löhne bis 1980 um 72% steigen sollen. Vor allem bei den Grundnahrungsmitteln betragen die Preissteigerungen seit 1977 55%, bis 1980 macht das allein 75,5%. – Mit ihren Aktionen bekämpfen die azanischen Arbeiter gleichzeitig ihre zwangsweise Kasernierung in den Bantustans. Der ständige Aufenthalt in den Städten, Versammlungen und gewerkschaftliche Organisierung sind aufgrund der Bantustangesetze verboten. Die Gründung eines weiteren Reservats, des „Homeland Venda", durch das Kolonialregime wurde letzte Woche vom UN-Sicherheitsrat einstimmig verurteilt.

Die „Entdeckung“ Australiens durch die britische Bourgeoisie

z.hef. Am 26. August 1768 stach im englischen Hafen Plymouth ein Schiff der britischen Admiralität unter dem Kommando von James Cook in See. Offiziell handelte es sich um eine wissenschaftliche Expedition, die „vom Pazifik aus den Verlauf der Venus beobachten“ sollte. Der Auftrag, den die Admiralität Cook tatsächlich gab, war geheim: Er sollte die Küste von „Neuholland“ (Australien) suchen und, falls erfolgreich, die Küste, die Natur der Bewohner, die Beschaffenheit des Bodens und die Produkte erkunden. 1770 landete Cook an der Ostküste Australiens, in der Nähe des heutigen Sydney, und erklärte alles Land östlich vom 135. Längengrad zum Besitz der britischen Krone.

Die Einverleibung Australiens in das britische Kolonialreich war ebensowenig „zufällig“ wie Cooks Reise eine „Entdeckung“ darstellt. Wenn überhaupt jemand, dann hatten die Bewohner des Landes dies einige 10000 Jahre vorher „entdeckt“ und seitdem dort gelebt. Es ging der britischen Bourgeoisie bei der Entsendung Cooks um die Erkundung von Absatzmärkten, von Rohstoffquellen für die aufstrebende Industrie und um Stützpunkte im Handels- und militärischen Krieg gegen die Konkurrenz, vor allem aus Holland und Frankreich. Beide Mächte machten Anstalten, sich in Australien festzusetzen.

Die britische Niederlage im Unabhängigkeitskrieg gegen die nordamerikanischen Kolonien (1775 bis 1783) und damit der Verlust eines großen Teils des Kolonialreichs war der entscheidende Stachel für die 1788 begonnene Kolonisierung Australiens. Erstes Ziel der Regierung: der Aufbau eines Handels- und Marinestützpunktes in Südostasien, der für den Kampf gegen die holländische Bourgeoisie nützen sollte, sich selbst ernährte und aus der Landwirtschaft Profit abwarf. Bemannt wurde die Kolonie zum Großteil mit Gefangenen aus den Gefängnissen Londons und anderer Großstädte. Vor dem nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieg hatte die Regierung jährlich ca. 1000 Gefangene in die Kolonien Virginia und Maryland in Arbeitslager transportiert, an deren Stelle trat jetzt Australien. Die Gefangenen, meistens verelendete und aufrührerische Arbeiter sowie landvertriebene Bauern, wurden wegen solcher Verbrechen wie Taschendiebstahl verbannt, wer zurückkam, aufgehängt.

Wegen des Mangels an Holz und Flachs (für Segeltuch) in der Nähe der ersten Siedlungen konnte das Ziel, einen Marinestützpunkt aufzubauen, nicht durchgeführt werden. Trotzdem wurde die Kolonie wenige Jahre nach der ersten Besiedlung höchst profitabel für das englische Kapital: durch *Schafzucht* und damit *Wollproduktion*. Von der Textilindustrie ging ab 1760 die industrielle Revolution in England aus. Erfindungen wie Spinnmaschine, Kettenwebstuhl und Kardiermaschine machten die Ersetzung des Manufaktur- oder Heimarbeitbetriebs durch Fabrikarbeit möglich. Friedrich Engels schrieb: „Die Übertragung dieser Maschinen auf die Wollspinnerei wurde mit bestem Erfolg durchgeführt. Jetzt trat in den Wollbezirken dieselbe rasche Entwicklung ein, die wir in den Baumwolldistrikten gesehen haben. 1738 waren im West Riding von Yorkshire 75000 wollene Tücher gemacht worden. 1817 wurden 490000 gemacht, und so rasch war die Ausdehnung der Wollindustrie, daß 1834 schon 450000 Stücke Tuch mehr ausgeführt wurden als 1825.“

Die Bourgeoisie brauchte immer mehr Rohstoffe für die Ausbeutung der Textilarbeiter, und möglichst immer billiger. In den Kriegen gegen die französische Revolution und gegen Napoleon war England von den ausländischen Rohstoffquellen Sachsen und Spanien teilweise abgeschnitten, die eigene Wolle war nicht ausreichend. Mit aller Macht trieb die Bourgeoisie deshalb die Wollproduktion in den Kolonien voran. Die natürlichen Bedingungen Australiens erwiesen sich als günstig. Wolle konnte außerdem ohne Beschädigung dem langen Transport ausgesetzt werden.

Große Summen Kapital wurden in der Wollproduktion angelegt. Die Regierung überließ zwei Kapitalgesellschaften weite Ländereien, die diese weiterverpachten sollten. Bald trieben Siedler für die Kapitalisten – und mit Sklavenarbeit der Gefangenen – Millionen von Schafe auf das Land der „Aborigines“, der „Eingeborenen“, die in die Wüsten verjagt oder ausgerottet wurden. Ab 1820 wurde Wolle nach England geliefert. 1821 waren es 175000 Pfund, 1830 mehr als zwei Millionen Pfund, 1840 acht Millionen und 1850 39 Millionen Pfund Wolle, die Hälfte aller englischen Wollimporte und fünfmal soviel wie ganz Deutschland damals importierte.

Ende des letzten Jahrhunderts ließ die Bourgeoisie nach Erfindung der Gefriertransporte auch Schaffleisch und Rindfleisch liefern. In den Küstengebieten wurden außerdem Weizenfarmen und Baumwoll- und Zuckerrohrplantagen angelegt.

Ihre Art Landwirtschaft ist eine der Methoden, mit denen sich die Bourgoisie hemmungslos und zerstörerisch die Reichtümer Australiens aneignet. Die Kapitalisten und ihre Siedler dachten und denken gar nicht daran, den Boden zu schonen oder zu düngen – die Herde wurde weitergetrieben. Große Flächen natürlicher Weide z.B. wurden übergrast, das heißt, die Grasdecke zerstört. Bodenerosion, Sandstürme, Versteppung und Austrocknung großer Gebiete sind die Folge.

führt werden. Trotzdem wurde die Kolonie wenige Jahre nach der ersten Besiedlung höchst profitabel für das englische Kapital: durch *Schafzucht* und damit *Wollproduktion*. Von der Textilindustrie ging ab 1760 die industrielle Revolution in England aus. Erfindungen wie Spinnmaschine, Kettenwebstuhl und Kardiermaschine machten die Ersetzung des Manufaktur- oder Heimarbeitbetriebs durch Fabrikarbeit möglich. Friedrich Engels schrieb: „Die Übertragung dieser Maschinen auf die Wollspinnerei wurde mit bestem Erfolg durchgeführt. Jetzt trat in den Wollbezirken dieselbe rasche Entwicklung ein, die wir in den Baumwolldistrikten gesehen haben. 1738 waren im West Riding von Yorkshire 75000 wollene Tücher gemacht worden. 1817 wurden 490000 gemacht, und so rasch war die Ausdehnung der Wollindustrie, daß 1834 schon 450000 Stücke Tuch mehr ausgeführt wurden als 1825.“

Die Bourgeoisie brauchte immer mehr Rohstoffe für die Ausbeutung der Textilarbeiter, und möglichst immer billiger. In den Kriegen gegen die französische Revolution und gegen Napoleon war England von den ausländischen Rohstoffquellen Sachsen und Spanien teilweise abgeschnitten, die eigene Wolle war nicht ausreichend. Mit aller Macht trieb die Bourgeoisie deshalb die Wollproduktion in den Kolonien voran. Die natürlichen Bedingungen Australiens erwiesen sich als günstig. Wolle konnte außerdem ohne Beschädigung dem langen Transport ausgesetzt werden.

Große Summen Kapital wurden in der Wollproduktion angelegt. Die Regierung überließ zwei Kapitalgesellschaften weite Ländereien, die diese weiterverpachten sollten. Bald trieben Siedler für die Kapitalisten – und mit Sklavenarbeit der Gefangenen – Millionen von Schafe auf das Land der „Aborigines“, der „Eingeborenen“, die in die Wüsten verjagt oder ausgerottet wurden. Ab 1820 wurde Wolle nach England geliefert. 1821 waren es 175000 Pfund, 1830 mehr als zwei Millionen Pfund, 1840 acht Millionen und 1850 39 Millionen Pfund Wolle, die Hälfte aller englischen Wollimporte und fünfmal soviel wie ganz Deutschland damals importierte.

Ende des letzten Jahrhunderts ließ die Bourgeoisie nach Erfindung der Gefriertransporte auch Schaffleisch und Rindfleisch liefern. In den Küstengebieten wurden außerdem Weizenfarmen und Baumwoll- und Zuckerrohrplantagen angelegt.

Ihre Art Landwirtschaft ist eine der Methoden, mit denen sich die Bourgoisie hemmungslos und zerstörerisch die Reichtümer Australiens aneignet. Die Kapitalisten und ihre Siedler dachten und denken gar nicht daran, den Boden zu schonen oder zu düngen – die Herde wurde weitergetrieben. Große Flächen natürlicher Weide z.B. wurden übergrast, das heißt, die Grasdecke zerstört. Bodenerosion, Sandstürme, Versteppung und Austrocknung großer Gebiete sind die Folge.

Beim Raubbau an Bodenschätzen wenden die Imperialisten ebenfalls die Methode des Ausschlürfens an. 1850 wurde Gold entdeckt, kurz vorher Kupfer. Mit der Entwicklung des Imperialismus nimmt ihr Bedürfnis nach billigen Rohstoffen immer mehr zu, dementsprechend intensivieren die Kapitalisten die Suche. Zinn, Zink, Blei, Silber, Gold, Bauxit, Uran haben sie unter anderem bislang in Australien gefunden. Die Aborigines werden selbst aus den Wüsten vertrieben. Die Bodenschätze werden im Übertagebau ausgebeutet, die Löcher bleiben wie riesige Narben zurück.

Im Kampf um das geraubte Land entsteht die Nation der australischen Aboriginals

z.mat.Sydney. „Die Inbesitznahme der Ostküste Australiens durch Kapitän Cook im Jahr 1770 und die anschließenden Gesetze, mit denen der gesamte australische Kontinent Bestandteil des Herrschaftsgebietes der Krone wurde, waren Staatsakte, deren Gültigkeit nicht in Frage gestellt werden kann. Die Behauptung, es gäbe in Australien eine Nation der Aborigines, die eine Souveränität von selbst beschränktem Umfang ausübt, ist rechtlich unmöglich aufrechtzuerhalten. Es ist die Grundlage unseres Rechtssystems, daß die australischen Kolonien zu britischen Besitztümern wurden durch Besiedlung und nicht durch Eroberung.“ Damit wies der Oberste Gerichtshof Australiens im April 1979 die Klage der schwarzen Australier gegen die Regierungen in Canberra und London, daß sie seit 1788 ihres Landes unrechtmäßig beraubt worden sind, zurück. Fünf Monate später, am 1. September, mußte Premierminister Fraser mitteilen, daß er bereit ist, mit der National Aboriginal Conference, der gewählten Vertretung der schwarzen Australier, über einen Vertrag zu verhandeln. Nach über 150 Jahren Kampf ist dies ein entscheidender Erfolg der rechtmäßigen Einwohner Australiens.

Vor der Ankunft der Kolonialisten war der gesamte Kontinent von 500 Völkerschaften bewohnt. In einem Land, das ohne hochentwickeltes Bewässerungssystem intensive Landwirtschaft nur in äußerst kleinen Gebieten erlaubt, hatten sie ein System der Landpflege entwickelt, das es ihnen ermöglichte, von Jagd und Früchten zu leben: Mit Roden und Abbrennen des Unterholzes sorgten sie dafür, daß sich unter den verstreut wachsenden Bäumen Gras ausbreiten konnte, von dem die Känguruhs leben. Das Land war gemeinschaftlicher Besitz jeder Völkerschaft, der die Sorge um seinen Bestand übertragen war. Zwischen den einzelnen Völkerschaften bestand trotz der zahlreichen verschiedenen Sprachen und kulturellen Traditionen ein enger Zusammenhalt, der auf jährlichen Treffen mit Wettkämpfen und Liedern gefestigt wurde.

Als Cook 1770 in Australien landete, erklärte er das Land für unbewohnt. Entsprechend seinem Auftrag, bewohntes Land durch Verhandlungen und unbewohntes Land direkt für die britische Krone in Besitz zu nehmen, pflanzte er an seinem ersten Landeplatz die britische Flagge auf. Damit begann ein 200 Jahre dauernder Kampf der Australier gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlage durch den Raub ihres Landes. Wo es den Kolonialisten gelang, sie von ihrem Land zu vertreiben, rodeten sie Bäume, brachen den Boden auf und säten europäische Grassorten, um das Land für Schaf- und Rinderzucht zu verwenden. Känguruhs wurden rigoros abgeschossen, weil das Gras für die Schafe gesät war. Viele Australier wurden so gezwungen, ihr Land zu verlassen und bei anderen Völkerschaften Zuflucht zu suchen. Gleichzeitig wurde das Land damit intensivem Raubbau ausgesetzt. Die Vernichtung der ursprünglichen Vegetation ist begleitet von zunehmender Dürre, Erosion und Versalzung. Bei 52% der über 5 Mio. km^2 landwirtschaftlich genutzten Landes sind selbst nach Angaben der Regierung heute Landkonservierungsmaßnahmen nötig.

Die Geschichtsbücher der Imperialisten stellen die Eroberung Australiens immer als Vergangenheit dar, weil es seit dem Fall des letzten selbständigen Territoriums der schwarzen Australier 1933 keine bewaffneten Auseinandersetzungen mehr gegeben hat. In Wahrheit hat die Landnahme durch Siedler und Bergbaukonzerne in den letzten 30 Jahren ein Ausmaß erreicht wie nie zuvor. Im Bundesstaat Westaustralien, dessen Fläche 33% des Kontinents ausmacht, ist ein Drittel der bestehenden Weidefläche erst nach 1950 erschlossen worden, und in den nächsten 20 Jahren soll sie um weitere 40% erhöht werden. Im Northern Territory, das 18% von Australien umfaßt und wegen der geringen Zahl der Siedler (weniger als 100000) bis 1978 noch direkt durch die Bundesregierung verwaltet wurde, wird „unerschlossenes Gelände“ an Siedler für Rinderzucht vergeben. Ruinierte Bauernfamilien aus den Südstaaten der USA erhalten dort „Höfe“ von mehreren tausend Hektar zugeteilt. Bei der Geschwindigkeit der Landnahme ist es unmöglich, die rechtmäßigen Besitzer überall zu vertreiben. In weiten Gebieten wird das Land stückweise gerodet, umbrochen und besät, während die schwarzen Australier weiter auf ihrem Land wohnen und ihr Recht, von ihrem Land zu leben, gegen die Siedler verteidigen. Ist das infolge der Vernichtung der ursprünglichen Vegetation und Tierwelt nicht mehr möglich, dann erreichen sie oft statt der Vertreibung die Anerkennung durch die Regierung als Arbeitslose. Das Geschäft der Vertreibung übernehmen dann die Siedler. Im April dieses Jahres z.B. entließ der US-Konzern King Ranch Texas auf seiner Farm Lake Nash, Northern Territory, die wenigen dort beschäftigten schwarzen Viehhirten, baute die Wasserversorgung im Lager ab und weigerte sich, Schecks der Sozialversicherung als Zahlung für Lebensmittel im Laden der Farm anzunehmen, so daß die Australier 90 km zum nächsten Laden fahren mußten. Im Juli mußte King Ranch schließlich einer Anordnung der Regierung Folge leisten, die die Australier nach monatelangem Kampf durchsetzen konnten, und Lebensmittel verkaufen. Auf Gordon Downs, einer Farm des englischen Lord Vestey, wird der Kampf um Wasserversorgung und Verkauf von Lebensmitteln noch geführt.

Mit dem Niedergang des Imperialismus nimmt der unversöhnliche Widerspruch zwischen den kolonialen Besetzern und den rechtmäßigen Eigentümern schnell an Schärfe zu. Einerseits beschleunigen die Imperialisten ihre Jagd nach den Reichtümern der Völker und beginnen in Australien, die Bodenschätze – Kohle, Uran, Bauxit – zu plündern auch in Gebieten, die als „Reservate“ dem Zugriff der Farmer entzogen werden konnten. Andererseits entwickelt sich in den heftigen



sind selbst nach Angaben der Regierung heute Landkonservierungsmaßnahmen nötig.

zum nächsten Laden fahren mußten. Im Juli mußte King Ranch schließlich einer Anordnung der Regierung Folge leisten, die die Australier nach monatelangem Kampf durchsetzen konnten, und Lebensmittel verkaufen. Auf Gordon Downs, einer Farm des englischen Lord Vestey, wird der Kampf um Wasserversorgung und Verkauf von Lebensmitteln noch geführt.

Mit dem Niedergang des Imperialismus nimmt der unversöhnliche Widerspruch zwischen den kolonialen Besetzern und den rechtmäßigen Eigentümern schnell an Schärfe zu. Einerseits beschleunigen die Imperialisten ihre Jagd nach den Reichtümern der Völker und beginnen in Australien, die Bodenschätze – Kohle, Uran, Bauxit – zu plündern auch in Gebieten, die als „Reservate“ dem Zugriff der Farmer entzogen werden konnten. Andererseits entwickelt sich in den heftigen

Vor der Ankunft der Kolonialisten war der gesamte Kontinent von 500 Völkerschaften bewohnt. In einem Land, das ohne hochentwickeltes Bewässerungssystem intensive Landwirtschaft nur in äußerst kleinen Gebieten erlaubt, hatten sie ein System der Landpflege entwickelt, das es ihnen ermöglichte, von Jagd und Früchten zu leben: Mit Roden und Abbrennen des Unterholzes sorgten sie dafür, daß sich unter den verstreut wachsenden Bäumen Gras ausbreiten konnte, von dem die Känguruhs leben. Das Land war gemeinschaftlicher Besitz jeder Völkerschaft, der die Sorge um seinen Bestand übertragen war. Zwischen den einzelnen Völkerschaften bestand trotz der zahlreichen verschiedenen Sprachen und kulturellen Traditionen ein enger Zusammenhalt, der auf jährli-

Die Geschichtsbücher der Imperialisten stellen die Eroberung Australiens immer als Vergangenheit dar, weil es seit dem Fall des letzten selbständigen Territoriums der schwarzen Australier 1933 keine bewaffneten Auseinandersetzungen mehr gegeben hat. In Wahrheit hat die Landnahme durch Siedler und Bergbaukonzerne in den letzten 30 Jahren ein Ausmaß erreicht wie nie zuvor. Im Bundesstaat Westaustralien, dessen Fläche 33% des Kontinents ausmacht, ist ein Drittel der bestehenden Weidefläche erst nach 1950 erschlossen worden, und in den nächsten 20 Jahren soll sie um weitere 40% erhöht werden. Im Northern Territory, das 18% von Australien umfaßt und wegen der geringen Zahl der Siedler (weniger als 100000) bis 1978 noch direkt durch die





Links: die Flagge der Aboriginal-Nation weht über Quail Island, um die Benutzung als Bombenabwurfplatz zu verhindern. – Rechts: Demonstration für Landrecht in Alice Springs, Februar 1976.

Die australischen Marxisten-Leninisten zum Kampf der schwarzen Australier

In einer recht außergewöhnlichen Note hat der Minister für Eingeborenen-Angelegenheiten, Senator Chaney, im März dazu aufgerufen, unter den Aborigines die „protestantische (Arbeits)-Ethik“ zu fördern, um sie dafür zu interessieren, Arbeit in Uranbergwerken anzunehmen. (...) Friedrich Engels hatte auf die Verbindung von Protestantismus und Kapitalismus bereits hingewiesen. (...)

„Calvins Dogma war den kühnsten der damaligen Bürger angepaßt. Seine Gnadenwahl war der religiöse Ausdruck der Tatsache, daß in der Handelswelt der Konkurrenz Erfolg oder Bankrott nicht abhängt von der Tätigkeit oder dem Geschick des Einzelnen, sondern von Umständen, die von ihm unabhängig sind.“ (...) Die entscheidende Tatsache ist deshalb, daß die „protestantische Ethik“ eine Ethik der Bourgeoisie war, eine Ideologie, die verbunden war mit Besitz und Profit. (...) Von Bourgeoisideologen wie Samuel Smiles, dessen berühmtes Buch „Sparsamkeit“ ein Bestseller war, wurde diese Theorie verhökert und den Arbeitern eingetrichtert. Sie versprach ihnen, daß sie, sofern sie hart arbeiteten, nie „Ärger verursachten“ oder sich beschwerten, ihre Löhne sparten und ihren Beschäftigern gegenüber gehorsam waren, auch reich und Kapitalisten werden würden. (...)

Dieser Smiles'sche Mist ist genau, was Chaney vorschwebt. Fälschlich nennt er es die „protestantische Ethik“. Er will gar nicht, daß die Aborigines Kapitalisten werden (jedenfalls noch nicht), aber er will eine Ideologie, die sie anhält, hart zu arbeiten für ausländische Kapitalisten, ohne sich über Löhne, Sicherheit, Gesundheit und Arbeitsbedingungen zu beschweren.

Vielleicht möchte Chaney auch, daß die Aborigines Kapitalisten werden, aber nicht auf dem Gebiet des Urans. Das ist schon an die Multis vergeben. Aber er will schlau sein, und dabei wendet er das Konzept der „protestantischen Ethik“ falsch an und beweist damit nur seine Unkenntnis der europäischen Geschichte.

Es kann sein, daß die schwarzen Australier über europäische Geschichte auch nicht viel wissen. Aber sie geben auch nicht vor, eine „gute Erziehung“ genossen zu haben. Sie wissen jedoch eine Menge über Europas Geschenke an die „weniger zivilisierte“ Welt: insbesondere über Kolonialismus und Imperialismus. Sie wissen eine Menge mehr als der beste Geschichtsexperte.

Es ist auch klar, daß sie sowohl die protestantische Ethik der Bosse ablehnen als auch die Smiles'sche Ethik für die Arbeiter. Die Schwarzen wollen nicht Kapitalisten sein, sie wollen nicht in den Uranbergwerken der Kapitalisten arbeiten; und sie wollen keinen Kapitalismus, Punkt.

Unserer Ansicht nach werden die Schwarzen, nachdem sie zwei Jahrhunderte kolonialistischen und imperialistischen Angriffen widerstanden haben, den neuesten Angriff der Multis erfolgreich zurückschlagen. Aber auf lange Sicht wird ein sicherer Sieg davon abhängen, daß die Schwarzen eine Einheitsfront mit den weißen arbeitenden und patriotischen Menschen bilden gegen ihre gemeinsamen imperialistischen Feinde.

Es ist außerdem unmöglich, die Uhr zurückzudrehen. Aborigines haben verständlicherweise den Kapitalismus abgelehnt, und viele würden es vorziehen, zu ihrem traditionellen System des ursprünglichen Kommunismus zurückzukehren. Aber man kann nie zurück über den steilen, felsigen Berg – nur drüber, und auf der anderen Seite hinunter in das fruchtbare Tal dahinter. Das Ziel muß der Kommunismus sein, und der Weg nach vorn führt durch anti-imperialistische Unabhängigkeit und Sozialismus.

Vanguard, Zeitung der Communist Party of Australia (Marxist-Leninist), 28.6.1979

Die Kommunistische Partei Australiens (M-L) war die erste politische Partei, die ernsthaft gesagt hat, daß die Geschichte Australiens nicht mit der kolonialistischen Besetzung durch Philip begann. Sie reicht 40 – 50000 Jahre zurück, als das Land den schwarzen Völkern gehörte.

Gleichfalls sagten wir, daß die Besiedlung durch Philip (erster Gouverneur von Neusüdwales, organisierte ersten Gefangenentransport nach Australien, d.Red.) bei weitem keine Zivilisationstat war, sondern die brutale koloniale Unterdrückung und Vernichtung der schwarzen Völker.

Außerdem sagten wir, daß die schwarzen Völker, weit davon entfernt, keinen Widerstand zu leisten, weit davon entfernt, eine Haltung freundlicher Begrüßung zu zeigen, gegenüber der Besetzung durch Philip heroisch Widerstand leisteten. Sie hielten an ihrem Widerstand fest. Sie nahmen die Waffen auf. Sie fochten viele große Kämpfe aus und führten einen langanhaltenden Guerillakampf. Diese stolze Tradition ist ihnen in ihren gegenwärtigen Kämpfen von großem Nutzen.

Im wahren Geist des Kommunismus, der „das radikalste Brechen mit den überlieferten Ideen“ ist (Kommunistisches Manifest), griffen wir die Indoktrination der Bourgeoisie an, daß Australiens Geschichte 1788 begann. Jetzt springen bürgerliche Historiker und „Experten“ auf diesen Zug. Sie erkennen unsere Analyse an, aber sie wenden sie in ein Gejammer und in Bitten für „bessere Behandlung“ des schwarzen Volkes – und das, wo sie doch selbst immer „wohlwollende Herren des schwarzen Volkes“ gewesen sind. Das schwarze Volk von Australien erlebt ein großes Neuerwachen. Sein Kampf ist Teil des allgemeinen Kampfes für Unabhängigkeit und Sozialismus.

Vanguard, 21.6.1979



Die Karte zeigt Gegenden, von denen uns Kämpfe während der letzten 12 Monate bekannt geworden sind, Städte, in denen Demonstrationen der schwarzen Australier für Landrecht stattfanden, wichtige Bergwerke und Bergbauvorhaben.

Kämpfen gegen die Plünderung des Landes der Zusammenschluß der schwarzen Australier mit dem Kampf der Arbeiterklasse.

Obwohl die Aborigines durch das Festhalten an ihrem Land lange nicht in Lohnarbeit gezwungen werden konnten – in ihren ersten Bergwerken und Farmen setzten die Kolonialisten deshalb auf pazifischen Inseln geraubte Sklaven ein –, waren 1971 etwa 23500 von ihnen als Lohnarbeiter tätig, und ihr Kampf gegen die mörderischen Arbeitsbedingungen steht erst am Anfang. In Baryulgil, Neusüdwales, haben sie eine Kampagne begonnen, weil 70% der Aborigines, die dort in einem Asbestwerk arbeiten, chronische Bronchitis haben. Auf einer Baumwollfarm in Narrabri, Neusüdwales, ließ der Siedler Anfang dieses Jahres, ,,weil die Arbeit eilte'', Insektizide auf die Felder sprühen, während Aboriginal-Arbeiter auf ihnen arbeiteten. Diese und zahllose andere Fälle sind der Ausgangspunkt für die Unterstützung der Aboriginal-Nation durch die Gewerkschaftsbewegung. In Queensland führen die Gewerkschaften zur Zeit einen Musterprozeß für das Recht auf Gewerkschaftsmitgliedschaft und Tariflohn (Aborigines in Reservaten ist Gewerkschaftsmitgliedschaft verboten, und ihr Lohn beträgt weniger als die Hälfte des Tariflohns). In mehreren Städten haben die Gewerkschaften Landrecht-Komitees gegründet, die die Forderung nach Land unterstützen, durch Boykott von Mineralienabbau, Teilnahme an Demonstrationen und andere Maßnahmen.

Nachdem die Politik der direkten Vernichtung gescheitert war, haben die Kolonialisten alles mögliche versucht, sie mit anderen Mitteln fortzusetzen. Gebiete mit kargem Boden wurden zu Reservaten erklärt, deren Verwaltung den Kirchen übertragen wurde. Die Reservate sind offene Gefängnisse und unterliegen gesetzlichen Regelungen. Der Queensland Aborigines and Torres

Land Councils erheben, hat die Regierung in Queensland die Taktik gewechselt und das Reservat Aurukun and Mornington Island aufgelöst und dort Gemeindewahlen ausgeschrieben, um die Verwaltung durch Siedler zu sichern. In anderen Staaten werden weite Gebiete zu Nationalparks erklärt, um Forderungen der schwarzen Australier nach Anerkennung ihres Rechts auf das Land zuvorzukommen.

Die schwarzen Australier haben auf diese und andere Manöver mit der Gründung ihrer eigenen Organisationen geantwortet. Auch einen anderen Spaltungsversuch der Imperialisten, als ,,Eingeborene'' nur die Volksstämme anzuerkennen, die noch nicht von ihrem Land vertrieben worden sind, konnten sie zurückschlagen. ,,Ein Aboriginal ist eine Person von Aboriginal-Herkunft, die sich als Aboriginal betrachtet und von der Gemeinschaft, in der sie lebt, als solche anerkannt wird.'' Diese Definition mußte die Regierung offiziell anerkennen. Weder die Hautfarbe noch der Wohnort entscheiden damit darüber, wer zur Nation der Aborigines, wie die Australier sich selbst jetzt nennen, gehört. 350000 Australier lebten bei Cooks Ankunft im Land, 90000 waren es vor dem zweiten Weltkrieg; heute zählen sich 200000 zur Aboriginal-Nation.

,,Für die Aborigines in Neusüdwales gibt es nur ein Problem – und das ist Landrecht. Alles andere kann mit der Zeit gelöst werden, sobald wir unser Land haben. (...) Dieses Land gehört uns. Es wurde von weißen Kolonisierern besetzt, die es mit Gewalt genommen haben. (...) Dies ist überhaupt kein soziales Problem. Es ist ein politisches Problem zwischen den schwarzen Besitzern und den weißen Eindringlingen und Zerstörern. Und der Schlüssel zur Lösung dieses Problems ist nicht besseres Sozialwesen usw. – er ist Landrecht, Selbstbestimmung und gerechte Entschädigung.'' (Koorakookoo, Zeitung des New South Wales

am Anfang. In Baryulgil, Neusüdwales, haben sie eine Kampagne begonnen, weil 70% der Aborigines, die dort in einem Asbestwerk arbeiten, chronische Bronchitis haben. Auf einer Baumwollfarm in Narrabri, Neusüdwales, ließ der Siedler Anfang dieses Jahres, ,,weil die Arbeit eilte'', Insektizide auf die Felder sprühen, während Aboriginal-Arbeiter auf ihnen arbeiteten. Diese und zahllose andere Fälle sind der Ausgangspunkt für die Unterstützung der Aboriginal-Nation durch die Gewerkschaftsbewegung. In Queensland führen die Gewerkschaften zur Zeit einen Musterprozeß für das Recht auf Gewerkschaftsmitgliedschaft und Tariflohn (Aborigines in Reservaten ist Gewerkschaftsmitgliedschaft verboten, und ihr Lohn beträgt weniger als die Hälfte des Tariflohns). In mehreren Städten haben die Gewerkschaften Landrecht-Komitees gegründet, die die Forderung nach Land unterstützen, durch Boykott von Mineralienabbau, Teilnahme an Demonstrationen und andere Maßnahmen.

Nachdem die Politik der direkten Vernichtung gescheitert war, haben die Kolonialisten alles mögliche versucht, sie mit anderen Mitteln fortzusetzen. Gebiete mit kargem Boden wurden zu Reservaten erklärt, deren Verwaltung den Kirchen übertragen wurde. Die Reservate sind offene Gefängnisse und unterliegen gesetzlichen Regelungen. Der Queensland Aborigines and Torres
Strait Islanders' Act zum Beispiel legt für Reservate fest, zu welchen Zeiten die Benutzung elektrischer Geräte erlaubt ist, wie Tiere vergraben werden dürfen, welches Badezeug erlaubt ist, wie Kinder erzogen werden müssen und vieles mehr. Seit die schwarzen Australier die Forderung nach Selbstverwaltung der Reservate durch die

nen geantwortet. Auch einen anderen Spaltungsversuch der Imperialisten, als ,,Eingeborene'' nur die Volksstämme anzuerkennen, die noch nicht von ihrem Land vertrieben worden sind, konnten sie zurückschlagen. ,,Ein Aboriginal ist eine Person von Aboriginal-Herkunft, die sich als Aboriginal betrachtet und von der Gemeinschaft, in der sie lebt, als solche anerkannt wird.'' Diese Definition mußte die Regierung offiziell anerkennen. Weder die Hautfarbe noch der Wohnort entscheiden damit darüber, wer zur Nation der Aborigines, wie die Australier sich selbst jetzt nennen, gehört. 350000 Australier lebten bei Cooks Ankunft im Land, 90000 waren es vor dem zweiten Weltkrieg; heute zählen sich 200000 zur Aboriginal-Nation.

,,Für die Aborigines in Neusüdwales gibt es nur ein Problem – und das ist Landrecht. Alles andere kann mit der Zeit gelöst werden, sobald wir unser Land haben. (...) Dieses Land gehört uns. Es wurde von weißen Kolonisierern besetzt, die es mit Gewalt genommen haben. (...) Dies ist überhaupt kein soziales Problem. Es ist ein politisches Problem zwischen den schwarzen Besitzern und den weißen Eindringlingen und Zerstörern. Und der Schlüssel zur Lösung dieses Problems ist nicht besseres Sozialwesen usw. – er ist Landrecht, Selbstbestimmung und gerechte Entschädigung.'' (Koorakookoo, Zeitung des New South Wales
Land Council, Febr. 1979) Die Beendigung der Plünderung des Landes durch die Imperialisten ist Voraussetzung dafür, daß die Nation der Aborigines ihr Land zurückerhält. Dazu muß das bestehende Kolonialgebilde zerschlagen werden. Die Verbindung des Kampfes der Aborigines mit dem Kampf der Arbeiterklasse ist der Weg dorthin.

150 Jahre Widerstandskampf gegen die Eroberung des australischen Kontinents

z.cht.Sydney. Als Kapitän Cook 1770 im Gebiet des heutigen Sydney seine Landmarken aufpflanzte und das Land für den englischen König in Besitz nahm, war Australien schon mindestens 40000 Jahre bewohnt. Die Inbesitznahme des Kontinents durch europäische Siedler bedeutete für die Australier die Vernichtung ihrer Lebensgrundlage, und sie führten von Anfang an einen heroischen Kampf gegen die Besetzung. Um den Weg für die Siedler freizuräumen, führten die Kolonialbehörden wahre Vernichtungs- und Völkermordfeldzüge durch. Den Krieg gegen die Australier mußten sie oft auch gegen den Widerstand der Siedler selbst führen, die überwiegend nach Australien verschleppte Gefangene waren; das zeigt eine Verordnung von 1803 in Neusüdwales, die es jedem Siedler bei Strafe verbot, einem ,,Eingeborenen'' Unterkunft zu gewähren. 50 Jahre Krieg brauchte es in Neusüdwales, bis die ,,Besiedlung'' als gesichert galt.

In Queensland und im Northern Territory, wohin die Siedler erst 50 Jahre später gelangten, reichten die Kämpfe bis weit in das gegenwärtige Jahrhundert. Die Rinderfarmen mußten mit dicken, mit Schießscharten ausgestatteten Wänden umgeben werden. Die Jagd auf die Goldvorkommen in Queensland wurde über lange Jahre von dem gut ausgebildeten, etwa 1000 Mann starken Heer der Kalkadoons heroisch bekämpft. In ihrer Zeitung ,,Cooktown Courier'' klagten die Kolonialisten 1873: ,,Die Erschließung der Mineralien kann nur mit gut ausgerüsteten und schwerbewaffneten Einheiten durchgeführt werden. Die Besiedlung muß offensichtlich aufgeschoben werden, bis die Vernichtung beendet ist – ein Unternehmen, das bislang ohne Aussicht auf Erfolg zu sein scheint – oder bis vernünftigere und menschlichere Methoden gefunden werden, mit den Schwarzen umzugehen.'' Im gleichen Jahr berichtet ein General der englischen Kolonialmacht über eine Schlacht im Northern Territory, bei der seine Truppen in die Flucht geschlagen wurden: ,,Die Armee sah eindrucksvoll aus. Die Männer marschierten in dichten Reihen, und es war offensichtlich, daß sie eine gut trainierte und organisierte Kraft bildeten. Sie kamen in einer geschlossenen Phalanx von fünf oder sechs Reihen, und jede Reihe bestand aus 18 bis 20 Kriegern.''

Die Kolonialisten verhängten wiederholt das Kriegsrecht über die Provinzen, um Völkermordfeldzüge durchzuführen. Sie setzten Kopfprämien aus auf jeden getöteten oder gefangenen Australier, ob Mann, Frau oder Kind; sie benutzten Gewehre und Gift zur Ausrottung der Australier. Doch bis in die 30er Jahre dieses Jahrhunderts gab es Gebiete, über die die Kolonialmacht keine Gewalt ausübte. Die Völker in Arnhemland konnten ihr Land bis 1933 als ihr souveränes Gebiet verteidigen. Ihr Kampf erzielte einen Teilerfolg, als die Behörden zugestanden, Arnhemland zum ,,Aboriginal-Reservat'' zu erklären. Sie konnten so den größten Teil des Landes erhalten, mußten aber einwilligen, daß auf dem Gebiet Missionsstationen errichtet wurden, denen zugedacht war, sie zu ,,befrieden'' und zu ,,zivilisieren''.



Der Kolonialist John Eyre versucht 1841 erfolglos, an der Südküste zu landen. Er hinterläßt Namen für 2 Berge: ,,Hoffnungslosigkeit'' und ,,Enttäuschung''.

Nach 200 Jahren kolonialer Besetzung Neuaufschwung der Kämpfe

z.cht. Sydney. Die reichen, unerschlossenen Bodenschätze des australischen Kontinents werden nach dem 2. Weltkrieg das Ziel rücksichtsloser imperialistischer Ausplünderung, die die den Aborigines verbliebenen Landesteile mit Vernichtung bedroht. Die Regierung vergibt bereitwillig die Lizenzen für den Raubzug auf Aboriginal Land: Nach dem geltenden Recht ist der ganze australische Kontinent Land der Krone. Doch den Imperialisten entsteht in den Kämpfen der Aborigines um ihr Land ein neuer Feind: In hartnäckigen Kämpfen wachsen die Aboriginal Völker zusammen, sie nehmen den politischen Kampf auf gegen das Recht der imperialistischen Besetzer und für ihr eigenes Recht, und schließen sich zur Nation zusammen, die ihr Land von den Eroberern zurückfordert und sich mit den unterdrückten Völkern der Welt verbindet.

1970 schicken sie an den Generalsekretär der UNO eine erste Petition, in der sie Landrechte fordern. ,,Wir wurden in Reservate geschickt, die als Kronland erklärt wurden, und die Re-

von dem gut ausgebildeten, etwa 1000 Mann starken Heer der Kalkadoons heroisch bekämpft. In ihrer Zeitung ,,Cooktown Courier'' klagten die Ko-

Zugunsten von Bauxitbergwerkgesellschaften wurde dem Yirrkala Volk auf der Gove Halbinsel (Arnhemland) im Northern Territory sein Land gestohlen, und seine heiligen Plätze wurden entweiht. (...) Als Bauxit in Weipa an der Westküste der Cape York Halbinsel entdeckt wurde, wurde das Aboriginal Volk, das dort lebte, mit Gewalt vertrieben, damit das Bauxit dort abgetragen werden konnte. (...) Deshalb fordern wir:

1. daß alles Land, auf dem jetzt das Aboriginal Volk von Australien lebt, ihm förmlich übergeben wird, einschließlich aller Rechte auf Mineralien.

2. daß alles Kronland, das nicht benutzt wird, den Aboriginal Völkern zurückgegeben wird, denen es ursprünglich gehört hat und die heute als die rechtmäßigen Besitzer anerkannt werden müssen.

3. daß den Aboriginal Völkern von Australien die gerechte Entschädigung in der Höhe von 6 Mrd. $ gezahlt wird.''

In machtvollen Demonstrationen 1971 und 1972 in Darwin, Adelaide und Canberra vertraten die Aborigines diese Forderungen. 1972 errichteten sie vor dem Regierungsgebäude in Canberra in Zelten ,,die Botschaft der Aboriginal Nation'', die von den Aborigines aus ganz Australien unterstützt wurde. Dreimal wurde die Botschaft von der Polizei abgeräumt, dreimal sofort wieder errichtet, und über sechs Monate verteidigt. In den Kämpfen um ihre Botschaft schufen sie sich ihre eigene Nationalflagge als Symbol für ihren politischen Zusammenschluß.



Der Kolonialist John Eyre versucht 1841 erfolglos, an der Südküste zu landen. Er hinterläßt Namen für 2 Berge: ,,Hoffnungslosigkeit'' und ,,Enttäuschung''.

Nach 200 Jahren kolonialer Besetzung Neuaufschwung der Kämpfe

z.cht. Sydney. Die reichen, unerschlossenen Bodenschätze des australischen Kontinents werden nach dem 2. Weltkrieg das Ziel rücksichtsloser imperialistischer Ausplünderung, die die den Aborigines verbliebenen Landesteile mit Vernichtung bedroht. Die Regierung vergibt bereitwillig die Lizenzen für den Raubzug auf Aboriginal Land: Nach dem geltenden Recht ist der ganze australische Kontinent Land der Krone. Doch den Imperialisten entsteht in den Kämpfen der Aborigines um ihr Land ein neuer Feind: In hartnäckigen Kämpfen wachsen die Aboriginal Völker zusammen, sie nehmen den politischen Kampf auf gegen das Recht der imperialistischen Besetzer und für ihr eigenes Recht, und schließen sich zur Nation zusammen, die ihr Land von den Eroberern zurückfordert und sich mit den unterdrückten Völkern der Welt verbindet.

1970 schicken sie an den Generalsekretär der UNO eine erste Petition, in der sie Landrechte fordern. ,,Wir wurden in Reservate geschickt, die als Kronland erklärt wurden, und die Re-
gierung hat vollständige Kontrolle über diese Länder. Wenn wir bestimmte Länder in unseren Stammesgebieten fordern, sagt man uns, daß die Regierung sie verpachtet hat, manchmal für 50 cents pro Quadratmeile für die Zeit von 99 Jahren, aber wir wurden niemals zu diesen ungesetzlichen Verpachtungen angehört.

Zugunsten von Bauxitbergwerkgesellschaften wurde dem Yirrkala Volk auf der Gove Halbinsel (Arnhemland) im Northern Territory sein Land gestohlen, und seine heiligen Plätze wurden entweiht. (...) Als Bauxit in Weipa an der Westküste der Cape York Halbinsel entdeckt wurde, wurde das Aboriginal Volk, das dort lebte, mit Gewalt vertrieben, damit das Bauxit dort abgetragen werden konnte. (...) Deshalb fordern wir:

1. daß alles Land, auf dem jetzt das Aboriginal Volk von Australien lebt, ihm förmlich übergeben wird, einschließlich aller Rechte auf Mineralien.

2. daß alles Kronland, das nicht benutzt wird, den Aboriginal Völkern zurückgegeben wird, denen es ursprünglich gehört hat und die heute als die rechtmäßigen Besitzer anerkannt werden müssen.

3. daß den Aboriginal Völkern von Australien die gerechte Entschädigung in der Höhe von 6 Mrd. $ gezahlt wird.''

In machtvollen Demonstrationen 1971 und 1972 in Darwin, Adelaide und Canberra vertraten die Aborigines diese Forderungen. 1972 errichteten sie vor dem Regierungsgebäude in Canberra in Zelten ,,die Botschaft der Aboriginal Nation'', die von den Aborigines aus ganz Australien unterstützt wurde. Dreimal wurde die Botschaft von der Polizei abgeräumt, dreimal sofort wieder errichtet, und über sechs Monate verteidigt. In den Kämpfen um ihre Botschaft schufen sie sich ihre eigene Nationalflagge als Symbol für ihren politischen Zusammenschluß.



Demonstration für Landrecht in Darwin 1972. ,,Vestey, wie viel Land willst du – Hände weg vom heiligen Land der Gurindji!''

Erklärung der nationalen Aboriginal-Regierung

Die Nationale Aboriginal-Regierung wurde auf einstimmigen Beschluß der National Aboriginal Conference auf ihrer Versammlung am 6. August 1979 im Aboriginal Unity Centre, Redfern, errichtet. Die anwesenden Delegierten beantragten ebenfalls, daß eine Delegation nach Canberra geht, um auf Capital Hill, dem jetzt für das neue Parlamentsgebäude vorgesehenen Ort, die Zelte zu errichten. (...) Die ersten Zelte wurden am Dienstag, dem 7. August, 1979 um 4 Uhr errichtet, und die Nationale Aboriginal-Regierung befindet sich jetzt offiziell auf Capital Hill, Canberra, und wird gestellt von Mitgliedern der Völker der Waradjarai, Gomilaroi und Bandjalang.

Die grundlegenden Ziele der Nationalen Aboriginal-Regierung sind:

1. Landrechte.

2. Herstellung der Einheit der Aboriginal-Nation.

3. Forderung eines Übergabevertrags mit Australien und seiner regierenden Körperschaft und der Ergänzung der Bundesverfassung durch Gesetz über Aboriginal-Grundrechte.

(...)

6. Forderung einer autonomen Körperschaft der Aborigines, die von der Aboriginal-Nation demokratisch gewählt ist, mit Gesetzesvollmacht, alle Fragen zu verwalten, die sich auf die Angelegenheiten der Aboriginal-Nation beziehen.

7. Übernahme der sieben Punkte, wie sie in dem Vorschlag der Organisation für die Einheit der Aborigines festgelegt sind, als Richtlinien. Diese schließen ein:

I. Daß alles traditionelle Land, wo es als solches nachgewiesen werden kann, als Aboriginal-Stammesland übergeben wird, und die Besitzrechte an solchem Land unverzüglich an die traditionellen Besitzer übergeben werden.

(...)

IV. Daß alle Missionsstationen und Reservate, die heute von Aboriginal-Völkern bewohnt werden oder irgendwann unter Staatsgesetz als solche ausgewiesen waren, an die Bewohner dieser Reservate und Missionsstationen übergeben werden.

(...)

V. Daß den Aboriginal-Völkern, die ihres traditionellen Landes von den einfallenden Besetzern beraubt wurden, Barentschädigung gezahlt wird.

Die Land Councils sind eine wichtige Waffe im Kampf um das Land

z.cht.Sydney. Als Antwort auf die Landrechtsbewegung versprach die Labour-Regierung 1974 ein Landrechtsgesetz für das Northern Territory, das direkt der Bundesregierung unterstellt war. Sie richtete den Northern und den Central Land Council ein, die die Völker im Northern Territory in Landfragen vertreten sollten und deren Zustimmung Voraussetzung für die Genehmigung von Bergwerkprojekten in Aboriginal-Reservaten ist. Diese Land Councils, obwohl von den Aborigines gewählt, blieben wegen ihrer Herkunft und finanziellen Abhängigkeit von der Regierung beeinflußt. Doch die Erfahrungen mit ihnen bildeten den Ansporn, selbständige Land Councils in den übrigen Staaten zu bilden.

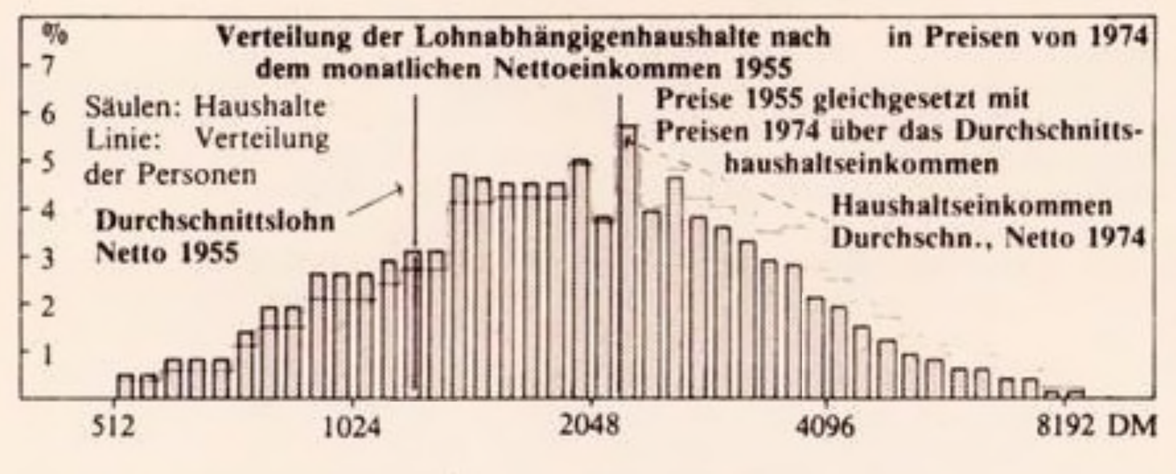
Der größte entstand in Nordqueensland und vertritt 60000 Australier, unter anderem die Mapoon, Weipa und Aurukun, die große Teile ihres Landes an Bauxitbergbaukonzerne verloren haben. Die letzte Gründung war im Mai 1978 der Kimberley Land Council; er vertritt 30 Aboriginal-Gemeinden mit 15000 Mitgliedern. Jede Gemeinde hat zwei Vertreter im Council, um die Verbindung von Alten, im traditionellen Recht der Aborigines und in ihrer Kultur Erfahrenen, mit im Lesen und Schreiben ausgebildeten Jungen herzustellen. Der Kimberley Land Council führt den Kampf gegen Ölbohrung von Shell und Amax und gegen Nickel- und Bauxitabbauvorhaben auf dem Land der Aboriginal-Gemeinden.

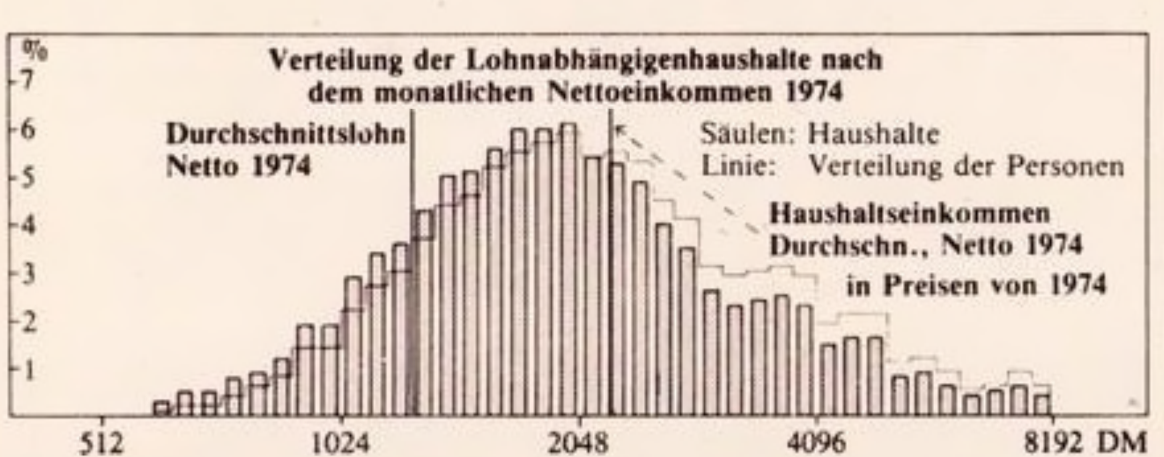
Diese selbständigen Land Councils stehen an der Spitze im Kampf um Landrechte, sie kämpfen für das volle Verfügungsrecht der Stämme über ihr Stammesland einschließlich aller Bodenschätze und für Entschädigung für das geraubte Land. Sie sehen es als ihre Aufgabe, den Kampf ihres Volkes in Australien und die internationale Unterstützung zu organisieren. Ende 1978 führte eine Delegation des North Queensland Land Council eine erfolgreiche Reise nach Großbritannien durch. Der Kimberley Land Council bereitet die Entsendung einer Delegation in die USA vor, um die Verbindung mit dem Kampf der Indianer um ihr Land herzustellen.



Gründungsversammlung des Kimberley Land Council in Noonkanbah Mai 1978

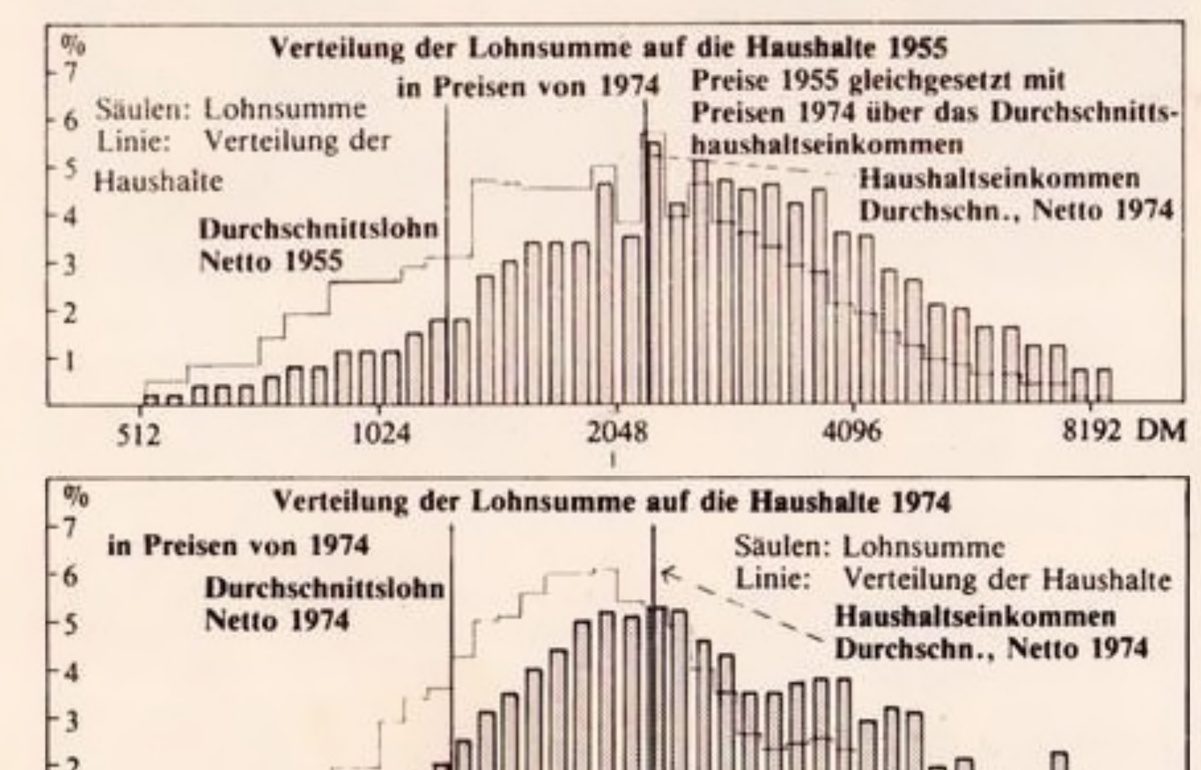
Die Verwandlung des persönlichen Einkommens in Haushaltseinkommen. Wie die Lohnsumme der Arbeiter senken?





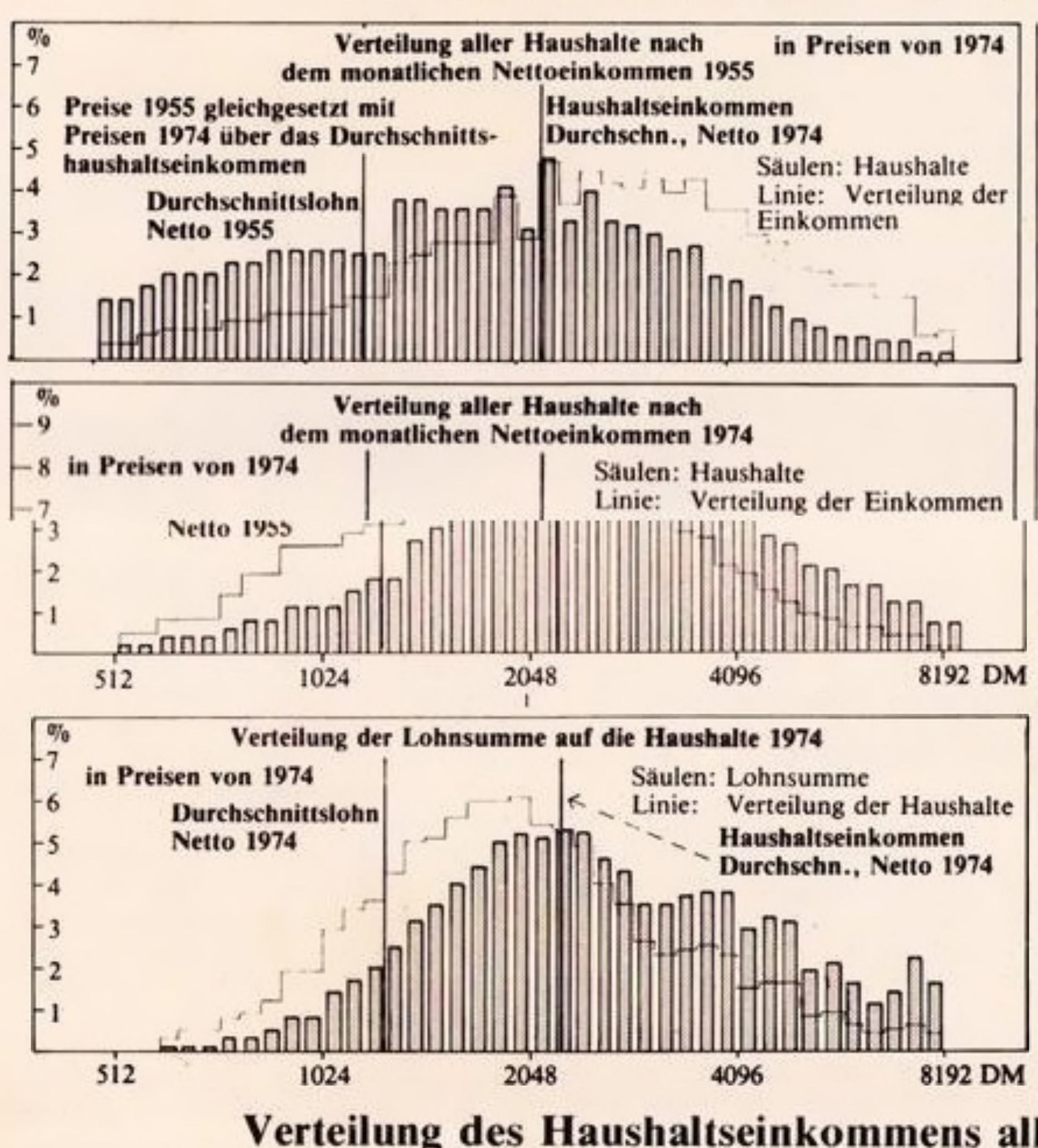
Wenn es auch mittlerweile nicht mehr so schwierig ist, Daten über die Entwicklung des Lohnniveaus der gesamten Arbeiterklasse zu erhalten, so ist es noch etwas unerquicklich, die Daten über die Entwicklung der Haushalte zu bekommen. Das Interesse der Bourgeoisie an Lohnsenkung und die Untersuchung der Arbeiterhaushalte zu diesem Zweck hat über das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) einiges Material an den Tag gebracht. In den ersten beiden Schaubildern vergleichen wir die Verteilung der Lohnabhängigenhaushalte von 1955 und 1974. Die Säulen stellen den prozentualen Anteil der Lohnabhängigenhaushalte in den jeweiligen Einkommensgruppen dar. Im Vergleich dazu stellt die Linie den prozentualen Anteil der Personenzahl in den jeweiligen Einkommensgruppen dar. Die Haushaltsgröße wächst mit steigendem Einkommen. Der Schnittpunkt zwischen den beiden Kurven zwischen 1955 und 1974 verschiebt sich nach links.

Verteilung des Haushaltseinkommens auf die einzelnen Haushalte nach Einkommensklassen



In diesen beiden Schaubildern vergleichen wir die Verteilung der Haushaltseinkommen der Lohnabhängigen nach Einkommensgruppen, wieder für die Jahre 1955 und 1974. Aufgetragen haben wir dazu in den Säulen den prozentualen Anteil der verschiedenen Einkommensgruppen am Gesamteinkommen aller Lohnabhängigenhaushalte. Mit der Linie haben wir zum Vergleich noch einmal die Verteilung der Lohnabhängigenhaushalte unterlegt. Um die Einkommen der beiden Jahre miteinander vergleichen zu können, haben wir die Einkommen von 1955 mit dem Faktor 3,82 multipliziert, um den sich das durchschnittliche Einkommen aller Haushalte von 1955 bis 1974 vergrößert hat. Man sieht, daß die relativ geringere Zahl von Haushalten in den hohen Einkommensgruppen einen immer größeren Anteil am Einkommen der Gesamthaushalte bezieht und sich der Schnittpunkt von 1955 bis 1974 wieder nach links verschiebt.

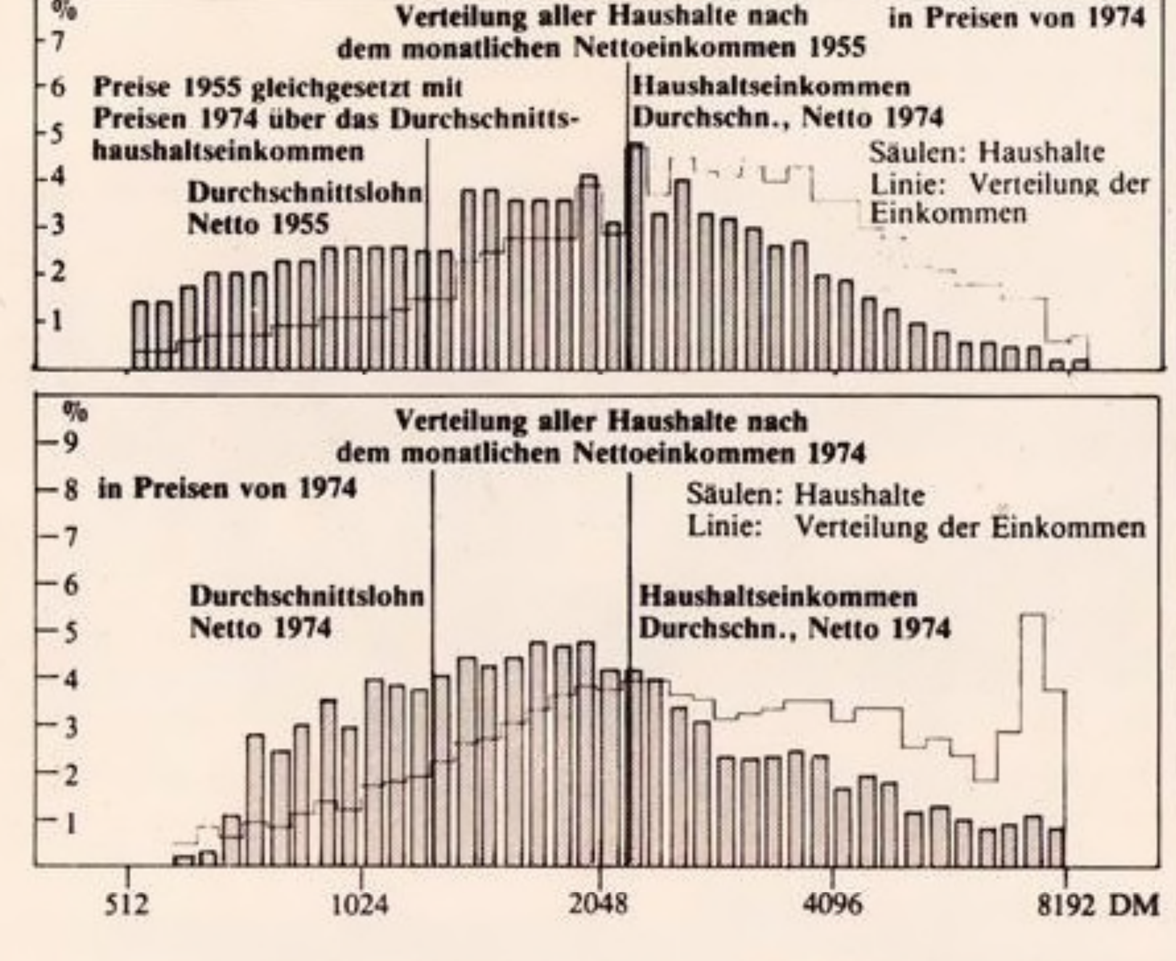
Verteilung des Haushaltseinkommens aller Haushalte: Fette Pfründe für die Bourgeois



Im Unterschied zu den vorherigen Schaubildern sind jetzt in den Säulen die Zahlen aller Haushalte dargestellt, verteilt nach dem monatlichen Nettoeinkommen. Dabei ist jetzt nichts über die Anzahl der Haushaltsmitglieder in den verschiedenen Einkommensgruppen selber ausgesagt. Man sieht, daß die Masse aller Haushalte bei einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 1000 und 3000 DM liegt. Die durchgezogene Linie stellt wiederum dar, mit wieviel Prozent die in den Säu-

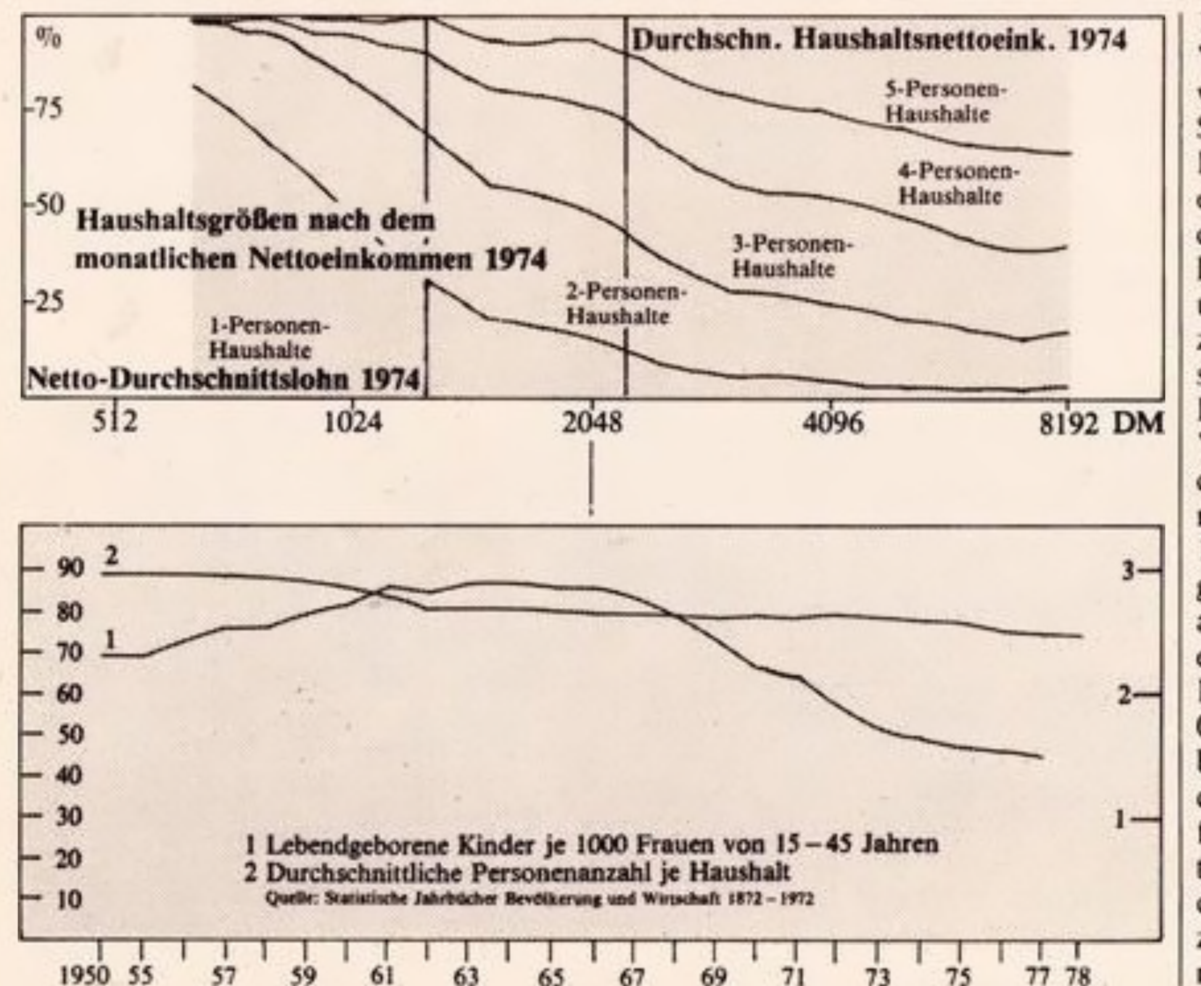
kommensgruppen am Gesamteinkommen aller Lohnabhängigenhaushalte. Mit der Linie haben wir zum Vergleich noch einmal die Verteilung der Lohnabhängigenhaushalte unterlegt. Um die Einkommen der beiden Jahre miteinander vergleichen zu können, haben wir die Einkommen von 1955 mit dem Faktor 3,82 multipliziert, um den sich das durchschnittliche Einkommen aller Haushalte von 1955 bis 1974 vergrößert hat. Man sieht, daß die relativ geringere Zahl von Haushalten in den hohen Einkommensgruppen einen immer größeren Anteil am Einkommen der Gesamthaushalte bezieht und sich der Schnittpunkt von 1955 bis 1974 wieder nach links verschiebt.

Verteilung des Haushaltseinkommens aller Haushalte: Fette Pfründe für die Bourgeois



Im Unterschied zu den vorherigen Schaubildern sind jetzt in den Säulen die Zahlen aller Haushalte dargestellt, verteilt nach dem monatlichen Nettoeinkommen. Dabei ist jetzt nichts über die Anzahl der Haushaltsmitglieder in den verschiedenen Einkommensgruppen selber ausgesagt. Man sieht, daß die Masse aller Haushalte bei einem monatlichen Nettoeinkommen zwischen 1000 und 3000 DM liegt. Die durchgezogene Linie stellt wiederum dar, mit wieviel Prozent die in den Säu-
len gekennzeichneten Haushalte am Gesamteinkommen aller Haushalte beteiligt sind. Man sieht ganz gut, daß die Bourgeoisie und ihr Anhang im Verhältnis zu ihrer geringen Anzahl einen ordentlichen Berg vom Gesamthaushaltseinkommen für sich beanspruchen. (Zur Berechnung wurde verwendet: Beiträge zur Strukturforschung, Heft 49/78, Hrsg: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung)

Reproduktionsbasis für Kinder – nur bei Haushalten mit hohem Einkommen – Gründe des Geburtenrückgangs



1950 gab es in Westdeutschland und Westberlin 16,65 Mio. Haushalte, 1978 waren es 24,22 Mio. In dem oberen Schaubild sieht man, wie sich die Haushaltsgröße nach dem Haushaltseinkommen richtet, wie sich die „Kinderfeindlichkeit" darauf reduzieren läßt, wer auf Kinder verzichten muß und wer nicht. Das untere Schaubild zeigt in Kurve 1, wie sich die durchschnittliche Zahl der Mitglieder je Haushalt seit 1950 entwickelt hat. Im Vergleich dazu lebten 1871 noch durchschnittlich 4,63 Personen in einem Haushalt, 1900 waren es 4,49, 1939 nur noch 3,27. Das von der Bourgeoisie betriebene Bauernlegen ist daran nicht unwesentlich beteiligt, so gab es 1950 noch 1,288 Mio. selbständige Bauern, 1977 waren es noch ganze 0,573 Mio. Kurve 2 über die lebendgeborenen Kinder je 1000 Frauen, von der Bourgeoisie „Fruchtbarkeitsziffer" genannt, zeigt deutlicher die „materiellen Gesichtspunkte" der Reproduktion der Arbeiterklasse als der ganze Familienbericht der Bundesregierung.

Die bürgerlichen Parteien und – Die CDU/CSU

z.maf. Bei Wahlen zu den Parlamenten vermag die konservative Richtung, die in der CDU/CSU parteimäßig organisiert ist, so zwischen 40% und 60% der abgegebenen Stimmen auf sich zu ziehen. Arrogant und, wie dann immer, dumm wär es, diese Vielen für Schwachköpfe zu halten, die so wählen, weil es wer empfohlen hat. Nimmt man hingegen an, diese Stimmergebnisse würden eine geglückte demagogische Mobilisierung gegen die Ziele und Kämpfe der Arbeiterklasse und der Volksmassen ausdrücken, so könnte man nicht mehr erklären, warum in diesem Lande auch nur ein einziger Streik möglich hätte sein sollen. Man muß also sowohl annehmen, daß diesen vielen Wählerstimmen eine konservative Strömung, die auf einem konservativen Interesse beruht, zu Grunde liegt, wie man auch annehmen muß, daß diese konservative Strömung nicht auf gegen die Arbeiterbewegung gerichteten politischen Zielen beruht.

Es sind im wesentlichen zwei, miteinander, verzahnte, aber nicht identische soziale Umwälzungen, die der Kapitalismus vollstreckt, die im Massenumfang konservative, d.h. auf Erhaltung, Hinauszögern der Wirkung strebende Ideologie spontan erzeugen. Die Vernichtung der Kleinproduktion durch das Kapital und die Vernichtung der blutsverwandten Familie durch den Arbeitsmarkt und die absolute Verelendung. Daß dem Kleinproduzenten selbst das nackte, auf Dauer unübersehbar aussichtslose Hinauszögern seines Unterganges als selbständiger Produzent interessant sein muß, solange nicht die Politik der Arbeiterklasse ihm den Anschluß an deren revolutionäre Perspektive nimmt und dem Dasein als Arbeiter die Schrecken, ist verständlich. Aber in der BRD und Westberlin haben wir gegenwärtig nur noch 10% Bauern und Handwerker. Und die konservative Strömung, auf der die CDU/CSU ruht, liegt offenbar viel breiter, viel breiter auch, als die *Hoffnung*, sich zum Kleinproduzenten „aufzuschwingen", verbreitet sein kann.

Also bleibt zu untersuchen der Vernichtungsprozeß der Familie, wie sie aus dem Feudalismus und frühbürgerlichen Zuständen hergekommen ist und im Kapitalismus untergeht.

Am Beginn der kapitalistischen Ära, die den Lohnarbeiter hervorbringt, ist die blutverwandte Familie eine dreifache Genossenschaft. Des Eigentums an den Produktionsmitteln, (freilich eingeschränkt durch die adlige Grundherrschaft), der Arbeit, und der Reproduktion, einschließlich der gegenseitigen Versicherung gegen die Wechselfälle des Lebens. Bereits da hat sich allerdings herausgestellt, daß die gleiche Form auch ausschließlich auf dem Eigentum beruhen kann. Der adlig grundherrliche Familienverband ist begründet in einer Gemeinschaft des ausbeuterischen Eigentums und in einer Gemeinschaft der Mehrung dieses Eigentums durch Bauernunterdrückung mit der Waffe, Raub und Fehde. Die Arbeit ist von dieser Familiengemeinschaft streng ausgeschlossen. In vielen Gegenden verliert ein adliger, der bei Handarbeit angetroffen wird, sogleich seine Eigentums- und Standesrechte. Es ist also das eine Mal die Arbeit für den eigenen Unterhalt und die Ausbeuter in der Familie organisiert, das andere Mal die Unterdrückung der Ausgebeuteten und der Genuß des Mehrproduktes. Das Krippenbild von Maria, Josef und dem Kinde hat also bereits zu diesem Zeitpunkt bloß für Ochs und Esel den Anschein der allgemeinen Richtigkeit.

Die Entwicklung der kapitalistischen Produktion vernichtet mit rasantem Tempo die selbständigen Kleinproduzenten, indem sie sie ihrer Produktionsmittel beraubt, wirft sie sie als Lohnabhängige auf den Arbeitsmarkt. Die ökonomische Grundlage der Reproduktion wird der Verkauf der Arbeitskraft. Die Genossenschaft der Arbeit in der blutsverwandten Familie hört auf. Die Genossenschaft des Eigentums wird eingeschränkt auf Reproduktionsmittel und was bleibt, ist eine Genossenschaft des Konsums und der Reproduktion, deren Wohl mit der Höhe des Arbeiterlohnes und der Stetigkeit der Beschäftigung schwankt und im großen und ganzen abnimmt. Aber immer noch dauert die äußerliche Identität fort. Die Familie des Arbeiters, die Familie des Kleinproduzenten und die Familie des Kapitaleigners, durch ganz verschiedene soziale Inhalte zusammengehalten, sie alle erscheinen in der generationenweisen Wiederholung von Geburt, Verheiratung, Kindererziehung, Anteilnahme an der Erziehung der Enkel und Tod gleichen Inhaltes. Ein ausgezeichnetes Gebiet also, um die Klassengegensätze zu negieren oder wenigstens in ihrem Umfang einzuschränken.

Das geschichtliche Schicksal der Arbeiterfamilie ist durch die folgenden Umstände, die die Kapitalbewegung hervorbringt, bestimmt: Die Dauer der Arbeitszeit; hier gilt, daß das Kapital strebt, die gesamte Lebenszeit der Arbeiterbevölkerung in Arbeitszeit für den Profit zu verwandeln. Die für eigene Zwecke verfügbare Gesamtzeit der Reproduktion kann also abnehmen, obwohl die Arbeitszeit des Einzelnen abnimmt und zwar ungeachtet der größeren nackten Ruhezeit, die von der gesteigerten Intensität der Arbeit her sowieso nötig ist. In der Folge nimmt

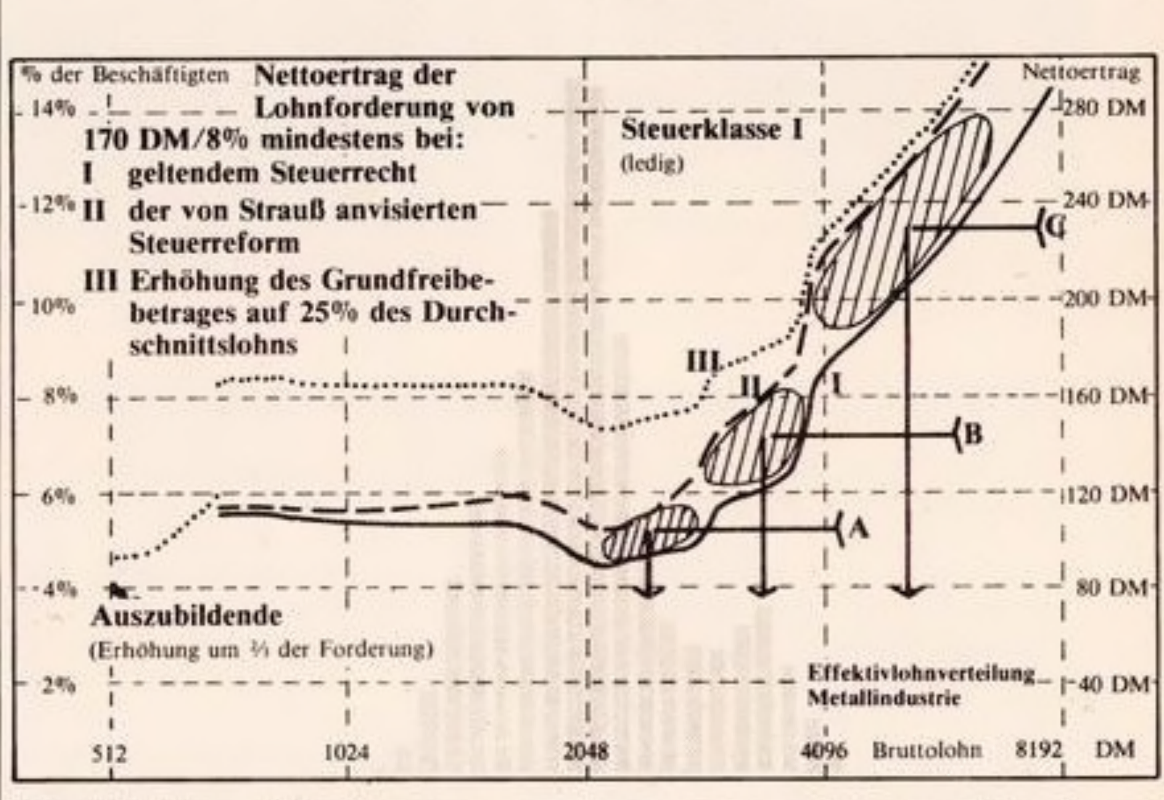
der blutsverwandten Familie durch den Arbeitsmarkt und die absolute Verelendung. Daß dem Kleinproduzenten selbst das nackte, auf Dauer unübersehbar aussichtslose Hinauszögern seines Unterganges als selbständiger Produzent interessant sein muß, solange nicht die Politik der Arbeiterklasse ihm den Anschluß an deren revolutionäre Perspektive nimmt und dem Dasein als Arbeiter die Schrecken, ist verständlich. Aber in der BRD und Westberlin haben wir gegenwärtig nur noch 10% Bauern und Handwerker. Und die konservative Strömung, auf der die CDU/CSU ruht, liegt offenbar viel breiter, viel breiter auch, als die *Hoffnung*, sich zum Kleinproduzenten „aufzuschwingen", verbreitet sein kann.

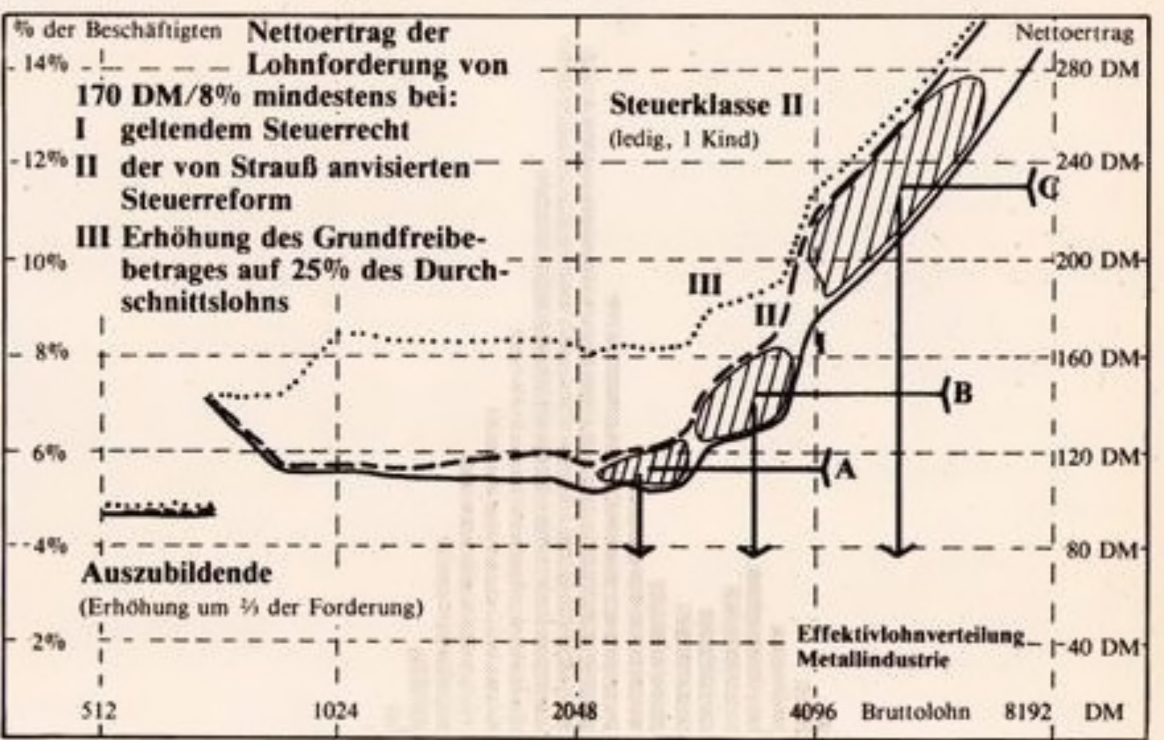
Also bleibt zu untersuchen der Vernichtungsprozeß der Familie, wie sie aus dem Feudalismus und frühbürgerlichen Zuständen hergekommen ist und im Kapitalismus untergeht.

Am Beginn der kapitalistischen Ära, die den Lohnarbeiter hervorbringt, ist die blutverwandte Familie eine dreifache Genossenschaft. Des Eigentums an den Produktionsmitteln, (freilich eingeschränkt durch die adlige Grundherrschaft), der Arbeit, und der Reproduktion, einschließlich der gegenseitigen Versicherung gegen die Wechselfälle des Lebens. Bereits da hat sich allerdings herausgestellt, daß die glei-

gentums wird eingeschränkt auf Reproduktionsmittel und was bleibt, ist eine Genossenschaft des Konsums und der Reproduktion, deren Wohl mit der Höhe des Arbeiterlohnes und der Stetigkeit der Beschäftigung schwankt und im großen und ganzen abnimmt. Aber immer noch dauert die äußerliche Identität fort. Die Familie des Arbeiters, die Familie des Kleinproduzenten und die Familie des Kapitaleigners, durch ganz verschiedene soziale Inhalte zusammengehalten, sie alle erscheinen in der generationenweisen Wiederholung von Geburt, Verheiratung, Kindererziehung, Anteilnahme an der Erziehung der Enkel und Tod gleichen Inhaltes. Ein ausgezeichnetes Gebiet also, um die Klassengegensätze zu negieren oder wenigstens in ihrem Umfang einzuschränken.

Das geschichtliche Schicksal der Arbeiterfamilie ist durch die folgenden Umstände, die die Kapitalbewegung hervorbringt, bestimmt: Die Dauer der Arbeitszeit; hier gilt, daß das Kapital strebt, die gesamte Lebenszeit der Arbeiterbevölkerung in Arbeitszeit für den Profit zu verwandeln. Die für eigene Zwecke verfügbare Gesamtzeit der Reproduktion kann also abnehmen, obwohl die Arbeitszeit des Einzelnen abnimmt und zwar ungeachtet der größeren nackten Ruhezeit, die von der gesteigerten Intensität der Arbeit her sowieso nötig ist. In der Folge nimmt





das Netz der sozialen Sicherheit (I) -Ritter vom Familienglück

der Aufwand an Reproduktionsmitteln, der erforderlich ist, um die Arbeitskraft in einen Zustand zu versetzen, in der sie der Kapitalist auch nimmt, zu. In bezug auf diesen notwendigen Aufwand kann die Deckung durch den Arbeitslohn abnehmen, obwohl der Umkreis der Reproduktion zunimmt bzw. gerade weil er zunimmt.

Wirken beide Faktoren zusammen, wie dies seit Beginn der kapitalistischen Ära der Fall ist, so muß sich die Haushaltswirtschaft der Arbeiterfamilie verändern. Zuerst wird der größere Verwandtschaftskreis, der in Fällen von Krankheit oder auch von Arbeitslosigkeit und Alter eine wirtschaftliche Deckung recht und schlecht leistet, durch den Arbeitsmarkt zerrissen. Die ihrer verwandtschaftlichen Sicherungen beraubte Familie mag mit Ach und Krach noch die Aufzucht der Kinder und den Unterhalt der Alten leisten. Aber Sicherungen gegen die Wechselfälle des Arbeiterlebens sind nicht mehr möglich. Versicherungen für den Krankheitsfall, für das Alter, für den Fall der Arbeitslosigkeit werden unumgänglich. Endlich wird der Zusammenhang der Generationen durch die Umwälzung auf dem Arbeitsmarkt vernichtet. Eine wichtige Zeitreserve für die Kindererziehung ist dahin, der Kindergarten wird zum unumgänglich notwendigen, ja tragendem Bestandteil der Kinderaufzucht.

Solange nun die Kontrolle über das Versicherungswesen in den gefühllos gierigen Händen des Kapitals befindlich und solange das öffentliche Vorschul- und Schulwesen der demokratischen Kontrolle der Volksmassen entzogen ist, wird die dauernd fortschreitende Einengung der Sphäre selbständiger Reproduktion wenigstens im Familienrahmen ein spontanes Interesse an Verzögerung, an Abmilderung hervorrufen. Und dies ruft die Konservativen auf den Plan fürs Geschäft.

Die Familie muß so lange als der einzige Hort von menschlicher Selbständigkeit erscheinen, als die Arbeit vom Kapital beherrscht und die Sphäre der Reproduktion von den Kontrollansprüchen des bürgerlichen Staates berannt wird. Es ist auf diese Weise möglich, die demokratischen Interessen, die sich gegen die Kontrolle durch den bürgerlichen Staat wenden, in ein konservatives „familienpolitisches" Fahrwasser zu lenken. (Man denke nur an die taktischen Manöver der CDU/CSU in der Schulfrage).

Da die CDU/CSU die Interessen des Kapitals vertritt, kann sie niemals für einen Lohn, der die familienmäßige Reproduktion tatsächlich ermöglicht, eintreten. Aber deswegen muß ihre Familienpolitik durchaus nicht insgesamt verlogen aussehen. – Die rohen Berechnungen, die wir aus der Haushaltsstatistik für die Jahre 1955 und 1974 durchgeführt haben, deuten den strategischen Plan an, den die christliche Reaktion verfolgt.

Das Entgelt für den Verkauf der Arbeitskraft ist ja bekanntlich nicht gleich. Gelingt es nun, die Verteilung der Lohnsumme so weit zu spreizen, daß unterschiedene Gruppen kenntlich werden, so kann eine gleichartige Verformung der Verteilung der Haushaltseinkommen erreicht werden. Es ist dann möglich, eine ganze Schichtung von Lohnabhängigen zu schaffen, für die die familienmäßige Reproduktion tatsächlich möglich ist. Betrachtet man nun die Verteilung der Haushaltseinkommen, so sticht ins Auge, wie sich in den Jahren seit 1955 eine solche Verteilung herauszubilden beginnt. Auf dieser Linie operiert die CDU/CSU. Der Nutzeffekt wäre äußerst vielseitig. Eine Befestigung der konservativen Strömung wäre allgemein zu erhoffen, da die Einheitlichkeit des Lebensschicksals der Lohnabhängigen praktisch in gewissem Grade aufgehoben wäre. Da in diese Entlohnungssphären nur durch Laufbahn entweder beim Kapitalisten oder beim bürgerlichen Staat vorzudringen ist, wäre gleichzeitig ein erheblicher Stachel der Konkurrenz in die Arbeiterbevölkerung getrieben. Es würde also die stiefelschleckende Unterwerfung unter das Joch des Kapitals durch eine Sphäre der „Selbständigkeit" in der Familie vergolten. Eine generationenmäßige Verfestigung einer solchen Schichtung wäre auch zu erreichen, da innerhalb derselben ein deutlich höherer Aufwand für die Erziehung des Nachwuchses getrieben werden könnte. Dem Kampf um die Selbstverwaltung der Versicherung und um demokratische Rechte in bezug auf die staatlichen Erziehungsinstitute wäre die Einheitlichkeit genommen. Die Masse der Arbeiterbevölkerung wäre zum Empfänger öffentlicher Almosen gestempelt und einer gnadenlosen Kontrolle ihrer Reproduktion ausgesetzt.

Man kommt also zu dem Schluß: Ohne Kampf um die Selbstverwaltung der Versicherungen und die Bezahlung der Versicherungskosten durch die Kapitalisten, vor allem aber ohne Kampf um demokratische Rechte gegenüber den staatlichen Erziehungseinrichtungen wird die Arbeiterklasse gegenüber diesem Spaltungsmanöver nicht in die Initiative kommen können. Sodann: Geht dieser Spaltungsprozeß, den man zwischen 1955 und 1974 bereits sehr gut sehen kann, noch ein Weilchen weiter, so werden sich die Kampfbedingungen selbst bereits erheblich verschlechtert darstellen.

„Christliche Soziallehre" – Kampfprogramm gegen den wissenschaftlichen Sozialismus

z.elf. Als direkte Reaktion auf die Organisierung der Arbeiterklasse und die Entwicklung des wissenschaftlichen Sozialismus schuf gegen Ende des 19. Jahrhunderts die katholische Kirche die Theorie der „christlichen Soziallehre". Sie griff dabei auf den mittelalterlichen Kirchenvater Thomas von Aquin zurück, der im 13. Jahrhundert ein harmonisches Weltbild dogmatisch festgeschrieben hatte, in dem Gott jedem Ding, jedem Menschen einen ihm zustehenden Platz unterschiedlicher Rangordnung zugewiesen hatte und das zu aller Wohl. Der Staat sei gottgewollt, Gehorsamkeit gegenüber der Obrigkeit daher Pflicht der Untertanen. Da dies der Natur entspräche, sei es auch vernünftig.

Nach dem „Subsidiaritätsprinzip" der christlichen Soziallehre darf die „Gemeinschaft" nichts an sich reißen, was die Familie oder die nächsthöhere Gliederung von sich aus bewältigen kann, denn die Familie käme in der menschlichen Gemeinschaft der Natur am nächsten.

Grundlegend zusammengefaßt hat erstmals Papst Leo XIII. im Jahre 1891 in dem Päpstlichen Rundschreiben „Rerum Novarum" (Neue Angelegenheiten) mit dem Untertitel „Über die Arbeiterfrage" eine Kampfansage an den wissenschaftlichen Sozialismus. „Man kann es wohl eine Zusammenfassung dessen nennen, was die katholische Kirche über Wirtschaft und Gesellschaft zu sagen hat", so Papst Johannes XXIII. im Jahre 1961. Im folgenden grundlegende Auszüge aus den Rundschreiben der Päpste:

Leo XIII, 1891, Rerum Novarum:

„. . . . Ein Grundfehler in der Behandlung der sozialen Frage ist sodann auch der, daß man das gegenseitige Verhältnis zwischen der besitzenden und der unvermögenden, arbeitenden Klasse so darstellt, als ob zwischen ihnen von Natur ein unversöhnlicher Gegensatz griffe, der sie zum Kampf aufrufe. Ganz das Gegenteil ist wahr . . . So wenig das Kapital ohne die Arbeit, so wenig kann die Arbeit ohne das Kapital bestehen. Eintracht ist überall Vorbedingung von Schönheit und Ordnung; ein fortgesetzter Kampf dagegen erzeugt Verwilderung und Verwirrung.

. . . Wenn nun jedem Menschen, wie gezeigt, als Einzelwesen die Natur das Recht, Eigentum zu besitzen, verliehen hat, so muß sich dieses Recht auch im Menschen, insofern er Haupt einer Familie ist, finden, ja das Recht besitzt im Familienhaupte noch mehr Energie, weil der Mensch sich im häuslichen Kreise gleichsam ausdehnt . . .

Ein dringliches Gesetz der Natur verlangt, daß der Familienvater den Kindern den Lebensunterhalt und alles Nötige verschaffe . . . Wie soll er aber je den Pflichten gegen die Kinder nachkommen können, wenn er ihnen nicht einen Besitz, welcher fruchtet, hinterlassen darf? Wie der Staat, so ist auch die Familie, wie schon gesagt, im eigentlichen Sinne eine Gesellschaft, und es regiert selbständige Gewalt in ihr, nämlich die väterliche. Innerhalb der von ihrem nächsten Zwecke bestimmten Grenzen besitzt demgemäß die Familie zum wenigsten die gleichen Rechte wie der Staat in Wahl und Anwendung jener Mittel, die zu ihrer Erhaltung und ihrer berechtigten Bewegung unerläßlich sind. Wir sagen, zum wenigsten die gleichen Rechte. Denn da das häusliche Zusammenleben sowohl der Idee wie der Sache nach früher ist als die bürgerliche Gemeinschaft, so haben auch seine Rechte und seine Pflichten den Vortritt, weil sie der Natur näher stehen. Wenn Individuum und Familie, nachdem sie im Verbande der staatlichen Gemeinschaft sind, seitens der letzteren nur Schädigung fänden statt Nutzen, nur Verletzung der ureignen Rechte statt Schutz, so würde der Staatsverband eher als Gegenstand der Abneigung erscheinen müssen denn als ein beneidenswertes Gut . . . Ein großer und gefährlicher Irrtum liegt also in dem Ansinnen an den Staat, als müsse er nach seinem Gutdünken in das Innere der Familie, des Hauses eindringen. Allerdings, wenn sich eine Familie in äußerster Not und in so verzweifelter Lage befindet, daß sie sich in keiner Weise helfen kann, so ist es der Ordnung entsprechend, daß staatliche Hilfeleistung für die äußerst Bedrängten einträte; die Familien sind eben Teile des Staates. . . . Allein an diesem Punkt muß er haltmachen, über obige Grenzen darf er nicht hinaus, sonst handelt er dem natürlichen Recht entgegen. Die väterliche Gewalt ist von Natur so beschaffen, daß sie nicht zerstört, auch nicht vom Staate an sich gezogen werden kann, sie weist eine gleich ehrwürdige Herrschaft auf wie das Leben der Menschen selbst . . . Weil nämlich die Kinder ‚von Natur einen Teil des Vaters bilden, stehen sie', nach den Worten des heiligen Lehrers (Thomas v. Aquin, d. Verf.), ‚unter der Sorge der Eltern, eh sie den Gebrauch des freien Willens haben'. Das sozialistische System also, welches die elterliche Fürsorge beiseite setzt, um eine allgemeine Staatsfürsorge einzuführen, versündigt sich an der natürlichen Gerechtigkeit und zerreißt gewaltsam die Fugen des Familienhauses".

Pius XI, 1931, Quadrogesimo Anno (im 40. Jahr nach Rerum Novarum)

„Man ist erschüttert angesichts der Erschwerung, die die heutige Entwicklung des Wohnungswesens dem wirtschaftlichen Zusammenhalt und dem menschlichen Zusammenleben der Familie bereitet. Wie viele Hindernisse für die Sonntagsheiligung! Schmerzlich anzuschauen die allgemeine Erschlaffung gläubig-christlichen Sinnes, an dem die Einfältigen und Ungelehrten eine so erhabene Lebensweisheit besaßen, und seine Verdrängung durch die eine und tägliche Sorge um das tägliche Brot . . . Während der tote Stoff veredelt die Städten der Arbeit verläßt, werden die Menschen dort an Leib und Seele verdorben."

Unverfroren will Pius XII. die elende Lage der Arbeiterfamilien im Jahre 1941 für die imperialistischen Ziele nutzbar machen.

Pius XII, 1941, Pfingstbotschaft:

„In der Familie findet das Volk die naturgegebene, fruchtbare Wurzel für seine Größe und Macht . . . Wenn heute die Schaffung von ‚Lebensraum' so sehr im Mittelpunkt sozialpolitischen Denkens und Planens steht, müßte man da nicht vor allem an diesen Lebensraum der Familie denken? Müßte man nicht die Familie aus Verhältnissen herausführen, die sie vielfach nicht einmal mehr zum Bewußtsein irgendeines eigenen Heims und Herdes kommen lassen? . . . Trotz großer Wüsten und ungastlicher, unfruchtbarer Gebiete ist unser Planet doch auch nicht arm an Landstrichen und Gefilden, die, noch der verschwenderischen Laune der Natur überlassen, sich sehr wohl eignen würden zur Pflege durch Menschenhand . . ."

Johannes XXIII, Pastoralkonstitution Gaudium et spes (Glaube und Hoffnung), II. Vatikanisches Konzil, 1965:

„. . . . Die Familie ist eine Art Schule reich entfalteter Humanität . . . So ist auch die Familie, in der verschiedene Generationen zusammenleben und sich gegenseitig helfen, um zu größerer Weisheit zu gelangen und die Rechte der einzelnen Personen mit den anderen Notwendigkeiten des gesellschaftlichen Lebens zu vereinbaren, das Fundament der Gesellschaft . . ."

Paul VI, 1967 Populorum Progressio (Entwicklung der Völker)

„. . . . Aber der Mensch ist ganz er selbst nur in seiner sozialen Umwelt, in der die Familie die erste Rolle spielt. Das konnte nach Zeiten und Orten das rechte Maß übersteigen, vor allem dann, wenn es sich zum Nachteil der grundlegenden Freiheiten der menschlichen Person entwickelte" (wie in den „alten sozialen Verbänden der Entwicklungsländer", d. Verf.). „Aber die natürliche Familie, die auf der Einehe beruht und fest gegründet ist, die Familie, wie sie nach Gottes Plan sein soll, ist das Fundament der Gesellschaft."

der Kinderaufzucht.

Solange nun die Kontrolle über das Versicherungswesen in den gefühllos gierigen Händen des Kapitals befindlich und solange das öffentliche Vorschul- und Schulwesen der demokratischen Kontrolle der Volksmassen entzogen ist, wird die dauernd fortschreitende Einengung der Sphäre selbständiger Reproduktion wenigstens im Familienrahmen ein spontanes Interesse an Verzögerung, an Abmilderung hervorrufen. Und dies ruft die Konservativen auf den Plan fürs Geschäft.

Die Familie muß so lange als der einzige Hort von menschlicher Selbständigkeit erscheinen, als die Arbeit vom Kapital beherrscht und die Sphäre der Reproduktion von den Kontrollansprüchen des bürgerlichen Staates berannt wird. Es ist auf diese Weise möglich, die demokratischen Interessen, die sich gegen die Kontrolle durch den bürgerlichen Staat wenden, in ein konservatives „familienpolitisches" Fahrwasser zu lenken. (Man denke nur an die taktischen Manöver der CDU/CSU in der Schulfrage).

Da die CDU/CSU die Interessen des Kapitals vertritt, kann sie niemals für einen Lohn, der die familienmäßige Reproduktion tatsächlich ermöglicht, eintreten. Aber deswegen muß ihre Familienpolitik durchaus nicht insgesamt

würde also die stiefelschleckende Unterwerfung unter das Joch des Kapitals durch eine Sphäre der „Selbständigkeit" in der Familie vergolten. Eine generationenmäßige Verfestigung einer solchen Schichtung wäre auch zu erreichen, da innerhalb derselben ein deutlich höherer Aufwand für die Erziehung des Nachwuchses getrieben werden könnte. Dem Kampf um die Selbstverwaltung der Versicherung und um demokratische Rechte in bezug auf die staatlichen Erziehungsinstitute wäre die Einheitlichkeit genommen. Die Masse der Arbeiterbevölkerung wäre zum Empfänger öffentlicher Almosen gestempelt und einer gnadenlosen Kontrolle ihrer Reproduktion ausgesetzt.

Man kommt also zu dem Schluß: Ohne Kampf um die Selbstverwaltung der Versicherungen und die Bezahlung der Versicherungskosten durch die Kapitalisten, vor allem aber ohne Kampf um demokratische Rechte gegenüber den staatlichen Erziehungseinrichtungen wird die Arbeiterklasse gegenüber diesem Spaltungsmanöver nicht in die Initiative kommen können. Sodann: Geht dieser Spaltungsprozeß, den man zwischen 1955 und 1974 bereits sehr gut sehen kann, noch ein Weilchen weiter, so werden sich die Kampfbedingungen selbst bereits erheblich verschlechtert darstellen.

sellschaft zu sagen hat", so Papst Johannes XXIII. im Jahre 1961. Im folgenden grundlegende Auszüge aus den Rundschreiben der Päpste:

Leo XIII, 1891, Rerum Novarum:

„. . . . Ein Grundfehler in der Behandlung der sozialen Frage ist sodann auch der, daß man das gegenseitige Verhältnis zwischen der besitzenden und der unvermögenden, arbeitenden Klasse so darstellt, als ob zwischen ihnen von Natur ein unversöhnlicher Gegensatz griffe, der sie zum Kampf aufrufe. Ganz das Gegenteil ist wahr . . . So wenig das Kapital ohne die Arbeit, so wenig kann die Arbeit ohne das Kapital bestehen. Eintracht ist überall Vorbedingung von Schönheit und Ordnung; ein fortgesetzter Kampf dagegen erzeugt Verwilderung und Verwirrung.

. . . Wenn nun jedem Menschen, wie gezeigt, als Einzelwesen die Natur das Recht, Eigentum zu besitzen, verliehen hat, so muß sich dieses Recht auch im Menschen, insofern er Haupt einer Familie ist, finden, ja das Recht besitzt im Familienhaupte noch mehr Energie, weil der Mensch sich im häuslichen Kreise gleichsam ausdehnt . . .

Ein dringliches Gesetz der Natur verlangt, daß der Familienvater den Kindern den Lebensunterhalt und alles Nötige verschaffe . . . Wie soll er aber

ist es der Ordnung entsprechend, daß staatliche Hilfeleistung für die äußerst Bedrängten einträte; die Familien sind eben Teile des Staates. . . . Allein an diesem Punkt muß er haltmachen, über obige Grenzen darf er nicht hinaus, sonst handelt er dem natürlichen Recht entgegen. Die väterliche Gewalt ist von Natur so beschaffen, daß sie nicht zerstört, auch nicht vom Staate an sich gezogen werden kann, sie weist eine gleich ehrwürdige Herrschaft auf wie das Leben der Menschen selbst . . . Weil nämlich die Kinder ‚von Natur einen Teil des Vaters bilden, stehen sie', nach den Worten des heiligen Lehrers (Thomas v. Aquin, d. Verf.), ‚unter der Sorge der Eltern, eh sie den Gebrauch des freien Willens haben'. Das sozialistische System also, welches die elterliche Fürsorge beiseite setzt, um eine allgemeine Staatsfürsorge einzuführen, versündigt sich an der natürlichen Gerechtigkeit und zerreißt gewaltsam die Fugen des Familienhauses".

Pius XI, 1931, Quadrogesimo Anno (im 40. Jahr nach Rerum Novarum)

„Man ist erschüttert angesichts der Erschwerung, die die heutige Entwicklung des Wohnungswesens dem wirtschaftlichen Zusammenhalt und dem menschlichen Zusammenleben der Fa-

schenhand . . ."

Johannes XXIII, Pastoralkonstitution Gaudium et spes (Glaube und Hoffnung), II. Vatikanisches Konzil, 1965:

„. . . . Die Familie ist eine Art Schule reich entfalteter Humanität . . . So ist auch die Familie, in der verschiedene Generationen zusammenleben und sich gegenseitig helfen, um zu größerer Weisheit zu gelangen und die Rechte der einzelnen Personen mit den anderen Notwendigkeiten des gesellschaftlichen Lebens zu vereinbaren, das Fundament der Gesellschaft . . ."

Paul VI, 1967 Populorum Progressio (Entwicklung der Völker)

„. . . . Aber der Mensch ist ganz er selbst nur in seiner sozialen Umwelt, in der die Familie die erste Rolle spielt. Das konnte nach Zeiten und Orten das rechte Maß übersteigen, vor allem dann, wenn es sich zum Nachteil der grundlegenden Freiheiten der menschlichen Person entwickelte" (wie in den „alten sozialen Verbänden der Entwicklungsländer", d. Verf.). „Aber die natürliche Familie, die auf der Einehe beruht und fest gegründet ist, die Familie, wie sie nach Gottes Plan sein soll, ist das Fundament der Gesellschaft."

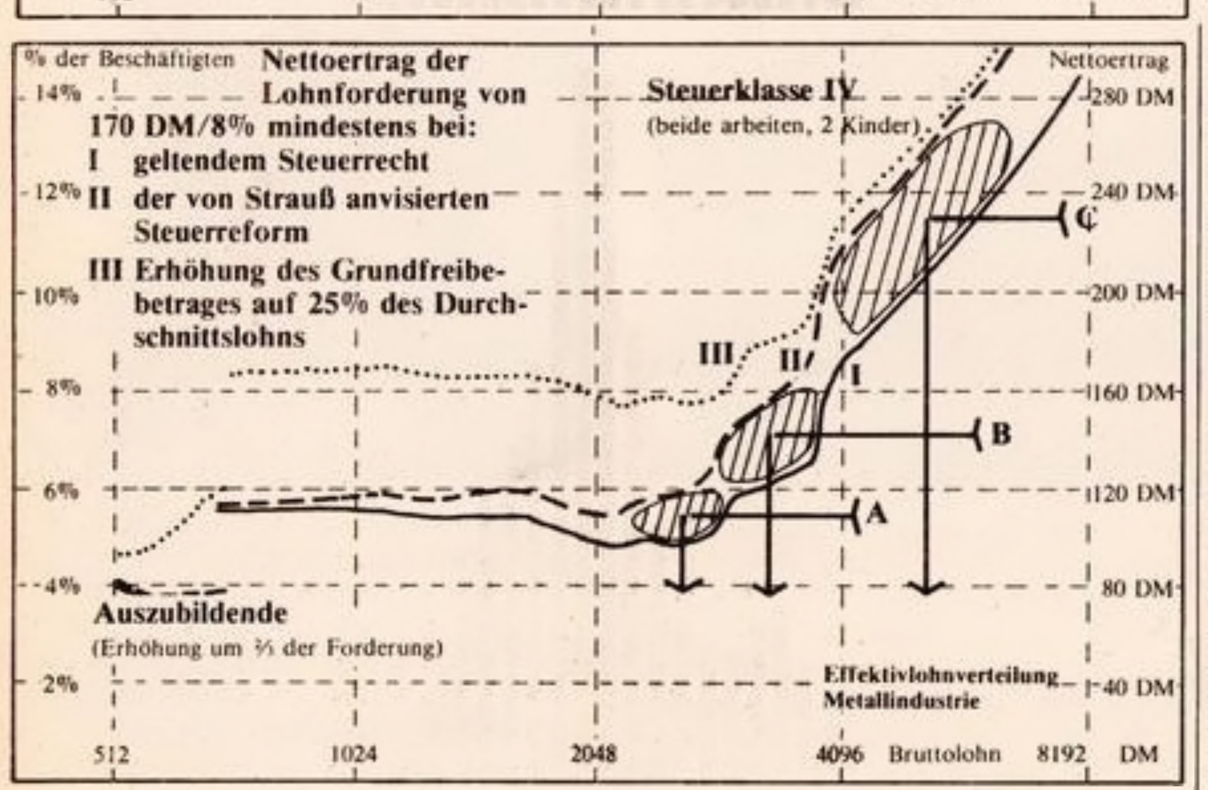
% der Beschäftigten | Nettoertrag der Lohnforderung von 170 DM/8% mindestens bei: I geltendem Steuerrecht; II der von Strauß anvisierten Steuerreform; III Erhöhung des Grundfreibetrages auf 25% des Durchschnittslohns

Steuerklasse III (verheiratet, 2 Kinder)

Auszubildende (Erhöhung um ⅔ der Forderung)

Effektivlohnverteilung Metallindustrie

14% · 12% · 10% · 8% · 6% · 4% · 2% — Nettoertrag 280 DM · 240 DM · 200 DM · 160 DM · 120 DM · 80 DM · 40 DM — 512 · 1024 · 2048 · 4096 Bruttolohn 8192 DM — A · B · C · I · II · III



Franz Josef Strauß im Anflug aufs Zielgebiet

z.maf. Wochenlang brodelte die Bildzeitung von der unabweisbar notwendigen Reform der Steuern. Dann war es so weit. Der Obergestalter der politischen Landschaft kehrte aus dem Urlaub zurück, in dem er tief nachgedacht haben soll. Im Gepäck führte er einen Plan zur Reform der Steuern mit sich. Seitdem man dies weiß, erfährt man aus der bürgerlichen Presse über den exakten Inhalt dieses Planes buchstäblich nichts mehr. Der Kandidat der Opposition wird sich bei Gelegenheit bedanken. Die dreiste Direktheit, mit der Franz Josef Strauß auf seine Ziele losgeht, verträgt kaum eine gründliche Berichterstattung, und so wird sie auch nicht angefertigt. Dies war dem Kanzlerkandidaten auch ganz bewußt, denn wie er oft und richtig von sich selber sagt, dumm ist er nicht, und so wich er sowohl der Haushaltsdebatte im Bundestag aus, wie er auch der Tagung der Sozialausschüsse ausgewichen ist. Beide Male hätte er sich detailierter auslassen müssen. Und was dann?

Das System der Franz Josef Straußschen Lohnabzugstafelreform ist mit der Staubwolke von Demagogie, aus der das Werk geboren, abgestimmt. Es funktioniert so: Für jeden soll die Reform „besser als nichts" sein. Da Erwartungen bei jedem geweckt wurden, müssen sie befriedigt werden, wenigstens qualitativ, d.h. z.B. in der Steuerklasse I bei 1400 DM mit immerhin 4,50 DM Vorteil. Zweitens: Innerhalb des Gros der Arbeiterbevölkerung soll der Vorteil einigermaßen gleich sein und zwar gleichmäßig niedrig. Man soll in dieser Zone nicht sehen dürfen, daß die CDU/CSU es vorzugsweise auf die Entlastung der höheren Gehälter abgesehen hat. Zum dritten: Ein wirtschaftlich spürbarer Effekt soll in der Zone zwischen 2100 und 2900 DM erstmals auftreten. Denn hier sind die Persönlichkeiten mit besserer Schulbildung, die man als „Meinungsmacher" gerne hat, anzutreffen. Zum vierten: Richtig lohnen soll es sich erst bei der Betriebsführung (B) und bei den Eignern (C).

Diese Gestaltung der Reform enthält auch eine Vorsorge fürs nächste Jahr. Die mit der Inflation steigende Steuerlast wird genau umgekehrt zunehmen, wie jetzt die Ertragskurve liegt. Sie wird dort relativ langsam zunehmen, wo der Ertrag jetzt gut ist und dort schnell, wo der Ertrag jetzt bereits schlecht ist.

Für die Kapitalistenklasse würde diese Reform bedeuten: Die Mittel, die sie auswerfen müssen, um im Nettolohn den Abstand zwischen den Entlohnungsklassen aufzuspreizen, würden abnehmen. Die Reform selbst würde bereits den Abstand zwischen den Entlohnungsklassen aufspreizen. Abgesehen davon würde sich die Belastung bei den Einkommen der Kapitalisten, die diese immer als Lohn verbuchen, sowieso schon erniedrigen. Sollte dann die Inflationsbewegung sich weiter verstärken, wären auf diesem Kurs im kommenden Jahre abermals „Erleichterungen" möglich. Und so weiter und so fort.

Die Rechnung, die wir zur Veranschaulichung gemacht haben, funktioniert so. Man suche seinen Lohn oder sein Gehalt auf der unteren Skala und zwar brutto. Man beachte, in welche Steuerklasse man eingeteilt ist. Man suche dann auf dem entsprechenden Schaubild nach und findet die Veränderung des *Netto*-Lohnes in DM, die je bei den verschiedenen Steuervarianten bei einer Lohn- und Gehaltserhöhung von 170 DM / 8% mindestens eintreten würde. Die mit I bezeichneten Kurven drücken das Ergebnis bei geltendem Steuerrecht aus. Die mit II bezeichneten das Ergebnis à la Strauß, die mit III bezeichneten das Ergebnis bei Durchsetzung einer Forderung nach Erhöhung des Grundfreibetrages von gegenwärtig 3689 DM per Jahr auf dann 6827 DM per Jahr. Nicht berechnet ist der Effekt, der eintritt, wenn die Forderung nach Anbindung dieses Freibetrages an den Durchschnittslohn durchgesetzt wird. Gegenwärtig führt jede Lohninflation zu einem Wachstum der Steuerlast. Das wäre dann nicht mehr so, der Anteil der Lohnabzüge bliebe fest, je nachdem, wie der besteuerte Lohn in Prozenten des Durchschnittslohns aussieht. Mit der Durchsetzung einer solchen Reform wäre freilich der dauernde Spektakel vorbei, bei dem die Regierung großzügig verschenkt, was sie vorher gestohlen hat.

Der Befreiung verschrieben

Der Staat des Proletariats ist kein ,,ewiges Wesen", sondern ein Organ der Arbeiterklasse auf dem Weg zur klassenlosen Gesellschaft, mit der jeder Staat abstirbt. In der 1978 verabschiedeten Präambel der Verfassung der Volksrepublik China sind die Erfahrungen und Prinzipien zusammengefaßt, von denen sich das chinesische Volk dabei leiten läßt:

,,Nach über hundert Jahren heldenhaften Kampfes hat das chinesische Volk unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas mit dem Vorsitzenden Mao Tsetung, unserem großen Führer und Lehrer an der Spitze, durch den revolutionären Volkskrieg schließlich die reaktionäre Herrschaft des Imperialismus, des Feudalismus und des bürokratischen Kapitalismus gestürzt, in der neudemokratischen Revolution vollständig gesiegt und im Jahre 1949 die Volksrepublik China errichtet.

Die Gründung der Volksrepublik China kennzeichnet den Beginn der Geschichtsperiode des Sozialismus in unserem Land. Seither haben die Volksmassen aller Nationalitäten unseres Landes unter der Führung des Vorsitzenden Mao und der Kommunistischen Partei Chinas auf den Gebieten Politik, Wirtschaft, Kultur, Militärwesen und Außenpolitik die proletarisch-revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao durchgeführt, und sie haben durch wiederholte Kämpfe gegen in- und ausländische Feinde und durch die Große Proletarische Kulturrevolution gewaltige Siege in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau errungen. Die Diktatur des Proletariats in unserem Land wurde gefestigt und gestärkt. China ist ein sozialistischer Staat mit beginnender Prosperität geworden.

Der Vorsitzende Mao Tsetung ist der Gründer der Volksrepublik China. All unsere Siege in Revolution und Aufbau wurden unter der Anleitung des Marxismus-Leninismus und der Maotsetungideen errungen. Das große Banner des Vorsitzenden Mao immer hochzuhalten und entschlossen zu verteidigen, das ist die grundlegende Garantie dafür, daß die Volksmassen aller Nationalitäten unseres Landes vereint kämpfen und die proletarische Revolution zu Ende führen.

Mit dem siegreichen Abschluß der ersten Großen Proletarischen Kulturrevolution sind die sozialistische Revolution und der sozialistische Aufbau unseres Landes in eine neue Etappe ihrer Entwicklung eingetreten. In Übereinstimmung mit der grundlegenden Linie der Kommunistischen Partei Chinas für die gesamte Geschichtsperiode des Sozialismus stellt sich dem chinesischen Volk in dieser neuen Etappe die allgemeine Aufgabe: Festhalten an der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats, Entfaltung der drei großen revolutionären Bewegungen Klassenkampf, Produktionskampf und wissenschaftliches Experimentieren, Aufbau Chinas noch in diesem Jahrhundert zu einem großen und starken sozialistischen Land mit moderner Landwirtschaft, Industrie, Landesverteidigung und Wissenschaft und Technik.

Es gilt, daran festzuhalten, daß das Proletariat gegen die Bourgeoisie kämpfen muß, daß wir für den sozialistischen Weg und gegen den kapitalistischen Weg kämpfen müssen. Wir müssen den Revisionismus bekämpfen und eine Restauration des Kapitalismus verhüten. Wir müssen vorbereitet sein, um jeglicher Subversion und Aggression des Sozialimperialismus und des Imperialismus gegen unser Land entgegentreten zu können.

Wir müssen die von der Arbeiterklasse geführte und auf dem Bündnis der Arbeiter und Bauern beruhende revolutionäre Einheitsfront konsolidieren und entwickeln, die dem Zusammenschluß mit der großen Zahl der Intellektuellen und der anderen Werktätigen, mit den patriotischen demokratischen Parteien, mit den patriotischen Persönlichkeiten, den Landsleuten von Taiwan, von Hongkong und Makao sowie mit den Auslandschinesen dient. Wir müssen die große Einheit aller Nationalitäten unseres Landes stärken. Wir müssen den Widerspruch zwischen uns und dem Feind und die Widersprüche im Volk richtig voneinander unterscheiden und sie richtig behandeln. Wir müssen im ganzen Volk eine politische Situation schaffen, in der sowohl Zentralismus als auch Demokratie, sowohl Disziplin als auch Freiheit, sowohl einheitlicher Wille als auch das persönliche Wohlbehagen und die lebendige Aktivität des Einzelnen vereint sind, damit die Mobilisierung aller positiven Faktoren, die Überwindung aller Schwierigkeiten, die weitere Festigung der Diktatur des Proletariats und ein schnellerer Aufbau unseres Landes begünstigt wird.

Taiwan ist geheiligtes Territorium Chinas. Wir sind entschlossen, Taiwan zu befreien und so das große Werk der Vereinigung des Vaterlandes zu vollenden.

Hinsichtlich der internationalen Angelegenheiten müssen wir Beziehungen mit anderen Staaten herstellen und entwickeln – auf der Grundlage der fünf Prinzipien gegenseitige Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen, friedliche Koexistenz. Unser Staat wird nie nach Hegemonie trachten, nie eine Supermacht werden. Wir müssen den proletarischen Internationalismus hochhalten, entsprechend der Theorie von den drei Welten die Einheit mit dem Weltproletariat, den unterdrückten Völkern und den unterjochten Nationen, mit den sozialistischen Staaten und den Ländern der Dritten Welt stärken und uns mit allen Ländern, die der Aggression, Subversion, Intervention, Kontrolle und Schikane durch die sozialimperialistische und die imperialistische Supermacht ausgesetzt sind, zusammenschließen, damit eine breitestmögliche internationale Einheitsfront gegen den Hegemonismus der Supermächte und gegen einen neuen Weltkrieg gebildet wird und wir müssen für den Fortschritt und die Befreiung der Menschheit kämpfen."

und ausländische Feinde und durch die Große Proletarische Kulturrevolution gewaltige Siege in der sozialistischen Revolution und beim sozialistischen Aufbau errungen. Die Diktatur des Proletariats in unserem Land wurde gefestigt und gestärkt. China ist ein sozialistischer Staat mit beginnender Prosperität geworden.

Der Vorsitzende Mao Tsetung ist der Gründer der Volksrepublik China. All unsere Siege in Revolution und Aufbau wurden unter der Anleitung des Marxismus-Leninismus und der Maotsetungideen errungen. Das große Banner des Vorsitzenden Mao immer hochzuhalten und entschlossen zu verteidigen, das ist die grundlegende Garantie dafür, daß die Volksmassen aller Nationalitäten unseres Landes vereint kämpfen und die proletarische Revolution zu Ende führen.

Mit dem siegreichen Abschluß der ersten Großen Proletarischen Kulturrevolution sind die sozialistische Revolution und der sozialistische Aufbau unseres Landes in eine neue Etappe ihrer Entwicklung eingetreten. In Übereinstimmung mit der grundlegenden Linie der Kommunistischen Partei Chinas für die gesamte Geschichtsperiode des Sozialismus stellt sich dem chinesischen Volk in dieser neuen Etappe die allgemeine Aufgabe: Festhalten an der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats, Entfal-

und die lebendige Aktivität des Einzelnen vereint sind, damit die Mobilisierung aller positiven Faktoren, die Überwindung aller Schwierigkeiten, die weitere Festigung der Diktatur des Proletariats und ein schnellerer Aufbau unseres Landes begünstigt wird.

Taiwan ist geheiligtes Territorium Chinas. Wir sind entschlossen, Taiwan zu befreien und so das große Werk der Vereinigung des Vaterlandes zu vollenden.

Hinsichtlich der internationalen Angelegenheiten müssen wir Beziehungen mit anderen Staaten herstellen und entwickeln – auf der Grundlage der fünf Prinzipien gegenseitige Achtung der Souveränität und territorialen Integrität, gegenseitiger Nichtangriff, gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten, Gleichberechtigung und gegenseitiger Nutzen, friedliche Koexistenz. Unser Staat wird nie nach Hegemonie trachten, nie eine Supermacht werden. Wir müssen den proletarischen Internationalismus hochhalten, entsprechend der Theorie von den drei Welten die Einheit mit dem Weltproletariat, den unterdrückten Völkern und den unterjochten Nationen, mit den sozialistischen Staaten und den Ländern der Dritten Welt stärken und uns mit allen Ländern, die der Aggression, Subversion, Intervention, Kontrolle und Schikane durch die sozialimperialistische und die imperialistische

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
6000 Frankfurt 1, Mainzer Landstr. 147, Tel. 730231
Zentrales Komitee

Illustriertes Blatt

BRD und Westberlin
17. September 1979
38z1500s



Landreform: Die alten Eigentumsurkunden werden verbrannt.





Die Befreiung Beijings, 1949: Die Volksmassen begrüßen den Einmarsch der siegreichen Volksbefreiungsarmee.





1956: Sozialistische Umgestaltung von Industrie und Landwirtschaft.

1. Oktober 1979 – 30 Jahre Volksrepublik China

,,Unter Anspannung aller Kräfte, immer vorwärtsstrebend, mehr, schneller, besser und wirtschaftlicher den Sozialismus aufbauen!"

,,Wir haben uns zusammengeschlossen, durch den Volksbefreiungskrieg und die große Volksrevolution die in- und ausländischen Unterdrücker niedergeschlagen und proklamieren jetzt die Gründung der Volksrepublik China. Unsere Nation wird sich nun in die Gemeinschaft der Frieden und Freiheit liebenden Nationen der Welt einreihen, wird mutig und fleißig arbeiten, sich ihre eigene Zivilisation und ihr eigenes Glück schaffen und zugleich Frieden und Freiheit in der Welt fördern. Unsere Nation wird niemals mehr eine Nation sein, die sich beleidigen und demütigen läßt. Wir sind aufgestanden. Unsere Revolution wurde von den Völkern der ganzen Welt mit Sympathie und Jubel begrüßt. Überall in der Welt haben wir Freunde." (Mao Zedong, 1949)



Bruch der Wirtschafts- und Kulturabkommen durch die Sowjetunion werden verurteilt. (1962)



Das Ölfeld Datjing, mit dessen Bau 1960 während des ,,Großen Sprungs" begonnen wurde, um die Selbstständigkeit der VR China in der Energieversorgung sicherzustellen. Das Bild entstand 1976.





1956: Sozialistische Umgestaltung von Industrie und Landwirtschaft.

demütigen läßt. Wir sind aufgestanden. Unsere Revolution wurde von den Völkern der ganzen Welt mit Sympathie und Jubel begrüßt. Überall in der Welt haben wir Freunde." (Mao Zedong, 1949)



Bruch der Wirtschafts- und Kulturabkommen durch die Sowjetunion werden verurteilt. (1962)



Das Ölfeld Datjing, mit dessen Bau 1960 während des ,,Großen Sprungs" begonnen wurde, um die Selbstständigkeit der VR China in der Energieversorgung sicherzustellen. Das Bild entstand 1976.



Kulturrevolution. Mao Zedong heißt die Roten Garden aus allen Teilen Chinas willkommen. (1966)



Die Landwirtschaft ist die Grundlage der 4 sozialistischen Modernisierungen.

,,In den 105 Jahren von den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts bis zur Mitte der vierziger Jahre des 20. Jahrhunderts sind fast alle großen, mittleren und kleinen imperialistischen Staaten der Welt in unser Land eingefallen und gegen uns zu Felde gezogen. Abgesehen vom letzten derartigen Krieg, nämlich dem Widerstandskrieg gegen die japanische Aggression, der aufgrund verschiedener innerer und äußerer Faktoren mit der Kapitulation des japanischen Imperialismus sein Ende fand, wurden wir in all diesen Kriegen geschlagen, endeten sie alle mit der Unterzeichnung von Verträgen mit demütigenden Bedingungen. Die Ursachen dafür waren: erstens die verfaulte Gesellschaftsordnung, zweitens die ökonomische und technische Rückständigkeit.

Nun, da sich die Gesellschaftsordnung unseres Landes gewandelt hat, ist die erste Ursache im wesentlichen beseitigt. Aber sie ist noch nicht völlig beseitigt, weil in der Gesellschaft immer noch Klassenkampf existiert. Auch im Hinblick auf die zweite Ursache hat sich einiges zu ändern begonnen, doch für einen vollständigen Wandel werden mindestens noch einige Jahrzehnte nötig sein. Wenn es uns in den kommenden Jahrzehnten nicht gelingt, den Zustand gründlich zu ändern, daß wir ökonomisch und technisch weit hinter den imperialistischen Ländern hinterherhinken, werden wir unvermeidlich wieder Schläge beziehen."
(Mao Zedong, 1963)



Die Industrie ist die führende Kraft der 4 sozialistischen Modernisierungen.

März 1978: ,,Schließen wir uns zusammen, um für den Aufbau eines modernen und starken sozialistischen Landes zu kämpfen!"



Proletarische Demokratie. Arbeiter wählen ihre Betriebsleitung.



Kommunistischer Bund Westdeutschland